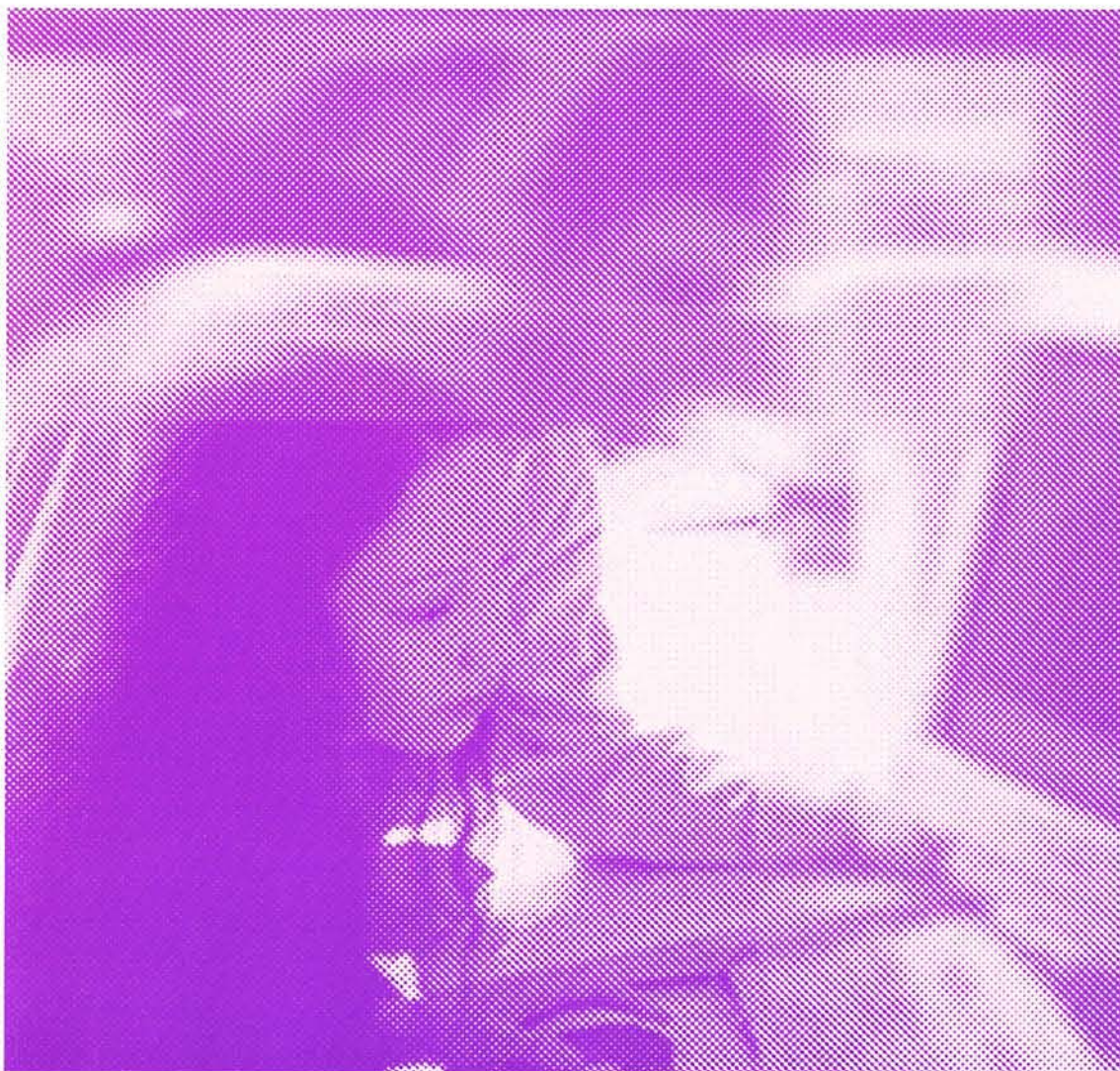


# GESCHLECHTER KONSTRUKTION



**Antonia Freytag**  
Kommt der Frauen-  
bewegung das  
Subjekt abhanden?

**Tina Plesch/  
Eva Herzing**  
Lass Rocken, Baby

**Gisela Notz**  
Frauenpolitik –  
wichtiger denn je

**Christine Eifler**  
Staatsbürgerinnen  
in Uniform

**Im Forum DL21  
schreiben u. a.:**  
Matthias Machnig,  
Andrea Nahles,  
Martin Pfaff

„Alles Mitte oder Was?“ könnte der Betrachter des gegenwärtigen Aufstellungsprozesses der Parteien für die Bundestagswahlen fragen. Die liberale Mitte sowieso, die rot-grüne Mitte auch, jetzt sogar die weiß-blau-schwarze Mitte. Unklar lässt noch die PDS, ob es ihr gelingt, zumindest mit der Fußspitze die Mitte zu besetzen.

Ganz schön ausgedehnt muss die Mitte sein, wenn sie keinen Raum für die Ränder lässt!

Geht man davon aus, dass die Befunde der PISA-Studie über die Lesekompetenz auch der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler auf diejenigen zu treffen, deren Schulzeit schon länger zurückliegt, dann kann man nachvollziehen, dass ein Begriff wie der der Mitte im Wahljahr Karriere macht. Lesekompetenz heißt mehr, als die Fähigkeit zu lesen. Es geht um die Schlüsselkompetenz Wissen für Anwendungssituationen im Alltag, im Beruf, auch für politische Entscheidungen lebendig zu machen und entscheiden zu können, ob das Gelesene und die verwendeten Begriffe dazu beitragen oder nicht. Ist diese Schlüsselqualifikation schlecht entwickelt, haben Begriffsjongleure der Beliebigkeit Hochkonjunktur, kann man der Bevölkerung die Mitte als politische Schlüsselkategorie zumuten.

Nähern wir uns der Mitte mathematisch-naturwissenschaftlich (auch auf diesem Feld sind die Kompetenzen der deutschen 15-jährigen Schülerinnen und Schüler lt. PISA-Studie unterdurchschnittlich): Die Mitte eines Kreises ist der Punkt, der den Durchmesser des Kreises halbiert. Der Kreisumfang bildet die Begrenzung aller durch den Kreismittelpunkt laufenden Strecken. Alle Punkte des Umfangs sind gleichweit von der Mitte entfernt. Fazit: eine Mitte bedarf der Begrenzung, der Ränder, sonst verliert der Begriff seinen Sinn. Eine Gerade, eine Fläche, ein Raum haben ohne Begrenzung keine Mitte. Deshalb gehört zur Mitte Eindeutigkeit. Sie ist der Punkt zu dem sich die Punkte des Randes eindeutig verhalten.

Zu diesem Verhalten gehört auch die Rotation um die Mitte mit beachtenswerten Konsequenzen: Beispielsweise wird beim Routieren einer Waschtrommel zwar die Mitte am wenigsten bewegt, der Inhalt der Trommel jedoch sammelt sich am Rande, die Mitte wird tendenziell zum Vakuum. Das hängt von der Geschwindigkeit der Rotation ab.

Eine naturwissenschaftlich begründete Mitte scheint nur zur Beschreibung eines politischen Standpunktes wenig geeignet, es sei denn, der Träger dieses Standpunktes erklärt sich selbst zur Mitte.

In der Ökonomie ist die Mitte der Durchschnitt. Bei der Verwendung von Durchschnittszahlen ist die Mehrdeutigkeit eingebaut. In einem Teich, der durchschnittlich 1 Meter tief ist, ist schon mancher Nichtschwimmer ertrunken, bei der Ermittlung des durchschnittlichen Einkommens einer Gesellschaft fühlt sich der Millionär wohl, der Langzeitarbeitslose sieht sich ausgegrenzt und überflüssig.

Gesellschaftlich ist die Mitte der Normalfall. Wäre die Mitte die Solidarität, bedeutete es etwas anderes, den Standpunkt der Mitte einzunehmen, als hätten wir eine Mitte in der antidemokratischen Denken der Normalfall wäre. Eine bedeutende Faschismustheorie sieht beispielsweise den deutschen Faschismus als Ausdruck der Radikalisierung der Mitte (Lipset).

Historisch war die Mitte seit der französischen Revolution die Scheidelinie zwischen Vertretern des alten Regime und der progressiven Veränderung. Die Mitte selbst war ein Vakuum. Das Zentrum besetzte die Mitte indem sie die Bindungskraft des politischen Katholizismus als Brücke zwischen den Rändern betrachtete.

*Kurzum:* Wer seinen politischen Standpunkt als Politik der Mitte definiert, muss sich bewusst sein, dass er auf unsicherem Boden baut.

\*

Trotzdem geben Wahlforscher und (oft selbst ernannte) Politikberater den Parteien den Rat, sich besonders um die Wählerschichten zu kümmern, die nahe an der Normalität des Bewusstseins der Wählergruppen sind, die sich von Wahl zu Wahl entscheiden und von den Parteien nicht auf Dauer gebunden werden. Ziehen Parteien daraus den Schluss, sie müssten nur um diese Gruppen, die gemeinhin als „neue Mitte“ beschrieben werden, buhlen und der Wahlerfolg stelle sich von selbst ein, kann es zum bösen Erwachen kommen.

Einmal drängeln sich in der Mitte diejenigen, die Thomas Westphal als Träger einer Art geschichtsloser „Ich-und-Jetzt-Ideologie“ mit einem egozentrischen Verständnis der Gesellschaft und ihrer Zusammenhänge (kurzum Heft 123) bezeichnet.

Zum anderen haben wir gezeigt, dass Mitte nur im Verhältnis zu den Rändern existieren kann und je mehr sich die Mitte bewegt, desto prekärer sich die Probleme an den Rändern stauen. Eine Politik der Mitte, die die Ränder nicht politisch binden kann, ist in der Gefahr zu scheitern. Deshalb wirkt auch die inhaltliche Ausfüllung der Politik der Mitte künstlich und abstrakt, die Probleme drängen sich an den Rändern: Marginalisierung der Armen, Orientierungslosigkeit und Unsicherheit, die in Angst umschlägt, das Gefühl von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen zu sein. Zu fragen ist: kann eine Politik die Risse am Rande der Gesellschaft heilen, wenn sich in der Mitte der Individualismus und Egoismus zusammenballt?

*Kurzum:* Es fällt leicht, eine Prognose für die Regierungsbildung nach den Bundestagswahlen zu stellen. Es wird auf jeden Fall eine Koalition der Mitte geben.

\*

„Unser Ziel ist die Gesellschaft der Freien und Gleichen, weil wir verschieden sind und diese Verschiedenheit leben wollen“ meint Wolfgang Thierse als Schlussredner des Kongresses „Die Mitte in Deutschland“. Der Leser merkt auf. War das alles nur ein Missverständnis? Aber dann endet der Redner, „Das ist eine Politik der Mitte“. Wie falsch! Wenn wir uns recht erinnern, war das doch die all-gemeinste Definition der sozialistischen Gesellschaft wie sie sich Karl Marx vorstellte. Nach unseren Erörterungen der Beziehung von Mitte und Rändern ist das nicht eine Politik der Mitte sondern Politik für die ganze Gesellschaft. Ausformuliert ist das eine gesellschaftliche Perspektive, in der nachhaltige Entwicklung die Voraussetzung bildet, die Produktivität von Mensch und Natur für zukünftige Generationen zu bewahren und weiterzuentwickeln, in der Bildung das Mittel ist, alle Lern- und Arbeitspotentiale als Basis des persönlichen Reichtums und des Reichtums der Gesellschaft zu entfalten. Diese Perspektive ist ein Gegenbild zu den neoliberalen Politikmodellen, die nicht den Individuen sondern dem Markt die Gestaltung der Gesellschaft überlassen wollen oder zum konservativen Modell einer Gesellschaft, indem die unten Stehenden unten und die oben Stehenden oben bleiben sollen. Eine solche Politik kann orientierend wirken und wird dann auch diejenigen erfassen, die vor allem in Ich-und-Jetzt-Egoismus verhaftet sind.

*Kurzum:* Politik an der Gesellschaft als Ganzem auszurichten, statt sich Kunstbegriffen zu unterwerfen, die nicht geeignet sind, die Gesellschaft abzubilden, bietet Chancen, das sozialdemokratische Modell einer nachhaltigen Entwicklung zu realisieren. spw 1/2002

**Herausgeber/Herausgeberinnen:**

Edelgard Bulmahn (Hannover)  
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
 Klaus Dorre (Recklinghausen)  
 Katrin Fuchs (Verl)  
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)  
 Michael R. Krätke (Amsterdam)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Benjamin Mikfeld (Bochum)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weiler)  
 Horst Peter (Kassel)  
 René Rösper (Hagen)  
 Thomas Sauer (Möln)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
 Thomas Westphal (Dortmund)  
 Ulrich Zachert (Apensen)

**Redaktion:**

Thorben Albrecht  
 Uta Biermann  
 Björn Böhning  
 Stefanie Gerszewski  
 Oliver Kaczmarek  
 Anja Kruke  
 Dirk Meyer  
 Lars Neumann  
 Svea Reiners  
 Reinhold Rünker  
 Frank Schauff  
 Frank Wilhelm

**Redaktionsmanagement:**

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

**Redaktions- und Verlagsadressen:**

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10  
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11  
 Telefax 02 31 - 40 24 16  
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de  
 www.spw.de

**Geschäftsführung:**

Olaf Schade  
 Alfred Voges

**Konto des Verlages:**

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.  
 Jahresabonnement Euro 34,-  
 (bei Bankeinzug Euro 32,-)  
 Auslandsabonnement Euro 37,-  
 Abbestellungen mit einer Frist  
 von drei Monaten zum Jahresende.  
 Wir freuen uns über Manuskripte und  
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen  
 Manuskripte per E-mail oder auf einer  
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette  
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2002.  
 Alle Rechte vorbehalten.

**Titelfoto:**

Christian Kiel, Berlin

**Satz und Gestaltung:**

Ralf Schmitz, Leverkusen

**Druck:**

Nolte-Druck, Iserlohn  
 1.-2. Tausend, März 2002

Kurzum ..... 2

**FORUM DL21**

*Andrea Nahles*  
 Für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit ..... 4

*Matthias Machnig*  
 Politische Kommunikation 2002 – Herausforderung für Parteien ..... 5

Studie „Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer ..... 8

*Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld*  
 Qualifizierung und Beschäftigung  
 Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung ..... 9

*Martin Pfaff*  
 Perspektive sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ..... 12

**GESCHLECHTERKONSTRUKTION**

*Anja Kruke*  
 Geschlechterkonstruktion  
 Einleitung zum Heftschwerpunkt ..... 16

*Antonia Freytag*  
 Kommt der Frauenbewegung ihr Subjekt abhandeln? ..... 17

*Tina Plesch/Evi Herzing*  
 Lass rocken, Baby ..... 21

*Christine Eiffler*  
 Staatsbürgerinnen in Uniform ..... 24

*Viele Mythen sind entzaubert*  
 Interview mit einer weiblichen Führungskraft in der New Economy ..... 28

*Gisela Notz*  
 Frauenpolitik ist heute wichtiger denn je! ..... 31

*Catherine Gregory*  
 Politik mal anders ..... 35

**INTERNATIONALE POLITIK**

*Detlev von Larcher*  
 2. Weltsozialforum vom 31.1. bis 5.2.2002 in Porto Alegre ..... 38

**THEORIE & STRATEGIE**

*Ulrich Commercon*  
 Generationswechsel in der Saar-SPD ..... 41

*Christoph Meyer/ Heiko Tammema*  
 Immer wieder sonntags ... Demokratie braucht parteinahe pol. Bildung ..... 44

*Björn Böhning, Eckard Seidel*  
 Das neue Berlin: Individuell und solidarisch ..... 47

*Martina Grohmann*  
 Marx in Soho ..... 50

*Horst Peter*  
 Marx im Gespräch – Der Mensch und die Natur ..... 51

*Initiative für eine sozialistische Politik in der SPÖ*  
 Interview mit Jürgen Hirsch (Wien) zum fünfjährigen Bestehen der isp ..... 53

Rez.: Bourdieu – Wie die Kultur zum Bauern kommt (Labrenz) ..... 56

Rez.: Bourdieu – Für eine europäische soziale Bewegung (Störch) ..... 57

Rez.: Mandel – Macht und Geld (Roth) ..... 58

spw-intern (Reinhold Rünker) ..... 59

# Für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit

Von Andrea Nahles, MdB

Während die SPD-Spitze und Gewerkschaften sich zur Zeit wechselseitig mit Vorwürfen überbieten, hat die Parteilinke versucht, die gemeinsame Kommunikationsbasis zu stärken. Nach vielen Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern ist das folgende Eckpunktepapier der SPD-Linken entstanden, in dem die zentralen politischen Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode formuliert sind. Wir dokumentieren dieses Papier in Auszügen. Der komplette Text ist auf unserer Homepage [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de) nachzulesen:

Wir stehen für eine Politik, die sich nachdrücklich für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit einsetzt (...). Trotz (...) Fortschritten für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit müssen wir feststellen, dass sich (...) die Prioritäten in der Politik der Bundesregierung deutlich verschoben haben. Während im Koalitionsvertrag die Politik für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit oberste Priorität genießt, nimmt (...) die Haushaltskonsolidierung mittlerweile eindeutig den Spitzenplatz ein.

Wir (...) halten das starre Festhalten an der Konsolidierungspolitik angesichts der rezessiven Wirtschaftsentwicklung (...) für falsch (...). Wir sehen folgende Schwerpunkte für die rot-grüne Regierungsarbeit in der kommenden Legislaturperiode:

- den Abbau der Massenarbeitslosigkeit (...)
- eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern
- die soziale Gestaltungsfähigkeit der öffentlichen Hand sichern
- Abbau der Massenarbeitslosigkeit

(...) Ziel einer sozialdemokratischen geprägten Beschäftigungspolitik muß weiterhin die Vollbeschäftigung sein. Deswegen setzen wir uns für einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik (...) ein:

Wir brauchen mehr Investitionen (...). Mittelfristig fordern wir eine Erhöhung der öffentlichen Investitionsanteile auf europäisches Niveau. Darum wollen wir einen Kurswechsel in der Haushalts- und Finanzpolitik der öffentlichen Hand. Zwischen den staatlichen Ebenen muss es zu einem fairen Interessenausgleich kommen (...). Und: Unternehmen sollten zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen wieder kontinuierlich und angemessen beitragen. Veräußerungsgewinne bei Beteiligungsverkäufen müssen mit einer Mindest-

steuer belegt werden (...). Außerdem setzen wir uns für eine moderne und flexible Arbeitszeitpolitik ein. (...) Es gilt, über die bisherige Arbeitszeitverkürzungsdebatte hinaus, neue Wege zu gehen. (...) Besondere Aufmerksamkeit muss den neuen Bundesländern zukommen. (...) wir schlagen ein Maßnahmenbündel und Verabredungen auf den folgenden Feldern vor:

(a) Wirtschaftlicher Aufbau durch:  
Beschleunigte Beseitigung der Infrastrukturlücken im Rahmen des Solidarpaktes;  
Stärkung der Innovationskräfte, Ausbau des Forschungs- und Entwicklungspotentials;  
Stärkung der Unternehmensbasis und innovativer Unternehmen im industriellen und Dienstleistungsbereich, durch Konsolidierung, Ansiedlung und Gründung; (...)

(b) Perspektive: EU-Erweiterung  
Nutzung der wirtschaftlichen Chancen für die neuen Länder als europäischer Integrations- und Verbindungsraum;  
Vertiefung der unmittelbaren grenzüberschreitenden Kooperation und Entwicklung der Euroregionen schon vor den offiziellen Beitrittszeitpunkten;

(...) Um heute Abwanderung zu verhindern und damit den fließenden Übergang von einem Überangebot an Arbeitskräften hin zum Fachkräftemangel zu sichern, ist eine Verknüpfung von Altersteilzeit mit Jugendteilzeit nötig. Deshalb unterstützen wir das Konzept einer Beschäftigungsbrücke.

2. Bildungs- und Qualifizierungsoffensive  
Unser Land lebt nicht von Rohstoffen, sondern von den Fähigkeiten der hier lebenden Menschen. (...) Deswegen fordern wir

- einen Zukunftsfond *Bildung*. Damit die Bildungsoffensive finanziert werden kann, sollten die durch eine Besteuerung von Erbschaften gewonnenen Finanzmittel in diesen Zukunftsfond *Bildung* einfließen.
- eine grundlegende Reform des Bildungssystems. Der Zukunftsfond *Bildung* macht es möglich, einen Ausbau von qualifizierten Ganztageseinrichtungen für alle Altersgruppen zu finanzieren.
- eine Reform des Berufsbildungsgesetzes (...)
- die Weiterqualifizierung der ArbeitnehmerInnen (...) soll im Rahmen eines Qualifizierungspasses in den Betrieben verpflichtend verankert werden. (...)

3. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Wir streben eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben an (...). Der Ausbau von qualifizierten und bezahlbaren Ganztagsbetreuungseinrichtungen (...) ist dafür eine zentrale Voraussetzung (...) insbesondere für Alleinerziehende. Sie sollten einen verbindlichen Anspruch auf Betreuungsmöglichkeiten ab dem ersten Lebensjahr des Kindes erhalten, den sie freiwillig in Anspruch nehmen können(...).

Wir fordern, dass das Ehegattensplitting abgelöst wird(...). Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft ist unverzichtbar(...). Dringender Handlungsbedarf besteht auch in Hinblick auf die nach wie vor bestehenden, erheblichen Unterschiede zwischen den Entgelten für gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen(...).

4. Die soziale Gestaltungsfähigkeit der öffentlichen Hand sichern

Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme (...) zu verteidigen.

Das schließt notwendige Umbaumaßnahmen (...) nicht aus (...). Die (...) Gesundheitspolitik ist eines der zentralen Reformprojekte der nächsten Legislaturperiode:

- Wir setzen uns ein für eine Gesundheitsreform, die
- das paritätischen Finanzierungsprinzip zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern strikt einhält
- zu einer Erweiterung der Finanzierungsgrundlage führt
- die festgefahrenen Machtstrukturen der Ärzteverbände und der Pharmaindustrie überwinden hilft
- einen besseren Ausgleich zwischen den verschiedenen Kassen durchsetzt.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht eine steuerliche Gleichbehandlung von Rentnern und Pensionären zu gewährleisten fordern wir, dass im Rahmen der Umsetzung dieses Urteils die Zusage der SPD-Bundestagsfraktion eingelöst wird, weitere Gruppen von Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen (...)

Auch wir sehen die Notwendigkeit zu einer Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Wir (...) lehnen in diesem Zusammenhang die Sanierung der öffentlichen Kassen auf Kosten der Bedürftigen ab. Entscheidend ist eine Reform (...) mit dem Ziel ein einfaches und transparentes System zu schaffen (...):

Die Verantwortlichkeiten müssen klar geregelt werden, so dass es zu einer professionellen Steuerung des Intergrationsprozesses kommt. Das verwaltungsaufwendige (...) Verfahren (...) ist zu reformieren und muss in Qualitätsstandards festgelegt werden. Zwischen Arbeits- und Sozialamt sollte aus diesem Grund der Datenaustausch ermöglicht werden, die Hilfen sollten wenn möglich aus einer Hand kommen. Außerdem ist der Tendenz, das finanziellen Lasten zwischen Sozialhilfeträgern und der Bundesanstalt für Arbeit verschoben werden entgegenzutreten.

# Politische Kommunikation 2002

## Herausforderungen für Parteien

von Matthias Machnig

Politik und Politiker sind Teil der medialen Arena, und damit Mediensubjekt wie Medienobjekt. Die Medien selbst nehmen im politischen Prozess eine herausragende Funktion ein, denn sie „[...] berichten nicht die Geschehnisse, sie entscheiden, was geschehen ist“ (Kocks 2001). Norbert Bolz charakterisiert „die Zeit der Weltkommunikation [...] dadurch [...], dass Kommunikationswahrnehmung an die Stelle der Weltwahrnehmung tritt.“ (Bolz 2001) Medien setzen die Themen, über die Wähler reden, reflektieren und diskutieren. Beide Zitate verdeutlichen: Politisch ohne Medien zu kommunizieren bedeutet nicht zu kommunizieren. Politische Kommunikation ist mehr denn je Medienkommunikation.

Der Bürger reagiert auf diese Entwicklung kritisch: Einerseits fordert er, der für die Medien zunächst Konsument ist, von seinen Repräsentanten Kompetenz, Klarheit, Unterscheidbarkeit, Prägnanz und Authentizität. Sie werden an postum medial zu kantigem Urgestein stilisierten Charakteren wie Herbert Wehner, Willy Brandt oder Franz-Josef Strauß gemessen. Andererseits reagiert der Konsument jedoch in seiner Eigenschaft als Staatsbürger auf mediale Stilisierungen mit dem Verdacht, nicht richtig oder umfassend informiert zu sein.

Politische Kommunikation ist zu einer komplexen Aufgabe geworden – gerade durch die differenzierte, globale Medienlandschaft in der „News, die nicht von Reuters und [...] anderen Agenturen verbreitet werden, [...] eigentlich keine News“ (so der Medienwissenschaftler Oliver Boyd-Barrett) sind. Die Selektionsmechanismen der Medien werden zu Selektionsmechanismen der öffentlichen Wahrnehmung. Zusätzlich veränderte sich das gesellschaftliche Umfeld, in dem Politik agiert, und mit dem Politik kommuniziert.

Dieser Beitrag benennt die Umbrüche, die für die politische Kommunikation von heute wichtig sind, nennt Voraussetzungen, unter welchen politische Kommunikation erst möglich wird, entwickelt Kriterien für politische Botschaften und zeigt, dass politische Kommunikation immer auch Wertekommunikation ist.

### 1. Gesellschaftliche Umbrüche

Gesellschaftliche Veränderungen und Trends sind für die politische Kommunikation wichtig: Sie verändern die Bedingungen und Anforderungen wie politisch kommuniziert werden kann. Der Soziologe Ulrich Beck prägte mit seinen soziologischen Termini „Individualisierung“ und „Pluralisierung“ die Debatte um die gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahre. Diese gesellschaftlichen Umbrüche spielen im Leben der Deutschen eine wichtige Rolle und sind deutlich: Der Anteil der Ein-Personen Haushalte stieg von 1975 bis 1998 von 27,6% auf 36,2%, während der Anteil von fünf- oder Mehr-Personen-Haushalten von 10,6% auf 4,8% fiel. Deutsche leben in immer kleineren Haushalten, heiraten später, bekommen weniger Kinder, und lassen sich eher scheiden. Der Anteil von Familien mit nur einem Elternteil und von Kindern nichtverheirateter Eltern ist in Deutschland und Europa angestiegen. Zudem erhöhte sich die Anzahl alleinlebender Menschen, die vollständige Kernfamilie wird seltener. Auch neue Lebensformen, wie die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften finden größere Akzeptanz. Auch gehören unserer Gesellschaft mehr Bürger ausländischer Herkunft an als jemals zuvor: Seit 1988 stieg die Zahl von 4,5 auf 7,3 Millionen, das entspricht mittlerweile einem Anteil von 8,9%.

Waren 1950 25% der Erwerbstätigen im primären Sektor beschäftigt, sank dieser Anteil bis 2000 auf 2,5%. 64 Prozent der Beschäftigten sind heute im tertiären Sektor tätig. Die „Tertiärisierung“ – also die Entwicklung hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft – bedeutet aber auch, dass immer mehr Menschen immer höher qualifiziert werden (müssen). Ein Indiz dafür ist der gestiegene Akademikeranteil. Dieser ist mit 9% dreimal so hoch ist wie 1950, während der Anteil ungelerner Arbeitnehmer von etwa 75% auf 25% im Jahr 2000 fiel.

Technische Innovationen durchdringen unser Leben und die Art, wie wir arbeiten können. Es sind neue Handelsformen entstanden: Arbeitnehmer können durch Telearbeit zeit- und ortsunabhängig arbeiten. Viele bekommen die Möglichkeit, von zu Hause über



Matthias Machnig

Internet, Fax und Telefon zu arbeiten. Der Druck auf die Arbeitnehmer in Deutschland sich fort- und weiterzubilden stieg. Technologisch wenig anspruchsvolle Arbeitsprozesse werden im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung ausgelagert werden.

Mit diesen neuen Lebensformen sind veränderte sozialmoralische Milieus, Prioritäten, Interessen und Erwartungen an Politik verbunden. Die gesellschaftlichen Umbrüche in der Arbeitswelt und der Lebensstile, verändern sozialdemokratische und konservative Milieus und ihre Integrationskraft. Das hat für Parteien weitreichende Folgen: Mehrheiten werden heute zu Allianzen auf Zeit, zu eher lose verkoppelten Interessengemeinschaften, die es durch politische Kommunikation zu organisieren und mobilisieren gilt. Kommunikationsfähigkeit wird damit zur politischen Schlüsselaufgabe von Parteien.

### 2. Politische Umbrüche

Politische Prozesse sind unübersichtlicher geworden: Die nationalstaatliche Politikebene ist durch eine europäische erweitert, durch eine globalisierte beschränkt worden. Das neue Politiksystem, das auf europäischer Ebene entstanden ist, besteht aus einer Struktur, deren Abgrenzung und Zuordnung sich der breiten Bevölkerung noch nicht erschlossen hat. Zwar war die Einführung des Euro als Bargeld 2002 ein Erfolg: Er hat das emotionale Potenzial gezeigt, dass Europa für die Menschen entfalten kann. Es gilt die Anfangseuphorie zu nutzen um die europäische Idee weiter konsequent voran zu treiben. Trotz Euro bleibt Europa, reduziert auf „Brüssel“, abstrakt: Debatten über die Europäische Kommission, den Europäischen Gerichtshof oder die Europäische Zentralbank

Matthias Machnig, Sozialwissenschaftler, ist Bundesgeschäftsführer der SPD und Wahlkampfleiter für die Bundestagswahl 2002, er lebt in Berlin.

sind immer noch reine Elitediskussionen. Es ist nicht verwunderlich, dass es für die Mehrheit der Wählerschaft schwierig ist, den Europäischen Rat vom Rat der Europäischen Union zu unterscheiden; Strukturelle und kommunikative Defizite paaren sich hier, denn auch die Kompetenzen-Zuordnung wird immer undurchschaubarer: Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europapolitiker konkurrieren um Macht, Einfluss und Entscheidungen.

Immer mehr Verbände versuchen auf den verschiedenen Politikebenen ihre Interessen durchzusetzen: Die Zahl der Verbände stieg seit 1974 um 140%. Das sogenannte Lobbying entwickelte sich zu einem Boomgeschäft, das sich stark professionalisiert hat: Zahlreiche Unternehmen bauten am Medienstandort Berlin eigene Abteilungen unter Begriffen wie „Government Relations“ oder „Public Affairs“ auf. Nicht nur im Sprachgebrauch sind diese Anglizismen neu; damit hat auch die kampagnenmäßige Mobilisierung der öffentlichen Meinung zugenommen.

Die zahlreichen Akteure versuchen auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Das begrenzt politische Handlungsfähigkeiten, Spezial- oder Sonderinteressen gewinnen an Einfluss, und erschweren für Bürgerinnen und Bürger die politischen Prozesse zu verstehen: Es bereitet immer mehr Mühe, den Fachdebatten zu folgen. Noch unter der CDU Regierung 1996/97 wurde die Steuer- und Rentenreformdebatte mit einer intensiven Berichterstattung begleitet. Ein hoher Informationsstand in der Bevölkerung wäre zur erwarten gewesen – trotzdem konnten bei einer Umfrage nur 6% der Befragten die verschiedenen Positionen einzelnen Parteien zuordnen.

Politische Eliten sollten die Intelligenz der Wähler nie unterschätzen, ihr Interesse an Politik aber nie überschätzen. Dieses steigt, wenn innerhalb der Bevölkerung das Gefühl entsteht, dass die eigene Stimme von zunehmender Bedeutung ist. Während der Bundestagswahl 1998 beispielsweise unterhielten sich laut einer Allensbach Umfrage gut zwei Drittel der Bevölkerung über die Wahl – das waren doppelt so viele wie 1994. Richtungsentscheidungen scheinen im hohen Maße der politischen Partizipation und damit der Demokratie dienlich zu sein.

Auf der einen Seite werden Wähler mit immer komplexeren Themen konfrontiert, für die ihnen immer weniger Zeit zur Verfügung steht. Geht man davon aus, dass Wähler nach einer Art kommunikativem Maximalprinzip handeln, also versuchen, mit einem gegebenem Einsatz das beste Ergebnis zu erreichen, so *müssen* sie thematisch selektieren, sich also entscheiden, welches Thema für sie Priorität besitzt.

Politik heißt in unserer komplexen Welt immer eine Bewältigung von Zielkonflikten und zeitlicher, ökonomischer und sozialer Ei-

genlogiken bestimmter Themen oder Subsysteme. Dieser Kompromisscharakter politischer Entscheidungen erschwert Eindeutigkeiten, Identifikationen und Nachvollziehbarkeiten. Es gibt eben nicht *die* Antwort auf komplexe gesellschaftliche Probleme. Daher haben Volksparteien es immer schwerer, ihrem Anspruch, die gesamte gesellschaftliche Bandbreite und dem Wunsch nach Identifikation und Eindeutigkeit politisch zu repräsentieren, gerecht zu werden. Politische Kommunikation kann aber nur gelingen, wenn sie Komplexität reduziert und Themen symbolisch exemplarisch erläutert.

### 3. Mediale Umbrüche

Der amerikanische Kommunikationsforscher Harold D. Lasswell versuchte 1948 mit der Frage „Who says what in which channel to whom with what effect“ die Felder seines Fachgebiets zu definieren. Die Antwort auf „which channel“ wird in Deutschland, und nicht nur hier, schwieriger. Neue technische Möglichkeiten im Bereich der Informationsübertragung veränderten die Medien, und die Art, wie wir sie nutzen (können).

Mehr Anbieter denn je konkurrieren in den unterschiedlichen Mediensparten: Im Fernsehen stieg die Zahl der Sender seit 1984 von drei bis vier auf mittlerweile über 60. Eine ähnliche Entwicklung gibt es im Print – Bereich. Der Bürger kann mittlerweile aus einem Angebot von 851 Titeln wählen, das entspricht einer Steigerung seit 1990 um 54%. Es gab noch nie so viele Medienformate, in denen die Bürger als Medienkonsumenten mit einer Flut von Angeboten überschwemmt wurden. Wer hätte beispielsweise noch vor einigen Jahren gedacht, dass ein landesweit vertriebenes Hochglanzmagazin, sich ausschließlich mit Fragen auseinandersetzt, wie eine Hochzeit am besten zu organisieren ist?

Angesichts dieser Vielfalt ist es heute sehr unwahrscheinlich, dass zwei Personen die gleiche Sendung sehen – zumal der gesamte Werbeaufwand in Deutschland im ersten Halbjahr 2000 bei 34 Milliarden lag, während zusätzlich 412.000 kommerzielle TV-Spots allein in den klassischen Medien auf den Zuschauer einprasselten. Die neuen Medien sind im Vormarsch: 27,3 Millionen User gehen hierzulande im Alter von 14 bis 69 Jahren ins Internet. Auch als Informationsquelle gewinnt das Internet an Bedeutung: Mehr als drei Viertel (79 Prozent), halten das Internet laut einer vom Hamburger Forschungs- und Beratungsinstitut *Mediatransfer Netresearch and Consulting* durchgeführte Erhebung unter 500 deutschen Internet-Nutzern schon heute als Nachrichtenquelle für unverzichtbar. 87 Prozent sehen im „world wide web“ die Möglichkeit, sich besonders schnell und zu jeder Zeit über das weltpolitische Geschehen zu informieren. Am 11. September wurde dies besonders deutlich: Die Homepage von „SpiegelOnline“ brach innerhalb weniger Minuten nach dem Anschlag unter

dem Ansturm informationshungriger Surfer zusammen. Das Medium bietet seinen Nutzern Interaktivität, Aktualität und Dezentralität. Es ermöglicht ihm, sich sein Informationsangebot individuell zusammenzustellen. Der Hamburger Medienwissenschaftler Otfried Jarren sieht darin die Umkehr der „auf allgemeine Verteilung angelegten Massenmedien mit Programmcharakter hin zu stärker individuell nutzbaren Abrufmedien mit einzelnen Angeboten.“ (Jarren)

Die Medien heute präsentieren sich pluralisiert, fragmentiert und ökonomisiert, d.h. immer mehr Medien versuchen mit einem immer kleineren Publikum Gewinn zu erwirtschaften. Die Medienlandschaft ist ein Markt, auf dem ganz unterschiedliche Anbieter Platz haben und in einem harten inter- und intramedialen Wettbewerb um Marktanteile konkurrieren. Marktorientierung heißt gesendet wird was gefällt, sowie Quoten und Auflagen bringt. Politisch anspruchsvolle Sendungen oder Printmedien haben es schwer sich auf einem diesem Terrain zu behaupten. Der Politik-Talk ist die derzeitige Antwort auf diese Entwicklung und mancher Beobachter spricht bereits davon, dass die Sendung Sabine Christiansen die Debatte im Bundestag ersetzt habe. Diese Sendeformate, die zum Standart nahezu jedes Senders gehören, versuchen Politik mit Unterhaltungselementen zu präsentieren. Diese Form des Politainment (Vgl. Dörner 2001) ist zum einflussreichsten und meistbeachteten Politikformat geworden. Parteien rivalisieren heute mit einer komplexen, differenzierten Medienlandschaft und einer Freizeit- und Erlebnisgesellschaft – neuerdings keineswegs mehr allein mit anderen politischen Parteien. Zusätzlich konkurrieren Parteien um Zeit und Aufmerksamkeit – und damit dem kostbarsten, was Menschen zur Verfügung steht.

Der Politikwissenschaftlers Karl-Rudolf Korte fasst, auch unter den genannten gesellschaftlichen, politischen und medialen Prämissen, Regieren als „verflochtener, anspruchsvoller, kommunikationsabhängiger, zeitaufwendiger, unkalkulierbarer und komplizierter“ (Korte 2001) zusammen.

### 4. Voraussetzungen für politische Kommunikation

Will eine Partei Subjekt der eigenen Inhalte statt nur Objekt des Medieninteresses sein, will sie mithin den Verfassungsauftrag, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken tatsächlich erfüllen, steht sie vor einem Balanceakt. Der Medienwissenschaftler Matthias Kepplinger skizziert die komplizierte Aufgabe: „Alle Politiker agieren in zwei Arenen. In der einen Arena geht es um die sachgerechte Lösung von Problemen – die Sicherung der Renten, den Abbau der Zölle, die Verbesserung des Umweltschutzes usw. In der anderen Arena geht es um die Zustimmung zu den handelnden

Personen, um die Mehrheit innerhalb der eigenen Partei, im Parlament und unter den Wählern.“ (Kepplinger Freiburg/München 1999) Politische Kommunikation ist eine Kernaufgabe der Demokratie, denn wie anders soll Politik sich vermitteln, überzeugen und Menschen den Zugang zu den politischen Willensbildungsprozessen ermöglichen:

Politische Kommunikation macht Politik sichtbar und erfahrbar insbesondere für diejenigen, die keine direkten Kontakte zu den komplexen Prozessen des politischen Systems haben.

Politische Kommunikation vermittelt Orientierungs-, Vorstellungs- und Deutungsmuster.

Politische Kommunikation bietet gesellschaftlich notwendige Werte und Konsensformen an.

Politische Kommunikation ermöglicht Identifikation und einen emotionalen Zugang zum politischen System.

Politische Kommunikation konfrontiert Öffentlichkeit mit Herausforderungen, Themen und Gestaltungsmöglichkeiten.

Politische Kommunikation zielt, in Konkurrenz zu konkurrierenden Lebens- und Alltagswelten, ab auf Aufmerksamkeit im umkämpften Wahrnehmungsmarkt. (vgl. Dörner 2001, S. 33-34) Sie kann Menschen erreichen, aber dafür gibt es Voraussetzungen.

Politische Zustimmung durch die Bevölkerung ergibt sich nicht automatisch aus handwerklich gut gelösten Problemen – sie benötigt Koordination, Konzentration, Kommunikationsdisziplin und Kontroversen.

*Koordination* fordert alle am Beteiligten – Partei, Fraktion und Regierung – sich miteinander abzustimmen und Strukturen miteinander zu verknüpfen: Kernbotschaften und Kernthemen müssen auf allen Ebenen der Organisation übereinstimmen. In der Organisation müssen klare Strukturen, klare Aufgaben und richtige personelle Strukturen herrschen. Ohne Organisation von Politik hat eine Partei vielleicht eine Vision, aber sicherlich keine Strategie und kein Konzept. Koordinationsprobleme nehmen mit der Anzahl der beteiligten Institutionen zu und unterscheiden Regierungs- von Oppositionsparteienparteien, die weit weniger Akteure koordinieren müssen. Eine Partei, die kein strategisches Zentrum formen kann, ist weder entscheidungs- noch kommunikationsfähig. *Konzentration* bedeutet eigene Gewinnerthemen zu erkennen, Kernbotschaften zu entwickeln und mit Personen zu verknüpfen. Dazu benötigt man Gewinnerthemen, die einerseits für die Bevölkerung wichtig sind, zu der eigenen politischen Programmatik passen, und von Kernbotschaften unterstützt werden, um ihnen Gehör zu verschaffen.

*Kommunikationsdisziplin* muss sichergestellt werden, um wenige, aber übereinstimmende Kernbotschaften zu damit eine Erkenn-

barkeit des eigenen politischen Wollens möglich ist. Das bedeutet nicht, interne Diskussionen zu vermeiden. Vielmehr geht es darum, ein Bild nach außen zu repräsentieren, das programmatisch, personell und symbolisch mit dem übereinstimmt, was Parteien durch politische Diskussionen mehrheitlich für richtig halten.

*Kontroversen* mit dem politischen Gegner sind notwendig, um die Unterschiede der Parteien in Programmatik und Werte zu verdeutlichen. Nur so erkennt der Wähler seine politische Optionen und gewinnt Orientierung im politischen Diskurs.

Nicht alle Botschaften sind erfolgreich. Denn politische Kommunikation ist umkämpft – es existieren Deutungen und Gegendeutungen. Zudem ist das mediale Angebot nahezu exponentiell gewachsen. Viele bleiben im Kommunikationsdickicht der Medien hängen und gelangen nicht zum Wähler. Bestimmte Anforderungen an die Botschaften von Politik müssen erfüllt sein:

Botschaften brauchen *Programmatik*: Ein Thema muss für die Wähler von Interesse und Relevanz sein. Eine politische Botschaft ohne Programm verpufft. Zudem kann eine noch so mediengerechte Präsentationskunst Personen, Werte und Inhalte, die im Mittelpunkt der politischen Debatte stehen, nie ersetzen.

Botschaften müssen *inklusiv* und *exklusiv* sein: möglichst breite Wählerschichten müssen sich angesprochen fühlen, dennoch muss das Profil von Parteien erkennbar sein. Parteien mit exklusiven Botschaften sind Nieschenspieler im politischen Prozess.

Botschaften müssen *glaubwürdig* sein. Nur wer glaubwürdig ist, kann überzeugen. Dazu müssen Person, Programm und Botschaft in sich stimmig sein. Wer erfolgreich diese drei Elemente verknüpft, kann nachhaltig wirken. Botschaften müssen *wiederholt* werden. Nur so werden öffentlich wahrgenommen werden.

Botschaften müssen *individualisiert* werden. Nur wenn Botschaften dem Kommunikationsverhalten von Zielgruppen entsprechen, werden diese sie aufnehmen.

Politische Botschaften müssen *personalisiert* werden: Sie sind nur dann erfolgreich, wenn Personen sie verkörpern, denn Personen stehen für Inhalte. Sie ermöglichen dem Publikum die Identifikation mit der Politik, da handelnde Menschen Kontinuität und Orientierung in ständig wechselnden Konstellationen repräsentieren.

## 5. Politische Kommunikation wird Wertekommunikation

Politische Auseinandersetzungen sind häufig von Detailismus in Sachthemen geprägt. Dadurch kommuniziert die politische Klasse häufig allein, aber nicht unbedingt mit denen, die sie erreichen will. Der thematische Detailismus und die Instrumentendebatte der Politik verdecken in der Regel die unter-



schiedlichen Werte und gesellschaftspolitischen Leitbilder, die sich hinter bestimmten Politikauffassungen und Themen verbergen. Dies führt Politik als Technokratie vor und kann den Eindruck politischer Beliebigkeit vermitteln. Werte, die „Vorstellung des Wünschbaren“ (Kluckholm 1951, S. 395), Motiv und Grundlage für politische Identifikationen, sind eher das, was die Öffentlichkeit erwartet und konkurrierende Parteien voneinander unterscheidet.

Eine gesellschaftliche Wertedebatte bietet dem politischen System eine große Chance: Sie kann Politik und die damit verbundenen Wertvorstellungen und Zielsetzungen vermitteln, die politischen Silhouetten sichtbar machen und die Menschen damit für Politik wieder begeistern. Eine Wertepolitik kann Politik neue Anziehungskraft und Relevanz geben. Und Menschen in einer komplexen Welt Orientierung vermitteln. (Vgl. Morris, 2001, 184.)

Politik, und damit auch politische Kommunikation muss sich im klaren sein, welche Werte von politischer Relevanz sind, sie wird zur Wertekommunikation. Wahlen werden gewonnen über Personen, Zukunftskompetenzen, Werte und Vertrauensdimensionen nicht über Einzelforderungen oder Programme. „Elections are won by verbs – proposals for action – not by adjectives which flatter a candidate“ (Morris 1999, S. 32) Forum DL21

## Literatur:

- Bolz (2001), Norbert: Weltkommunikation,  
 Boyd-Barrett (2002), Oliver, in: Die Zeit, 17. Januar 2002, S. 54  
 Jarren Ottfried: Medien, Mediensystem und politische Öffentlichkeit im Wandel, Wiesbaden, S. 75-76  
 Dörner (2001), Thomas: Politainment, Frankfurt  
 Kepplinger (1999), Matthias: Die Kontrahenten der Fernsehberichterstattung. Analyse einer Legende, in: E. Noelle-Neumann / M. Kepplinger / W. Donsbach Hg., Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998, Freiburg / München 1999  
 Kluckholm (1951), Clyde: Values and Value Orientation in the Theory of Action, in: Talcott Parsons/Edwrad A. Shils (Hrsg.), Toward a General Theory of Action, Cambridge  
 Kocks (2001) Klaus: Glanz und Elend der PR. Zur praktischen Philosophie der Öffentlichkeit, 2001  
 Korte (2001), Karl-Rudolf: Regieren, in: Deutschland-Trendbuch: Fakten und Orientierungen, Opladen 2001, S. 530  
 Morris (2001), Dick: Die sozialdemokratische Herausforderung: Der Übergang von Wirtschaftsthemen zu Wertvorstellungen, in: Matthias Machnig/Hans-Peter Bartels, Der Rasende Tanker, Göttingen 2001, 184.  
 Morris (1999), Dick: The New Prince. Machiavelli updated for the 21<sup>st</sup> Century, Los Angeles 1999, S. 32

# Studie „Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer“

## – Hauptaussagen und Schlussfolgerungen –

Die Grundidee des amerikanischen Nobelpreisträgers James Tobin klingt überzeugend: Belege den Devisenumtausch, also den Wechsel von der einen zur anderen Währung, mit einer geringen Steuer, der Tobin Tax. Das Ergebnis wird sein: Diejenigen, die kurzfristig und mit hohem Einsatz von der einen Währung zur anderen springen und auf kleinste Unterschiede in den Devisenkursen spekulieren, werden durch diese Steuer davon abgeschreckt. Das internationale Finanzsystem wird dadurch vor abrupten Schwankungen bewahrt und stabilisiert. Für volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen, z.B. langfristige Devisentransaktionen zur Finanzierung eines normalen Handelsgeschäftes, stellt der niedrige Steuersatz der Tobin Tax kein Hindernis dar.

Für die Entwicklungspolitik sind Instrumente à la Tobin Tax nicht nur wegen ihrer möglichen Stabilisierungsfunktion auf den Finanzmärkten, sondern noch aus einem anderen Grund sehr bedenkenswert. Heute werden täglich weltweit Devisentransaktionen in Höhe von 1,5 Billionen US-Dollar getätigt. Mit einem relativ niedrigen Steuersatz könnten ausreichend Mittel mobilisiert werden, um den gewaltigen globalen Herausforderungen entgegen zu treten. Und diese Herausforderungen lauten u.a.: Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern, Eindämmung von Aids, Maßnahmen gegen den drohenden Klimawandel. Das sind globale gemeinsame Aufgaben.

Angesichts der weltweiten Problemlage können wir uns Tabuisierungen und Scheuklappenreden nirgendwo leisten – auch gegenüber der Tobin-Tax nicht. Und der (Irr)glaube, dass ausschließlich die freien Marktkräfte schon alles richten, führt ebenfalls nicht weiter. Die Weltgemeinschaft braucht dringend sowohl stabilere Finanzmärkte als auch neue innovative Finanzierungsinstrumente für die globalen, zukunftsentscheidenden Aufgaben. Der ideologiebeladene Streit zwischen Neoliberalisten und Regulierungsfetischisten hilft nicht weiter. Versachlichung der Diskussion tut Not.

Deshalb hatte das Bundesentwicklungsministerium eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben, mit der die konkrete Machbarkeit einer Tobin Tax geprüft werden soll. Die Ergebnisse dieser Studie liegen jetzt vor.

### Ergebnisse der Studie

Wichtige Akteure, wie der britische Finanzminister und das französische sowie das bel-

gische Parlament haben sich für eine Devisenumsatzsteuer ausgesprochen.

Die Studie spricht sich klar gegen eine undifferenzierte Steuer aus, wie sie von Tobin ursprünglich konzipiert wurde. Die Studie schlägt vielmehr ein Konzept vor, welches die Nachteile der herkömmlichen „Tobin-Tax“ weitgehend überwindet. Vorgeschlagen wird ein „Zwei-Säulen-Konzept“: Die erste Säule bildet eine klassische Tobin-Tax, allerdings mit einem äußerst geringen Satz (von etwa 0,01%). Die zweite Säule besteht aus einer Abgabe, die nur ein Ziel hat: Spekulation abwehren. Ein solches Zwei-Säulen-Konzept wird nicht als Allheilmittel zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte betrachtet; es kann aber ein wichtiges Element eines breit angelegten marktkonformen Regulierungskonzepts sein, dessen Elemente derzeit international diskutiert werden.

Das Konzept der Spekulationsabgabe eignet sich in erster Linie für Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländer, die den Zugang zum freien internationalen Kapitalmarkt suchen. Sie hätte für die betreffenden Länder gegenüber den bisher weit verbre-

teten geld- und devisenmarktorientierten Interventionen der Zentralbanken zahlreiche Vorteile: Sie ist marktkonform, von den Marktteilnehmern berechenbar, ist nicht mit einem Abfluß von Devisenreserven, sondern im Gegenteil mit zusätzlichen Einnahmen für die Zentralbanken verbunden und macht die Zentralbanken unabhängiger gegenüber währungspolitischen Turbulenzen und ausländischen Kapitalgebern.

Die Studie belegt, dass einige Vorurteile gegenüber dem Instrument einer Devisentransaktionssteuer der sachlichen Überprüfung nicht stand halten. Das vorgestellte Zwei-Säulen-Konzept erscheint prinzipiell machbar. Die Studie geht auf alle Argumente gegen die „Tobin-Tax“ ausführlich ein. Es zeigt sich, dass viele der bisherigen Einwände auf das Zwei-Säulen-Konzept nicht zutreffen.

[Die ganzen „Hauptaussagen und Schlussfolgerungen“ auf der homepage [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de) auf der Seite des Diskussionsforums „Wirtschaft und Finanzen“, Eintrag vom 6. März. Die vollständige Studie findet sich im Internet unter <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/spahn/tobintax>]

Forum DL21

Zur Veröffentlichung des Gutachtens von Prof. Dr. Paul Bernd Spahn zur Machbarkeit der Tobin-Steuer erklärt der stellv. Sprecher der Linken in der SPD, Detlev v. Larcher, MdB: **Finanzminister Eichel muß zum Vorkämpfer für die Tobin-Steuer werden**

In der SPD findet die Idee einer Devisentransaktionssteuer breite Unterstützung. Schon der letzte Bundesparteitag hat mit großer Mehrheit eine Studie zur Machbarkeit dieser Steuer angeregt. Von der Bundesministerin Wieczorek-Zeul wurde Prof. Spahn in der Universität Frankfurt mit dieser Studie beauftragt. Prof. Spahn zeigt in seinem Gutachten, wie andere vor ihm dass diese Steuer auf Devisengeschäfte machbar ist. Er widerlegt die Gegenargumente der ewigen Bedenkenträger. Er hat Recht, wenn er darauf hinweist: „Die wirklichen Probleme liegen nicht auf technischem Gebiet, sondern auf dem Gebiet des politischen Willens, der internationalen Kooperation zwischen Staaten und der legalen Durchsetzung.“

Und er gibt denen, die dogmatisch bei ihrem Nein bleiben die richtige Antwort: „Die Gegner von Visionen haben bisher in der Regel Unrecht behalten.“ Jetzt muß die Bundesregierung auf EU-Ebene auf die Ver-

wirklichung dieser Steuer in der EU-Zeitzone drängen, wie das Gutachten es vorschlägt. Wir brauchen zusätzliche Mittel für die Finanzierung der Entwicklung in den unterentwickelten Ländern, wenn das Millenniumziel, die Halbierung der Armut ernst gemeint ist. Außerdem ist die Tobin-Steuer zwar kein Allheilmittel, aber sie ist geeignet, die Finanzmärkte zu stabilisieren, wie nun das Gutachten von Prof. Spahn erneut nachgewiesen hat.

Andere Länder sind da schon viele Schritte weiter. In Frankreich hat das Parlament schon ein entsprechendes Gesetz beschlossen und wartet nun darauf, dass andere Länder mitziehen. Den Aufruf des kanadischen Parlaments zur Einführung dieser internationalen Steuer haben weltweit 858 Parlamentarier unterschrieben. Auf dem zweiten Weltsozialforum mit seinen mehr als 60 000 Teilnehmern in Porto Alegre gehörte diese Steuer zu den Hauptforderungen an die entwickelte Welt. Von Deutschland als einem der reichsten Länder der Welt wird mit Recht erwartet, dass es die Einführung dieser Steuer vorantreibt. Die linken Sozialdemokraten in Deutschland und Europa werden jedenfalls keine Ruhe geben, ehe diese Steuer verwirklicht ist.



# Qualifizierung und Beschäftigung:

## Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung Diskussionspapier zur Parteivorstandssitzung am 4. März 2002

Von Benjamin Mikfeld und Andrea Nahles

### 1. Die Chance für eine Strukturreform der Arbeitsmarktpolitik nutzen

Die durch die Vermittlungsstatistiken der BA entfachte Debatte über die Arbeitsmarktpolitik bietet die Chance, Fehlsteuerungen und Fehlentwicklungen im Umgang mit der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik aufzuheben. Zu lange wurde Arbeitslosigkeit überwiegend verwaltet und an Symptomen kuriert.

Wir begrüßen den von der Bundesregierung initiierten *Zweistufenplan für kunden- und wettbewerbsorientierte Dienstleistungen am Arbeitsmarkt*. Kurzfristig werden der Aufbau effizienter Führungsstrukturen, die stärkere Einbeziehung qualitätsgesicherter privater Arbeitsvermittler, Anreizsysteme für Arbeitsvermittler und die Stärkung der Vermittlungsaktivitäten innerhalb der BA einen Beitrag leisten, offene Stellen und Arbeitssuchende stärker in Deckung zu bringen.

Allerdings werden auch eine besser organisierte öffentliche sowie die private Arbeitsvermittlung keine Wunder bewirken können. Erforderlich ist ein begleitender Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik. Mit dem *Job-Aktiv-Gesetz* wurden Maßnahmen realisiert, um die präventive und aktive Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik zu stärken. Vor allem die Einführung einer Eingliederungsvereinbarung, die den Arbeitslosen den Rechtsanspruch auf die Einschaltung von privaten Arbeitsvermittlern eröffnet, der generelle Verzicht auf Wartezeiten, die Besserstellung von Frauen während und nach dem Erziehungsurlaub, die geförderte Qualifizierung von Älteren und Geringqualifizierten sowie der neue Ansatz der Job Rotation und die Verzahnung von Infrastruktur- und Arbeitsmarktpolitik stellen wichtige Bausteine dieser Reform dar.

An diesen Maßnahmen gilt es anzuknüpfen. Die SPD hat in ihrem Leitantrag „Sicherheit im Wandel“ auf dem Nürnberger Parteitag 2001 beschlossen: „Langfristig werden wir prüfen müssen, ob nicht der Ausbau der Arbeitslosenversicherung zu einer umfassenden Erwerbstätigenversicherung erforderlich ist. Eine solche Erwerbstätigenversiche-

rung müsste nicht nur alle Formen selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit umfassen, sondern auch den Versicherten Hilfen zur Erhaltung ihrer dauerhaften Beschäftigungsfähigkeit bereitstellen und die Chancen auf Weiterbildung verbessern“. Im Rahmen der *zweiten Stufe* der von der Bundesregierung vorgesehenen Reform gilt es nun, dieses Vorhaben nicht lang- sondern kurzfristig auf den Weg zu bringen.

*Das vorliegende Diskussionspapier greift Anregungen aus der Fachdebatte auf und skizziert einen umfassenden Reformentwurf – den Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung.*

### 2. Arbeitsmarkt im Wandel

Das Arbeitsförderungsgesetz war im Jahre seiner Inkraftsetzung 1969 die arbeitsmarktpolitische Ergänzung zum Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Damals herrschte faktisch Vollbeschäftigung. Seit dem hat es viele Reformwellen hinter sich. Ohne Zweifel hat die Arbeitsmarktpolitik in den 90ern vor allem in den ostdeutschen und vom Strukturwandel betroffenen alten Bundesländern (West-Berlin, NRW) eine Reihe innovativer Ansätze entwickelt. Jedoch trägt das jetzige SGB III den neuen Realitäten auf dem Arbeitsmarkt noch nicht hinreichend Rechnung.

Der Arbeitsmarkt ist geprägt von einem *doppelten Mismatch*. Erstens schlagen sich die unterschiedlich verteilten regional-ökonomischen Entwicklungsperspektiven auch in den Arbeitslosenzahlen nieder. Bei der Betrachtung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik muss immer gefragt werden: *Welche regionale Ausgangslage ist gemeint?* Reden wir von Kreis Coesfeld (NRW – 6,5%), dem Kreis Verden (Niedersachsen – 6,1%), dem Kreis Ebersberg (Bayern – 3,4%)? Oder meinen wir die Stadt Hof (Bayern – 13,9%), die Stadt Gelsenkirchen (NRW – 16,1%), die Stadt Görlitz (Sachsen – 23,7%), den Kreis Uecker-Randow (Mecklenburg-Vorpommern – 26,9%)? Gerade in den Krisenregionen in Ost und West haben wir es auch mit einer besonders *verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit* zu tun.

Zweitens hinkt die berufliche Aus- und Weiterbildung der wirtschaftlichen Innovationsdynamik hinterher. Die Folge ist ein *Mangel an qualifizierten Fachkräften*, der sich nicht nur in den IT-Branchen zeigt. Bereits jetzt blockieren Stellenbesetzungsprobleme in konjunkturellen Aufschwungsphasen den Beschäftigungszuwachs. Ab 2010 führt zudem der demografische Wandel zu einem Mangel an Arbeitskräften. *Qualifizierung wird somit zum entscheidenden Ansatz einer integrierten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.*

Der regionale Mismatch kann nicht allein durch Arbeitsmarktpolitik, sondern nur durch eine Fortsetzung einer Politik des Strukturwandels und eine *konsequente Ausrichtung der Wirtschaftspolitik des Bundes auf die Förderung neuer Wachstumskerne in den Krisenregionen* aufgelöst werden. Mobilitätshilfen, die Anreize für Arbeitslose aus strukturschwachen Regionen bieten, in andere Regionen zu gehen, sind langfristig kontraproduktiv, weil den schwachen Regionen wertvolles „Humankapital“ entziehen. Der qualifikatorische Mismatch muss mit einer *Qualifizierungsoffensive*, v.a. für ältere Erwerbstätige, sowie einer *modernen Einwanderungsgesetzgebung* beantwortet werden. Die Verbesserung der Qualifikation für ältere Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr durch die öffentliche Förderung von Weiterbildung im Job-Aktiv-Gesetz ist hier ein wichtiger erster Schritt.

Die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland ist noch immer zu sehr *Spiegelbild des Normalarbeitsverhältnisses und der Industriegesellschaft*. Der Anteil unbefristeter abhängiger Vollzeitbeschäftigungen mit geregelter Arbeitszeit nimmt jedoch zugunsten *atypischer Beschäftigungsformen* ab. Diese Entwicklung ist ursächlich neben der politischen Deregulierung des Arbeitsmarktes vor allem auf den steigenden Erwerbswunsch von Frauen und die deutliche Zunahme von Teilzeitarbeit zurückzuführen. Männer arbeiten zu 75%, Frauen nur zu 43% in einem Normalarbeitsverhältnis. Gleichzeitig nimmt die *Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt* in den Wachstumsbereichen der unternehmensbezogenen, distributiven und haushaltsbezogenen Dienstleistungen zu. Gerade in den modernen Dienstleistungsbereichen führen Marktdruck und Projektarbeit zu neuen flexiblen Formen des Arbeitens. Bereits jeder

20. Erwerbstätige ist ein Ein-Personen-Selbstständiger. Wir erleben eine *polarisierte Flexibilisierung* vom Freelancer in den Wissens-Dienstleistungen bis hin zu einem neuen Tagelöhnerum z.B. bei Botendiensten.

3. Das Prinzip der Arbeitsversicherung  
Der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft erfordert eine neue Arbeitsmarktpolitik. Unser Vorschlag lautet, die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine *Arbeitsversicherung* umzuwandeln. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall (drohende) Erwerbslosigkeit eingetreten ist, sondern die Erwerbstätigen erwerben mit ihren Leistungen individuelle Ansprüche, z. B. an Phasen kürzerer Arbeitszeit oder Qualifizierung, die sie *während der Erwerbstätigkeit oder in Übergangsphasen* einlösen können. Für Arbeitslose gilt das Prinzip der *Aktivierung*, d.h. der Re-Integration in den Arbeitsmarkt.

Gleichzeitig geht es auch um eine neue *strategische Gestaltungsperspektive*. Die deutschen Tarifparteien müssen stärker auf Modelle orientieren, die eine staatlich unterstützte Flankierung von individuellen, betrieblichen und tariflichen Vereinbarungen ermöglichen.

Im Rahmen einer Strukturreform ist es angebracht, die Reparatur- und Umbauarbeiten an der Arbeitsmarktpolitik, durch einen Neubau zu ersetzen. Wir setzen auf das Prinzip der *Flexicurity*: Erforderlich ist eine Konzeption, die Flexibilisierung zulässt, aber neue Sicherheiten bietet. Vor allem geht es um die Realisierung einer *Brückenfunktion an Arbeitsmarkt-Übergängen*. Folgende Prinzipien sollen für die Arbeitsversicherung gelten: Die Arbeitsmarktpolitik bekommt den expliziten Auftrag, am Erreichen des *Vollbeschäftigungsziels* mitzuwirken.

Ebenso zentral ist das Ziel der *Gleichstellung der Geschlechter* und die *Vereinbarkeit von Familie und Beruf*. Um diese zu realisieren, kann die männliche Erwerbsbiografie nicht

Andrea Nahles



auf die Frauen übertragen werden. Erforderlich ist eine „Vollbeschäftigungspolitik neuen Typs“.

Der Grundsatz des *Vorrangs aktiver vor passiven Leistungen* und damit der *Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit* wird konsequent umgesetzt. Die Vielzahl von einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik soll im Ansatz der Arbeitsversicherung systematisiert, verstetigt und gebündelt werden. Erwerbstätige können auch ohne akute Bedrohung durch Arbeitslosigkeit Leistungen aus der Arbeitsversicherung in Anspruch nehmen. Die Arbeitsversicherung erhält somit eine *lebensbegleitende, aktivierende Funktion*. Vor allem sollen für Beschäftigte *Wahlmöglichkeiten* geschaffen werden.

Die Arbeitsversicherung wird als *Erwerbstätigenversicherung* ausgestaltet, d.h. auch BeamtInnen und Selbstständige werden mit einbezogen. Damit wird nicht nur dem Solidaritätsgedanken Rechnung getragen, sondern auch die biografische Kontinuität sozialer Sicherung gewährleistet.

Dort wo *öffentlich geförderte Beschäftigung* notwendig ist, soll diese dauerhaft finanziert und auf die regionalen Wirtschaftsstrukturen ausgerichtet werden.

#### 4. Rahmenbedingungen für eine neue Arbeitsmarktpolitik

Die Bundesanstalt für Arbeit wird umgewandelt in eine „*Agentur für Arbeit und Qualifizierung*“. Die Arbeitsämter werden zu regionalen Servicestellen für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickelt.

Die *Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik* wird so organisiert, dass auf allen Ebenen fiskalische Anreize bestehen, passive Zahlungen durch aktive Leistungen zu ersetzen.

Die globale Zahl der Arbeitslosen ist wenig aussagekräftig. Die *Arbeitslosenstatistik* muss mehr Aussagen über die unterschiedlichen Formen von Arbeitslosigkeit treffen.

Der in NRW entwickelte Ansatz der *Sozialagenturen* wird bundesweit umgesetzt. In „Sozialagenturen“ wird die Sozialhilfe mit weiteren sozialen Dienstleistungen, wie beispielsweise Wohnungshilfe, Suchtberatung, Schuldnerberatung, Familienberatung oder Kinderbetreuung verbunden werden. Für Personen in schwierigen Lebenssituationen wird somit Hilfe „aus einer Hand“ organisiert. *Sozialhilfeempfänger müssen in vollem Umfang Zugang zu den aktiven Leistungen der Arbeitsversicherung bekommen können.*

Die Qualifizierungsoffensive muss verzahnt werden mit einer *grundlegenden Bildungsreform in Schulen und Hochschulen*, die die Grundlage für eine Bewältigung der Herausforderungen der modernen Arbeitsgesellschaft legen müssen.

5. Regelungskreise der Arbeitsversicherung  
Die Arbeitsversicherung ist praktische Aktivierungspolitik, in deren Rahmen die folgenden sechs Regelungskreise systematisch aufeinander bezogen werden. Eine Systema-

tisierung soll auch dazu beitragen, das SGB III zu verschlanken, einfacher und verständlicher zu machen sowie den *Charakter der neuen regionalen Servicestellen für Arbeit und Qualifizierung als Dienstleistungseinrichtungen* zu stärken.

#### I. Matching und Mobilitätsförderung

Die Fluktuationen auf dem Arbeitsmarkt werden im „flexiblen Kapitalismus“ weiter zunehmen. Da nur eine Minderheit der Erwerbstätigen in der Lage ist, dies ohne Hilfe zu bewältigen, müssen flexible Erwerbsarbeit, die Zunahme von Beschäftigungsmobilität, Diskontinuität und Heterogenität sozialstaatlich flankiert werden. Im wesentlichen geht es um das Ziel der *Employability*, d.h. nicht um den Erhalt eines bestimmten Arbeitsplatzes, sondern um die Sicherstellung von Beschäftigungsfähigkeit. Neue Sicherheitsgarantien können in einem solchen Konzept überhaupt erst die Voraussetzung für mehr Flexibilitätsbereitschaft bzw. die Entfaltung des „Produktionsfaktors Risiko“ schaffen. Der Arbeitsmarktpolitik kommt die Aufgabe zu, die *Übergänge zwischen einer Beschäftigung und einer folgenden Beschäftigung abzusichern*. Hierzu gehören: Profiling und Entwicklung von für beide Seiten verbindlichen Eingliederungsvereinbarungen.

Für Arbeitslose soll der Eingliederungsplan, der seit 1.1.2002 verpflichtend erstellt werden muss, zu einem Rechtsanspruch auf arbeitsmarktpolitische Integration auf Basis eines individuellen Förderplans weiterentwickelt werden.

Verbesserung und Ausweitung der Vermittlungstätigkeiten der Arbeitsämter  
Einrichtung von öffentlichen oder privaten und zertifizierten Arbeitskraftagenturen, um den flexiblen Personalbedarf von KMU abzusichern

#### II. Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen

Für erfolgreiche und durchgängige Erwerbsbiografie wird lebensbegleitendes Lernen immer wichtiger. Ebenso ist Qualifizierung die wichtigste Aktivierungsmaßnahme für Arbeitssuchende und von Arbeitslosigkeit bedrohte Erwerbstätige. Allerdings bleibt dies ein Lippenbekenntnis, wenn nicht neue Finanzierungsstrukturen geschaffen werden. Gegenwärtig wirkt die von Unternehmen ausgehende Qualifizierung stark selektiv; begünstigt werden vor allem Höherqualifizierte und Kernbelegschaften. Zu geringe Weiterbildungsaktivitäten sind vor allem in den KMU zu verzeichnen. In dem Maße, wie Erwerbsbiografien flexibler werden, kann zudem immer weniger darauf gesetzt werden, dass Weiterbildung v.a. von den Betrieben organisiert und finanziert wird, da sich diese Investition für sie nur bei langfristig im Unternehmen verbleibenden Beschäftigten rentiert. Vieles spricht dafür, einen *Finanzie-*



Benjamin Mikfeld

rungrummix zu entwickeln, der von Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmern (bzw. Selbstständigen) getragen wird. Denkbar ist die Bereitstellung von *Qualifizierungsgutscheinen* oder die *Einrichtung von individuellen Lernzeit-Konten*, die durch gesetzliche Weiterbildungsansprüche (v.a. durch die Weiterbildungsgesetze der Länder), betriebliche und tarifliche Regelungen, Zeitelemente aus Arbeitszeitkonten und weiterbildungsorientierten Arbeitszeitverkürzungen gefüllt werden. Geprüft werden muss, inwieweit die Aus- und Weiterbildungslandschaft zu zertifizierten *dezentralen Weiterbildungszentren* umgebaut werden kann, um eine flächendeckend qualitativ anspruchsvolle Weiterbildung ermöglichen.

### III. Atmende Arbeitszeitgestaltung

Die Arbeitsmarktpolitik muss stärker auch die Aufgabe einer „*arbeitsmarktpolitischen Angebotssteuerung*“ übernehmen, d.h. sie muss volkswirtschaftliches und betriebliches „Atmen“ des Arbeitseinsatzes je nach konjunktureller, saisonaler und betrieblicher Lage abfedern und so Entlassungen verhindern. Erforderlich ist ein *arbeitszeitpolitischer Deal*, der die differenzierten Wünsche der Arbeitnehmer nach flexiblen und z.T. kürzeren Arbeitszeiten, die Flexibilitätsanforderungen der Unternehmen und den Grundsatz, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, zusammenbringt. Einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik kommt auch die Aufgabe zu, Anreize und Rahmenbedingungen für die intelligente Kombination von gesetzlichen Maßnahmen, tariflicher Politik, betrieblichen Vereinbarungen und einer arbeitsmarktpolitischen Förderung von Arbeitszeitverkürzungen zu leisten. Eine öffentliche Flankierung ist vor allem angebracht bei „*zweckgebundenen Arbeitszeitverkürzungen*“, deren Inanspruchnahme an bestimmte Bedingungen geknüpft ist, wie z.B. die Erziehung von Kindern, die Pflege von bedürftigen Menschen sowie die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen. In Verbindung mit dem

Regelungskreis Qualifizierung könnte ein „*Fonds für Qualifizierung und Arbeit*“ auf Basis des Job Rotation-Modells kurzfristig einen erheblichen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes leisten.

### IV. Strukturförderung

Vor allem in strukturschwachen Regionen wird es dauerhafte Formen der Förderung von zusätzlicher Arbeit geben müssen. Der so genannte Zweite Arbeitsmarkt war immer als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt konzipiert. Längst hat sich angesichts der Massenarbeitslosigkeit ein chaotischer öffentlich geförderter Beschäftigungssektor herausgebildet. Das SGB III sieht v.a. *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* (§ 260ff.) und *Strukturanpassungsmaßnahmen* (§ 272ff.) vor. Zum Teil werden auch die Mittel für *Sozialplanmaßnahmen* (§ 254 ff.) im Rahmen von *Beschäftigungsgesellschaften* oder die *Freie Förderung* (§ 10) von den Arbeitsämtern für solche Zwecke genutzt. Weitere Ansätze von EU, Ländern und Kommunen sehen beispielsweise die Förderung von Dienstleistungspools, Sozialen (Wirtschafts-)Betrieben bzw. Arbeitsförderbetrieben oder „Arbeit statt Sozialhilfe“ vor. Was jedoch fehlt, ist die Bereitschaft, den chaotischen Zweiten Arbeitsmarkt im Rahmen eines *öffentlich geförderten Beschäftigungssektors* auf eine neue Grundlage zu stellen, in den sich der bunte Mix an regionalen Projekten einfügen kann. Auch die bundesweite Übernahme des Mainzer Kombilohn-Modells stellt eine Fortsetzung dieses Stückwerks dar. Der Ansatz der „Beschäftigungsschaffenden Infrastrukturförderung“ im Job-Aktiv-Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ein wichtiges Element der Arbeitversicherung wäre eine *dauerhafte projektfinanzierte Lösung zur Ko-Finanzierung von Dienstleistungen der Lokalökonomie* in strukturschwachen Regionen.

### V. Förderung von Existenzgründungen

Angesichts der Zunahme Neuer Selbstständigkeit und des häufigeren Wechsels zwischen abhängigen und selbstständigen Erwerbsformen erweist sich die Trennung zwischen Arbeitsförderung auf der einen und der Existenzgründungsförderung auf der anderen Seite als Problem. Der Arbeitsförderung kommt zunehmend die Aufgabe zu, ihre Leistungen auch auf die Unterstützung von Existenzgründungen auszurichten. Da etwa jeder fünfte Existenzgründer zuvor arbeitslos war, handelt es sich hier um eine wichtige Aufgabe aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Ergänzend zu der klassischen auf Finanztransfers ausgerichteten Existenzgründungspolitik muss die Arbeitsmarktpolitik eine hinreichende Ausstattung mit qualifiziertem Personal unterstützen. Mögliche Ansätze sind die Gewährung von nicht auf bestimmte Arbeitslose beschränkte Lohn-

*kostenzuschüsse* für die ersten zwei Jahre, die Kombination von *Teilzeit-Beschäftigung* und *Teilzeit-Arbeitslosengeld*, die Unterstützung auch der Übernahme von Altbetrieben, die Ausweitung der Gründer-Qualifizierung auf mithelfende Familienangehörige und Beschäftigte sowie die Einrichtung von *integrierten Beratungsstellen* der Arbeitsverwaltung und der Wirtschaftsförderung. Wesentliche Schnittstellen zu den anderen hier benannten Regelungskreisen sind die Einbeziehung von Existenzgründern in die gesetzlichen Sozialversicherungen und der Aufbau von *öffentlichen Arbeitskräftepools* zur Unterstützung des flexiblen Personalbedarfs von jungen Unternehmen.

### VI. Absicherung in verschiedenen Erwerbsformen und Lebenslagen

Die Entstandardisierung von Erwerbsformen, Lebensverläufen und Lebensformen hat zur Folge, dass wachsende Teile keine oder nur unzureichende Ansprüche an die Sozialversicherungen haben. Daher soll die Arbeitsversicherung als *Erwerbstätigenversicherung* ausgestaltet werden, d.h. alle Erwerbstätigen werden einbezogen. Für die „Neuen Selbstständigen“ ist ein an die Künstlersozialversicherung angelehntes Finanzierungsmodell zu entwickeln. An die Stelle der Arbeitgeberbeiträge tritt für diese Erwerbstätigen ein Fonds, in den die auftraggebenden Unternehmen einzahlen.

6. Leitbild: Selbstbestimmtes Normalarbeitsverhältnis – Absicherung von N.E.W.-Phasen  
 Unser Leitbild ist das selbstbestimmte Normalarbeitsverhältnis. Es bedeutet eine Abkehr vom männlich geprägten Normalarbeitsverhältnis der Nachkriegszeit und ermöglicht eine lebensphasenabhängige Ausgestaltung der Erwerbsarbeit. Das neue Teilzeitgesetz der Bundesregierung ist ein vernünftiger Schritt in diese Richtung. Gleiches gilt für die Regelung im Rahmen des Job-Aktiv-Gesetzes, die vorsieht, dass drei Jahre Elternzeit/Erziehungsurlaub sozialversichert somit in den Schutz der Arbeitslosenversicherung einbezogen werden. Dennoch bleiben Erwerbs-, Erziehungs-, und Weiterbildungsphasen immer noch schematisch getrennt und verfügen Frauen bzw. Männer, die in Erwerbsunterbrechungen vornehmen, über keinen gesicherten Lebensunterhalt.

Je nach Lebenslage müssen selbstgewählte Formen der Arbeit möglich sein. Für Paare könnten sich z.B. die Leitbilder 2 Dreivierteljobs oder 2 Vollzeitstellen mit variablen Auszeiten durchsetzen.

Der Ansatz der Arbeitsversicherung hilft, *N.E.W.-Phasen* im Rahmen einer Arbeitsbiografie abzusichern. N.E.W. steht für

- Nicht-Erwerbstätigkeit (Sabbatical, Vorbereitung einer Existenzgründung, etc.)
- Erziehung
- Weiterbildung

# Perspektiven sozialdemokratischer Gesundheitspolitik

Von Martin Pfaff

Die Bundestagswahl 2002 ist im wahrsten Sinne des Wortes auch eine Schicksalswahl für die zukünftige Gesundheitspolitik. Denn dabei geht es nicht nur um die unterschiedlichen Leitbilder der amtierenden Regierung und der größeren Oppositionsparteien, sondern auch um die Willensbildung innerhalb der SPD selbst. Und weitgehend unabhängig von der letzteren um die Form der Koalition einer SPD-geführten Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestags.

Der innerparteiliche Willensbildungsprozess der SPD ist zum Zeitpunkt 1. März 2002 noch keineswegs abgeschlossen. Dennoch zeichnen sich bereits jetzt die Konturen dieser Politik ab.

Der Wettstreit der Leitbilder: Privatisierung von Gesundheitsrisiken oder Weiterentwicklung des solidarischen Systems?

Die Grundsatzfrage des Bundestagswahlkampfes 1998 stellt sich auch im Bundestagswahlkampf 2002: Sollen neo-liberale Positionen, die im Effekt eine weitergehende Strategie der Privatisierung bedeuten, über

- Absenkung des solidarisch finanzierten Leistungskatalogs
- insbesondere in der Form von Regel- und Wahlleistungen,
- Erhöhung der Selbstbeteiligung,
- Beitragsrückerstattung und
- Kostenerstattungssystem u.a.m.

der Weg der Zukunft sein? Dies würde – je nach Ausgestaltung – mehr oder weniger einem Systembruch in der GKV entsprechen. Oder sollen Reformen im Rahmen des bestehenden Systems durchgeführt werden, ohne dessen sozialen Charakter zu schmälern?

Während die bisher vorliegenden Äußerungen aus den Reihen der CDU/CSU und insbesondere der FDP Elemente der Privatisierungsstrategien enthalten, war die Diskussion innerhalb der SPD in den vergangenen Jahren keineswegs eindeutig auf die zweite Strategie festgelegt: Ein Papier aus dem Bundeskanzleramt, aus dem Wirtschaftsministerium und einzelne Stimmen aus den Ländern ließen Spekulationen über die Richtung sozialdemokratischer Ge-

sundheitspolitik zu. Auch weil eine eindeutige Antwort der Partei- und Fraktionsführung einige Zeit auf sich warten ließ und weil die jetzigen Oppositionsparteien andauernd weitergehende Reformen forderten, entstand in den Medien der Eindruck, dass es in der SPD bestenfalls widersprüchliche Meinungen gäbe, oder schlimmstenfalls, dass die SPD selbst nicht wüsste, was sie wollte.

Der SPD Bundesparteitag vom November 2001 hat diese Fragen weitgehend – aber nicht völlig – beantwortet: Neben einem gemeinsamen Antrag von drei Arbeitsgemeinschaften der SPD (für Gesundheit, Senioren und Arbeitnehmer) und neben Anträgen einzelner, teils regionaler Arbeitsgemeinschaften (die allesamt an den Parteivorstand überwiesen wurden) enthält der Leitantrag des SPD Parteivorstandes u.a. Grundsätze, die eine klare Richtung vorgeben:

„Die medizinisch notwendigen Leistungen müssen weiterhin für alle Menschen gesichert werden. Eine Aufteilung in Regel- und Wahlleistungen wird es nicht geben.

Ein solidarisch finanziertes Gesundheitswesen ist hierzu unabdingbare Voraussetzung.“ Dies ist eine eindeutige Absage an neo-liberale „Reformen“: Denn implizit in beiden Grundsätzen ist, erstens, das Bedarfsprinzip der Inanspruchnahme, das dem Leistungskatalog zugrunde liegt, und zweitens, das Leistungsfähigkeitsprinzip der Finanzierung (auch Solidarprinzip genannt) das u.a. eine soziale von einer privaten Krankversicherung unterscheidet.

Das dahinterstehende Leitbild kann beispielsweise aus den „Thesen für eine bürger-nahe Gesundheitspolitik“ der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) 1994 entnommen werden:

„Die Gesundheitspolitik muss einen Beitrag leisten zur Verwirklichung einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, einer solidarischen Gesellschaft, in der die Starken für die Schwachen stehen, die Gesunden für die Kranken, die Jungen für die Alten, die Einzelpersonen oder Familien ohne Kinder für sol-



Martin Pfaff

che mit Kindern, und die Einkommensstärkeren für die Einkommensschwächeren.

Die Gesundheitspolitik muss zudem, um diese konkrete Vision in die gesellschaftliche Praxis überführen zu können, mehr sein als Finanzpolitik, als Kostendämpfungspolitik, als Krankenversicherungspolitik. Gesundheitspolitische Erwägungen müssen auch an andere Politikbereiche einfließen, wie z.B. in die Umwelt-, Verkehrs- und Bildungspolitik. Sie muss sich vom Selbstverständnis her am Wohlbefinden der Menschen insgesamt orientieren – also an dem umfassenden Gesundheitsbegriff der Weltgesundheitsorganisation. Diesem Anspruch kann sie nur genügen, wenn sie das Aufgabenfeld sehr breit definiert – von der Vermeidung der Krankheitsursachen, über die Vorsorge und Früherkennung, bis hin zur Heilung und Rehabilitation. Aufgabe der Gesellschaft ist es somit, den Menschen Hilfen bereitzustellen, um sie zu aktivieren – von der Förderung der Gesundheit, der Vermeidung von Krankheit, bis hin zur Bewältigung von Krankheit und zur Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit.

Eine solche umfassende Aufgabe kann von der Gesundheitspolitik nur wahrgenommen werden, wenn sie sich als Teil der Gesellschaftspolitik versteht.“

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages kann demnach nur Reform im bestehenden System und nicht Systembruch bedeuten. Sie zielt auf eine sinnvolle Weiterentwicklung eines erfolgreichen Modells ab, das heute noch vielfach nachgeahmt wird – beispielsweise bei der Umstellung planwirtschaftlicher Gesundheitssysteme im Gefolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion.

Ansatzpunkte für weitergehende Reformen Dass die gesundheitspolitische Praxis auch Probleme und Schwachstellen aufweist wurde u.a. auch durch die OECD Studie sowie das Gutachten des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen zur Unter-, Über- und Fehlversorgung deutlich.

Eine rationale Strategie der Reform erfordert nicht nur ein Leitbild. Sie setzt an erkennbaren Mängeln und Schwachstellen an. In der GKV Gesundheitsreform 2000 wurde eine Vielzahl von Problemen bzw. Systemmängeln angesprochen. Es wurden auch Instrumente zur Verbesserung oder Korrektur dieser Probleme im Gesetz aufgezeigt. Nur die praktische Umsetzung und die Erfahrungen mit den Reaktionen der Betroffenen werden zeigen,

- für welche Probleme ausreichende Instrumente zur Verbesserung vorgesehen wurden bzw.
- welche Probleme ein weitergehender Reformbedarf besteht.

In Abb. 1 sind 12 beispielhafte Problembereiche bzw. Systemmängel aufgezeigt, zusammen mit beispielhaften Instrumenten.

In der Öffentlichkeit ist viel zu wenig bekannt, dass die praktische Umsetzung der Reformmaßnahmen längere Zeiträume erfordert. Für die vollständige Realisierung eines weitgehend durchgängigen leistungsbezogenen Entgeltsystems im Krankenhaus über diagnosebezogene Fallpauschalen ist ein Zeitraum bis 2007 vorgesehen – und dies, obwohl schon im September 1992 in Lahnstein eine solche Reformrichtung eingeschlagen wurde. Heute schon ist darüber hinaus erkenntlich, dass beispielsweise die Anreize für eine flächendeckende Realisierung von integrierten Versorgungsformen nicht ausreichen: Diese setzen eine Vernetzung von Leistungen mehrerer Sektoren des Gesundheitswesens (z.B.: zwischen ambulanten und stationären sowie von Präventions- und Rehabilitationsleistungen) voraus. Zur Umsetzung dieser Konzepte sind Versorgungsverträge zwischen Kassen und den beteiligten Leistungserbringern notwendig. Oder, dass die Anbieterdominanz im Gesundheitswesen durch Stärkung der Patientenrechte allein nicht genügend in Schach gehalten werden kann, dass vielmehr die Gesetzlichen Krankenkassen über eine Flexibilisierung des Vertragsrechts, über die Modifizierung des Kontrahierungszwangs (d.h., die Kassen müssen nicht mit denjenigen Leistungserbringern Verträge abschließen, die nicht ihren Anforderungen entsprechen) u.a.m. gestärkt werden müssen: Dadurch kann defacto das Veto-Recht der Kassenärztlichen Vereinigungen in jenen Fällen nicht länger

zum Tragen kommen, in denen Kassen z.B. integrierte Versorgungsverträge abschließen wollen, die nicht den Interessen der organisierten Ärzteschaft entsprechen.

Ein offensichtlicher Ansatzpunkt ist beispielsweise auch die Prävention und Gesundheitsförderung: Sie soll zu einer gleichberechtigten Säule neben Akutbehandlung und Rehabilitation weiter entwickelt werden. Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung werden zweifelsohne Ziele sozialdemokratischer Gesundheitspolitik sein. Versicherte und Patienten sollen auch in Zukunft ihren Arzt frei wählen können. Lange Wartelisten soll es auch in Zukunft nicht geben.

Der Hausarzt soll in Zukunft als Lotse fungieren. Hierfür sind Anreize für die Versicherten (Hausarzttarife) nötig und hilfreich.

Leitlinien für die Behandlung der Kranken sollen für Krankheiten möglichst auf der Grundlage wissenschaftlicher Evidenz Anwendung finden.

Unabhängige Arzneimittelinformationen sollen den Versicherten zur Verfügung stehen. Versandapotheken sollen zur Liberalisierung der Vertriebswege, zu patienten-freundlicher Verteilung (insbesondere für alte und chronisch Kranke mit Dauermedikation) und zu Einsparungen für die GKV führen.

### Den Wettbewerb um Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung stärken

Der Wettbewerb um mehr Qualität und um mehr Wirtschaftlichkeit der Versorgung soll in Zukunft eine weitaus größere Rolle spielen. Hierfür sind – wie bereits angesprochen – die Modifizierung des Kontrahierungszwangs, die Ermöglichung von Direktverträgen zwischen einzelnen Kassen und einzelnen Ärzten oder Gruppen von Ärzten (neben den bestehenden Kollektivverträgen

mit den kassenärztlichen Vereinigungen) erforderlich.

Den Menschen mehr Wahlmöglichkeiten zu geben entspricht durchaus dem Zeitgeist. Aber solche Gestaltungsprinzipien dürfen niemals die sozialpolitischen Grundprinzipien der GKV aushebeln.

Der Wettbewerb ist kein originäres, konstitutives Prinzip einer sozialen Krankenversicherung. Es kann aber als Instrument in Richtung Kreativität und Innovation eingesetzt werden, somit positive Wirkungen zeitigen. Wenn er aber Formen annimmt, die die sozialpolitischen Gestaltungsprinzipien pervertieren, dann ist er an seine Grenzen gestoßen, dann sind Korrekturen nötig.

### Ausblick

Zweifelsohne fehlt es nicht an Vorstellungen innerhalb der SPD über die zukünftige Gesundheitspolitik. Jedoch sind diese noch nicht endgültig aufeinander abgestimmt. Ein Prozess der Abstimmung wird bis Ende März/Mitte April 2002 abgeschlossen sein, damit einige zentrale Elemente am SPD-Bundesparteitag Anfang Juni 2002 verabschiedet werden können: Solche „zentrale Botschaften“ werden für den Bundestagswahlkampf auch dringend benötigt.

Eine Zusammenfassung der Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaften, der Enquete-Kommission Demographischer Wandel, der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD Bundestagsfraktion, der Gutachtergruppe der Friedrich-Ebert-Stiftung u.a.m. würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Entscheidend wird das Ergebnis des kleinen Gesprächskreises Gesundheitspolitik sein, den der SPD Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering einberufen hat. Es darf aber erwartet werden, dass dessen Empfehlungen weitgehend mit den Positionen überein-

Abb. 1.: GKV Gesundheitsreform 2000

Probleme / Systemmängel (z.B.)	Instrumente zur Verbesserung (z.B.)
1. mangelnde Verzahnung / Integration der Leistungsbereiche	integrierte Versorgung
2. fehlsteuernde Anreize im Vergütungssystem der Krankenhäuser sowie im ambulant-ärztlichen Bereich	leistungsorientiertes Preissystem im Krankenhaus, Vergütung über Fallpauschalen, Aufwertung der zahnärztlichen und prophylaktischen Leistungen, der sprechenden Medizin u.a.m.
3. Überkapazitäten, stationär und ambulant	Krankenhauseusschuss, stringenter Bedarfszulassungen im ambulanten Bereich, u.a.m.
4. Probleme der Finanzierung der GKV (Arbeitslosigkeit, Verschiebeparkplätze, u.a.m.)	Durchsetzung des Grundsatzes der Beitragssatzstabilität
5. Mängel bei Prävention und Gesundheitsförderung	Prophylaxe, Gesundheitsförderung
6. Mangelnde Transparenz des Leistungsgeschehens	z.B. beim Arzneimittelmarkt: Positivistliste, Erweiterung der „Negativliste“, im Krankenhaus: Diagnosebezogene Fallpauschalen
7. Mangelnde Qualität und Wirtschaftlichkeit	Sicherung der Qualität der Leistungserbringung, Grundsatz der Beitragssatzstabilität, Mobilisierung von Wirtschaftlichkeitsreserven
8. Mängel bei der Durchsetzung von Patientenrechten und beim Patientenschutz	Information und Aufklärung, Stärkung der Verbraucherzentralen, u.a.m.
9. Defizite in der hausärztlichen Versorgung	Stärkung der Hausärzte
10. Tendenz zur Übertechnisierung und Übermedikalisierung	Aufwertung der sprechenden Medizin
11. Gesundheitspolitik ist zur Finanzpolitik verkümmert	stärkere medizinische Orientierung z.B. über Leitlinien u.a.m.
12. Anbieterdominanz	Stärkung der Patientenrolle

stimmen werden, die weiter oben bereits beispielhaft skizziert worden sind.

Aus Abb. 2 sind beispielsweise die gemeinsamen Empfehlungen für Reformen der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG), der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und der Arbeitsgemeinschaft 60 plus ersichtlich. Diese enthalten Anregungen zu den folgenden Bereichen:

- Verbesserungen der Leistungssteuerung für mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit;
- Verbesserung der Versorgungsqualität durch Prävention (beispielsweise auch in der Arbeitswelt);
- Verbesserung der Patienteninformation und -beratung sowie des Patientenschutzes;
- Weiterentwicklung/ Überprüfung der Finanzierungsseite der GKV.

Der größte Willensbildungsbedarf besteht zweifelsohne bei Fragen der Reform der Finanzierung: Denn hier offenbart sich wie weit die SPD bereit ist, diejenigen stärker heranzuziehen, die zur „Neuen Mitte“ zählen, oder ob sie eine höhere Belastung der unteren Einkommen in Kauf nimmt.

Eine Übertragung des Riesterischen Modells der Rentenreform auf die Gesetzliche Krankenversicherung scheidet aus mehreren Gründen aus:

Von der Grundkonzeption her werden Gesundheitsleistungen der GKV nach dem Bedarf gewährt und die Finanzierung (d.h. der Beitrag) erfolgt nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. In der Gesetzlichen Rentenversicherung dagegen dominiert das Äquivalenzprinzip, d.h. die Höhe der Rente hängt v.a. von der Beitragshöhe und der Zahl der Versicherungsjahre ab – allerdings ergänzt um solidarische Komponenten, die zu einer sozialen Rentenversicherung gehören. Wenn das Riester-Konzept unmittelbar übertragen würde, müssten in einem ersten Schritt alle gesamtgesellschaftlichen Leistungen der GKV nun aus Steuermitteln finanziert werden. Angesichts der Lage des Fiskus ist dies zumindest kurzfristig nicht zu erwarten. Gleichmaßen ist nicht zu erwarten, dass in der GKV eine Steuer wie die Öko-Steuer eingeführt wird um die Beiträge zur GKV zu subventionieren.

Schließlich muss eine private Komponente („Riester-Rente“) in der GKV nicht erst eingeführt werden: Es gibt sie schon in der Form der Zuzahlungen bei Leistungsanspruchnahme. Insgesamt zeigt die internationale Erfahrung hinlänglich, dass Gesundheitssysteme mit bedeutender oder gar überwiegender privater Finanzierung keineswegs kosteneffektiver, schon gar nicht verteilungsgerechter sind: Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Angesichts dieser zumindest unter Fachleuten bestens bekannten Tatsachen erstaunt schon wie stark der Glaube der Apologeten einer marktliberalen Strategie zu sein scheint.

Auch bei ihnen sollte langsam die Erkenntnis dämmern: Die soziale Krankenversicherung

ist für Strategien der Privatisierung von Gesundheitsrisiken nicht geeignet.. Forum DL21

Abb. 2: Beispielhafte Ansatzpunkte für die sozialdemokratische Gesundheitspolitik: Excerpt aus dem gemeinsamen Antrag von ASG, AfA und 60plus zum SPD Bundesparteitag im November 2001

### 1. Verbesserung der Leistungssteuerung für mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit

Oberstes Ziel jeder Reform der Steuerung ist die notwendige Verbesserung der Versorgung bei Optimierung der Wirtschaftlichkeit. Zur Beseitigung der vorhandenen Mängel der Leistungssteuerung ist u.a. erforderlich:

- Rechtliche Regelung zur Erhebung und Nutzung von steuerungsrelevanten Daten mit Blick auf gesundheitssystemsteuernde Erfordernisse.
- Orientierung der Leistungssteuerung an Krankheitsarten, Zielgruppen und -regionen sowie Alter und Geschlecht.
- Erweiterung vertragsrechtlicher Möglichkeiten für Vertragsabschlüsse von Kassen direkt mit (Gruppen/Netzen von) Leistungsanbietern bei Verhinderung von Versorgungslücken.
- Beseitigung von Über-, Unter und Fehlversorgung (vgl. Gutachten des Sachverständigenrats für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen 2001).
- Verbesserung der Verzahnung der Behandlungsabläufe, Versorgungsstrukturen (Integrierte Versorgung, Disease- und Case-Management).
- Schaffung von sektorenübergreifenden Vergütungssystemen (Orientierung an Krankheitsarten, Zielgruppen und Regionen).
- Erstellung von Gesundheitszielen und Leitlinien für die medizinische Behandlung und Pflege (strukturierte Behandlungsabläufe).
- Weiter(pflicht)qualifizierung der Ärztinnen und Ärzte (insbesondere Hausärztinnen und -ärzte).
- Heben von Wirtschaftlichkeitsreserven im Arzneimittelbereich (Vertrieb, Festbeträge oder Einkauf, Positivliste, Krankenhausapothek).

### 2. Verbesserung der Versorgungsqualität durch Prävention

Prävention, insbesondere Primärprävention ist eine Querschnittsaufgabe, die vor allem politisch durch Bund, Länder und Gemeinden zu verantworten ist und in die die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen sind.

Ohne die gesetzlichen Krankenkassen aus der Verantwortung zu entlassen sind insbesondere mit Bund und Regionen z.B. zu verwirklichen:

- Primärpräventive Ansätze mit Fokussierung auf diejenigen Risikofaktoren, welche zahl-reiche Erkrankungen gleichzeitig mitverursachen.
- Breit angelegte nationale, regionalisierte und zielgruppenspezifische Präventionsprogramme zur Verhaltensveränderung bzgl. gesundheitsschädlichem Verhalten.
- Sekundär- und tertiärpräventive Programme insbesondere für chronische Erkrankungen.
- Konsequente und evaluierte Verfolgung des Ziels der Verminderung sogenannter Volkskrankheiten.
- Öffentlich geförderte Studien und Projekte um die Wirksamkeit speziell von nichtmedikamentösen Präventions-, Palliativ- und Rehabilitationsmaßnahmen weiterentwickeln zu können (So können beispielsweise finanzielle Anreize von den Kassen an die Betriebe gewährt werden, die die Gesundheitsförderung in die betrieblichen Abläufe integrieren).

### 3. Verbesserung der Patienteninformation und -beratung sowie des Patientenschutzes

Für eine effektive und effiziente Leistungserbringung im Gesundheitssystem ist die Einbeziehung der Patientinnen und Patienten erforderlich. Die Sicherheit und der Schutz von Patientinnen und Patienten muss verbessert werden.

Hierzu sind z.B. folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Die Information des Patientinnen und Patienten ist grundlegend zu fördern und zu verbessern.
- Patientenrechte sind zu stärken, z.B. über veränderte Haftungsregelungen.
- Es ist zu prüfen, ob die verschiedenen rechtlichen Regelungen zum Patientenschutz zusammengefasst werden sollten.
- Gesundheitliche Selbsthilfe sollte bei der Erstellung von Behandlungsleitlinien beteiligt werden.
- Frühwarnsysteme bei Arzneimitteln sollten eingerichtet werden.

### 4. Weiterentwicklung / Überprüfung der Finanzierungsseite der GKV

Zur Weiterentwicklung der Finanzierungsseite ist neben der Umsetzung der Reform des Risi-kostrukturausgleichs (Orientierung direkt an Morbiditäten) und parallel zur Konsolidierung durch eine verbesserte Ausgabensteuerung kurzfristiger Regelungsbedarf gegeben:

- Senkung des Mehrwertsteuersatzes (z.B. Halbierung) auf Arzneimittel.
  - Steuerfinanzierung von gesamtgesellschaftlichen Leistungen (ohne direkten Krankheitsbezug).
- Darüber hinaus wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgerufen, eine Enquetekommission einzuberufen, die insbesondere die folgenden ggf. mittelfristig notwendigen Maßnahmen fokussiert:
- Verbreiterung der Beitragsbemessungsgrundlage in der gesetzlichen Krankenversicherung, sowie Erweiterung der Versichertenkreises.
  - Anpassung der Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung an das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung.

Auf der Finanzierungsseite ist in jedem Falle sicher zu stellen, dass das konstitutive Grundprinzip der solidarischen Finanzierung sowie speziell auch das Prinzip der paritätischen Finanzierung im Rahmen der Lohnzahlung beibehalten bleibt.

# Die spannenden Debatten finden hier statt.



UTE VOGT UND EVA RÜHMKORF  
**Zwei Politikerinnen, zwei Generationen, zwei Karrieren – was hat sich verändert in drei Jahrzehnten weiblicher Politik?**

SUSANNE GASCHKE  
**Das Buch *Generation Ally* will erklären, „warum es heute so kompliziert ist, eine Frau zu sein“. Und scheitert dabei auf der ganzen Linie**

URSULA BIRSL  
**Die Macht der jungen Frauen. Wer wissen will, wie Wahlen ausgehen, der fragt am besten den weiblichen Nachwuchs**

MATTHIAS MACHNIG  
**Kulturkampf aus der Kreidekiste – warum Stoibers Mitte heute nicht mehr die Mitte dieser Gesellschaft ist**

FRANK DECKER  
**Vom Proletariat zur Neuen Mitte. Franz Walters große Geschichte der deutschen Sozialdemokratie erscheint zur rechten Zeit**

BERLINER REPUBLIK – DAS DEBATTENMAGAZIN

Jetzt bestellen: Telefon 030/255 94-130 Telefax 030/255 94-199

E-Mail [vertrieb@b-republik.de](mailto:vertrieb@b-republik.de)

## JA, ICH BESTELLE:

- das Jahresabo\* der Berliner Republik zum Preis von 30,- EUR frei Haus und erhalte als Geschenk ein exklusives Buch
- das Studentenjahresabo\* der Berliner Republik zum Preis von 25,- EUR frei Haus (bitte Nachweis beilegen)
- die aktuelle Ausgabe zum Preis von 5,00 EUR zzgl. Porto und Verpackung

Zahlungsweise  Bankeinzug  Rechnung

Name, Vorname

Geldinstitut

Straße/Nr.

BLZ/Kontonummer

PLZ/Ort

**WIDERRUFGARANTIE:** Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche (Datum des Poststempels) gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, widerrufen werden.

Telefon/Telefax/E-Mail

Datum, 1. Unterschrift

Datum, 2. Unterschrift

# Geschlechterkonstruktion

## Einleitung zum Schwerpunkt

Von Anja Kruke

Frauenpolitik ist gerade wieder in, zumindest in den Feuilletons der Republik. Und das nicht zuletzt deshalb, weil in diesem Jahr mal wieder Wahlen anstehen, bei denen schließlich über 50 Prozent der Wähler weiblich sind.

Dies allein wäre Grund genug, sich dem Thema Frauenpolitik wieder in einem Schwerpunkt zu nähern. Doch soll es hier darum gehen, die letzten Jahre in Sachen Frauenpolitik/-bewegung und ihrer theoretischen Entwicklung zu bilanzieren sowie nach weitergehenden Theorieperspektiven zu forschen. Der momentane Hype um Frauen verdeckt einen seit ein paar Jahren zu beobachtenden Backlash der Frauenemanzipation der „alten Schule“, an dem auch die rot-grüne Bundesregierung nichts geändert hat – oder ändern konnte? Bis in alltagskulturelle Phänomene hinein ist zu beobachten, wie sehr sich junge Frauen von der Frauenemanzipation alter Schule distanzieren und ältere wiederum mit deren Selbstverständnis als „girlies“ o.ä. nicht viel anfangen können. Um zu dieser Kenntnis zu gelangen, brauchte man sich nicht unbedingt das „Stellvertreterinnengespräch“ zwischen Verona Feldbusch und Alice Schwarzer anzuschauen.

Wir scheinen am Anfang der feministischen Bewegung wieder angekommen zu sein, wenn eine „natürliche“ Weiblichkeit plötzlich wieder Konjunktur hat. Doch der Schein trügt, die heute im Feuilleton beschriebene Weiblichkeit bezieht sich nicht mehr auf die Seele, das „Innere“, das „Geworden sein“ des Menschen, sondern auf harte biologische Facts und reduziert somit gesellschaftliche Einflüsse auf ein Minimum. Dieser Versuch einer körperlich/geistigen Festschreibung von Geschlecht stellt sich zudem in eine lange aufklärerische Tradition. Was kann man diesem Biologismus entgegenstellen?

Die sich als feministisch verstehenden Verbände hatten in den letzten Jahren auf dem sich ändernden Selbstverständnis junger Frauen offensichtliche Probleme, daran rieben sich die Debatten über die politisch-theoretische Ausrichtung z.B. der Jusos. So wurde in dem Verband über den sogenannten „doppelten Lebensentwurf“, d.h. einer Ermöglichung von Karriere wie Familie, gestritten, doch hat sich damit unmerklich die Dis-

kussion von der Realität junger Frauen scheinbar wegbewegt. In einem scheinbar völlig liberalen System der zumindest gesetzlich zugesicherten Gleichstellung ergeben sich für junge Frauen lange keine Anhaltspunkte, an ihrer Gleichstellung zu zweifeln und viele Männer denken ebenso, alles sei bestens. In diesem Sinne wird fröhlich mit ehemals als „sexistisch“ gebrandmarkten Bildern geworben, was das Zeug hält.

In diese Situation, in der eine Haltung gegen diese alltagskulturelle Dominanz eher zu einem Problem wird als die kulturelle Performanz, scheint die sich weiterentwickelnde feministische Theorie sich dieser Diskrepanz durch ein Abheben auf philosophisch-abstrakte Definitionsebenen von Geschlecht zu verlieren. Doch um was geht es ihr eigentlich? Dieser Frage widmet sich Antonia Freytag im ersten Artikel. Sie zeigt, wie „gender“ als eine generelle Kategorie der Konformisierung zu deuten ist und fragt, ob man in Zeiten, in denen der „herkömmliche“ Feminismus ausgedient zu haben scheint, nicht ganz andere Strategien, vielleicht subversiv-individueller Art, anwenden muss, um Geschlechterhierarchien überhaupt erfolgreich in Frage stellen zu können – und zu müssen, als Voraussetzung für eine neue Bewegung der Gleichstellung, deren Ansatz sich nicht im Gegensatz zu einer auf einer vorwiegend ökonomischer Basis beruhenden Geschlechterdifferenztheorie befinden muss. Ob dieser Ansatz allerdings allein noch trägt, und ob er nicht durch das Element der auf Geschlechterkonstruktionen basierenden Analyse und entsprechendem Ansatz, Bilder von Männlichkeit wie Weiblichkeit in Frage zu stellen erweitert werden kann, muss oder soll, ist zu fragen. Gestützt wird dies zumindest von Tine Pleschs und Evi Herzings Artikel lautstark unterstützt in einer Momentaufnahme frauendiskriminierender/Minderheiten diskriminierender popkultureller Phänomene.

Hier wie in dem zunächst einmal grundsätzlich anders gelagert scheinendem Artikel von Christine Eifler zur Geschlechterkonstruktion in Armeen am Beispiel der USA, Russlands und der BRD geht es zentral um die Frage der Performanz von Geschlecht und den Abgrenzungs- und Identitätskämp-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



fen, die sich im schönen Begriff des „doing gender“ zusammenführen lassen.

Wie dieses heutzutage in real existierenden Unternehmen der new economy-Branche funktioniert, haben wir bei Tanja Hartwig, einer Managerin der mittleren Führungsebene genau nachgefragt und haben gar nicht so überraschende Antworten bekommen.

In dieser Ebene der realen Arbeitswelt findet sich auch der Artikel von Gisela Notz wieder, der eine Bestandsaufnahme der momentanen Frauenpolitik darstellt. Sie führt uns deutlich vor Augen, wie viel des Weges zu einer Gleichstellung erst geschafft ist und inwiefern die von der rot-grünen Bundesregierung sogenannte Frauenpolitik das Etikett eigentlich nicht verdient. Nachdem deutlich geworden ist, wie viel eigentlich noch zu tun ist, stellt Christine Gregori abschließend einen ersten Ansatz zur Erneuerung eines frauenpolitischen Zusammenhanges über das Internet vor, das Forum vernetzte-Frauen.de.

Neben dem bilanzierenden Moment und der theoretischen Perspektive, kommt es nun darauf an, dass Deutungsmuster und Geschlechterkonstruktion in ihren Funktionsweisen aufgezeigt werden. Inwiefern das subversive Strategien oder politisch tragfähige Ansätze sind, zu einer weitergehenden Gender-Politik zu kommen, wird sich zeigen. Vielleicht gelingt es uns, dazu in spw eine Diskussion zu dieser wichtigen Frage zu entwickeln.



# Kommt der Frauenbewegung ihr Subjekt abhandeln?

Von Antonia Freytag

In den neunziger Jahren gewann der amerikanische feministische Diskurs zunehmenden Einfluss auch auf die deutsche Frauenforschung. Mit den dort entworfenen postmodernen Theorien wird nun kaum mehr von Frauen-, sondern vielmehr von Geschlechterpolitik gesprochen. Um die Bedeutung von Geschlecht und Geschlechterrollen wurden seither harte Kontroversen geführt. Was aber steht dahinter? Welches sind die heute zentralen Positionen? Auch wenn keine endgültigen Antworten gefunden werden können, ist schließlich danach zu fragen, welche Konsequenzen das gewandelte Verständnis von Geschlecht für die aktuelle Politik hat. Bedeutet die Dekonstruktion des Geschlechts durch die postmoderne Theorie das Aus für die Frauenbewegung?

## Natürliche Verschiedenheit der Geschlechter

In allen Kulturen und zu allen Zeiten gab es Vorstellungen über die Unterschiede der Geschlechter. In Westeuropa dominierte über Jahrhunderte die Idee von einer natürlichen, biologischen Verschiedenheit. Noch bis ins 18. Jahrhundert folgte die herrschende Meinung Aristoteles, der schrieb: „Das Weib ist Weib durch das Fehlen gewisser Eigenschaften. Wir müssen das Wesen der Frauen als etwas betrachten, was an einer natürlichen Unvollkommenheit leidet.“ (zit.n. Beauvoir, 1951, S.10,16). Auch die aufgeklärte, bürgerliche Romantik begriff die Frau als das vom Mann abweichende, ihn ergänzende Prinzip. Mit den entstehenden Wissenschaften erhob die Annahme der naturgegebenen Verschiedenheit und der gegenseitigen Ergänzung der Geschlechter erstmalig wissenschaftlichen Anspruch. Der Rückgriff auf die Natur war die neuzeitliche Variante der Begründung und Legitimation der Geschlechterungleichheit, reichte doch zuvor der Hinweis auf göttliche Bestimmung und christliche Ordnung, der zufolge die Frau dem Mann zu dienen habe. Auch

**In allen Kulturen und zu allen Zeiten gab es Vorstellungen über die Unterschiede der Geschlechter.**

Foto: Christian Kiel (Berlin)



die für die Gleichheit der Geschlechter kämpfende erste Frauenbewegung im 19. Jahrhundert ging noch von einer biologischen, natürlichen Verschiedenheit der Geschlechter aus, so dass Mann und Frau nicht gleich, aber gleichwertig definiert wurden. Dieser Ansatz wurde im 20. Jahrhundert weiterentwickelt zur essentialistischen Interpretation von Natur und Körper. Seit der Studierendenbewegung der späten sechziger Jahre lebt die Wahrnehmung des Weiblichen als anders, z.T. sogar als dem Männlichen überlegen auf. Die amerikanische Feministin Mary Daly

geht z.B. von einer anderen, weiblichen Welt aus, die sich grundsätzlich (positiv) vom Patriarchat unterscheidet. Sie setzt dabei Patriarchat und Männer gleich, sieht Männer qua Geschlecht als gewalttätig, mörderisch und machthungrig an, während Frauen moralisch überlegen seien. Damit folgt sie einem eindeutig biologischen Ansatz der Geschlechterdefinition. Auch die französische Psychologin Luce Irigaray folgt der biologischen Definition und plädiert sogar für die

Verstärkung des Geschlechtsunterschiedes und die Entwicklung einer eigenen weiblichen Ökonomie, Religion, Genealogie und Sprache sowie für eine symbolische Ordnung, in der auch die geschlechtliche Identität repräsentiert werden kann. Ihr Ziel ist die gegenseitige Anerkennung der spezifisch weiblichen und männlichen Identität. Ebenso plädieren die italienischen Feministinnen des „affidamento“, das „Vertrauen“ oder auch „Anvertrauen“ meint, für eine Politik der Differenz, damit Frauen ein neues Selbstbewusstsein und aktive Solidarität entwickeln und erleben können. Eine zentrale Rolle kommt hier der Entwicklung von Beziehungen zwischen Frauen zu, die jedoch nicht autoritär, sondern schwesterlich gestaltet sein sollen. Die Anerkennung der Unterschiede zwischen einzelnen Frauen bildet die Grundlage für die Akzeptanz der Geschlechtsunterschiede.

In der Politik führt der biologische Ansatz beispielsweise zur Entwicklung von Parteien wie der Feministischen Partei DIE FRAUEN, die explizit die Auffassung vertreten, Frauen würden eine bessere Politik gestalten als Männer. Auch die Grünen erwarteten von mehr Mütterlichkeit positive Veränderungen der Gesellschaft. So erschien 1986 im Kontext eines grünen Frauenkongresses das „Müttermanifest“, mit dem auch in der Linken Politik mit mehr Mütterlichkeit, im Sinne von mehr Naturnähe und Emotionalität, verknüpft werden sollte.

Antonia Freytag, geb. 1975, Politologin, wohnt in Köln. Der Text ist eine überarbeitete Fassung eines Referats im Theoriekreis des Vereins zur Förderung der politischen Kultur e.V. (Kulturverein).

www.sozialismus.de

Sozialismus 2002

In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod  
 Hilal Onur: Arbeit und menschliche Würde  
 Arne Heise: Ist Schröder gescheitert?  
 Christoph Lieber: Zur Bioethik-Debatte  
 H. Bruno: Metrorapid – falsche verkehrspolitische Weichenstellung  
 Günter Frei: Das Ende der Kirch-Springer-Ära  
 Gespräch mit Oskar Negt über »Arbeit und menschliche Würde«



»In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod«; Arne Heise: Ist Schröder gescheitert? Christoph Lieber: Zur Bioethik-Debatte; H. Bruno: Metrorapid – falsche verkehrspolitische Weichenstellung; Günter Frei: Das Ende der Kirch-Springer-Ära

Gespräch mit Oskar Negt über »Arbeit und menschliche Würde«

Friedrich Steinfeld: BA – Auslese, und zwar effizient; Michael Wendl: Die neue Alterssicherung im öffentlichen Dienst; Joachim Bischoff: Zur neuen Biographie über Otto Brenner; Werner Thönnessen: Äußerst selektive Wahrnehmung; Jürgen Hinzer/Horst Gobrecht: Gewerkschaftslinker in Nizza und Brüssel?

Ingo Schmidt: Vor einem europäischen Jahrzehnt? Joachim Bischoff: Chaos in Argentinien; Hilal Onur: Milliardendollwerk Türkei; Rolf Sieber: Enron-Gate für Bush; Detlef Hensche: Zum Tod von Pierre Bourdieu; Mario Keßler: Zum Tod von Stefan Heym

Theodor Bergmann: Klassenkampf oder Kapitulation? Cubanischer Frühling oder Socialismo tropical; Stichwort: Zivilisierung des Arbeitsmarktes

Supplement: Löwy/Betto/Wallerstein/ Monthly Review/Bischoff/Detje/Wahl Der Geist von Porto Alegre und die Strategie der Linken

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)  
 Probeheft: Redaktion Sozialismus  
 St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
 Fax 040/280 505 68  
 e-Mail: redaktion@sozialismus.de

### Geschlechterdifferenz: sex und gender

Simone de Beauvoir beschreibt zu Beginn ihres erfolgreichen Buches „Das andere Geschlecht“ von 1949, dass die Frau bislang aus dem männlichen Blickwinkel definiert wurde: „Jedenfalls ist sie nichts anderes, als was der Mann befindet; so spricht man auch von ihr als vom 'anderen Geschlecht', worin sich ausdrückt, dass sie dem Mann in erster Linie als Sexualwesen erscheint: da sie es für ihn ist, ist sie es ein für allemal. Sie wird bestimmt und unterschieden mit Bezug auf den Mann, dieser aber nicht mit Bezug auf sie; sie ist das Unwesentliche angesichts des Wesentlichen. Er ist das Subjekt, er ist das Absolute: sie ist das Andere.“ (Beauvoir, 1951, S.11). Nach Beauvoir ist die Teilung der Geschlechter grundsätzlich etwas biologisch Gegebenes, aber diese natürlichen Voraussetzungen ge-

nügen nicht zur Erklärung von Hierarchie und Ungleichheit. Der biologische Unterschied allein verursacht noch nicht die untergeordnete Stellung der Frau. Entscheidend ist, dass beim Menschen, im Gegensatz zum Tier, neben die biologischen Voraussetzungen eine historische, eine soziale

Wirklichkeit tritt. Mit dieser formuliert Beauvoir einen zweiten Bestimmungsfaktor von Geschlecht neben der Biologie. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern und besonders die Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen werden als Ergebnis der Geschichte, der Sozialisation begriffen und sind somit grundsätzlich veränderbar.

Auch die amerikanische Historikerin Gerda Lerner nimmt diese Unterscheidung zwischen dem biologischen und historischen oder sozialen Geschlecht vor. Sie sieht in dem sozialen Geschlecht die geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen an Frauen und Männer, die kulturell und historisch bedingt sind. Die englische Sprache bietet – im Vergleich zur deutschen – eine präzisere Differenzierung von Geschlecht an mit *gender* als sozialem und *sex* als biologischem Geschlecht, so dass diese Begrifflichkeit in die feministische Theorie übernommen wurde. Die Unterscheidung zwischen *sex* und *gender*, wie sie gegenwärtig auch in Deutschland diskutiert wird, ist in den USA in den siebziger Jahren im Kontext der feministischen Bewegung wissenschaftsfähig geworden. *Sex* wird demnach determiniert durch Anatomie, Morphologie, Physiologie und Hormone, während *gender* den erworbenen Status meint, sozial und kulturell geprägte Geschlechtscharaktere, die durch Sozialisationsprozesse angeeignet werden. Sandra Harding beschreibt das Geschlecht als ge-

gesellschaftliches Konstrukt, durch das in verschiedenen Differenzierungen soziale Geschlechtsidentitäten entstehen. Dieser Ansatz wurde als konstruktivistische Interpretation in der Kontroverse um die Rolle von *sex* und *gender* bezeichnet. Die Bestimmung des Geschlechts als Ergebnis der Sozialisation rückte in den Mittelpunkt des feministischen Denkens. Viel diskutiert wurde jedoch die Frage, wie viel im einzelnen durch die biologische Fixierung festgelegt ist und wo genau die Sozialisation beginnt.

Im deutschen feministischen Diskurs waren es zunächst v.a. die Arbeiten von Carol Hagemann-White, die den Ansatz der „social construction of gender“ rezipierten und kritisierten. Vor allem wies die Autorin darauf hin, dass sich die Theorien der geschlechtsspezifischen Sozialisation nicht davon lösen,

die Geschlechterverhältnisse als natürlich zu betrachten. (Hagemann-White, 1988, S.230). Im Gegenteil, gerade die Unterscheidung zwischen einem biologischen und einem sozialen Geschlecht ist, so Hagemann-White, im Kern biologisch, denn ein Teil der Geschlechtszuordnung wird als „Natur“ festge-

schrieben, „um davon die bloß anerzogenen Eigenschaften und Erwartungen trennen zu können“ (ebd.). Die *sex/gender*-Trennung, die der Abwehr biologistischer Positionen dienen sollte, bleibt bei der Annahme, dass es jenseits der Kultur doch noch eine Natur der Geschlechter gibt, so dass der strategische Sinn begrenzt bleibt.

### Dekonstruktion des Geschlechts

In den neunziger Jahren erreichte der amerikanische *Gender*-Diskurs schließlich auch Deutschland. Wahrgenommen wurde hier besonders der Ansatz der Philosophin Judith Butler, die in ihrem einflussreichen Buch „Gender Trouble“ (1990) die These vertrat, nicht nur das soziale Geschlecht *gender*, sondern auch das biologische Geschlecht *sex* sei kulturell, also gesellschaftlich konstruiert. Geschlechtlichkeit ist nach Butler weder anatomisch noch biologisch vorgegeben. Geschlecht kann als offene Kategorie, als zu bestimmende und gestaltende Welt begriffen werden. Mit der Dekonstruktion der meist heterosexuell bestimmten Zweigeschlechtlichkeit (z.B. in der Transsexualität, der Bi- und Homosexualität) wird das Geschlecht eine jeweils neu zu verhandelnde und zu entwerfende Identität. Die Klassifizierungen werden, so auch Helga Ostendorf, von den Beteiligten selbst hervorgebracht und sind nicht natürlich vorgegeben (Ostendorf, 1999, S.153). Geschlecht und Ge-

Nach Beauvoir ist die Teilung der Geschlechter grundsätzlich etwas biologisch Gegebenes, aber diese natürlichen Voraussetzungen genügen nicht zur Erklärung von Hierarchie und Ungleichheit.

schlechtsidentität betrachtet Butler als Effekte von Machtverhältnissen, als Normen und Zwänge. Dadurch wird Identität zu einer politischen Kategorie.

Die Amerikanerin Judith Lorber versucht, diese Thesen an ethnologischen Untersuchungen zu beweisen: Sie zeigt, dass es in manchen Gesellschaft drei Geschlechter gibt, z.B. Männer, Frauen und Berdachen oder Hijras oder Xaniths. Letztere sind „biologische Männer, die sich als soziale Frauen verhalten und kleiden, als Frauen arbeiten und in fast jeder Hinsicht als Frauen behandelt werden; sie sind daher keine Männer, aber auch keine weiblichen Frauen; sie sind, in unserer Sprache, 'männliche Frauen'." Umgekehrt gibt es in einigen afrikanischen und indianischen Gesellschaften ein drittes Geschlecht, „Frauen mit Männerherz“ genannt, die als biologische Frauen in der sozialen Rolle eines Mannes arbeiten, heiraten und Kinder erziehen: „Um die sozialen Pflichten und Vorrechte von Ehemännern und Vätern zu haben, müssen sie sich nicht wie Männer verhalten oder kleiden; was sie zu Männern macht, ist genügend Reichtum, um sich eine Ehefrau zu kaufen.“ (Lorber, 1999, S.60-61). In einigen Kulturen können Menschen im Laufe ihres Lebens ihr Geschlecht wechseln, ohne dies mit einem Irrtum bei der ersten Zuweisung begründen zu müssen. Auch Candace West und Don Zimmerman weisen auf „cross-genders“ und Gesellschaften mit mehr als zwei Geschlechtern hin. In westlichen Industriegesellschaften hingegen müssen Intersexuelle und Hermaphroditen sich bald nach der Geburt Operationen unterziehen, um entweder dem Bild der Frau oder dem des Mannes zu entsprechen. Der soziale Rahmen *gender* begrenzt die zahlreichen potentiellen Möglichkeiten von Geschlecht, die sich aus verschiedensten Kombinationen von Genitalien, Hormonen, Körperformen, Kleidung, Verhalten, Sexualität und Rollen entwickeln können. Demnach entstehen vergeschlechtliche Menschen „nicht aufgrund einer Physiologie oder einer sexuellen Orientierung, sondern aufgrund der Erfordernisse der sozialen Ordnung, zumeist aufgrund der Notwendigkeit einer verlässlichen Arbeitsteilung bei der Nahrungsproduktion und der sozialen (nicht physischen) Reproduktion neuer Mitglieder.“ (Lorber, 1999, S.82). Von den biologischen Grundla-

gen ausgehend, unterscheiden nicht Menstruation, Milchbildung und Schwangerschaft Frauen von Männern, denn nur einige Frauen sind schwanger, manche Frauen haben keine Gebärmutter oder keine Eierstöcke. Bei einigen Männern kommt es zur Milchbildung und nicht alle Männer produzieren

Sperma. Die Biologie nimmt keine so strenge Trennung in zwei Geschlechter vor wie das Alltagsverständnis es tut. Die Geschlechter (*sex*) werden verstanden „als Kontinuum, bestehend aus dem genetischen Geschlecht, dem Keimdrüsen Geschlecht und dem Hormongeschlecht“, [...] wobei die einzelnen Kriterien, die zur Geschlechtsbestimmung herangezogen werden, weder notwendig kongruent sein müssen noch als unabhängig von der Umwelt aufgefasst werden können.“ (Lorber/Farell, 1991, S.7). Es stellt sich die Frage, wer entscheidet, bei welcher Konstellation von Anatomie, Hormonen und Chromosomen welches Geschlecht zu bestimmen ist. Gesellschaftliche Verabredungen, überlieferte und nicht hinterfragte Normen sind hier von zentraler Bedeutung. Die Biologie löst nicht ein, was Sozialwissenschaften und Alltagsverständnis voraussetzen oder wie Hagemann-White es formulierte: „Es gibt keine zufriedenstellende humanbiologische Definition der Geschlechterzugehörigkeit, die die Postulate der Alltagstheorien einlösen würde.“ (Hagemann-White, 1988, S.228; vgl. dazu auch Foucault, Sexualität und Wahrheit, 1977).

#### Öffnung der feministischen Theorie

Hintergrund des dekonstruktivistischen Ansatzes ist die Entdeckung der Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit, sowie die Öffnung der feministischen Theorie für die Verschiedenheit der Frauen untereinander. So wurde nun darauf aufmerksam gemacht, dass die bloße Zugehörigkeit zur Genus-Gruppe 'Frauen' weder mit gleichen Erfahrungen noch mit identischen Problemlagen verbunden sein muss. Kritisiert wurden alle Identitätsunterstellungen, auch die des Geschlechts, da auch sie vorrangig zur Unterscheidung und Zuweisung von sozialem Status, von Rechten und Pflichten dient und somit Teil eines hierarchischen Schichtungssystems ist.

Die Polarisierung zwischen essentialistischen und dekonstruktivistischen Ansätzen führte zu harten Auseinandersetzungen. Holland-Cunz versucht dem eine Mittelposition gegenüberzusetzen, die der Bestimmung von Geschlecht eher gerecht werden soll. Bei der Frage, inwiefern *sex* biologisch bestimmt oder sozial konstruiert ist, betrachtet sie weniger die äußeren Organe

als vielmehr „die unwillkürlichen und unsichtbaren Körperprozesse, die“, so die Autorin, „allerdings ebenfalls unzweifelhaft geschlechtlich different sind.“ Sie spricht von einer „materiellen Eigenlogik“, der diese Prozesse unterliegen, und verbindet damit „biologisches Potential und gesellschaftlichen

Prozess“. Sie versteht *sex* somit als „historisch gewordene, materiale, gleichwohl eigenlogische menschliche Körperlichkeit“, die mehreren Bestimmungsfaktoren unterliege (Holland-Cunz, 1999, S.20-21). Auch Renate Niekant argumentiert, dass das Erleben von Schwangerschaft und Geburt als Erfahrung wenigstens einer großen Anzahl von Frauen „als spürbare, nicht zu leugnende Materialität, als Bedingtheit zweigeschlechtlicher menschlicher Körper und der Natur“ zu betrachten sind. (Niekant, 1999, S.37).

Prozess“. Sie versteht *sex* somit als „historisch gewordene, materiale, gleichwohl eigenlogische menschliche Körperlichkeit“, die mehreren Bestimmungsfaktoren unterliege (Holland-Cunz, 1999, S.20-21). Auch Renate Niekant argumentiert, dass das Erleben von Schwangerschaft und Geburt als Erfahrung wenigstens einer großen Anzahl von Frauen „als spürbare, nicht zu leugnende Materialität, als Bedingtheit zweigeschlechtlicher menschlicher Körper und der Natur“ zu betrachten sind. (Niekant, 1999, S.37).

#### Geschlecht als Prozess

Zunehmend wird Geschlecht jedoch nicht mehr als körperlicher oder sozialer Zustand, sondern als Prozess von Geschlechtsidentität und Geschlechterbeziehungen gesehen. West und Zimmerman argumentieren, dass Geschlecht keine Variable, keine Rolle ist, sondern das Produkt sozialen Handelns. Worum besteht aber die soziale Herstellung von Geschlecht? Sie stellen die These auf, dass das Geschlecht sich in der Interaktion konstituiert und stellen die eher rhetorische Frage: „Can we avoid doing gender?“ (West/Zimmerman, 1991, S.32). Wenn eine Gesellschaft also in Frauen und Männer unterschieden wird und die Platzierung in einer *Sex*-Kategorie relevant und zwingend ist, dann ist „doing gender“ unvermeidbar. Geschlecht wird im zwischenmenschlichen Handeln hergestellt, beinhaltet eine soziale (Re)produktion von Regeln und Strukturen durch die Individuen in einer Gesellschaft. Soziale Realität entsteht in diesem Konzept prozesshaft durch komplexe interaktive Praktiken. Entscheidend sind dabei drei Faktoren:

1. die Geburtsklassifikation eines körperlichen Geschlechts
2. die soziale Zuordnung in sozial akzeptierter Darstellung
3. die intersubjektive Herstellung von Geschlecht in Interaktionsprozessen

In der jüngsten Forschung wird Geschlecht als Strukturkategorie geöffnet für eine Differenzierung und Prozessualisierung von Ungleichheitsanalyse. Dabei werden Strukturen differenziert als Situationen, die Akteure vorfinden und in denen sie ihre Zwecke, langfristigen Interessen und Handlungsroutrinen unter bestimmten Bedingungen verfolgen können und müssen. Die vorhandenen Situationen, bzw. Strukturen, wirken auf das Handeln der Akteure, umgekehrt wirkt aber das Handeln auch auf die Struktur. So werden aus Struktur- nun Prozesskategorien. Es geht um Konstruktionsprozesse von Geschlecht, aber auch von Klasse, Ethnizität, Religion, Kultur und anderen sozialen Kategorien. Der interaktive Herstellungsmodus von Geschlecht wird für die Analyse entscheidend, also das „doing gender“. Geschlecht ist damit keine Eigenschaft mehr, sondern eine fortwährende soziale Praxis interagierender Individuen über institutionelle Arrange-

**Dekonstruktionstheorien begründen eine Politik, die geschlechtliche Identitäten entgrenzen statt ausgrenzen soll.**

**Biermann/Klönne: Kreuzzug für die Zivilisation?** 268 S.; EUR 15,50; 3-89438-239-2  
„Kampf gegen den Terrorismus“, Afghanistan, die Kriege der Zukunft und Friedenspolitik heute

**Göbel: Der Irak - Ein belagertes Land;** 243 S.; EUR 14,32; ISBN 3-89438-223-6  
Ein Embargo und seine Hintergründe, 1,5 Millionen Tote und andere Kollateralschäden

**Biermann/Klönne: Globale Spiele;** 239 S.; EUR 15,80; ISBN 3-89438-227-9  
Die Globalisierung des Elends, der Terror der Ökonomie, die Saat der Gewalt

**Conrad Taler: Zweierlei Maß;** 192 S.; EUR 13,50; ISBN 3-89438-244-9  
Juristen sind zu allem fähig: Warum die Justiz Hoheits-träger der DDR so anders behandelt als alte Nazis

**U. Schneider: Tut was! Strategien gegen Rechts;** 215 S.; EUR 13,29; 3-89438-213-9  
Rechte Gewalt: Gesellschaftliche Grundlagen, politischer Rahmen, Gegenaktionen

**H. Borghoff: Die Bürde des Menschen; 526 S.; EUR 25,50; ISBN 3-89438-229-5  
Ein Lesebuch zu 200 Jahren Geschichte der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung**

ments und alltägliche wie wissenschaftliche Denkmuster.

**Kommt der Frauenbewegung ihr Subjekt abhanden?**

Anders gefragt: Was macht eine Frauenbewegung, wenn nicht mehr von *den Frauen* gesprochen werden kann? Grundsätzlich kann die Frage, ob auch sex und Sexualität ausschließlich sozial konstruiert oder natürlich bedingt sind, nicht abschließend geklärt werden. Ein großer Konsens besteht in der Frauenforschung jedoch hinsichtlich der kulturellen Konstruktion von zwei Formen von *gender*. Entpolariert und entpolitisiert die Dekonstruktionstheorie aber nicht zu sehr, wenn sie auf prozesshafte Konstruktion statt biologische Bedingtheit und Sozialisation setzt? Ulrike Teubner und Angelika Wetterer meinen, dass die sozialen Anstrengungen, mit denen die bipolare Geschlechterordnung aufrechterhalten wird, nun umso schärfer in den Blick kommen, gerade weil die Zweigeschlechtlichkeit noch nicht einmal in der Natur vorausgesetzt werden kann – warum dann also in der Gesellschaft? Daher wird auf die Politik, die zur Konstruktion oder Stabilisierung einer rein zweigeschlechtlichen Gesellschaft dient, besonderes Augenmerk gelenkt. (Teubner/Wetterer, 1999, S.16) Das Festhalten an den Kategorien „Frau“ und „Mann“ und den damit verbundenen Hierarchien kann nun einer viel gründlicheren Kritik unterzogen werden. So kann die Dekonstruktion der Geschlechterdifferenz ein radikalerer Ansatz für eine feministische Politik sein, als die bisherigen Versuche der deutschsprachigen Frauenforschung, die Differenz zu enthierarchisieren, ohne die bipolare Ordnung selbst in Frage zu stellen. Dekonstruktionstheorien begründen eine Politik, die geschlechtliche Identitäten entgrenzen statt ausgrenzen soll. Schon die Zuweisung einer Person in eine Geschlechterordnung verursacht Hierarchie und Diskriminierung, so dass deren Aufhebung nur durch eine Abkehr von der Geschlechtszuschreibung zu erreichen ist.

In der (sozialdemokratischen) Linken überwiegt jedoch der Sozialisationsansatz, grundsätzlich wird von der Zweigeschlechtlichkeit ausgegangen, ohne einem Geschlecht eine höhere Bewertung zuzusprechen. Dieser Ansatz wirkt jedoch oft verallgemeinernd und wird den unterschiedlichen Situationen verschiedener Frauen oder Männer genauso wenig gerecht, wie den Menschen, die sich jenseits der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit identifizieren. Die Chance, Geschlechterhierarchie viel grundsätzlicher in Frage zu stellen, und neue politische Interaktionsformen zu suchen, wird hier nicht aufgenommen. Meines Erachtens ist zu fragen, ob nicht ein Neudenken von Geschlechter(un)gleichheit jenseits der bipolaren Rollen in allen Politikfeldern möglich und nötig wird. Ansatzpunkt muss zunächst das Aufdecken von

Geschlechterkonstruktion sein, die Entwicklung eines kritischen öffentlichen Bewusstseins für Geschlechtszuweisungen. Dies betrifft institutionalisierte Formen von Geschlechterkonstruktion, z.B. in Gesetzen und Statuten, genauso wie die Zuweisung von Geschlechterrollen im alltäglichen zwischenmenschlichen Handeln, sei es im Erwerbs- oder Reproduktionsbereich. Eine neue Form der Identitätspolitik ist gefragt. Solange der konstruktive Charakter und der Herstellungsmodus der Zweigeschlechtlichkeit im Alltags-handeln undurchschaubar bleiben, besteht die Gefahr, dass sie reproduziert werden.

spw 2/2002

**Literatur zum Weiterlesen**

- Neben den AutorInnenangaben finden sich zur Orientierung jeweils kurze Hinweise zu Herkunft und Beruf.
- Beauvoir, Simone de (frz. Philosophin): Das andere Geschlecht, Hamburg 1951.
  - Becker-Schmidt, Regina (dt. Soziologin) und Knapp, Gudrun-Axel (dt. Sozialpsychologin): Feministische Theorien zur Einführung, Hamburg 2000.
  - Butler, Judith (amerik. Philosophin): Das Unbehagen der Geschlechter (Original: Gender Trouble), Frankfurt a.M. 1991.
  - Daly, Mary (amerik. Philosophin): Gyn/Ökologie, 1978.
  - Foucault, Michel (frz. Philosoph): Sexualität und Wahrheit, Frankfurt a.M. 1977.
  - Hagemann-White, Carol (dt./amerik. Soziologin): Wir werden nicht zweigeschlechtlich geboren..., in: diess. und Rerrich, Maria S. (Hg.): FrauenMännerBilder, Männer und Männlichkeit in der feministischen Diskussion, Bielefeld 1988, S.224-235.
  - Haraway, Donna (amerik. Philosophin): Die Neuerfindung der Natur, Primaten, Cyborgs und Frauen, Frankfurt a.M./ New York 1995.
  - Harding, Sandra (amerik. Soziologin): Feministische Wissenschaftstheorie, Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht, Hamburg 1990.
  - Holland-Cunz, Barbara (dt. Politologin): Naturverhältnisse in der Diskussion, Die Kontroverse um „sex and gender“ in der feministischen Theorie, in: Bauhardt, Christine und Wahl, Angelika von (Hg.): Gender and Politics, Geschlecht in der feministischen Politikwissenschaft, Opladen 1999, S.15-28.
  - Irigaray, Luce (frz. Psychologin): Speculum, Spiegel des anderen Geschlechts, Frankfurt a.M. 1991.
  - Diess.: Die Zeit der Differenz, Frankfurt a.M./New York 1991.
  - Lerner, Gerda (amerik. Historikerin): Die Entstehung des Patriarchats, Frankfurt a. Main 1991.
  - Lorber, Judith (amerik. Soziologin): Gender-Paradoxien, Opladen 1999.
  - Diess. und Farrell, Susan A. (amerik. Soziologin) (Hg.): The Social Construction of Gender, Newbury Park / London u.a. 1991.
  - Meyer, Ursula (dt. Philosophin): Einführung in die feministische Philosophie, München 1997.
  - Niekant, Renate (dt. Politologin): Zur Krise der Kategorien „Frauen“ und „Geschlecht“, Judith Butler und der Abschied von feministischer Identitätspolitik, in: Bauhardt, Christine und Wahl, Angelika von (Hg.), a.a.O., S.29-45.
  - Ostendorf, Helga (dt. Politologin): Die Konstruktion des Weiblichen durch politisch-administrative Institutionen, in: Bauhardt, Christine und Wahl, Angelika von (Hg.), a.a.O., S.149-170.
  - Stephan, Inge (dt. Literaturwissenschaftlerin) und Braun, Christina von (dt. Kulturtheoretikerin) (Hg.): Gender-Studien, Eine Einführung, Stuttgart u.a. 2000.
  - Teubner, Ulrike (dt. Soziologin) und Wetterer, Angelika (dt. Soziologin): Gender-Paradoxien: Soziale Konstruktion transparent machen, Einleitung, in: Lorber, Judith, a.a.O., S.9-29.
  - West, Candace (amerik. Soziologin) und Zimmerman, Don H. (amerik. Soziologe): Doing Gender, in: Lorber, Judith und Farrell, Susan A. (Hg.), a.a.O., S.125-151.

# Lass rocken, Baby!

## Mögliche Beobachtungen aus dem musikjournalistischen Alltag

von Tine Plesch und Evi Herzing

Aus gegebenem Anlass eine kurze Rückblende zu Woodstock 99: Wir könnten uns erinnern, dass bei diesem Megaereignis ältlichen Rollenverteilungen zwischen Männern und Frauen neues Leben eingehaucht wurde. Konzertbesucherinnen gaben das sexy Rock Chick, saßen auf den Schultern ihrer Typen und störten sich weder an den frauenfeindlichen Texten von Bands wie Kid Rock oder Limp Bizkit noch an Sprechchören, die Sheryl Crow aufforderten, ihre Brüste zu zeigen. Wir könnten uns erinnern, dass es während dieses Woodstock-Revivals fünf Vergewaltigungen gab, eine davon direkt vor der Bühne während des Auftritts von Limp Bizkit.

Alles kalter Kaffee, kann die Band doch nicht für? Nein, das soll uns gar nicht unter die Hirnrinde dringen, ist ja coole Mucke, ey! Ist in, Mann! – und so gelten Bands wie Kid Rock und Limp Bizkit inklusive ihrer frauenverachtenden Texte als Aushängeschilder eines angesagten NeoMetal, werden auch schon mal im alternativen, freien, nichtkommerziellen Radiosender gespielt und spielen auch – Überblende – Pfingsten 2001 bei Rock im Park in Nürnberg. Spätestens bei der Lektüre der örtlichen Zeitung wird klar, wieviel von vergangenen Moden und Posen die Rede ist, wenn's denn gerade in den Kram des jeweiligen Herrschaftsdiskurses passt und wie wenig sich in gewissen Bereichen tatsächlich verändert. Das Rock Chick, die einfach nur begeisterte, kritiklose ZuhörerIn, Anhängsel des MusikkennerIn, lebt – zumindest für Berichterstatter, deren Freude am Job darin besteht, alte Klischees aufzuwärmen. Da gab es

Bilder von Kid Rock mit seinen Bikinitänzerinnen und eines von vier Mädchen mit geschlossenen Augen – Bildunterschrift: „Wilde Verückung. Restlos begeisterte weibliche Rockfans.“ Die wilden verückten Jungs im Moshpit bei den New Metal Bands zeigen die „Nürnberger Nachrichten“ dann doch lieber nicht – würde vielleicht der Vermittlung des Festivals als Spaß für die ganze Familie abträglich sein. Außerdem sticht ein Artikel von Stefan Kinner ins Auge, der sich mit seinen Worten an den Künstlerinnen des Festivals entlangschmiert. Das tut dann doch ein wenig weh. Alanis Morrissette ist das „zerbrechliche Pop-Püppchen“, Anastacia wird zum Powerweib mit starker schwarzer Stimme und der Kritiker gesteht ihr zu: „Die Chancen stehen nicht schlecht, dass aus dem

bislang recht gut funktionierenden Tina Turner/Aretha Franklin-Klon im Frühstadium mal eine wirklich große Entertainerin wird.“ Warum kann eine Musikerin nicht einfach gut oder schlecht sein? Ohne dass das ganze Begriffsrepertoire von

Powerfrau bis Kindfrau rausgezogen wird? Wir haben manchmal das Gefühl, dieser Sorte Kritiker geht es auf einem Konzert nur darum, Bekanntes wiederzuentdecken. Statt über überraschende Momente zu berichten, scheint es nur darum zu gehen, die passende Schublade zu finden. Das verschafft Befriedigung...

Ergänzung findet derlei in allgegenwärtigen Alltagsstrategien, vor allem in Werbung und Videos, die als Rollback oder als freche, souveräne Umdeutung interpretiert werden können. Sexismus? Ist doch passé! Machen

wir doch nicht mehr, das schwöre ich! Also darf wieder frisch und munter mit bloßer Haut, tiefem Dekollete und möglichst großen Brüsten geworben werden – sei es für Aktien oder andere Gewinnspiele. Oder Tonträger, oder Videos: Gelobt sei der Schweine-rock, den Iggy P. auf seiner CD „Beat `Em Up“ betreibt – die krude gezeichnete, kopflose Lady auf dem Cover mit der Revolvermündung im Schritt kann sich ja manch eine/r womöglich noch als progressiv umdeuten. Gelobt sei Muskelarbeiter Henry Rollins – dessen Einordnung als intelligente Spokesperson für benachteiligte Alternative-Rocker(Innen?) sich spätestens mit dem Cover seiner neuen CD erledigt hat: eine nackte Frau, deren Körper von Dollarnoten notdürftig bedeckt ist und mit der Herr Rollins auch mal gerne „a roll in the hay“ hätte, wie er in einem Interview kundtat – die grünen Scheinchen inklusive, wahrscheinlich. In größerem Rahmen diskutiert wird derlei Covergestaltung nicht, denn im Gegensatz zu Hosen mit Schlag und Rüschen/Borten/Stickerei untendran, ist die Feminismus-Diskussion dann doch nicht so richtig in.

Der in derlei Werbung et al. eventuell enthaltene Umdeutungscharakter ähnelt eben allzu auffällig und verdächtig alten Klischees von der Frau als Sexobjekt, wie sie auch in diversen HipHop-Videos überzählig vorhanden sind. Passend dazu ist der gute, hippe Schwule konsequenterweise auch der, der die vor allem bei Rapkids beliebte Sprachregelung, alles was ihnen zuwiderläuft, als schwul zu bezeichnen („Was? Einlasstop? Was iss'n für'n schwuler Laden!“...), gleich selber übernimmt („Red doch nicht so schwul, Mann!“) Der Schwule oder die Lesbe, die danebensitzen und sich das Gekäse nicht anhören mögen, haben genauso verloren, wie die Frau, die die Werbung mit Brüsten ebenso bescheuert wie sublim eklig findet. Wir wissen das doch alles längst, und der Distinktionsgewinn besteht darin, dass wir (!?) das doch gar nicht so meinen: „...und nochmals mit dem leidigen Thema anzufangen, wirkt altbacken, ja geradezu unemanzipiert. Protestbewegungen sind eben den gleichen Konjunkturen unterworfen, wie Schlaghosen oder die Rocklänge: sich heute noch über Sexismus zu äußern, widerspricht dem allgemeinen Stil, genauso wie es hoffnungslos out ist, sich über das Waldsterben zu erregen.“ (Frankfurter Rundschau, 8.3.2001)

**Wer dachte, es sei out, seine Band durch nackte Frauen, hingestreckt auf Kühlerhauben älterer amerikanischer Autos zu empfehlen, sieht sich getäuscht.**

Evi Herzing arbeitet in der Musikredaktion des freien, nichtkommerziellen Senders radio z ([www.radio-z.net](http://www.radio-z.net)) in Nürnberg. Sie ist ausserdem Konzertveranstalterin beim Musikverein im k 4/ künstlerhaus (ex-komm) und spielt in der Band flamingo massacres ([www.flamingo-massacres.de](http://www.flamingo-massacres.de)). Tine Plesch ist Redakteurin bei testcard – beiträge zur popgeschichte ([www.testcard.de](http://www.testcard.de)) sowie freie Mitarbeiterin in der Musikredaktion von radio z. Sie schreibt gelegentlich für diverse Zeitschriften und verdient ihren lebensunterhalt im Einzelhandel. Die erste version von „lass rocken“ erschien in zwei folgen in der raumzeit, einem unabhängigen Zeitungsprojekt für Erlangen-Fürth-Nürnberg. Die hier vorliegende Version entstand für die kommende Ausgabe des rhizomatischen Magazins monochrom, das in Österreich zuhause ist. Wir danken herzlich und empfehlen: [www.monochrom.at](http://www.monochrom.at)

Elke Buhrs Erkenntnis von Protest als Mode ist korrekt, ihr Bild ist auf putzige Weise schief – die 70er Jahre Schlaghosen sind wieder in, die Feminismus-Diskussion ist es nicht. Riot Grrrl gilt als unmodern gewordene Pose. Der Status einer gescheiterten Rebellion bleibt dieser popfeministisch wichtigsten Bewegung der 90er versagt. Wie steht es aber mit Frauen, die auf der Bühne noch den Mund aufmachen? Als Le Tigre in Nürnberg auftraten, eine Elektro-Pop-Band, bei der Ex-Bikini-Kill-Musikerin und Ex-Riot-Grrrl Kathleen Hannah mitspielt, gab es zwischen den sehr poppigen, tanzbaren Songs Pausen, in denen über eine als Telefonat getarnte Einblendung deutsche Kommentare zu den Texten gegeben wurden. Da ging es plötzlich um Unterdrückung und darum, dass Gleichberechtigung längst noch nicht umgesetzt ist. Da fiel auch mal wieder ein Wort wie Patriarchat. Das tötete natürlich die Partylaune einiger Besucherinnen, die Le Tigre ihrer hippen Musik wegen schätzten. Auch ein sonst eher kritisch eingestellter Mensch in unserem Bekanntenkreis erzählte, nachdem er Le Tigre zusammen mit Chicks On Speed gesehen hatte, das ihn die Le Tigre Messages nerven. Das von vorne bis hinten einfach selbstbewusste Auftreten der Chicks On Speed hätte für ihn eindeutig gewonnen. Und selbstbewusst, aber dabei bitte nicht unsexy oder auch nur unisex aufzutreten, das wird allseits als okay empfunden. Das machen ja auch die taffen, supersexy R&B oder Hip-Hop-Künstlerinnen deutlich. Bisschen bitchy, bisschen selbstbewusst – postfeministisch! Ganz nach dem Motto „Ich sag“ den Typen, wie lange sie brauchen dürfen.“ Ob so eine Rolle ein Gewinn ist, wagen wir zu bezweifeln, bleiben die Karten dabei doch eigentlich gleich verteilt.

Auch Wandschmuck kann sich an alte Klischees anbieten – in Gestalt von großen Postern, die für das eine oder andere Konzert werben. Wer dachte, es sei out, seine Band durch nackige Frauen, hingestreckt auf Kühlerhauben älterer amerikanischer Autos zu empfehlen, sieht sich getäuscht. Rockabilly- und Surfbands tun es und manche VeranstalterInnen – auch aus einem als „alternativ“



Foto: Christian Kiel (Berlin)

geltenden Spektrum – finden gar nichts Dämmliches oder Frauen Herabsetzendes dabei, mit Postern, auf denen Frauen in halbvergessen geglaubten Sex-Objekt-Posen abgebildet sind, Werbung für Konzerte zu machen. Sollte sich eine dran stören, dann ist das vielleicht ein persönliches Problem dieser Frau. Und außerdem, hier geht es doch nur um STIL! Das gehört eben so mit der semidevoten, semiteuflichen Betty Page – und die sei doch, ganz wie Beate Uhse, eine sexuell selbstbewusste und selbstbestimmte Frau gewesen. (Natürlich gehört die Geschichte der Betty Page nicht in den Unterrichtsstoff für pubertierende teenagerInnen und somit ist schon mal dahingestellt, ob Frau Page erkannt wird und ihre Vita bekannt ist.)

Oder, so klagt die eher unbekannt Band: „Wir als kleine Band müssen doch auf uns aufmerksam machen und das geht am besten mit einem superplatten, superabgeschmackten Pin Up, das sofort die Richtung anzeigt.“ Anders geht das wohl nicht mit der Aufmerksamkeit. Ist doch alles nicht so schlimm, sagen den KritikerInnen ausgerechnet jene, die sich in ihrem Rock'n'Roll und Country-Getue die ganze Zeit in irgendwelchen Freiheitsidealen suhlen und pseudo-tiefsinnige Gedanken spinnen wie „Jeder kann frei sein, solange er niemand anderem dadurch wehtut oder ihn einschränkt.“ Dürfen wir mal kurz den alkoholgetränkten Traumweltschleier lüften und euch zuhören: „Ihr tut uns aber weh!“ und: „Was ist mit unserer Freiheit?“ Dürfen wir nur mitspielen, solange wir die von euch gemachten Regeln befolgen und brav unseren Mund halten, wenn es um so etwas geht? Oder uns im Idealfall selbst zum tough-süßen Pin-Up-Girl stilisieren?

Außerdem könnt ihr auch mal im Internet [www.melodiva.de](http://www.melodiva.de) anklicken. Die Melodiva-Macherinnen befassen sich nämlich u.a. mit sexistischer Werbung für Instrumente und Musikequipment, die schick ist wie eh und je. Und in etwa wie Autowerbung funktionieren soll. Und das wahrscheinlich auch tut, sonst gäbe es ja diese Werbung nicht. Das ist alles schlimm genug, aber es gibt auch noch ein Diskussionsforum, in dem nahezu ausschließlich geäußert wird: a) was findet ihr denn so schlimm daran, Frauen? b) warum schöne Körper nicht zeigen? und c) Frauen sind eben mal zur Zierde geschaffen und sollen uns durch ihren Anblick das Leben und den Verstärker (zumindest vor dem Kauf) verschönen.

Zwar weiss man/frau ja heutzutage nie, ob derlei Äußerungen nicht schon ganz postmodern ironisch gemeint sind, aber ein den Kritikern nach zu urteilen ziemlich doofes Buch wie „Männer. Eine Spezies wird besichtigt“

### Funktioniert eine Haltung, die Frauenfeindlichkeit zumindest wahrnimmt also nur, wenn sie auch hip ist?

von Dietrich Schwanitz verkauft sich ja auch. Die Kritikerin Hilal Szegin meint, der Grund läge in den Strategien des Verkaufens und nicht daran, dass der Autor männlich sei, aber ich weiß man nicht, wie Bärchen und die Milchbubis schon vor vielen Jahren sagten. Denn in den hiesigen ganz normalen Tageszeitungen lese ich von einem Auftritt einer jungen Jazzband im ehemaligen komm, dem nunmehr städtischen K 4 und zum Artikel gibt es auch ein Bild. Das zeigt einen Schlagzeuger, einen Pianisten und eine Bassistin. Der Autor zitiert im Bericht Äußerungen des Sängers, der nicht abgebildet ist, und des Pianisten und des Schlagzeugers. Die Bassistin scheint nur auf dem Bild zu existieren. Wir erfahren weder ihren Namen, noch wird ein Satz von ihr zitiert. Der

Autor hat sich dabei sicher nichts gedacht. Ein anderer Autor hat es wenige Wochen später sicher gut gemeint: „Fesches Damen-Blech“ überschreibt er seine Konzertkritik zum Auftritt eines aus sechs Musikerinnen bestehenden Blechblas-Ensembles. Und es bleibt offen, ob sich Adjektive wie „kurios“ und „extravagant“ rein auf die Musik beziehen oder nur deshalb eingesetzt werden, weil hier eben, „forsche, freche, attraktive, junge Damen“ musizieren. (Übung: Wir ersetzen mental das Wort „Damen“ durch „Herren“.) Nur wenige Zeitungs Ausgaben später: Die Roma-Musikerinnen Romane Romnija werden angekündigt mit den musikalisch ungemein erhellenden Begriff „geballte Frauenpower.“ Wie die wohl klingt? (Übung: Wir sprechen 10x nach: geballte Männerpower...) Der Frauengesundheitsbericht stellt fest, dass Frauen immer noch mehr Psychopharmaka konsumieren als Männer, die mehr Alkohol trinken. 95% der an Bulimie und Magersucht Erkrankten sind Mädchen und Frauen. Herzkrankheiten sind bei Frauen weniger erforscht als bei Männern, Medikamente ungenügend getestet und bei einem Schlaganfall werden Frauen später in die Klinik gebracht als Männer. Es ist ja auch so, wie es in einer CD-Kritik zu Afrob in einer überregionalen Zeitung heißt: „Weiße Mittelstandskinder aus Hamburg oder Stuttgart tun nur gut daran, ihren Binnenreim am lockeren Talk über die Freundin zu üben anstatt an der Protestrhetorik der Entrechteten.“ Um die Rapperin und Dichterin Ursula Rucker zu zitieren: „What???“ (Übung: Wir ersetzen mental: Kinder = Jungs = Rapper = Heterosexuell. Freundin = Die da. Danke. Setzen.) Und dann konnte ich als alte Feuilletonleserin in einem Erinnerungs-Essay von Frank Goosen in der Frankfurter Rundschau nicht rechtzeitig abweichen. Er feierte die alte Verbundenheit von Rock'n'Roll und Sex, wie sie ja angeblich heute (Techno. Dekonstruktion. Postpostpostlrgendetwas) nicht mehr existiert. („What???“ Ursula Rucker.) Es ist ja okay, wenn

er sich erinnert – an was erinnern sich Frauen? Schreibt das keine auf oder will es niemand drucken? – und klar war Sexualität in den 70ern tabuisiert und klar ist es ganz toll, wenn jemand schreibt, wie oft er damals doch onaniert hat (Revolution#9,#9,#9...) und dass es Sandy aus Grease gab (Heilige) und Deborah Harry von Blondie (Hure). Ist ja fast reflektiert, ist ja alles okay mit der musikalischen Sozialisationsstory, klingt halt wie oben bei Iggy und Henry. Bloss dass Goosen dann auch noch schreibt, wie er sich recht aktuell, also so 2001, eine Blondie-CD (Japan-Import!) kauft. Und ihm zu der Musik nix besseres einfällt als einen Ständer zu kriegen. Arme Deborah Harry. Hat frau etwas verändert/erreicht, wenn sie auch noch mit etwa fünfzig (natürlich in der nostalgisch verklärten Gestalt der damals 30jährigen) die Wichsvorlage für einen mittlerangigen Autor ist?... Arme Leserin. Ist das Nostalgiegewichse denn wirklich von so allgemeinem Interesse?

Klar freuen sich jetzt einige, dass es jetzt auch „echte Hingucker“ für (heterosexuelle) Frauen gibt. Wie Robbie Williams. Und die Muskelboys, die Tanzschritte hinter und zu und rund um Britney Spears vollführen. Robbie und die Muckijungs sind natürlich auch Opfer von endzeitlich-dekadenten Körperzurichtungen. In der Männerwelt Pop/Rock fällt aber nicht einmal den Männern richtig auf, wie der patriarchal dominierte, globale TurboKapitalismus auch ihre Körper formt. Also: Ändert das strukturell irgendetwas oder wiederholt es denselben wahrlich abgelutschten Mist nicht nur ins Unendliche?

Eine Musikzeitschrift, die ihr (in der BRD) umsonst mitnehmen könnt, kritisiert das Video des für ihre Musik und Mixe gefeierten Rap/Produzenten-Duo Nerds/Neptunes am Ende eines längeren Artikels als pornographisch und sexistisch. Die Zeitschrift hat die Nerds trotzdem auf dem Titel und verlost ihre CD für jene, die Angst haben, die Zeitschrift nirgendwo zu finden und sie deshalb abonnieren möchten. Eine andere Zeitschrift, die mal wegweisend im Dickicht des kritischen Popdiskurses war, hat das Video auf die der Zeitschrift nunmehr zur Verkaufsförderung beiliegenden CD mitaufgenommen. Ein Leserbriefschreiber (!), der ganz korrekt und durchdacht den Pseudofeminismus der erst-erwähnten Zeitschrift kritisiert, erhält u.a. folgendes zur Antwort: „In Bezug auf das Dilemma der frauenfeindlichen Tendenzen im Hip-Hop kann \*\*\* meiner Meinung nach aber letztendlich nur die Ambivalenz beschreiben, die ja auch dem Hörer da draußen nicht unbekannt ist. Und wenn nicht, dann liest er nun davon. Aber die Ächtung eines Genres mit der bloßen Herausstellung von Conscious-Hip-Hop als zu lobende und zu streichelnde Ausdrucksform halten wir für einfach kontraproduktiv, da hier ja nur ein eurozentristischer Humanismus zum Maß aller Dinge gemacht wird. Ein solcher Chauvinismus muss speziell

Foto: Christian Kiel (Berlin)



natürlich bei HipHop scheitern.“ („What???“ Ursula Rucker).

Eine Story über Ursula Rucker findet sich übrigens im selben Heft. (Ich nenne keine Zeitschriftennamen, weil alle gleich und austauschbar sind, was Themen wie Sexismus und Feminismus betrifft). Ursula Rucker selbst, Italo-Afroamerikanerin fordert von ihren Kollegen geradezu bewusste Texte (Eurozentrimus – „What???“):

„It's a crime that in your rhyme you can't be both consistent, as well as, diverse. In one line you fight adversity the next find you perverse and shitty with your verse she reduced to ass and titty... Well, how about talking about the injustices, the numbers, the blunders of black males in jail, or why not speak truth about our misguided youth, their daily dying from thugging and drug selling that leaves them yelling from behind bars far...from the glamour you pimp – leaving scars with that dope cut you might as well be saying fuck the masses as long as my ass is getting paid.“ („What???“ Ursula Rucker)

Die relative Bedeutung, die der Künstlerin Ursula Rucker in vielen derzeit aktuellen Zeitschriftenartikeln eingeräumt wird, zeigt sich so schon im Ansatz als Hype, als Pose: „Diese Frau scheint wichtig zu sein, ihr Label ist in, da muss was ins Heft.“ Aber in Wirklichkeit interessieren sich die Zeitschriftenmacher gar richtig nicht für das, was Ursula Rucker sagt. Und so ist das auch mit irgendwelchen Musikerinnen gewidmeten Extraausgaben oder wenn ihr, die ihr hier noch mitliest, vielleicht grad stöhnt, „immer dieses Gejammer – das ist doch völlig out.“ Feminismus als Pose, Riot

Grrrl als lang vergangener Hype? Hat nur Wirkung, was gerade Mode ist?

„Funktioniert eine Haltung, die Frauenfeindlichkeit zumindest wahrnimmt also nur, wenn sie auch hip ist? Muss ich mich, wenn ich feministische Kritik an jemandem übe, hinter einem toughen aber sexy Augenaufschlag verbergen? Das wird dann zwar angehört, aber wie effektiv ist das? Sonst, so meine Erfahrung auch in den ach so politisch bewussten Kreisen, kommt der Zeigefinger nur als miesepetrig rüber und du selbst als

Spaßbremse. Das läuft dann meist so ab, dass sich dein/e GesprächspartnerIn sich dir nach der deiner Meinung nach angebrachten Kritik als GesprächspartnerIn entziehen und dich mit diesem leicht angenerzten „Ach, eine Feministin-Blick“ ansehen. Und dann geht es plötzlich gar nicht mehr um das angesprochene Thema, sondern

nur noch darum, wo du stehst und eine Auseinandersetzung ist leider meist unerwünscht. Eine andere Möglichkeit wäre es, immer wieder die Augen zuzumachen und Kritik nicht persönlich werden zu lassen oder anzubringen, sondern reflektiert und überarbeitet, distanziert,....

Deswegen dachte ich mir: warum nicht einmal eine weitere Position ans Ende stellen:

Die Bewusste Resignation, ohne Verbitterung natürlich. Es ist eben einfach so. Kann man nichts machen...“

Wo Evi H. recht hat, hat sie recht.

Und jetzt sacht bloß nicht, dass ihr damit auch nicht zufrieden seid.....

spw 2/2002

**Wir empfehlen die Lektüre von female sequences und nylon!**

**Internet-Tips:**

[www.yotzine.de](http://www.yotzine.de)

[www.flamingo-massacres.de](http://www.flamingo-massacres.de)

[www.espressiva.de](http://www.espressiva.de)

[www.pinknoises.com](http://www.pinknoises.com)

# Staatsbürgerinnen in Uniform

Von Christine Eifler

## 1. Öffnung der Bundeswehr für Frauen

Für die Bundesrepublik ist mit dem Jahre 2001 eine Zäsur eingetreten: die Soldatin wurde öffentlicher und anerkannter Teil des Militärs. Bis dahin verbot das Grundgesetz Frauen den militärischen Dienst an der Waffe, ermöglicht jedoch durch die Trennung von Streitkräften und ziviler Wehrverwaltung die Verwendung von Frauen auf zivilen Stellen auf allen Ebenen der Bundeswehr; 1995/96 waren es bezogen auf Zeit- und Berufssoldaten 32%. (Anker/Welcker 1999) In den Streitkräften waren Frauen seit 1975 zugelassen, allerdings ausschließlich im Sanitätsdienst und in geringem Umfang. Der Beginn der Einbeziehung von Frauen erfolgte während einer Phase erheblichen Personal Mangels. Die „militärischen Seiteneinsteigerinnen“ waren approbierte Ärztinnen, für die ebenso wie für alle späteren Soldatinnen galt, keinen Dienst an der Waffe tun zu dürfen, es sei den als Notwehr und Nothilfe, wie es das Völkerrecht für das Sanitätspersonal zugesteht. Erst 1989 wurden die ersten 50

Sanitätsoffizieranwärterinnen eingestellt. 1991 erfolgte die Öffnung für Mannschafts- und Unteroffizierlaufbahnen im Sanitätsdienst und im Militärmusikdienst. Mit dem Urteil des EuGH vom 11. Januar 2000 hat die Bundesrepublik, die bis dahin geltende Praxis geändert. Das Urteil bewertete die Einbeziehung von Frauen in der Bundeswehr als einen Verstoß gegen die aus dem Jahr 1976 stammenden gemeinschaftsrechtlichen Gleichstellungsrichtlinien der EU. Demzufolge hat der Grundsatz der Gleichbehandlung im Berufsleben auch als Richtlinie für die Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse in den Streitkräften zu gelten. Frauen nur zum Sanitätsdienst zuzulassen, verstoße

gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung im Zugang zur Beschäftigung, zur Berufsbildung, zum beruflichen Aufstieg und in Bezug auf die Arbeitsbedingungen innerhalb der Streitkräfte. Das heißt, der EuGH bewertete den freiwilligen Dienst von Frauen an der Waffe als Berufsausübung und forderte folglich auch für diesen Rahmen berufliche Gleichstellung. Unter dem Druck dieses Urteils entschloss sich die Bundesregierung, eine völlige Öffnung der Bundeswehr für Frauen vorzunehmen. Im Unterschied zur Praxis anderer nationaler Militärs (USA, Großbritannien, Kanada und Frankreich) sprach sie sich gegen Quoten für die Einstellung von Frauen aus; weder für den allgemeinen Zugang zu den

Streitkräften, noch für den Einsatz in bestimmten Verwendungsreihen sollen Einschränkungen gelten (wie in Norwegen, Spanien, Belgien, Österreich, Schweden und Ungarn). Auch die Kampftruppen sollen Frauen uneingeschränkt offenstehen. Mit der Novellierung der gesetzlichen Grundlagen (Grundgesetz, Solda-

tengesetz, Soldatenlaufbahnverordnung) wurden alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen, damit nun Frauen als Freiwillige Dienst mit der Waffe tun dürfen. Seit Januar 2001 wurden 1556 Soldatinnen in der Laufbahngruppe Unteroffiziere/Mannschaften aufgenommen. Im Dezember 201 wurden 204 Offizieranwärterinnen in den Truppendienst übernommen. 21,9% dieser Gruppe haben ihr Interesse an einer Tätigkeit in Kampf- und Kampfunterstützungseinheiten geäußert. Somit hat sich die Zahl der Frauen in der Bundeswehr auf 6721 erhöht. Sie machen 3,6% aller Berufs- und Zeitsoldaten aus. Zukünftig wird ein Frauenanteil von 7% von der Bundeswehr als realistisch angesehen.

Zum Thema siehe auch: Christine Eifler, *Bewaffnet und geschminkt: Zur sozialen und kulturellen Konstruktion des weiblichen Soldaten in Russland und in den USA*, in: *L'Homme*, Heft 1, 2001, S.73-97

## 2. Nationale Unterschiede in den Konstruktionen der Soldatin

Mit diesen Entwicklungen hat die Bundesrepublik Anschluss gefunden an den internationalen Trend, Frauen am Militär zu beteiligen. Trotz dieses allgemeinen Trends existieren in der jeweiligen Ausgestaltung des Verhältnisses von Militär und Frauen erhebliche Unterschiede. Vor dem geschilderten Hintergrund der Bundesrepublik, wird an dieser Stelle auf das Beispiel Russland und USA eingegangen. Heute gehören Russland und die USA mit jeweils fast 15 % zu den Ländern mit dem höchsten Frauenanteil im Militär. Es interessieren die jeweiligen kulturellen Austauschprozesse um die öffentliche Anerkennung der Soldatin, in denen sich nicht nur der Einfluss der unterschiedlichen nationalen und zeitgeschichtlichen Kontexte zeigt, sondern auch Entwicklungsstand des nationalen Geschlechterverhältnisses.

In *Russland* vollzog sich die Öffnung des Militärs für Frauen vor dem Hintergrund einer grundlegenden Krise, die sowohl den Staat, die Nation und die militärische Männlichkeit umfasst. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, Auseinandersetzungen um eine militärpolitische Neuorientierung sowie unzumutbare ökonomische und soziale Bedingungen haben erheblich zur weiteren Verschlechterung des durch die Auflösung der Sowjetunion angeschlagenen Images des Militärs beigetragen. Immer weniger Männer stehen für den Militärdienst zur Verfügung. Aufgrund von ‚Freikäufen‘ und durch Korruption bedingt konnten zum Beispiel im Jahre 1995 nur 20% der Jugendlichen eines Wehrpflichtigen-Jahrganges eingezogen werden.

In diesem Rahmen hat sich die Zahl der weiblichen Soldaten in den letzten Jahren bedeutend erhöht. 1998 versahen über 150.000 Frauen als Soldatinnen und 24.000 als Fähnriche (spezifischer Mannschaftsgrad) ihren Dienst in den russischen Streitkräften, davon haben 2.000 einen Offiziersrang (bis zum Oberst) inne. Allein im Jahr 1992 stieg ihre Zahl von 20.000 auf 100.000. Die meisten sind bei den Bodentruppen und ungefähr 1.000 bei den Eliteluftlandtruppen. Frauen sind in gemischten Einheiten tätig, können aber nur in den nichtgefechtsgebundenen Spezialeinrichtungen Dienst tun, und zwar als Freiwillige auf Vertragsbasis. Ihre Verträge umfassen Zeiträume von zwei bis fünf Jahren, während die Dienstverpflichtung der Männer in der Regel 15 bis 20 Jahre beträgt. Die Frauen sind vielfach höher qualifiziert als die Männer, allerdings verfügen sie über keine militärischen Abschlüsse. Auf-

Christine Eifler ist Privatdozentin an der Universität Bremen und arbeitet gegenwärtig an einem DFG-Projekt zur Einbeziehung von Frauen in die Streitkräfte der USA, der Bundesrepublik und in Russland.



grund der hier skizzierten Entwicklungen hat sich Russland innerhalb kürzester Zeit an die vierte Stelle der Länder mit dem höchsten Frauenanteil in den Streitkräften geschoben.

Die kulturellen Aushandlungsprozesse über die sozialen Positionen der Frauen im Militär zentrieren sich sowohl auf Fragen der Unterbringung, des Dienstrechts und der Regelung der Ausbildung für Frauen als auch die Beschaffenheit der Uniformen und soziale Bedingungen. In großer Übereinstimmung wird den Frauen von Seiten der militärischen Führungen bescheinigt, dass sie in den Streitkräften dringend benötigt werden und dass einige Streitkräfte ohne sie nicht funktionsfähig wären, so etwa die Luftabwehrkräfte. Außerdem seien Frauen in einigen Verwendungen den Männern überlegen, sie brächten „Ruhe in die Arbeit der Vertreter des starken Geschlechts“ und stellten eine „gesunde Konkurrenz“ dar. Besonders gelobt werden die beruflichen Qualifikationen der Frauen – obwohl sie keine militärische Fachlehranstalten absolviert haben – und ihre Disziplin: Frauen hätten bedeutend weniger Fehlzeiten als Männer, es gäbe unter ihnen kein unerlaubtes Entfernen von der Truppe, keine groben Verstöße gegen die Disziplin und keine Ausfallzeiten.

Die rasche und mittlerweile quantitativ beachtliche Einbeziehung von Frauen ist in der Öffentlichkeit bisher weitgehend unbeachtet geblieben und von anderen Themen der militärischen Krise überdeckt. Von den Soldatinnen wird das Fehlen eines Vertretungsorgans für Frauen in den Streitkräften kritisiert. Fragen der Dienstlaufbahn und des Schutzes der Rechte der weiblichen Armeemitglieder gelten noch als ungeklärt. Schwierigkeiten gibt es vor allem in Hinblick auf Regelungen des beruflichen Aufstiegs. Der Zugang zu Informationen über Rechte, Pflichten, Privilegien und eine Dienstordnung für Frauen werden gefordert. Des Weiteren wird die Klärung des juristischen Status der Soldatinnen verlangt und kritisiert, dass Befehle nicht an die Frauen weitergeleitet werden. Selbst die Wehrbereichskommandos verfügten über keine ausreichenden Informationen zur Einbeziehung von Frauen.

Ein ernsthaftes Integrationshindernis sind sexuelle Belästigungen – im militärischen Diskurs als „moralisch-ethische Frage“ umschrieben – und Diskriminierungen. Ihre Existenz wird zwar erwähnt, aber als Zeichen von Modernität gewertet und versichert, dass auch „amerikanische weibliche Armeemitglieder nach wie vor sexueller Belästigung ausgesetzt sind“. Die Diskriminierung

zeigt sich auch im üblichen Sprachgebrauch: Allgemeine Kennzeichnungen wie „schmale Schultern, schwaches Geschlecht“ stehen im militärischen Diskurs als Synonym für Frauen; „starkes, stärkeres Geschlecht“ für Männer. Frauen werden als zuverlässig und vorbildlich gelobt und zugleich in vielerlei stereotypen Metaphern abgewertet. So würden sich Frauen beispielsweise in der Ausbildung wie „vorbildliche Erstklässler“ verhalten, die mit den ihnen anvertrauten Geräten mit einer solcher Umsicht umgingen, als ob sie „ein Kind wickeln würden“. Ihr Status wird nicht von fachlichen Leistungen abgeleitet, sondern sie werden extrem verweiblicht. Dies zeigt sich in vielerlei Verniedlichungs- und Verkleinerungsformen: etwa wenn Soldatinnen (hier: Panzerfahrerinnen) als sich nach „Geborgenheit sehrende, junge Kätzchen“ bezeichnet werden, „die sich müde getollt haben“.

Interessant ist an dem Beispiel Russlands vor allem, welche ambivalenten

Wirkungen von der Einbeziehung von Frauen auf das Militär selbst ausgehen. Im Zuge des gegenwärtigen Übergangs zu einer Berufsarmee wurden Frauen verstärkt zum Militär zugelassen. Einerseits ersetzen sie fehlende Männer auf entsprechenden Posten und tragen dazu bei, die gegenwärtige Krise zu überstehen und die Institution einigermaßen funktionsfähig zu halten. Andererseits werden Frauen in der russischen Armee aber mit deutlich kürzeren Zeitverträgen beschäftigt als Männer. Mit einer solchen Flexibilität und Mobilität ausgestattet repräsentieren sie das gewünschte Personal für nicht genau absehbare zukünftige Entwicklungen im Militär. Dabei wird betont, dass Frauen nur „ihren Job“ machen und dass der Militärdienst nicht ihre nationale Pflicht sei und es auch nicht werden solle. Dennoch dienen Soldatinnen dem Militär als Ausweis dafür, dass „jedermann in der Armee dienen kann“. Beide Seiten – das Militär und die Frauen – würden die eingegangenen Verpflichtungen eines Dienstverhältnisses auf Zeit erfüllen. In diesem Prototyp wird nach Meinungen von Militärs das Profil einer zukünftigen russischen Berufsarmee sichtbar. Die Neuartigkeit und Modernität der Beziehungen im Unterschied zur Zeit der Sowjetunion zeichne sich dadurch aus, dass an die Stelle der weltanschaulichen und politischen Argumentationen für den Wehrdienst nunmehr ein vertraglich gesicherter „Job“ tritt.

In den USA sind Frauen die Streitkräfte mit Schaffung der Berufsarmee zugelassen worden. Um einem Ansturm „nicht-weißer“ Männer zuvor zu kommen, entschied man sich für Frauen, als dem am wenigsten uner-

wünschten militärischen Personal. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um die Anerkennung von Frauen im Militär stand die „Kampfausschlussklausel“. Sie wurde nicht nur innermilitärisch heftig diskutiert sondern war Thema einer politischen Öffentlichkeit einschließlich unterschiedlicher Frauenorganisationen. Mithilfe der Definitionen von „Kampf“ versuchte die militärische Elite ein innerorganisatorisches Ordnungsproblem auf Basis von Geschlechterkonstruktionen zu lösen: Auf der Ebene symbolischer Repräsentationen wurde der „Kämpfer“ ausschließlich männlich konstruiert. Damit wurden Frauen aus bestimmten Einheiten und karriereträchtigen Laufbahnen ausgeschlossen. Diese Definitionen von „Kampf“ nahm die amerikanische Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis. Nach den Einsätzen 1983 in Grenada, 1988 in Panama und besonders nach dem Golfkrieg geriet die „Kampfausschlussklausel“ unter Kritik. In der Folge wurde die sie auf die sogenannte Risk Rule umgeändert. Die Risk Rule besagt, dass Frauen zwar „combat-related jobs“ in Nicht-Kampfeinheiten innehaben können, aber jederzeit wieder davon ausgeschlossen werden können, wenn die Gefahr direkter Kampfhandlungen, von Feindbeschuss oder der Gefangennahme besteht. Mit der Änderung der „Kampfausschlussklausel“ zur Risk Rule wurden 30.000 Positionen in den Streitkräften für Frauen geöffnet. Im Golfkrieg zwischen 1990 und 1991 machten Frauen 12% der Truppenstärke aus. Auch hier waren sie „zu ihrem Schutz“ nicht in Kampfeinheiten eingesetzt. Die Realität des Krieges ließ die Trennung von „sicherer“ Etappe und „gefährlicher“ Front jedoch endgültig als fragwürdig erscheinen: Die Einheiten, in denen am meisten Frauen eingesetzt waren – Logistik und Nachschub –, wurden als erste angegriffen. Keine der dreizehn gefallenen Amerikanerinnen war in einer „Kampfpositi-

### Auf der Ebene symbolischer Repräsentationen wurde der „Kämpfer“ ausschließlich männlich konstruiert.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

on', ebenso wenig wie die Ärztin und die Lastwagenfahrerin, die in irakische Gefangenschaft gerieten (Enloe 1999). Nach dem Golfkrieg nutzten Offizierinnen die Tatsache, dass Frauen „im Dienst für ihr Vaterland“ gestorben waren und betonten ihr Recht auf die Teilnahme am Kampf. 1991 fiel die *risk rule*, der bis dahin geltende Ausschluss von Frauen aus Kampfeinheiten wurde damit formal aufgehoben. 1993 erteilte der damalige Verteidigungsminister Les Aspin nach heftigen Kämpfen im Kongress und gegen den Widerstand aller Chefs der Teilstreitkräfte den Auftrag, mit der Integration von Frauen in Kampfeinheiten zu beginnen. Völlig aufgehoben ist der Ausschluss von Frauen aus Kampfeinheiten jedoch nicht. Die *risk rule* wurde ersetzt durch die *ground combat rule*, welche bestimmt, dass Frauen nicht im direkten Bodenkampf eingesetzt werden dürfen. Damit wurden seit 1994 in allen Teilstreitkräften über 90% der Verwendungen für Frauen geöffnet (Seifert 1998). Innerhalb des Militärs verstärkte sich nach der Anweisung aus dem Verteidigungsministerium der Widerstand gegen die Öffnung von Kampfeinheiten für Frauen. Daher musste der Verteidigungsminister die Teilstreitkräfte 1994 noch einmal nachhaltig auffordern, seine Weisung auch tatsächlich umzusetzen. Eine Besonderheit des militärischen Diskurses in den USA besteht in der unterschiedlichen Positionierung der Regierung und eines Teils des Militärs zur Frage der Einbeziehung von Frauen. Im militärischen Diskurs stehen sich Pro- und Contra-Argumentationen hoher Militärs gegenüber. Besonders seit dem Golfkrieg verschärfte sich zudem der Konflikt zwischen der Regierung und den Streitkräften. Die Regierung forderte die Öffnung der Streitkräfte für Frauen, ein Teil des Militärs widersetzte sich dieser Forderung. Die daraus resultierenden Auseinandersetzungen zeigen den intensiven Kampf um die Konstruktionen von Militär und Geschlecht. In dieser Entwicklung stellte der Golfkrieg eine Zäsur dar: Frauen wurden nun in den öffentlichen Darstellungen als voll einsatzfähig und kompetent präsentiert. Frauen in Unteroffiziers- und Mannschaftsrank, die keine Berufssoldatinnen waren, wurden – entgegen der sonst üblichen Praxis, als „Profis“ bezeichnet – eine Einstufung, die nach Cynthia Enloe eine „neue Form weiblicher Respektabilität“ produzierte. „Ein professionalisierter weiblicher Soldat – so schien es – war weder moralisch bedenklich noch stand sie in Verdacht, ‚vermännlicht‘ zu sein“ (Hier und im folgenden Enloe 1999). Das Image der Soldatin, das im Golfkrieg entstand, war das des „professionalisierten

**Der männlich bestimmte Staatsbürger wird durch das diskursive Verbot der Homosexualität hergestellt.**

weiblichen Patrioten“, – einer Frau, die nicht in die Streitkräfte eintrat, um der Armut zu entgehen, die vielmehr sich für das amerikanische „Bürgerrecht erster Klasse“ entschied, wie ein Mann, „für ihr Vaterland zu sterben“. Das positive öffentliche Bild über die Rolle des Militärs beruhte nicht unerheblich auf den Darstellungen und dem Imagegewinn der Frauen und führte zu weiteren Widerständen gegen deren Einbeziehung innerhalb des Militärs. So erklärte zum Beispiel General MacPeak, Stabschef der Luftwaffe, auf die Anweisung des Verteidigungsministers Les Aspin, Frauen in Kampfeinheiten zu integrieren (1993), dass er einen fachlich schlechteren Mann einer besser qualifizierten Frau vorziehen würde. In einem anderen

Zusammenhang äußerte er als Begründung für eine Ablehnung der Einbeziehung von Frauen: „Kampf bedeutet, Menschen zu töten. Obwohl uns unser Verstand sagt, dass Frauen das genauso können wie Männer,

möchte ich nicht, dass Ehefrauen und Mütter und Töchter den Befehl zum Töten bekommen.“ (Seifert 1998) Hier hat sich das Argument, Frauen dürften zu ihrem eigenen Schutz nicht am Militär teilnehmen, dahingehend verändert, dass sie nicht töten dürfen (Seifert 1999).

Die massiven Abwehrmechanismen gegen die Einbeziehung von Frauen zeigen sich auch im Ausmaß sexueller Belästigungen und Übergriffe. Sexuelle Diskriminierung gilt als das Haupthindernis für die Integration von Frauen. Mit einem gender training, dem sich alle Armeeinghörigen halbjährlich unterziehen müssen, soll sexuelle Belästigung eingedämmt werden. Sexuelle Belästigung im Militär ist ein Mittel der Hierarchiebildung und der Herrschaftsausübung. Wie stark die Männlichkeitsvorstellungen durch die Anwesenheit von Frauen erschüttert werden, zeigte im Jahre 1992 der Tailhookskandal. Auf dem Treffen von Marinefliegern kam es zu massiven sexuellen Übergriffen gegenüber 83 Frauen. Die militärische Führung erschwerte deren Aufklärung deutlich durch Repressalien. 175 männliche Marineflieger wurden disziplinarrechtlich belangt, der damalige Marineminister Lawrence Garrett musste zurücktreten. Beobachtern und Beobachterinnen interpretierten diesen Ausbruch sexistischer Gewalt als Reaktion auf die bevorstehende Aufhebung des Kampfverbotes für Frauen und als Verweis auf die psychologischen Auswirkungen, welche die Polarisierung und Differenzverstärkung im militärischen Geschlechterverhältnis haben. Zur Kontroverse über die Einbeziehung von Frauen kam in den 80er Jahren die Kontroverse über die Homosexuellen-Politik der

Streitkräfte hinzu. Nach langen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der militärischen Führung wurde ein Kompromiss geschlossen: Die Don't ask-Don't tell-Politik untersagt es Armeeinghörigen, sich im Rahmen einer Selbstzuschreibung als homosexuell zu erklären. Auch hier zeigt sich auf der symbolischen Ebene das *doing gender*: Der männlich bestimmte Staatsbürger wird durch das diskursive Verbot der Homosexualität hergestellt. Damit wird an einer sozialen Praxis des Militärs festgehalten, die auf der Produktion eines Gemeinschaftsgefühls beruht, das seinerseits auf der sozialen Regulierung des Sexuellen basiert, zu der die „homosexuelle Selbstunterdrückung“ zählt. Mit anderen Worten: Frauen und Männer können ihre Homosexualität nicht aussprechen, weil dadurch die heterosexuelle Achse, welche die Geschlechterordnung sichert, gefährdet würde (Butler 1998). Seither ist die Zahl der „unehrenhaften Entlassungen“ im amerikanischen Militär aufgrund von Homosexualität enorm angestiegen.

**3. Zum veränderten rechtlichen und sozialen Status des Militärs**

Neben der Tatsache, dass Frauen nun immenser und dauerhafter Bestandteil des Militärs geworden sind, zeigt der Wandel des rechtlichen und sozialen Status des Militärs die Zäsur im Verhältnis von Militär und Frauen. Das Militär wird in der Gesellschaft in steigendem Maße auch als öffentlicher Arbeitgeber, der die jeweiligen nationalen, sozialen und zunehmend auch arbeitsrechtlichen Gesetze und Bestimmungen beachten muss. Als Teil der Exekutive und als soziale Institution ist das Militär immer mehr jenen Zugangsprinzipien unterworfen, die auch für andere staatliche Bereiche gelten oder – wie in Russland angestrebt werden: der Durchsetzung von Chancengleichheit, lediglich eingeschränkt durch überprüfbare und gesellschaftlich akzeptierte Kriterien wie Eignung und Leistungsfähigkeit und ohne Ansehen des Geschlechts. In der Bundesrepublik wie auch in anderen Ländern müssen Frauenförderung sowie der Schutz vor sexueller Belästigung und Mobbing vom Arbeitgeber organisiert und durchgesetzt werden. Den nationalen Militärs ist es zum überwiegenden Teil auferlegt, die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitsschutzes für schwangere Frauen und des Mutter-schutzes einzuhalten und Initiativen zur Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen zu unterstützen.

Durch die gegenwärtigen Veränderungen des Verhältnisses von Militär und Frauen sieht sich das Militär nun damit konfrontiert, ihre herausgehobene Position mit Frauen zu teilen. Frauen stellen nun auch im Militär eine berufliche Konkurrenz dar, und die Streitkräfte reagieren mit heftigen Widerständen darauf. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der militärischen Organisation, die

zuvor ausgeschlossene Gruppe der Frauen gleichberechtigt zu integrieren, spiegeln diese Prozesse wider. Sie äußern sich in sogenannten Integrationsproblemen. In diesem Zusammenhang geht es dabei einerseits um materielle Ressourcen, also Karrieren und Positionen im Militär, und andererseits um die Zuweisung von sozialen Rängen und Machtpositionen in Gesellschaft und Politik. Denn mit der Konstruktion des weiblichen Soldaten stellt sich gesamtgesellschaftlich die Frage, in welchen Positionen Frauen Macht und Einfluss haben und an welchen Entscheidungsprozessen sie teilhaben sollen. Zur Zeit werden diese Auseinandersetzungen in Organisationen der UNO und bei NGOs geführt, die verlangen, dass Frauen verstärkt im peacekeeping eingesetzt werden und im Rahmen des gender mainstreaming zu gleichen Teilen an militärischen und militärpolitischen Entscheidungen partizipieren sollen (Stiehm 1997). Wenn Frauen unter bestimmten Bedingungen ins Militär integriert werden – nämlich unter Bedingungen der Gleichstellung der Geschlechter – dann geraten tradierte symbolische Anordnungen in der Geschlechtergesellschaft, den Geschlechterhierarchien und die damit verbundenen gesellschaftlichen Subjektpositionen unter Druck. Durch die Einbeziehung von Frauen verändern sich auf der symbolischen Ebene sowohl Verknüpfungen von Militär und Geschlecht als auch von Militär und Krieg. Zu ihnen zählen die Konstruktionen, Militär sei schon immer männlich gewesen, (alle) Männer sind stark und müssen schützen, (ebenfalls alle) Frauen sind schwach und daher zu beschützende Wesen, die sich selbst und andere nicht schützen können. Die Rede vom Schutz der „Frauen- und Kinder“, wie es Cynthia Enloe ironisch formuliert, gibt vor, dass das Militär Frauen vor den Unbilden des Krieges schützt, und dass militärisch Kämpfende sich mit ihrem Leben für die anderen ‚opfern‘. In der Realität werden Frauen mit dieser Metapher in eine spezifische Opferrolle als Frauen gebracht.

Die Frage nach den Wirkungen der Einbeziehung von Frauen ist nicht nur unter Feministinnen strittig. Von ihren Befürworterinnen werden unterschiedliche Argumente angeführt: Sibylle Raasch argumentiert aus dem Blickwinkel weiblicher Staatsbürgerschaft und begrüßt ein Ende der in Deutschland grundgesetzlich verordneten „militärischen Enthaltsamkeit“ für Frauen. „Erst jetzt wird Pazifismus und Absehen vom Kriegsdienst dem politisch-ethischen Beurteilungsvermögen jeder einzelnen Frau überantwortet. Dadurch wird ihre persönliche Entscheidung vielfach überhaupt

erst gesellschaftlich sichtbar gemacht“ und ist nach der Meinung der Autorin so überhaupt erst „ernst zu nehmen. Dieser Schritt zu mehr staatsbürgerlicher Autonomie und Verantwortung der Frauen ist begrüßenswert sowohl aus feministischer als auch aus pazifistischer Perspektive“. Aus völkerrechtlicher Perspektive sieht die Autorin in der Zulassung von Frauen zu Kampfpositionen eine wichtige Möglichkeit für die Eindämmung der mit sexueller Gewalt einhergehenden „maskulinen Gruppen-Aggressivität“, jenem barbarischen Relikt moderner Kriegsführung, welches die „Grenzen des Kriegsvölkerrechts erfahrungsgemäß immer wieder zu sprengen droht“ (Raasch 2000).

#### 4. Neuer Handlungsdruck durch internationale militärische Einsätze

Wie brisant diese Feststellung ist, zeigt ein Bericht des Europäischen Parlaments über die Rolle von Frauen bei der friedlichen Beilegung von Konflikten. Er zeigt auf, dass die Stationierung von Soldaten der Friedensgruppen in vielen Fällen mit Prostitution und sexueller Gewalt einherging. Mit dem Eintreffen von UN-Friedenstruppen kam es zum raschen Anstieg der Kinderprostitution, von Vergewaltigungen sowie der Ausbreitung von AIDS und HIV in sehr vielen Regionen (Somalia, Kambodscha, Mosambik und im ehemaligen Jugoslawien). Trotz der Aufforderung der Vereinten Nationen an die Truppen entsendenden Staaten, Vorfälle sexueller Gewalt zu ahnden, gab es nur wenige Verurteilungen, lediglich Entlassungen aus verschiedenen Missionen. Vergewaltigungen werden zum Teil als unvermeidlich hingegenommen und bagatellisiert. Die italienische Regierung unterbreitete in Reaktion auf den sexuellen Mißbrauch von somalischen Frauen und Kindern den Vorschlag, daß Friedensgruppen von Untersuchungsrichtern und Menschenrechtsorganisationen begleitet

werden sollten, um Fälle sexueller Gewalt und Ausbeutung zu verhindern. Desweiteren ist die Berücksichtigung der besonderen Situation von Frauen als Flüchtlinge bisher völlig unzureichend. Das betrifft die Pla-

nung und den Aufbau von Lagern, den sicheren Zugang zu Wasser, Toiletten, Nahrungsmitteln und eine angemessene Beleuchtung von Wegen. Als Folge nehmen laut des Berichtes der Vereinten Nationen Vergewaltigungen und häusliche Gewalt weiter zu: 80% der Frauen und Mädchen seien nach Untersuchungen in Flüchtlingslagern sexueller Gewalt ausgesetzt (Nordstrom 1998). Die unzureichende Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte zeigt sich

**Frauen stellen nun auch im Militär eine berufliche Konkurrenz dar, und die Streitkräfte reagieren mit heftigen Widerständen darauf.**

## Hintergrundwissen für AntifaschistInnen



Informationen über Faschisten in Bomberjacken und Nadelstreifen gibt es zweimonatlich bei:

**DER RECHTE RAND**

Postfach 1324  
30013 Hannover

[www.der-rechte-rand.de](http://www.der-rechte-rand.de)

DER RECHTE RAND

auch in fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten und Bildungschancen vor allem für alleinerziehende Frauen. Die entsprechenden Programme richten sich fast ausschließlich an Männer. Sie dominieren auch in der Nahrungsverteilung in den Lagern, was zu eklatanten Benachteiligungen und Mangelernährungen für Frauen führt. Oft geht die Benachteiligung von Frauen mit sexueller Nötigung einher. So wurde die Verteilung von Ressourcen von sexueller Zuwendung abhängig gemacht.

Diese dramatischen Zahlen und Fakten weisen auf die neue Bedeutung geschlechtsspezifischer Fragestellungen für militärisches Handeln, die traditionell nicht Teil militärischer Kultur sind. Es wird die Sensibilisierung für Geschlechterfragen als fester Bestandteil in der Ausbildung der Friedensgruppen und der Kommandeure für ihren Einsatz gefordert. Genderkonstruktionen zeigen ihre Wirkung auch in militärischen Einsätzen. Soldatinnen werden von der Bevölkerung als „mitfühlende“ Personen wahrgenommen, die Aussöhnung vor Gewalt setzen. Dies ist ein Befund, der sich mit Untersuchungen des Verhaltens von Polizistinnen deckt. Sie können zuhören und sind bereit, von ihrem Umfeld zu lernen. Weibliche Friedenskräfte sind Vorbilder für die Frauen vor Ort und Beispiel für die Beteiligung am wirtschaftlichen und politischen Neuaufbau. Als Beispiele hierfür gelten Südafrika, Guatemala und Namibia, wo der Anteil von Frauen in den Friedensgruppen bei 53% lag. In Südafrika wird er nicht unwesentlich für den Anstieg der politischen Beteiligung von Frauen als Wählerinnen und im Parlament verantwortlich gemacht. Für den Umgang mit Opfern sexueller Gewalt ist die Anwesenheit von Peacekeeperinnen von wesentlicher Bedeutung, vor allem für jenen

Teil, der Gewalt von „Uniformträgern“ erleiden mußten. Die Anwesenheit von Soldatinnen hat das Bewußtsein der männlichen Kollegen in den Friedenstruppen für die besondere Situation von Frauen in Krisensituationen und für die Stabilisierung des Friedensprozesses wachsen lassen. Es wird in vorliegenden Untersuchungen davon ausgegangen, daß der Anteil von Frauen in den Friedenstruppen potenziell die männlichen Kollegen von sexueller Gewalt und Übergriffen abhält (Bericht 2000).

Die von der Politik gewollten Demokratisierungsprozesse in Einsatzgebieten erfordern Streitkräfte mit umfassenden sozialen Qualitäten der SoldatInnen, die die Menschenrechte in allen Belangen beachten. Die Imp-

### Die Implementierung von Gleichstellungsregimen in Einsatzgebieten ist eine wichtige neue Aufgabe.

lementierung von Gleichstellungsregimen in Einsatzgebieten ist eine wichtige neue Aufgabe. Organisationen wie das Europäische Parlament und die UNO fordern in diesem Zusammenhang eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Friedenstruppen auf mindestens 40% und eine militärische Ausbildung, in der Genderfragen einen zentralen Platz bekom-

men. Dass all diese weitreichenden und umfangreichen Aufgabenstellungen nur mit grundsätzlichen Veränderungen des Militärs selbst zu bewerkstelligen sind, ist wohl kaum anzuzweifeln. spw 2/2002

#### Weitere Literatur:

Ingrid Anker/Ingrid Welcker (1999): Trendwende für die Bundeswehr? Der Beruf Soldat für Frauen, Bielefeld.

Judith Butler, Hass spricht. Zur Politik des Performativen, Berlin 1998.

Cynthia Enloe, Die Konstruktion der Soldatin als „Staatsbürgerin erster Klasse“, in: Christine Eifler/Ruth Seifert (Hg.) Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis, Münster 1999.

Nordstrom, C., Girls Behind the ( Front) Lines, in: Lorentzen und Turpin (Hg.), The Woman and War Reader, New York, 1998

Sybille Raasch, Krieg mit den Waffen einer Frau?, in: Kritische Justiz 33, 2 (2000).

Bericht über die Beteiligung von Frauen an der friedlichen Beilegung von Konflikten (2000/2025 (INI)), Ausschuss für die Rechte der Frauen und Chancengleichheit, Berichterstatterin Maj Britt Theorin

Ruth Seifert, Militär und Geschlechterverhältnis: Ein Überblick über aktuelle Problemfelder in der Bundesrepublik, Israel und den USA, Hamburg 1998.

Ruth Seifert, Die Soldatin als Grenzgängerin – oder: Ist das Thema zurecht ein Randthema der feministischen Debatte?, in: Christine Eifler (Hg.), Krieg ohne Frauen? Dokumentation der Vortragsreihe im Rahmen der Feierlichkeiten 350 Jahre Westfälischer Frieden, Osnabrück 1999, 72-95.

Judith Stiehm, Peacekeeping and Peace-Research: Men's and Women's Work, in: Women and Politics, 1 (1997), 28-36.

## Viele Mythen sind entzaubert

### Interview mit einer weiblichen Führungskraft in der New Economy

spw: Was ist das für eine Position, in der Du jetzt arbeitest?

Tanja Hartwig: Ich leite ein Customer-Care-Center in einem Telekommunikationsunternehmen. Das Telekommunikationsunternehmen bietet Breitbanddienste an, Internetleistungen für Privatkunden und Geschäftskunden, und ich bin jetzt zuständig für die Privatkundenbetreuung.

spw: Wie bist Du dazu gekommen?

Hartwig: Eigentlich bin ich Sozialpädagogin, habe mich aber immer schon mit neuen Medien befasst. Das hat mich so fasziniert, dass ich eine Zusatzausbildung gemacht habe im Bereich Multimediasystemdesign, Systementwicklung.

Ich bin damals in einem Callcenter in Bielefeld als Nachwuchsführungskraft eingestiegen. Richtig als Agent; d.h. acht Stunden am Telefon sitzen und Produkte verkaufen. Das war auch gut, weil ich das von der Pieke auf gelernt habe und wusste, was für ein Stress das ist. In diesem Callcenter Costumercenter-Bereich ist die Laufbahn normalerweise so dass Du als Agent Supervisor werden kannst und als nächstes dann in Team-

oder Projektleitung gehen kannst. Dann wurde ich gefragt, ob ich nach Köln komme, um hier ein Costumer-Care-Center auf zu bauen.

spw: Ist die Vorstellung noch richtig, dass im Callcenter vor allem (abgebrochene) StudentInnen arbeiten?

Hartwig: Nein, das hat sich deutlich geändert. Viele unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben vorher irgendwo im Kundenservice gearbeitet. Entweder in der Sachbearbeitung oder schon in einem Callcenter. Viele haben vorher einen anderen Beruf gelernt, oft in Richtung Sachbearbeitung, Groß- und Außenhandelskaufmann/frau, je nach dem in welchem Bereich sie hier eingesetzt sind haben sie auch einen technischen Beruf gelernt. Es gibt wenige, die wie ich wirklich völlig quer gekommen sind.

spw: Eine weit verbreitete Auffassung ist ja auch, dass die Telefonjobs häufig für Frauen sind.

Hartwig: Teils, teils. Hier gibt es z. B. auch ein Bereich, in dem es technischen Support gibt, außerdem eben nicht nur den Telefon-Support, sondern auch den E-

Mail-Support. Es ist klassisch so, in der Auftragsbearbeitung sitzen mehr Frauen, das weiß ich auch von anderen Unternehmen und in dem technischen Support sitzen eher Männer.

Es ist schwierig, mehr Frauen für den technischen Support einzustellen oder zu fördern.

spw: Wie sehen eure Förderungsmaßnahmen aus?

Hartwig: Das sind individuelle Maßnahmen. Es gibt keine festgelegte Unternehmenspolitik, sondern es hängt eher von der Führungskraft selber ab. Wir können da auf firmeneigene Angebote zurück greifen oder auch mit externen Agenturen zusammen arbeiten.

spw: Was hältst Du von staatlicher Gleichstellungspolitik als Motor für Veränderung?

Hartwig: Ich finde das gut. Alle Möglichkeiten, Frauen, junge Mädchen zu fördern, gleichberechtigt in die Berufe zu bringen sind wichtig. Gemeinschaftliche Regelungen sind oft ein gutes Mittel, das sollte es meines Erachtens noch mehr geben. Ich war ja auch eine Verfechterin der Frauenquote bei den Jusos, weil ich einfach glaube, dass Frauen so mehr in Positionen geraten, die ihnen auch zustehen, die sie auch können und weil sie letztlich nicht nur qua Geschlecht da reinkommen. Und ich glaube, dass das bei der öffentlichen Förderung genauso ist.

### Krisenreaktion der New Economy

spw: Der Boom in der New Economy ist ja nun erstmal vorbei. Wie hat sich das auf Eure Personalpolitik ausgewirkt?

Hartwig: Es hat sich einiges verändert in der New Economy. Wir haben schon am Anfang darauf Wert gelegt, dass wir gute und hochqualifizierte Leute einstellen. Es ist wirklich eine komplette Kundenbetreuung mit technischen Skills und allem was dazu gehört. Da haben wir eben Leute gesucht, die auch schon Vorerfahrung haben, haben fest eingestellt. Ich habe fast ausschließlich Vollzeitkräfte hier, kaum Teilzeitkräfte, wobei wir aber auch zunehmend mit Zeitarbeitskräften arbeiten.

Anfangs war ich da skeptisch. Inzwischen bin ich nicht mehr ganz der Meinung. Man hat so beidseitig die Möglichkeit sich abzuchecken und zu sagen, ja, das ist es auch. Das finde ich ziemlich gut, finde ich besser als ich dachte.

spw: Und übernehmt Ihr diese Personen dann in ein festes Arbeitsverhältnis?

Hartwig: Ja sehr oft.

spw: Ist die von Dir angesprochene Veränderung in Bezug auf die Qualifizierung und das Einstellungsverhalten auf die Krise der New Economy zurück zu führen?

Hartwig: Der Markt ist härter geworden. Natürlich wurden deshalb auch die Daumenschrauben angezogen, weil nicht mehr so viel Geld zur Verfügung steht. Die Gehaltsstrukturen haben sich verändert und inzwischen gibt es auch eher befristete Arbeitsverträge.

spw: Gleichen sich New Economy und „Old Economy“ wieder mehr an?

Hartwig: Ja, im Grunde schon. Es gibt zunehmend ein Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Der Anspruch ist, wir sind die Firma, wir bauen das zusammen, auch von den Firmengründern, die auch genau so eine Firma haben wollten, die gesagt haben: Ja, alles machen wir in Teamarbeit und offene Kommunikation, flache Hierarchien und offene Türen und, und, und...

Die Realität ist eine andere. Wenn dann noch so ein Bereich wie Kundenbetreuung im Haus dazukommt, also operative Bereiche wie hier das Customer-Care-Center oder das Network-Operation-Center, wo man mit Schichtplänen arbeiten muss, wo man mit klar vorgegebenen Strukturen arbeiten muss, dann kann es nicht funktionieren, das man das durchzieht, was man die ganze Zeit vorher propagiert hat.

spw: Kann man die These aufstellen, dass in der New-Economy, einem Bereich, der sehr stark von Kommunikation lebt, dass da Frauen eher auch in Führungsfunktionen präsent sind oder ist auch das ein Mythos?

Hartwig: Das ist ein Mythos. Im Dienstleistungsbereich sitzen sicher mehr Frauen, im Callcenterbereich gibt es ehernen Chancen für Frauen, Führungspositionen inne zu haben. Aber der Callcenterbereich ist eine Ni-



Tanja Hartwig

sche. In der New Economy ist es aber auch so, dass Männer die meisten führenden Positionen inne haben, wenn Frauen berücksichtigt werden, dann eher in klassischer Weise, wie Marketing oder corporate communications, Unternehmenssprecherin, vielleicht noch Personalentwicklung oder auch Kundenbetreuung.

spw: New Economy-Unternehmen schwärmen oft von ihren flachen Hierarchien. Kommt das nicht Frauen entgegen?

Hartwig: Auch flachere Hierarchien in Unternehmen sind nicht unbedingt eine Vereinfachung für Frauen, sondern es hängt mehr von der Zeiteinteilung ab. Und natürlich auch, wie die Führungsstruktur dort ist. Wenn mehr Frauen in Führungsfunktionen tätig sind, ist es einfacher, dass z.B. Frauen mal ihr Kind mitbringen können oder das es bestimmte Möglichkeiten gibt, ihre Arbeitszeit zu vereinbaren mit der Familie. Oder es gibt mehr Männer, die offener sind dafür.

spw: In den 90zigern haben wir ja bei den Jusos und vor allen Dingen natürlich bei den Frauen bei den Jusos das Konzept des doppelten Lebensentwurfes diskutiert. Spielt das heute für junge Frauen noch eine Rolle?

Hartwig: Hier fordern sie das nicht ein, hier habe ich das nicht kennen gelernt, hier gibt es ganz klare Entscheidungen. Ich kenne hier keine Frau die sagen würde: „Ich will Beides“. Das ist einfach von vornherein ausgeblendet. Es ist eher so, dass die gar nicht auf die Idee kommen, beides hier zu wollen.

spw: Liegt das auch am Alter?

Hartwig: Nein, hier ist die Altersstruktur plus/minus 30 Jahre, also hier genau das klassische Alter für heiraten und Kinder kriegen, Familie gründen, sich entscheiden, was man so will im Leben.

Die Bedingungen für Frauen sind einfach viel schwieriger, gerade auch für Frauen, die

wie ich in Führungspositionen sind. Eine Freundin, sie ist Französin, ist auch in einer ähnlichen Funktion tätig, die sagt ganz klar, wenn sie ein Kind kriegt, geht sie wieder nach Frankreich oder auch nach Holland, egal wo, aber sie bleibt nicht in Deutschland. Sie will weiter arbeiten, weiterhin auch so eine Position managen und ihr Mann kann und will auch nicht zu Hause bleiben. Hier in Deutschland ist das nicht möglich. Sie hat hier keine Chance. Kinder kannst Du hier nur kriegen, wenn der Partner zu hause bleibt. Oder Du hast so viel Geld, dass Du Dir eine ganztägige Kinderbetreuung leisten kannst.

### Männer- und Frauenrollen

spw: Was sagen Männer in diesem Arbeitsbereich dazu: Stellt sich das für die als Problem dar?

Hartwig: Es gibt in diesen Unternehmen sehr viele Männer, die kleine Kinder haben und die das alles für sich so arrangiert haben, dass sie bis abends hier arbeiten. Dann gehen sie nach Hause zu ihrer Frau oder Freundin und das ist alles okay für die. Die können sich keine andere Struktur vorstellen. Es gibt nur sehr wenige Männer, die sagen, das ist mir zu wenig und ich will auch Zeit für die Familie haben, die das dann auch so leben und auch mal eher gehen.

spw: Das sieht ja eher aus nach sehr traditionellen Männer- und Frauenbildern.

Hartwig: Das ist auch so. Ich denke, in der New Economy sind traditionellere Strukturen viel mehr verbreitet, als wir gedacht haben.

spw: Wie konstruiert sich im Unternehmen Männlichkeit oder Weiblichkeit? Versucht man das auszublenden zugunsten eines amorphen Bildes: Frauen müssen sich den Ideen von Männern anpassen/wie ist da Geschlechtlichkeit überhaupt im Spiel?

Hartwig: Das passiert eher subtil. Man merkt, es ist auch klassischerweise hier und auch in anderen Unternehmen so, Frauen müssen immer noch doppelt bis dreifach so gut sein, bis sie überhaupt mal eine Chance auf Beförderung haben oder aber auch gehört zu werden und anerkannt zu werden. Frauen werden sehr begutachtet, auch was sie tun, wie sie das machen. Das gipfelt dann sogar in den Sprüchen, Frauen bevorzugten Frauen, weil sie Frauen sind.

spw: Bei Männern fragt da keiner nach...

Hartwig: Nein, solche Diskussionen werden nicht geführt mit Männern oder Männer bringen hier massenweise andere Leute aus ihren alten Unternehmen rein, Kollegen, dann ist das normal, wenn Frauen das tun, das habe ich auch erlebt, dann wird über Geklügel geredet und solche Geschichten. Es wird anders beobachtet und man bekommt es auch anders als Feedback zurück.

Ich denke man merkt das in so Bereichen, das sehr viel über Imponiergehabe geht im Sinne von: ich verkaufe mich nach außen, ich stelle mich dar und ich rede mit den richtigen Leuten. Es wird unheimlich viel Politik gemacht in solchen Unternehmen, extrem viel Politik. Eine Freundin von mir sagt immer: „Man muss gut Schoßsitzen können und wirklich in der Tür von Leuten stehen.“ Und es liegt Frauen viel weniger als Männern, das zu tun.

Hätte ich nicht meine langjährige politische Vorerfahrung und dann auch die Bildungsarbeit, die ich gemacht habe und auch da meine Erfahrung im Präsentieren und Positionieren, dann würde mich das auch eher abschrecken. Aber ich weiß, vielen Frauen ist das eher unangenehm.

spw: Hast du den Eindruck, dass sich bei den Frauen, die es auf solchen Führungsebenen gibt, so etwas wie ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt, dass so etwas wie ein „old girls network“ entstehen könnte?

Hartwig: Ja, aber nicht in der Firma selber,

das ist zu ‚gefährlich‘. Was es gab und gibt ist, dass Frauen sich untereinander abstimmen.

spw: Was denkst Du – welche Strategien nutzen oder brauchen Frauen, um sich durchzusetzen?

Hartwig: Als Sozialpädagogin habe ich ja auch einmal in einem autonomen Mädchenhaus gearbeitet und da war eher die Diskussion, dass alles was klare Strukturen hat, was mit Macht zu tun hatte, negativ und männlich besetzt war. Das habe ich nie so gesehen, weil ich gesagt habe, Machtanspruch ist sehr wohl auch für Frauen da und auch berechtigt und nicht alles was scheinbar männlich ist, ist gleich negativ von den Strukturen her. Also auch klare Punkte setzen, Diskussionen abbrechen wenn es notwendig ist. Strukturen in Diskussionen bringen, das haben wir ja bei den Jusos auch gelernt, um zu sagen, das ist jetzt in Ordnung so und das will ich so, klar die Meinung äußern und zu sagen, was man will, das sind für mich keine negativen Dinge. Nur auf das Team zu setzen und allein auf den soften Führungsstil zu setzen ist nicht richtig. Das reicht nicht, man muss einen guten Mittelweg finden und das ist sehr schwer. Erst wenn man den hat, dann bin ich richtig gut und dann sind Frauen oder auch Männer gut.

#### Führungsstile

spw: Wie würdest du den Unterschied beschreiben, den du als Führungsstil hast gegenüber deinen männlichen Kollegen in einer ähnlichen Funktion?

Hartwig: Ich bin teamorientierter. Ich lege mehr Wert auf Teamarbeit, auf offene Türen, dass MitarbeiterInnen zu mir kommen können, wenn sie was auf dem Herzen haben. Das ich das, was ich mache, auch transparent mache, das ist sehr wichtig, das machen nicht alle.

spw: Würde männliche Kollegen das nicht auch sagen, ich bin auch teamorientiert, meine Türen sind auch offen aber ich entscheide eben schneller.

Hartwig: Es ist ja eine Farce zu glauben, dass die schneller entscheiden. Ganz im Gegenteil, das ist auch eine Erfahrung aus der New-Economy, dass man sich einbildet, Entscheidungen würden so zack, zack, zack gefällt. Es sind eher die Frauen, die klarere Entscheidungen herbeiführen und fordern. Vieles wird auf die lange Bank geschoben.

spw: Haben Frauen da ein realistischeres Bild der Dinge und warum haben sie das, wenn das so ist?

Hartwig: Meine Erfahrung ist die, dass Frauen pragmatischer orientiert sind. Es gibt auch Männer, die so sind, aber wenn ich jetzt in schwarzweiß denke, dann ist es so. Frauen sehen was zu tun ist, packen an und entscheiden ohne lange zu diskutieren. Ja es gibt einmal die pragmatische Herangehensweise, die wahrscheinlich wirklich eher typisch für Frauen ist, auch erziehungsbedingt, denke ich mal. Dann glaube ich ist es so, wenn Männer Entscheidungen gefällt haben oder Dinge durchgesetzt haben, dann feiern sie diesen Erfolg und propagieren ihn viel mehr als Frauen das tun. Frauen machen den Fehler, dass sie diese Dinge nicht so nach außen stellen, was sie erreicht haben, was sie durchgesetzt haben. Sie feiern weniger und lassen sich weniger feiern. Dadurch entsteht der Eindruck, dass Männer tolle Entscheidungen getroffen haben und die Frauen das nicht können. Das ist schon etwas sehr Typisches.

#### Geschlechterkonstruktion

spw: Wir haben in dem Heft auch einen Theoriebeitrag, der sich um neuere Ansätze in der Geschlechtertheorie auseinandersetzt. Deine Ausführungen klangen ja zunächst nach „natürlichen“ Kategorien, die aber eben keine sind, sondern habituell sozialisiert. Im Heft wird der Ansatz diskutiert, man müsse auf beides schauen, d.h. auf die Konstruktion von Weiblichkeit genauso wie Männlichkeit. Nur durch die Analyse von Geschlecht insgesamt könne man subversive Strategien der Enthüllung für beide Seiten betreiben. Diese müssen an alltäglichen Dingen ansetzen und das sei die einzige Strategie, wie man weiterkomme, um eine Reflexivität über Geschlechterkonstruktion und entsprechendes Handeln zu erreichen. Was meinst Du dazu?

Hartwig: Also erst mal stimme ich dem zu, ich war nie der Meinung, dass Frauen als Männer geboren sind, das ist aber auch klar. Solche Reflexionsstrukturen sind hier im Unternehmensalltag aber sehr schwierig umzusetzen. Schon gar nicht, wenn Frauen das alleine machen. Sie brauchen Bündnispartnerinnen, die dasselbe Interesse haben in so einem Unternehmen etwas zu tun und das alleine ist schon der erste Schritt. Das ist der größte Hemmschuh m.E., weil alle ihren „Vorteil“ von ihren Positionen haben und warum sollen sie das, was sie da haben, in Gefahr bringen? Ich glaube, was zudem gerade in der New Economy dem entgegen steht ist, dass sich die Männer für sehr weltof-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

fen und für so aufgeschlossen und liberal halten und dann gar kein Verständnis mehr dafür haben, dass Frauen sagen, ich habe es aber als Frau hier schwierig. Es ist so, dass ich mehr beobachtet werde als andere u.s.w. und dann gibt es ganz viele –ich führe solche Gespräche sehr wohl – die sagen, nein, dass ist nicht so, gerade hier, du stellst dich an und du bildest dir das ein. Wenn zugestimmt wird, dann sind es eher Männer, die in keinen Machtpositionen sind und die selber auch, das merkt man, aufgeschlossener Frauen zu Hause haben, die anders sozialisiert sind.

spw: Dieses Problem ist Thema verschiedener Artikel in dem Schwerpunkt: Feminismus sei ganz furchtbar out und sobald man auch nur sagt, „ich finde das Scheiße, dass da mit großen Titten geworben wird“, ist man plötzlich die doofe Feministin und wird stigmatisiert.

Hartwig: Ja, das kann ich bestätigen. Jüngere haben die Sichtweise auf weibliche Diskriminierung sowieso nicht mehr, die verstehen überhaupt nicht, wovon ich rede. Und dann ist es ja schon schwierig, Bündnispartnerinnen zu bekommen. Ich laufe nicht mit dem Opferschild herum, denn mir ist dieses Dilemma wohl bewusst.

spw: Das heißt, im Grunde genommen, man muss es sich selber verbieten, diese Themen überhaupt anzusprechen.

Hartwig: Du musst andere Wege finden, das ist die einzige Chance, wie du als Frau in solchen Unternehmen agieren kannst. Und diese anderen Wege sind tatsächlich eher subversiv, wenn du so willst, die sind hinten herum, das sind „geheime Wege“. Aber das sind natürlich alles Politiken auf der individuellen Ebene.

spw: Kann es denn vor diesem Hintergrund überhaupt noch so etwas wie eine Renaissance der Frauenbewegung, also eine kollektive Ebene, wieder geben? Es gibt immerhin Versuche, neue Artikulationsform zu entwickeln, Netzwerke zu bilden.

Hartwig: Ich glaube, dass diese Netzwerke schon eine Möglichkeit für Frauen bieten, sich zu positionieren, sich zusammen zu schließen, Meinungen zu bilden. Aber ich meine, wenn es nicht einmal gelingt, dass sechs Ministerinnen am internationalen Frauentag eine gemeinsame Pressekonferenz durchführen, dann glaube ich nicht, dass es möglich ist, Netzwerke in Deutschland zu etablieren, die aussagekräftig sind. Das wäre z.B. ein Zeichen gewesen, dass Frauen auch brauchen, um sich zusammen zu schließen, um zu kämpfen. Deshalb glaube ich, ist das alles eher individualisiert. Aber es ist trotzdem wichtig.

Ich denke, auf beruflicher Ebene gibt es Netzwerke, Unterstützungsstrategien. Dann geht das da aber auch anders ab, diese geheimen „Männerbünde“ gibt es auch für Frauen. Und wenn Du als Frau solche Strukturen nicht hast, dann bist Du tatsächlich ziemlich verloren, denn Männer haben diese Strukturen.

spw: Wir danken Dir herzlich für dieses Gespräch.

spw 2/2002

# Frauenpolitik ist heute wichtiger denn je!

Von Gisela Notz

Der Kampf um gleiche Rechte für Frauen und Männer ist alt. Immer wieder waren es Frauen, die sie für sich einforderten, während (die meisten) Männer mit der gespaltenen Gesellschaft offensichtlich gut lebten. Ohne die Akteurinnen der „alten“ und der „neuen“ Frauenbewegung, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Auseinandersetzungen um Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit immer wieder geführt worden sind, wären Frauen nicht da, wo sie heute –sind. Wenn weitere Fortschritte erreicht werden sollen und damit das Rad der Zeit nicht zurückgedreht wird, ist Frauenpolitik heute notwendiger denn je.

## Männer und Frauen sind gleichberechtigt?

Frauen haben um die Teilhabe an der qualifizierten und existenzsichernd bezahlten Erwerbsarbeit lange gerungen. Sie haben de jure die Gleichberechtigung erlangt. Diese ist durch Artikel 3 (2) des Grundgesetzes festgelegt, was wir vor allem dem mutigen Kampf der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert und ihrer Genossin Frieda Nadig, zu verdanken haben, die gegen die Empörung der Abgeordneten aus allen Fraktionen beharrlich blieben. Seit 1949 heißt es eindeutig: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Und seit 1994 (nach der Wiedervereinigung) heißt es zusätzlich: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“. Ohne die Unterstützung von tatkräftigen Frauen aus vielen verschiedenen Zusammenhängen wie Gewerkschaften, Kirchen und autonomen Vereinen sowie Initiativen hätten weder die Frauen, die 1949 im Parlamentarischen Rat, noch diejenigen, die 1994 im Bundestag saßen, diese Formulierungen durchsetzen können. Parlamentarierinnen und außerparlamentarisch aktive Frauen setzten sich für die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern ein, weil sie diese als eine wichtige Voraussetzung für eine gerechte, emanzipierte und demokratische Gesellschaft ansahen.

Die Umsetzung des Rechts auf Gleichberechtigung dauert bis heute an. Elisabeth

Selbert bezeichnete es 1980 in einem Interview als „permanenten Verfassungsbruch“, dass die Realität anders aussieht als die Gesetzeslage und dass Frauen selbst bei gleicher Qualifikation immer noch weniger Lohn bekommen. Über die gesellschaftliche Wirkungskraft der verfassungsmäßig garantierten Gleichheit von Frauen und Männern werden immer wieder erhitzte Debatten geführt. Sowohl die frauenpolitisch nach dem zweiten Weltkrieg aktiven Frauen, als auch die „autonome“ Frauenbewegung der 70er Jahre forderten vom Staat frauenpolitische Initiativen und Gesetze zur Durchsetzung der Gleichberechtigung. Leider kam die Frage nach den Ursachen der Geschlechterdiskriminierung, nach dem Zusammenhang von Schichtzugehörigkeit, ethnischer Herkunft und Geschlecht und danach, wie sich Wirtschaft und Politik ändern müssen, um den Abbau sozialer und geschlechterspezifischer Ungleichheiten überhaupt zu ermöglichen, oft zu kurz. So entstand mitunter der Eindruck, nur hochqualifizierte Frauen der 'ersten Welt' sollten oder könnten Nutznießerinnen der Gleichstellungspolitik werden. Die „Erwerbsneigung“ der Frauen soll kanalisiert werden

In der Bundesrepublik Deutschland ist es die gestiegene (West) oder ungebrochene (Ost) „Erwerbsneigung“ der Frauen, die immer wieder als Ursache der Massenerwerbslosigkeit genannt wird. Im Westen wird sie wie eine ansteckende, im Osten wie eine unheilbare Krankheit rezipiert. Der Begriff „Erwerbsneigung“ ist schon deshalb diskriminierend, weil er für Männer niemals gebraucht wird. Besonders im Osten betonen Politiker seit dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten immer noch und immer wieder, dass diese ungebührliche Neigung auf ein „Normalmaß“ zurückgeschraubt werden muss, wobei mit „Normalmaß“ die Erwerbsbeteiligung der westdeutschen Frauen gemeint ist. Die aber wollen auch nicht mehr „normal“ sein und ihre „Erwerbsneigung“ auf das Quantum der 60er und 70er Jahre zurückdrehen. Wären sie dazu bereit, wäre die Zahl der Erwerbspersonen in Westdeutschland um rund 3 Millionen geringer und damit die Erwerbslosigkeit

Dr. Gisela Notz, wissenschaftliche Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung, lebt in Königstein.



weit weniger brisant. Eine wahrhaft simple Ursachenforschung, wie Mann sie simpler kaum betreiben kann.

#### Familienpolitik ist nicht gleichzusetzen mit Frauenpolitik

Heute plädieren konservative Politiker wieder offen dafür, dass Frauen ihr Glück am heimischen Herd finden sollen, ein geringfügiger „Zuverdienst“ – ebenfalls ein Ausdruck der nur für Frauenarbeit benutzt wird – ist dabei nicht ausgeschlossen. Dieses nach traditionellem Muster modernisierte „VersorgermodeLL“ mit geschlechtsspezifischer klein-familialer Arbeitsteilung wird vor allem von jungen Frauen – weniger von jungen Männern –, die noch keine Kinder haben, in Frage gestellt. Dennoch bleibt nach wie vor während der Frühphase der Kindererziehung die traditionelle Familienform die gängigste aller Lösungen. Fast alle Mütter nehmen die „Elternzeit“, sie für bis zu drei Jahren, bei mehreren Kindern auch länger, aus der Erwerbsarbeit ausgrenzt bzw. auf meist nicht existenzsichernde Teilzeitarbeit drängt.

Dennoch häufen sich die Klagen um die Krise der Familie. Diese Krise wird vor in erster Linie dafür verantwortlich gemacht, dass die Menschen in jeder Hinsicht schlecht ausgebildet seien. Der Grund wird vor allem darin gesehen, dass Frauen die angestammten Orte in Küche, Kirche und Kinderzimmer reihenweise verlassen, um sich aus Abhängigkeiten zu lösen, die Männer nie kannten. Ganz offensichtlich sind Männer nicht bereit, die entstehenden Lücken zu füllen. Warum sollten sie auch, wo Menschen, die in der Familie und anderswo Kinder, alte und andere

pflegebedürftige Menschen betreuen, wenn sie selbst alt werden, zur Armut verurteilt sind. Subtile Anspielungen, auch progressiver Zukunftsforscher auf Plaste- und Elastekaufende „werk-tätige Eltern“, oder auf „Rabenmütter“ – Rabenväter kennt der deutsche Sprachschatz nicht – die ihre Kinder außer Haus versorgen lassen – dienen letztlich wiederum der Glorifizierung der Frau als hausarbeitender Mutter, die zudem selbstverständlich, nichtentlohnte Tätigkeiten nicht nur im eigenen Haushalt, sondern auch noch in vielen sozialen Einrichtungen, miterledigt. Belohnt werden Hausfrauenehen; nicht nur durch das Ehegattensplitting, das Einverdiener-Ehen alleine nach dem Tatbestand „Ehe“ fördert.

Der „neue“ Arbeitnehme-rInnentypus steht vor der Aufgabe, sein gesamtes Leben, d. h., auch seine „private“ Existenz, hoch-rationalisiert in den Griff zu bekommen.

Auch das (reformierte) Elternzeitgesetz orientiert sich an der Rolle des „Haupter-nährers“, weil es die Zuverdienerin mit einem Taschengeld ausstattet, das sie nicht einmal bekommt, wenn ER genug verdient. Freilich wäre ein Rol-lentausch möglich.

Selbst wenn er auf breiterer Ebene praktiziert würde, änderte das nichts an den Strukturen, die Benachteiligungen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt zur Folge haben. Es würden lediglich die Rollen getauscht.

Die Forderung nach einer gesetzlich geteilten Elternzeit, wie sie die österreichischen Frauenministerinnen mehrfach stellten, löste starke Emotionen aus. Obwohl durch eine solche verordnete Teilung auch nicht alle Probleme gelöst wären, wären doch die Nachteile der Berufsunterbrechung nicht ausschließlich den Müttern aufgebürdet und eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Haus- und Sorgearbeit könnte vorangetrieben werden. Freilich müsste die

Existenzsicherung für die Zeit des (verkürzten) Ausstiegs sichergestellt sein.

Die durch die soziologische Frauenforschung immer wieder eingeforderte begriffliche Erweiterung von „Arbeit“, die immer auch die Problematisierung der geschlechterhierarchischen Verteilung beinhaltet, wird heute oft ins Gegenteil verkehrt: Unbezahlte Arbeit wird hoch gelobt – als (Frauen)Arbeit; oder es wird gar deren Bezahlung durch „Familiengehalt“ gefordert. Die geschlechtsspezifische Verteilung wird jedoch nicht (mehr) problematisiert. Die Utopie der „neuen“ Frauenbewegung Hausarbeit teilweise zu vergesellschaften und damit abzuschaffen, wird nicht (weiter) verfolgt. Indem man Frauen für die Übernahme dieser hochemotionalisierten, meist isoliert und ohne Möglichkeit zur Solidarisierung geleisteten Arbeiten ikonisiert, bleibt letztlich alles beim Alten (in Westdeutschland) und alte (westliche) Zustände sollen zudem in den Osten transportiert werden. Frauen, die ihre „natürlichen“ Aufgaben verweigern, werden wie früher schon als nicht „normal“ bezeichnet und für eine inhumane, immer kälter werdende Gesellschaft verantwortlich gemacht.

#### „Entgrenzung“ der Arbeitsverhältnisse

Tatsächlich betrifft die Erhöhung des Erwerbspotentials in der Alt-BRD mehrheitlich Frauen. Sieht man sich die Arbeitsplätze und Arbeitstätigkeiten an, so sind Frauen bestenfalls quantitative Gewinnerinnen, jedoch qualitative Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt. Die qualitativen Verluste beziehen sich nicht ausschließlich auf Verluste an Arbeitszeit und zur Sicherung der Existenz notwendigem Geld, sondern auch auf verschlechterte Arbeitsbedingungen im Blick auf Anforderungen, die unterhalb des erworbenen Qualifikationsniveaus liegen und neue, schwerwiegende psychische und physische Belastungen, oftmals dort, wo neue Techniken, Arbeitsorganisationen oder Managementmethoden eingesetzt werden. WissenschaftlerInnen und BerufsbildungsexpertInnen verweisen immer wieder darauf, dass der gegenwärtige Wandel der Organisationsbedingungen von Arbeit zu einer Entgrenzung der Arbeitsverhältnisse führt, die nicht nur die Arbeitsbedingungen sondern auch die übrigen Lebensverhältnisse tangiert. Betroffene Arbeitskräfte werden zunehmend zu einer selbstverantwortlichen Strukturierung des Arbeitens und damit der gesamten Alltagsorganisation gezwungen. Konsequenz könnte langfristig eine Entgrenzung auch der gesellschaftlichen Verfassung von Arbeitskraft in Richtung auf einen individuellen „Arbeitskraftunternehmer“ sein, der verstärkt seine Tätigkeit selbst organisieren muss. Entgrenzte und flexibilisierte Arbeitsverhältnisse sind für viele Beschäftigte, und das sind vor allem Frauen, längst „normal“. Über ein Drittel der abhängig beschäftigten Frauen arbeitet bereits we-



niger als die „Normalarbeitszeit“. Zeiten der Unterbrechungen, verbunden mit der Übernahme unbezahlter Arbeit in Haus- und Sorgearbeitsverhältnisse, sog. ehrenamtlicher Arbeit und Wiedereingliederung in die Erwerbsarbeit, oft in Form von Teilzeitarbeit, ungeschützter oder geringfügiger Beschäftigung (325-Euro-Jobs), Leiharbeit, neuerdings auch Teleheimarbeit und arbeitnehmerähnliche „neue Selbständigkeit“ stellen in ihrer Erwerbsbiographie schon lange das „Normalarbeitsverhältnis“ dar. Frauen mit Patchworkbiografien sind die Pionierinnen dieser Arbeitsorganisation, allzu oft auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung, auch im Alter.

Der „neue“ ArbeitnehmerInnentypus, der in Wirklichkeit kein Unternehmer ist, wie es der Begriff „Arbeitskraftunternehmer“ suggeriert, weil er in den seltensten Fällen über Produktionsmittel verfügt und noch seltener andere Arbeitskräfte für sich arbeiten lässt, steht vor der Aufgabe, sein gesamtes Leben, d. h., auch seine „private“ Existenz hochrationalisiert in den Griff zu bekommen. Hausfrauen mit Teilzeitbeschäftigung sind auch in dieser Hinsicht Pionierinnen: Sie haben schon lange wechselnde Arbeitsplätze und an ihrem Beispiel wird deutlich, dass eigentlich die gesamte Lebensführung verbetriebligt wird, weil sich die anderen Arbeitstätigkeiten den betrieblichen Bedingungen wesentlich unterordnen (müssen).

Mit zunehmender Entgrenzung sind auch männliche Arbeitnehmer mehr und mehr betroffen. So unterstellt beispielsweise die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, dass bei Forschreibung der in den letzten beiden Dekaden beobachtbaren Trends der Entgrenzung im Jahr 2010 das Verhältnis Normal- und Nicht-Normalarbeitsverhältnis im Jahr 2010 bei eins zu eins liegen dürfte. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellte in seinem Wochenbericht Ende Februar 2001 fest, dass in Deutschland bereits 14 % aller Männerarbeitsplätze „entstandardisiert“ (Teilzeit, befristet, geringfügig) seien, bei den Frauen der Anteil allerdings schon bei 45 % läge, wobei ein deutlicher Unterschied zwischen alten (49 %) und neuen Bundesländern (24 %) festzustellen sei. Auch international betrachtet läge der Anteil der ostdeutschen Frauen, die unbefristet und Vollzeit erwerbstätig sind „ungewöhnlich hoch“. Das Berliner Institut bezeichnete dies als „eine Erbschaft der DDR“ (FR v. 1.3.2001). Geringschätzung von Kinderbetreuungs-möglichkeiten

Eine Erbschaft der Alt-BRD ist zweifelsohne die Geringschätzung von Kinderbetreuungs-möglichkeiten für die Entwicklung der Kinder. Nur 2,2 % aller westdeutschen Kinder im Alter zwischen 0 und 3 Jahren finden einen Platz in einer Kinderkrippe (Ost 41,3 %), 85,2 % aller 3-6-jährigen (Ost 116,8 %) einen

Kindergartenplatz und 5,1 % (Ost 34,1%) der 6-10-jährigen einen Platz in einem Kinderhort. Die leitende Ideologie der „alten Bundesländer“, die Erziehung der Kinder in der Familie, das heißt durch die Mutter, sei die beste Erziehung, schwappt auch auf die „neuen Länder“ über, obwohl Untersuchungen immer wieder das Ergebnis haben, dass Kinder zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten die Auseinandersetzungen mit Gleichaltrigen – also gut ausgestattete öffentliche Einrichtungen – brauchen. Freilich ist mit der Frage nach Kinderbetreuung für viele Elternteile, in der überwiegenden Zahl Frauen, die Möglichkeit einer Erwerbsarbeit nachzugehen, verbunden.

Es sind also verschiedene Gründe, die dazu führen, dass besonders Frauen mit mehr als einem Kind die bezahlte Arbeit aufgeben. Je länger sie ihre „Familienphase“ ausdehnen, desto weniger Chancen haben sie, in den Beruf zurückzukehren. Frauen erfahren nicht nur die „entgrenzten“ Arbeitsbedingungen.

Auch der Stundenlohn der Arbeiterinnen und die Gehälter der angestellten Frauen liegen immer noch erheblich unter dem der gleich qualifizierten Männer, und der Anteil der erwerbslosen Frauen war in den letzten Jahren, stellt man ihre niedrigere Erwerbsbeteiligung in Rechnung, ständig über dem der Männer. Die diskontinuierlichen Berufsverläufe, verbunden mit geringen Verdiensten, führen dann dazu, dass viele ältere Frauen von ihrer Rente nicht leben können. 40 % der Frauen, aber nur 1 % der Männer haben überhaupt keine eigene Rente aus eigenen Anwartschaften. Es ist schon so, wie Trude Unruh vor einigen Jahren schrieb: die Altersarmut ist das „zynische Ende der christlichen Familienpolitik“.

#### Her mit welcher Hälfte?

Die bloße Forderung „Her mit der Hälfte“, wie sie von der „neuen“ Frauenbewegung vielfach gestellt wurde, wird für die Zukunft nicht mehr ausreichen, denn in einigen Bereichen stellen Frauen heute bereits mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte. Das gilt nicht nur für die in der Familie und anderen Lebenszusammenhängen geleisteten Haus- und Sorgearbeiten. Frauen stellen mehr als die Hälfte der Erwerbslosen, der ungeschützt und geringfügig Beschäftigten, der Dienstboten, der Geringverdienenden, der Teilzeitarbeitenden, der mit niedrigen Löhnen Arbeitenden und der „working poor“, also derjenigen, die arm sind, obwohl sie Erwerbsarbeit leisten. 80 % der „ehrenamtlich“ und ohne Geld im Bereich der Gesundheits-Pflege- und Sozialarbeit Arbeitenden in der Bundesrepublik Deutschland sind weiblich.

Hingegen sind Führungs- und Machtpositionen weiter mit Männern besetzt. Frauen stehen weltweit weit weniger Plätze in den Parlamenten zur Verfügung. In der BRD sind es ca. 30 %. Die mächtigsten Ministerien, das Auswärtige Amt und das Wirtschaftsministerium sowie das Bundeskanzleramt sind immer noch frauenfrei. In den Management-Etagen der Wirtschaft sitzen fast ausschließlich Männer und in den gehobenen Positionen von Verwaltung, Dienstleistung und Universitäten ist es nicht anders. Nur 9,8 % aller Professoren sind Professorinnen, da fehlt es an weiblichen Identitätsfiguren. Patriarchale Arbeits- und Machtstrukturen sind die Ursache und die Wirkung dieser Geschlechterasymmetrien. Und die Männerbünde sind zählebig, so bleiben die „gläsernen Decken“ und offenen und geheimen

Ausschlussverfahren, die Frauen auf bestimmten Positionen festhalten und von den mit Einfluss und Ansehen ausgestatteten Posten fernhalten. Freilich gibt es auch Frauen, die Mit-

trägerinnen innerhalb von Normen sind, die vor allem Männer gesetzt haben.

#### Nehmen Sie es wie eine Frau, Madam

Auf dem eng gewordenen Arbeitsmarkt konkurrieren BewerberInnen um das knappe Gut Arbeit. In Trainee-Veranstaltungen und Vorbereitungskursen auf Assessment-Center, die bei der BewerberInnenauswahl für hochqualifizierte Berufe gang und gäbe sind, werden sie auf den Konkurrenzkampf vorbereitet. Vor allem sollen sie den Beweis erbringen, welche Vorteile sie einem Unternehmen zu bieten haben, wenn es sie und keine andere einstellt. Diejenigen, die es verkraften, immer wieder abgelehnt zu werden und es dennoch immer wieder versuchen, haben die besten Chancen, bei den ausgeklügelten Auswahlverfahren, bei denen sich die BewerberInnen bewusst einer individuellen Konkurrenz aussetzen müssen, dann doch zu siegen. Freilich spielt sich der Konkurrenzkampf keinesfalls ausschließlich zwischen den Geschlechtern ab. Je höher die Positionen, umso stärker treten auch Männer untereinander in die Konkurrenz ein. Wenn Frauen der Zutritt in die Avantgarde schließlich gelungen ist, gehen sie selten anders mit ihren Konkurrentinnen um, als Männer das tun.

Frauen erheben heute den Anspruch auf qualifizierte Arbeit und auch auf Führungspositionen. In diesem Zusammenhang ist auch die in der Zwischenzeit ausgedehnte wissenschaftliche Diskussion um soziale Kompetenzen und „weibliche Führungsqualitäten“ zu sehen. Die meisten AutorInnen, die sich diesem Thema widmen, stimmen

Gefragt ist „die neue Frau“. Die Frau, die die Verantwortung für sich selbst und für die Menschen in ihrem Umfeld übernimmt.



darin überein, dass Frauen heute andere, ‚sanftere‘, aber insgesamt der modernen Unternehmensführung angepasste Führungsqualitäten aufweisen.

Auch wenn die kapitalistische Wirtschaft, immer auf der Suche nach Profitchancen die Frauen (scheinbar) entdeckt hat, weil sie die besseren Manager sind, vor allem wenn es um den zwischenmenschlichen Kontakt geht, um Planungskompetenzen, Zielorientierung und Durchhaltevermögen. Letztlich bleibt doch im Wesentlichen alles, wie es ist. Die Glorifizierung der „weiblichen Werte“ führt wiederum dazu, dass alte Rollenzuschreibungen verfestigt werden: Männer konzentrieren sich auf Trennung, Frauen auf das Verbindende.

Männer konzentrieren sich auf sich selbst, Frauen auf andere. Männer machen sich Gedanken über Rechte, Frauen machen sich Gedanken über Pflichten und Verantwortung. Männer fühlen sich in Hierarchien wohl, Frauen bevorzugen Netzwerkorganisationen. Männer scheuen sich bei der Lösung von Problemen nicht vor dem Konfrontationskurs, Frauen betonen Mitgefühl und Schutz. Frauen sind also grundverschieden von Männern. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind das Innovationspotential, das muss die Wirtschaft nach der Meinung des großen amerikanischen Trendforschers und Management-Vordenkers Tom Peters zuallererst und ganz schnell lernen. Es gilt den Gleichheitsgrundsatz über Bord zu werfen, schließlich ist (wieder

einmal) bewiesen, dass Männer und Frauen grundverschieden sind. Diese „erstklassige Differenzierungsstrategie“ wird als „größter Renner aller Zeiten“ verkauft. Gefragt ist, „die neue Frau“. Die Frau, die die Verantwortung für sich selbst und für die Menschen in ihrem Umfeld übernimmt. Die Frau, die mühelos ein Leben mit verschiedenen Rollen meistert. Sie ist Mutter, Versorgerin, Mitarbeiterin,

Chefin, ehrenamtlich Tätige und Ehefrau in einem und noch viel mehr. Sie ist geeignet, den ökonomischen Ertrag zu mehren, zum Wohle des gesamten Unternehmens und zum Wohle des einzelnen Mannes, denn er kann bleiben, wie er ist. Ihr soll die Welt gehören, aber ihr Weg auf der Unternehmensleiter nach oben ist eben

schwieriger und langwieriger, als der des Mannes. Zu solchen Schlussfolgerungen kommt nicht nur die Trendforschung.

Auch „empirische Grunderkenntnisse zu Frauen in Führungspositionen“, die Dorothea Assig und Andrea Beck 1998 zusammengetragen haben, zeigen auf, dass Frauen die Management-Anforderungen besser meistern, größere Führungskompetenzen aufweisen und daher auch die Organisationen, die sie leiten, deutlich erfolgreicher sind, als die von Männern geführten. Ihre Unternehmen erreichen höhere Erträge, wachsen rasant und sind doppelt so rentabel. Zudem sind Frauen viel schneller als die „Männer in den Nadelstreifen“, denn sie nehmen die Tendenzen des Marktes vorweg. Damit nicht genug. Amerikanische Studien erbrachten,

**Gegenwärtige feministische Theorien bewegen sich zwischen einem Denken, das auf der einen Seite das Weibliche zelebriert, auf der anderen Seite die Zweigeschlechtlichkeit aufgelöst.**

dass alle, aber auch alle Managementfähigkeiten bei Frauen besser ausgebildet sind, als bei Männern und dass Frauen – da sie geeignet sind, das Organisationsklima derart zu erwärmen – sogar bei männlichen Vorgesetzten und Mitarbeitern beliebt sind. Ohne Zweifel, die schöne neue Führungswelt gehört den Frauen. Wenn Frauen Vorgesetzte sind, sind sie eben besser. Warum Frauen nach wie vor nicht oder nur selten in ‚höhere Positionen‘ aufsteigen, bleibt auch nach diesen Analysen weitgehend offen.

Warum gab es keinen Jubel in der „Frauen-Forscherinnenszene“ ob dieser hervorragenden Ergebnisse? Dorothea Assig und Andrea Beck wissen die Antwort: „Vorurteile vernebeln den Blick auf die neuen Fakten“. In Wirklichkeit gibt es keinen Grund zum Jubeln. Aus den Ergebnissen wissen wir, Frauen in Führungspositionen sind besser, schneller, rentabler, als Männer und sie müssen es offenbar auch sein, um überhaupt auf solche Positionen zu kommen. Diese Erkenntnis ist nicht neu und überrascht daher nicht. Diese „Führungsqualitäten“ heben die (wenigen) nach oben gekommenen Frauen ab, auch von den (vielen) Frauen, die es nicht geschafft haben. Die Topfrauen nehmen die patriarchalen Maßstäbe nicht nur an, sie setzen die Maßstäbe selbst und sie setzen sie oft höher. Dagegen spricht freilich überhaupt nichts, solange die Hierarchien sind, wie sie sind. Die Hoffnung auf egalitäre betriebliche Strukturen mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten für Männer und Frauen, wie sie in den 70er Jahren artikuliert wurde, scheint damit endgültig ad acta gelegt. Die angeführten amerikanischen Studien beweisen: Frauen können Chefs sein, noch dazu die besseren, als Männer. Sie haben Profil und Ausstrahlung und kennen die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen. Schließlich war es Jill Barad – eine Frau – die als Vorstandsvorsitzende des Spielzeugunternehmens Mattel die Barbie-Puppe auf den Markt brachte und damit Riesenerfolge erzielte.

Im Grunde genommen wird durch solche Erkenntnisse die gespaltene Arbeitsgesellschaft, mit der sich die Menschen offenbar wie mit einem Naturereignis abfinden müssen, nicht infrage gestellt. Und obwohl es scheinbar ‚schick‘ erscheint, auf dem Gruppenbild der Unternehmensleitungen auch eine Dame zu haben, sind Frauen in großen Industrieunternehmen nach wie vor weder in entscheidungsrelevanten beruflichen Positionen, noch im Bereich der Sachbearbeitung mit kreativen Arbeitsaufgaben, z. B. Forschung, Entwicklung und Konstruktion von Produkten vertreten – und wenn, nur marginal. Auch die Erkenntnis über die Bedeutung ‚weiblicher Fähigkeiten‘ für Aufgaben der Personalführung und deren – verbale – Aufwertung hat nicht gerade zum massenhaften Einbruch in den Herrenclub geführt. Gegenwärtige feministische Theorien bewegen sich zwischen einem Denken, das auf

der einen Seite das Weibliche zelebriert und in „der Frau“ eine originäre Wesens- und Eigenart vermutet, auf der anderen Seite wird die Zentrierung von Geschlecht und Körper – einst Kernelement feministischer Theorie und Praxis – als konstruiert entlarvt und die Zweigeschlechtlichkeit aufgelöst. Wenn das möglich wäre, würde auch das Konstrukt „weibliche Qualitäten“ überflüssig, weil die mit diesem Label versehenen Qualitäten von Männern wie Frauen erbracht würden. Auch davon sind wir weit entfernt.

Nicht die Hälfte vom schimmligen Kuchen. Der Fortschritt der letzten Jahrzehnte besteht darin, dass sich immer öfter tüchtige und fähige Frauen trauen, öffentlich aufzutreten und gegen das ungeheure Unrecht der patriarchalen Ordnung anzukämpfen und auf Veränderungen zu drängen. Angesichts der sich verschärfenden Diskriminierungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind Politik, Wissenschaft und Praxis allerdings ebenso gefordert, die Arbeits-

marktlage der Frauen spürbar zu verbessern. Heute propagierte „Lösungsmodelle“ sind meist nicht geeignet, den sozialen und geschlechterspezifischen Ungleichheiten entgegenzuwirken. Die Durchsetzung der Chancengleichheit in der Privatwirtschaft wird in der Bundesrepublik, da es, obwohl es die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag versprochen hatten, immer noch kein Gleichstellungsgesetz gibt, einzig der freiwilligen Initiative der Unternehmen und der Tarif- und Betriebsparteien überlassen. Damit hinkt die Bundesrepublik den politischen Entwicklungen hinterher.

Freilich dürfen Überlegungen von Feministinnen nicht dabei enden, dass Frauen die Hälfte vom schimmligen Kuchen wollen oder die Hälfte der Fensterplätze auf der im Mainstream untergehenden Titanic. Auch (manche) Frauen entwickeln Geschick darin, selbst oben zu schwimmen und andere unterzutauchen, ohne Rücksicht auf Verluste. Es

braucht Frauen und Männer die Macht nicht mit Unterdrückung verbinden.

Wir – und damit meine ich alle, die mit den herrschenden Verhältnissen nicht einverstanden sind – werden einen anderen Kuchen backen müssen. Bella Abzug, die Initiatorin von WEDO (Women's Environment and Development Organisation) formulierte das so: „Frauen möchten nicht in einem vergifteten Strom schwimmen. Wir möchten den Strom reinigen und in ein frisches, fließendes Wasser verwandeln, ein Wasser, das in eine neue Richtung fließt, eine Welt in Frieden und die die Menschenrechte für alle respektiert“ – das heißt für alle Frauen und Männer. Und das heißt nicht, dass Frauen schon wieder die Reinigungsarbeiten übernehmen wollen. Gegen-Macht wird für die Zukunft ebenso notwendig wie Mit-Macht. Frauenpolitik ist heute wichtiger denn je, wenn die Hoffnung auf eine Gesellschaft von Ebenbürtigen nicht aufgegeben werden soll. Nach wie vor gilt: Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen. spw 2/2002

## Politik mal anders?

Von Catherine Gregori

Seit kurzem ist die Initiative [www.vernetzte-frauen.de](http://www.vernetzte-frauen.de) im Internet zu finden. Das überparteiliche Projekt, von Frauen aus Gewerkschaft, Wissenschaft, Partei und Jusos ins Leben gerufen, bietet eine politische Diskussionsplattform im Netz für Frauen wie Männer, auf der unabhängig von meist (ineffizienten) Gremienstrukturen und individueller zeitlicher Belastung Politikentwicklung stattfinden soll.

Herzstück der Seiten sind Foren, in denen (frauen)politische Themen entlang von Grundlagenartikeln diskutiert werden sollen. Den Auftakt für das erste Forum hat Dr. Gisela Notz aus Bonn mit einem Artikel über die Bedeutung von Frauenpolitik heute gemacht, der in diesem Heft auch dokumentiert ist. Diskussionsprozesse und -ergebnisse aus den Foren sollen dann in laufende politische Prozesse der verschiedenen Organisationen eingespeist werden.

Inhaltlich liegt der Schwerpunkt der Initiative auf der Diskussion von Themen zur Gleichstellung der Geschlechter in verschiedenen Bereichen, wie der Bildungs- und Arbeitsmarkt- oder Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Das Projekt wendet sich sowohl an Frauen, die bereits politisch aktiv sind oder es waren, als auch an Frauen, die bislang mit Politik wenig zu tun hatten und sich nun engagieren wollen.

### Ausgangsüberlegungen und Motivation der Initiatorinnen:

*Zunahme des Drucks auf Lebensgestaltung.* In Deutschland herrscht eine gesellschaftliche Grundstimmung, die hohe Leistungen der/des Einzelnen einfordert. Das beginnt mit dem gesellschaftlichen Druck, schnellstmöglich Ausbildung oder Studium zu beenden, um früh ein „nützliches“ Mitglied der Gesellschaft zu werden (und weil sich Jobaussichten verbessern, je jünger man ist) und geht weiter im Job, wo sich Arbeit stetig verdichtet, den ArbeitnehmerInnen Überstunden abverlangt werden oder auf Vertrauensarbeitszeit gearbeitet wird. Auch wenn eine Familie gegründet wird, entspricht es den gesellschaftlichen Erwartungen, sich als „Superfrau“ oder „Supermann“ zu präsentieren, die/der locker beides, Job und Familie, auf die Reihe bekommen. Durch höhere zeitliche Anforderun-

gen an Ausbildung und Beruf oder durch Weiterqualifizierungen für den Job in der Freizeit verringern sich die zeitlichen Budgets der Individuen.

Hinzu kommt, dass Lage und Dauer von Freizeit zunehmend unkalkulierbar wird. Ist die Auftragslage gut oder steht ein Projekt kurz vor dem Abschluss, wird Mehrarbeit geleistet, die regelmäßiges ehrenamtliches Engagement erschwert. Dem stehen Zeiten mit höheren Freizeitbudgets gegenüber, die aber nicht unbedingt für ein Ehrenamt genutzt werden können, weil sich dieses nicht oder nur begrenzt nach individuellen Bedürfnissen richtet bzw. richten kann. Neue Formen der Erwerbsarbeit, wie Sabbatjahre, Arbeitszeitkonten, Telearbeit, häufiger Wechsel von Arbeitsplätzen, etc. führen zu einer Entgrenzung von Arbeit, Trennlinien zwischen Arbeit und Freizeit schwinden und schmelzen die Budgets der tatsächlich „freien“ Zeit ab.

Auch räumlich wird mehr Flexibilität der/des Einzelnen erwartet, um zum Job zu kommen. Ein „dem Job oder der Ausbildung nachziehen“ machen häufige Ortswechsel zunehmend zur Regel. Wer sein Studium bspw. nicht an mindestens zwei verschiedenen Universitäten plus einem Auslandsaufenthalt absolviert hat, dem wird immer häufiger bestätigt, schlechte Karten zu haben.

### Zunahme strategischer und situativer Formen der Lebensführung als Teil der Individualisierung.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass zum einen zunehmend mehr Menschen ihr Leben sehr viel stärker planen als das früher der Fall war. Sie haben einen selbstgewählten Lebenslauf, dem sie die Organisation ihres Alltags in hohem Maße unterordnen. Gerade für Frauen ist es oft schwierig, den Anspruch auf Familie und Beruf zu verwirklichen, weil sich bereits während der Ausbildung oder dem Studium die Frage stellt, wann eine Familie realisierbar ist, ohne berufliche Chancen zu vergeben bzw. sich perspektivisch mit Jobs unterhalb ihres Qualifikationsniveaus zufrieden geben zu müssen. Die Planbarkeit oder auch die Illusion der Planbarkeit des eigenen Lebens erweckt den subjektiven Eindruck, „Macher/in“ des eigenen Schicksals zu sein. Und in dem Maße, wie eigene Lebensentwürfe plan- und umsetzbar erscheinen, nimmt die Bereitschaft ab, sich mit Aufgaben jenseits der eigenen Biographie zu beschäftigen. Damit bleiben neben Organisation beruflicher und persönlicher Lebenswünsche ehrenamtliche Engagements oft auf der Strecke, weil sie zeitlich und organisatorisch nicht in den gewünschten Lebenslauf passen.

Auf der anderen Seite wächst die Gruppe der Menschen, die ihr Leben nur in einem geringen Maß planen, und die stattdessen eine enorme Flexibilität und Reaktionsfähigkeit auf Markterfordernisse aufweisen, mit der sie (berufliche) Chancen wahrnehmen. Sie meinen die nötige Stabilität in ihrem Leben durch individuelle Eigenschaften zu erhalten. Dass diese Lebensformen auch hohe Risiken in sich tragen, steht außer Frage. Aber sie erschweren ein permanentes politisches Engagement in einer festen Gruppe, weil nicht oder nur begrenzt vorhersehbar ist, wie lange verschiedenen Lebensabschnitte dauern. Wer nicht weiß, wie lange ein Job an einem bestimmten Ort dauert oder wer weiß, dass sein Job befristet ist, der wird sich kaum auf politische Strukturen einlassen, in denen das Anciennitätsprinzip gilt. Denn dann müsste der- oder diejenige sich nach jedem Ortswechsel wieder langsam nach oben „dienen“ in den hierarchisch strukturierten Partei- oder Gewerkschaftsapparaten – bis der nächste Umzug ansteht.

*Politikmuster haben sich gewandelt.* War man früher der Auffassung, dass sich politische Veränderungen über Beschlussfassungen in den Parteien, die diese Beschlüsse dann über Regierungspolitik oder in verwässerter Form in den Kompromissen als Opposition anwenden würden, herbeiführen ließen, scheint heute ein solcher Weg nicht mehr gangbar zu sein. Parteien verkommen zum bloßen Anhängsel ihrer Vorsitzenden, die sich von Parteitagebeschlüssen schon lange nicht mehr gebunden fühlen, und denen Parteitage allenfalls zur Selbstinszenierung dienen (vgl. Beschlusslagen der SPD zur Aus-



bildungsumlage, Verbot von Studiengebühren, u.v.m.). Innerparteiliche Meinungsbildungsprozesse sind damit schwierig bis unmöglich geworden bzw. ziehen keinerlei Resultate nach sich.

Auch Akteure außerhalb der Parteien, wie WissenschaftlerInnen, werden nicht mehr gehört, wie das Regierungshandeln an der Frage nach dem Kombilohn à la Mainzer Modell bewiesen hat. Eindeutig waren sich die ExpertInnen (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), Institut für Arbeit und Technik, Gelsenkirchen (IAT), u.a.) einig, dass das Mainzer Modell als Vorbild nicht taugt und seine Beschäftigungswirksamkeit marginal ausfallen würde. Und das war auch dem Parteivorstand und der Fraktion der SPD klar. Nur aus der vermeintlichen Notwendigkeit heraus, sofort handeln zu müssen, wurde das Modell dennoch beschlossen. Damit funktioniert weder innerparteiliche Willensbildung mehr, noch werden wissenschaftliche Expertisen ernst genommen. Klassisch bleiben also die sozialen Bewegungen als politische Akteure übrig. Leider sind auch diese denkbar schlecht aufgestellt, öffentlich kaum wahrnehmbar und ihre Durchschlagskraft ist gering. Selbst Bewegungen wie die der Globalisierungskritiker konnten bislang nur wenig erreichen und beginnen bereits, über inhaltlichen Fragen zu zersplittern.

Gerade auch die Frauenbewegung ist an wichtigen Punkten nicht oder nur vereinzelt wahrnehmbar, so gab es bspw. an der Frage nach einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft kein gemeinsames Vorgehen.

*Politische Möglichkeiten haben sich verändert.* Nicht nur die Anforderungen an politisches Engagement haben sich gewandelt, auch der Rahmen des Möglichen hat sich ausgeweitet. Politik kann heute unabhängig von Raum und Zeit stattfinden. Durch die Nutzung bspw. des Internets, virtueller oder auch Telefonkonferenzen könnte einiges an zeitlichem Aufwand für die/den Einzelnen eingespart werden. D.h. nicht, dass Politik in Zukunft nur noch virtuell stattfinden wird, sondern dass sich Menschen politisch engagieren können, die in der althergebrachten „Präsenzpolitik“ diese Möglichkeit nicht hatten. Vielfach wird es zu einer Flankierung von Präsenzveranstaltungen durch virtuelle An-

gebote kommen. Und auch der Adressatinnenkreis ist nicht unbedingt deckungsgleich: auf der einen Seite Menschen, die Politik auf die alte Weise gelernt haben, und sie ergänzen durch eine Professionalisierung ihres politischen Handelns, auf der anderen Seite Menschen, die mit den großen politischen Organisationen bislang wenig zu tun hatten, und die hier zu ihrem individuellen politischen Engagement finden.

*„Gremienmüdigkeit“ und Ansprüche an Politik.* Gerade wegen der Kultur, die in vielen Gremien gepflegt wird, haben Menschen vielfach kein Interesse (mehr) an zeitaufreibender politischer Arbeit in eben diesen Gremien. Ursache dieser „Gremienmüdigkeit“ ist nicht Politik an sich, sondern die Art und Weise, wie Politik gemacht wird. Statt inhaltliche Projekte vorantreiben zu können, beschäftigen sich Gremien oft nur mit sich selbst und lähmen bzw. verhindern die politische Arbeit, so dass der/dem Einzelnen nicht selten wenig Handlungsspielraum bleibt.

Daher gehen Menschen auf dem Weg durch die politischen Institutionen für die Politik verloren. Diese Menschen, unsere ehemals aktiven MitstreiterInnen, gilt es u.a. zurückzugewinnen.

Das kann zum einen über eine Reform der Gremienstrukturen passieren oder eben mit anderen Angeboten, sich politisch zu engagieren, denn insbesondere Frauen, aber auch Männer, engagieren sich lieber kurzfristig und ergebnisorientiert in Projekten, als auf unbegrenzte Zeit in Parteien oder Gewerkschaften, in denen man immer noch die „Ochsentour“ vom Ortsverein über den Unterbezirk auf Bezirks- und Bundesebene absolvieren muss. Flache Hierarchien, maximale Mitsprachemöglichkeiten, schnelle Entscheidungen, Informationstransparenz, Vertrauen der Vorsitzenden in die einzelnen Mitglieder eines Gremiums, Entscheidungskompetenz in der Erarbeitung und Durchführung eigener Projekte, Loyalität sowie Teamarbeit werden gewünscht. All diese Anforderungen setzen ein Mindestmaß an Professionalität seitens der Organisationen voraus, welches diese oft nicht bzw. nur nach außen hin gegenüber einer medialen Öffentlichkeit leisten können.

*Die spezifische Situation von Frauen in Gremien.* Für Frauen verschärfen sich die Probleme in Gremien häufig nochmals, was zum einen

daran liegt, dass weniger Frauen als Männer in den traditionellen politischen Organisationen organisiert sind, diese inzwischen aber überwiegend Geschlechter- oder Frauenquoten eingeführt haben, und weniger also anteilmäßig mehr Jobs übernehmen. Zum anderen sind Frauen, wenn sie Fraueninteressen/die Sicht von Frauen in die verschiedenen Politikbereiche einbringen wollen, oft gezwungen, sich vielerorts zu engagieren, da diese Themen sonst häufig unberücksichtigt bleiben. Frauen sehen sich daher mit Ämterhäufung konfrontiert.

Auf informeller Ebene existieren darüber hinaus häufig Seilschaften, zu denen sie keinen Zugang haben.

Ein Lösungsversuch.

Was folgt aus den beschriebenen Punkten? Sicherlich kein „Weiter so.“ Vielmehr müssen politische Strategien und Arbeitsweisen an neue Bedürfnisse angepasst werden.

#### Netzwerke als Chance?

Eines ist klar: ein Hinzufügen von weiteren Institutionen und Gremien wäre im höchsten Maße unproduktiv – und zeitlich für die Aktiven auch nicht leistbar.

Statt dessen wäre zu überlegen, inwiefern Netzwerke teilweise traditionelle Politikformen ergänzen bzw. ersetzen können. Netz-

werke besitzen keine Hierarchien, sondern bestehen aus einzelnen Anlaufstellen, die alle gleichwertig sind, die zumindest punktuell gleiche Ziele haben und sich gegenseitig kennen. Impulsgeber, die wechseln können, versuchen das Netzwerk temporär an verschiedenen Punkten zu aktivieren. Mitglied im Netzwerk können sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen sein.

Chancen gerade für den frauenpolitischen Bereich sehe ich darin, dass Netzwerke keine permanenten Arbeitszusammenhänge sind. Denn wie unter Punkt sechs beschrieben sehen sich Frauen häufig sowieso schon mit zusätzlicher Arbeit belastet – weitere Belastungen sind oft nur machbar, wenn sie zeitlich befristet sind.

Es gilt also, eine Plattform zu schaffen, auf der sich die verschiedenen Frauenorganisationen und –gruppen über ihre Arbeitsvorhaben, Schwerpunkte, etc. austauschen. Von großer Bedeutung dabei ist es, AnsprechpartnerInnen zunächst zu benennen – denn auch daran krankt die Frauenbewegung, dass die einzelnen Akteurinnen sich untereinander nicht kennen. Und gerade für Frauen, die anfangen, Politik zu machen, ist es schwierig, die entsprechenden Kontakte herzustellen.

Netzwerke sind kein Patentrezept. Aber sie schaffen Andockmöglichkeiten für Frauen,

die bislang wenig aktiv waren, und bieten gleichzeitig Frauen, die in verschiedenen Organisationen aktiv sind die Möglichkeit, punktuell Gegenmacht zu organisieren.

#### Unser Projekt

Eine erste große Herausforderung des gerade erst gestarteten Projekts besteht darin, genügend Frauen und Organisationen zur Mitarbeit in unserem Netzwerk zu bewegen. Denn bislang existiert zwar die Möglichkeit, das Netz zur Politikentwicklung zu nutzen, faktisch hat das jedoch kaum jemand getan. Diskussionsforen werden dann genutzt, wenn K- oder andere Personalfragen diskutiert werden, nicht unbedingt, wenn es gilt, politisch inhaltlich zu diskutieren. Insofern ist unser Projekt auch ein Experiment, das mit der Beteiligung und dem Interesse an sachlichen Diskussionen steht – und fällt.

Diskussionen im Netz werden aber nicht ausreichen, um Politik perspektivisch wieder möglich zu machen – selbst wenn dabei die genialsten Lösungen herauskommen sollten. Vielmehr bedarf es dann machtpolitischer Durchsetzungsarbeit unter Mithilfe all derer Akteure, die sich an den Diskussionsprozessen beteiligt haben. Daran arbeiten wir.

Mehr Infos unter <http://www.vernetzte-frauen.de>

spw 2/2002

# Das

# TINA-Prinzip.

TINA steht für „There is no alternative“. Das – war das bedeutendste Totschlag-Argument → *Maggie Thatchers* zur Durchsetzung ihrer (vermeintlich) alternativen Politik. Problem: In der Realität und erst recht im Denken gibt es immer Alternativen. Bessere und schlechtere. Was sich langsam rumspricht.

**Probeabo (2 Ausgaben) 10 Euro  
Probeheft kostenlos**

Blätter Verlag, Postfach 2831, 53018 Bonn  
Telefon 0228/650 133, Fax 0228/ 650 251

[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)  
[blaetter@t-online.de](mailto:blaetter@t-online.de)

## Blätter für deutsche und internationale Politik

Die führende politische Monatszeitschrift.

## 2. Weltsozialforum vom 31.1. bis 5.2.2002 in Porto Alegre

von Detlev v. Larcher

Mein Bericht über das zweite Weltsozialforum kann nicht anders beginnen als mit der Schilderung der Begeisterung, die die ganze Stadt ergriffen hatte. Schon der bunte, kilometerlange Zug vom Largo Glenio Perez zum Anfiteatro Por-do-Sol – an der Spitze u.a. der Präsidentschaftskandidat der PT (Arbeiterpartei) Brasiliens Lula, Mario Soares aus Portugal, der Gouverneur des Bundeslandes Rio Grande do Sul, Olivio Dutra – machte klar, dass es sich um eine sehr ernst gemeinte, aber fröhliche Veranstaltung handeln würde. Nur

fröhliche, aufgeschlossene und neugierige Gesichter waren zu sehen. Parolen wurden gerufen. Flug- und Informationsblätter wurden einem aus der Hand gerissen. Es gab

Sprechchöre und Gesang und fröhliches Fahنشwenken zu den Transparenten mit den sehr nachdrücklichen Forderungen. Auf der Eröffnungkundgebung, auf der nicht nur die 60 000 eingeschriebenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums aus aller Welt, sondern auch die Bevölkerung von Porto Alegre (insgesamt wohl mehrere 100 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) begeistert dabei waren, dann drei schwungvolle Reden, Musik, Gesang und Tanz, ein richtiges Fest. Fröhliche Gelassenheit an allen Tagen und freundliche Hilfsbereitschaft vom Polizisten über Bus- und Taxifahrer zu den Tausenden von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und den Menschen auf den Straßen Porto Alegres, dazu schönstes Sommerwetter sorgten dafür, dass ich mich richtig unter Freunden und wohl fühlte.

Das Forum selbst mit seinen 27 Seminaren, ungefähr 700 Workshops, einem ausführlichen Jugendprogramm, mit Konzerten und eigenen Foren und Workshops, Demonstrationen und ca. 100 Ständen in der Ausstellungshalle ließ zu den Bereichen Weltwirtschaft, Globalisierung, Regionalisierung, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Menschenrechte nachhaltige Entwicklung, Schutz des Trinkwassers, der Natur, gerechte Verteilung ... kein Thema aus.

Um einen Eindruck über die Vielfalt der The-

men zu vermitteln greife ich willkürlich einige wenige Themen der Workshops vom 2. Februar 02 heraus: „*Städtebau, soziale Entwicklung und bildungspolitische Perspektiven für eine nachhaltige Gesellschaft*“, „*Wie sind die gegenwärtigen Veränderungen in der Arbeitswelt zu verstehen? Eine marxistische Interpretation gegenwärtiger Phänomene*“, „*Allgemeinbildung, Entwicklung und politische Kultur*“, „*Graswurzelmedien gegen den Medien-mainstream Erfahrungen mit sozialen Aktivitäten gegründet auf Informationsverteilung*“, „*Offshore – Finanzzentren und Steuerparadiese, Probleme und Lösungen*“, „*Zivilgesellschaft und Demokratie in einer globalen Wirtschaftsregierung*“, „*Feminismus und Kindererziehung*“.

Die Seminare wurden an vier Tagen folgenden Bereichen zugeordnet: „*Produktion von Reichtum und gesellschaftliche Reproduktion*“, „*Zugang zum Reichtum und Nachhaltigkeit*“, „*Zivilgesellschaft und öffentlicher Diskurs*“, sowie „*Politische Macht und Ethik der Neuen Gesellschaft*“. Für alle Veranstaltungen gilt: die Diskussionen fanden auf einem sehr hohen Niveau mit sehr viel Fachwissen statt. Ein solcher breiter, öffentlicher Diskurs bei 60 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist bisher einmalig. Und organisatorisch klappte, dank der Tausenden von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern Alles. Es handelt sich wirklich um ein Weltsozialforum mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen Kontinenten.

Das zweite Weltsozialforum hat bewiesen, dass die Dynamik der Bewegung ungebrochen ist. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Teilnehmer verdreifacht. Aus Deutschland waren etwa 100 Teilnehmer gemeldet. Die Wahrnehmung in den deutschen Medien war dieses Mal bemerkenswert, während vor einem Jahr kaum Medieninteresse vorhanden war.

**Was ist bemerkenswert an den Diskussionen?**  
Hier einige Stichworte: Die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) im

letzten Herbst in Doha wird, ganz anders als in der deutschen Sozialdemokratie, sehr kritisch gesehen. Die Befürchtung ist, es gehe weiter nur im Interesse der entwickelten Welt. Die Meinung herrscht vor, Freihandel sei für den Süden eine Katastrophe. Ebenso kritisch wird das Abkommen über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (TRIPS) bewertet. Es sei ein protektionistisches Abkommen für industrielle Monopole über Saatgut, genetische Ressourcen und Medikamente. Es nehme den Landwirten in den Entwicklungsländern das Recht zur Pflege ihres Saatgutes und patentiere Lebensformen. Es sei ein ungeheurer Skandal, dass es Hunderttausende von Toten in den Ländern des Südens gebe, die nur sterben, weil sie sich keine Medikamente leisten könnten. Es wird eine gründliche Reform des sechs Jahre alten Abkommens gefordert. Eine Kampagne gegen GATT wird als dringend angesehen. Eine Kommerzialisierung der Infrastruktur wäre verhängnisvoll.

Die Ankündigung von Lissabon, die EU müsste sich zur wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsregion entwickeln wird als Kampfansage an die nicht-europäischen Länder begriffen. \*Es wird Front gemacht gegen die neoliberale Politik der entwickelten Länder. Eine weltweite Gewerkschaftsbewegung gegen den Neoliberalismus wird für nötig erachtet.

Die Demokratisierung der Verteilung des Reichtums dieser Welt wird verlangt. Gemeint sind nicht nur Güter, sondern vor allem lebensnotwendiges, wie Wasser, Medikamente, Energie, aber auch Bildung und Kultur. Diese „öffentlichen Güter“ sollen in öffentlicher Hand bleiben. Hier darf es keine Privatisierung geben. Eine alternative Energiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung wird als zwingend notwendig erachtet.

Ein interessanter Aspekt der Diskussionen um die Globalisierung war die Meinung, es nutze nichts, diese Steuern zu wollen. Der richtige Weg sei die „Deglobalisierung“ (Walden Bello), denn es gebe ja schon viel zu viele Regeln, als das mit neuen Regeln wirklich etwas zu gewinnen sei. Dagegen gäben lokale und vor allem regionale Wirtschaftsräume den Produkten der jeweiligen Region wieder eine Chance.

Porto Alegre II ist eine wichtige Etappe auf dem Weg der Identitätsfindung der neuen Bewegung. Schließlich wird zu ersten Mal überhaupt eine transnationale Bewegung aufgebaut, auch wenn es mit den Alternativgipfeln zu IWF-, Weltbank- und WTO-Tagun-

gen Vorläufer gibt. Aber Porto Alegre II definierte sich nicht mehr ex negativo. Es definierte sich aus eigener Kraft, mit eigenen Prozeduren, eigenen Alternativen. Eine so breite und plurale Bewegung muss Unterschiede tolerieren und sie tut es auch. Es besteht kein Zwang, ein Abschlusssdokument vorzulegen. Der Prozeß ist wichtiger als das Ergebnis.

Es gab wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Bewegung: das dritte Weltsozialforum 2003 wird wieder in Porto Alegre stattfinden. Davor gibt es regionale Sozialforen, das europäische zwischen Oktober und Dezember 2002 in Italien, im Jahr darauf in Paris. Das 4. Weltsozialforum findet möglicherweise dann 2004 in Indien statt.

## 2. Weltparlamentariertreffen

Als Bestandteil des Weltsozialforums wurde am 1. und 2. Februar auch das zweite Mal ein Weltparlamentariertreffen durchgeführt. Es kamen dazu 1100 Mitglieder nationaler Parlamente aus aller Welt nach Porto Alegre, aus Deutschland jedoch nur drei: Hermann Scheer und ich von der SPD und Ulla Lötzer von der PDS. Erstaunlich ist, dass kein Politiker von Bündnis 90/Die Grünen kam. Die geringe Zahl deutscher Politiker war oft Gesprächsthema. Denn aus Frankreich etwa waren 30 Mitglieder des Parlaments und sechs Ministerinnen und Minister in Porto Alegre. Die größte Delegation hatte Italien. Es gab vier Workshops hintereinander. Die Themen waren: 1. Eine Welt ohne Krieg ist möglich 2. Weltmacht und Globalisierung 3. Fragen zur Globalisierung – Ist eine neue Weltwirtschaftsordnung möglich? 4. Weltweites parlamentarischeres Netzwerk. Im zweiten Workshop leistete ich als Copräsident des Europäischen Vereins „Soziale Republik Europa“, der Versammlung der linken Sozialdemokraten und Sozialisten Europas einen Diskussionsbeitrag.

Parlamentarier können anders diskutieren als eine bunte Mischung von Menschen aus aller Welt. Zwar wurden in der Regel die Probleme angesprochen, die auch in den Veranstaltungen des Weltsozialforums diskutiert wurden, doch ist es für Parlamentarier natürlich wichtig, dass die Diskussionen zielgerichtet auf Entscheidungen hin geführt werden. So gab es neun Resolutionen, die mit großer Mehrheit verabschiedet wurden:

- es wurde beschlossen, ein internationales Netzwerk der Parlamentarier zu schaffen.
- es wurde eine Resolution zur Demokratisierung der WTO beschlossen
- es gab eine Resolution zum Kollaps Argentiniens
- die Forderung nach einer Devisentransaktionssteuer (Tobin-Tax) wurde bekräftigt
- die Gegner im Nahost-Konflikt wurden aufgefordert, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Israel wurde aufgefordert, die besetzten Gebiete Palästinas zu räumen. Zugleich erklärten wir, dass Terroris-

mus nicht tolerierbar sei.

Die immer noch andauernde Blockade Kubas wurde verurteilt

- Der Columbia-Plan der USA wurde als Versuch verurteilt, unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung die Präsenz der USA zu sichern

Die Staaten werden aufgefordert, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. In Johannesburg sollen endlich konkrete Schritte zum Erreichen

der 0,7% des BSP für Entwicklungshilfe beschlossen werden. Es wurde daran erinnert, dass es die internationale Selbstverpflichtung dazu schon beinahe 30 Jahre lang gibt. Die Schaffung eines transnationalen Netzwerkes der Parlamentarier kann große Bedeutung erlangen. Ist es doch auf diesem Wege möglich, mit Kolleginnen und Kollegen über einen ganz kurzen Draht Informationen auszutauschen, schon in der Planungsphase eines Vorhabens. Und die Informationen über das Geschehen im anderen Land kommen direkt und unabhängig von Regierungen. Eine bedeutende Stärkung der Parlamente kann die wichtige Folge sein.

### Verein: Soziale Republik Europa

Von der Organisation der linken Sozialdemokraten und Sozialisten Europas waren zehn bis fünfzehn Mitglieder in Porto Alegre. Die Teilnahme am Parlamentariertreffen, Gespräche mit der Partei der Arbeit (PT) Brasiliens, eine eigene Veranstaltung mit dem Titel: „Wirtschaftsregionen als Waffe gegen die neoliberale Globalisierung“ und gemeinsame Veranstaltungen u.a. zum Verhältnis von Parteien und sozialen Bewegungen mit dem Forum Sao Paulo einem überparteilichen Forum, das aber maßgebend von Vertretern der PT dominiert wird, waren neben dem Betreiben eines Standes auf dem Ausstellungsgelände unsere Aufgaben. Auch hatten wir sehr tiefgreifende Diskussionen und Gespräche.

### Zusammenfassung der Ergebnisse und Handlungsperspektiven der Regierungspartei SPD

Neben der oft beschriebenen Fröhlichkeit der Menschen fiel der Hass und die Verachtung sehr vieler Menschen auf dem Forum für die USA stark auf. Präsident Bush ist der bad boy schlechthin. Es waren Plakate zu se-

Foto: www.11.be



hen, die ihn als den internationalen Terroristen Nr 1 bezeichnen. Der Kampf der Amerikaner in Afghanistan gegen den Terror und das internationale Antiterrorbündnis werden von den meisten Teilnehmern als Krieg gegen Völker zur Festigung der Weltherrschaft gesehen. Es herrscht ein weit verbreitetes Unverständnis darüber vor, dass auch linke Parteien ( etwa die Sozialisten Frankreichs und die Sozialdemokraten Deutschlands) diesem Bündnis zugestimmt haben. Israel und die es unterstützende USA werden von der Mehrheit als Hauptschuldige im Nahostkonflikt angesehen. Sharon ist der Kriegstreiber und Arafat der Friedensheld. Allerdings gibt es auch viele, die differenzierter urteilen.

USA, WTO, IWF und Weltbank sind die Hauptgegner des Widerstands gegen die neoliberale Globalisierung. Tobin-Tax, eine neue und gerechte Weltfinanzordnung, die demokratische Reform der WTO und ein internationales Insolvenzrecht sind die Hauptforderungen, neben einer verstärkten Entwicklungshilfe. Die Entschuldung der hochverschuldeten

Staaten und der freie Zugang für Produkte der unterentwickelten Länder zum Weltmarkt unter befristetem Schutz der internen Märkte dieser Staaten sind weitere wichtige Forderungen.

Von Vertretern der Partei der Arbeit Brasiliens ( PT ) kam höchste Anerkennung für die Integration in der EU im Vergleich zum Mercosur. Kommission, Europaparlament, der Maastrichter Vertrag und die einheitliche Währung werden nicht ohne Neidgefühle als Beispiele für die gefestigte Integration angeführt. Demgegenüber sieht man sich im Mercosur um Jahrzehnte zurückgeblieben. Gleichzeitig wird jedoch immer deutlicher die Meinung vernehmbar, dass Europa im Grunde die gleiche, für die armen Länder

Neben der oft beschriebenen Fröhlichkeit der Menschen fiel der Hass und die Verachtung sehr vieler Menschen auf dem Forum für die USA stark auf

verheerende Politik betreibe wie die USA. Dass auch sozialistisch und sozialdemokratisch geführte Regierungen keine andere Politik machen, führt zu Enttäuschung und Verbitterung. Bad boy Nr. 2 ist in den Augen dieser Kritiker der Bundeskanzler.

Verbittert wird die Meinung vertreten, die EU beschäftige sich in den letzten zehn Jahren überwiegend mit Osteuropa zu Lasten des Mercosur. Deswegen kämen die Verhandlungen mit der EU nicht voran, die jedoch als äußerst wichtig angesehen werden, gerade von denen, die im Plan der USA für eine pan-amerikanische Freihandelszone (FTAA) die gezielte, wirtschaftliche Annexion des Mercosur durch die USA sehen.

Der Bundeskanzler hat sich zuletzt in New York besorgt über die Situation der armen Länder geäußert und Hilfe angedeutet. Dabei ist klar, schöne Worte genügen der sozialen Bewegung, die sich auf dem Weltsozialforum versammelt schon lange nicht mehr. Das Vertrauen in die Politiker der entwickelten Welt ist verloren, gleich welcher politischen Richtung sie angehören. Aber es gibt konkrete Maßnahmen, die schnell ergriffen werden können, die wirkliche Hilfe bedeuten und die neues Vertrauen schaffen können.

#### **Vier konkrete Maßnahmen, die unverzüglich ergriffen werden sollten**

Der Bundeskanzler sollte sich massiv dafür einsetzen, dass unverzüglich verbindlich,

ganz konkrete Stufen vereinbart werden, mit denen in absehbarer Zeit die 0,7 % des BSP für die wirtschaftliche Zusammenarbeit erreicht werden. Bundeskanzler und Finanzminister in Zusammenarbeit mit der Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit sollten sich ebenso massiv für die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechtes einsetzen, durch das die kollabierenden Länder wie Argentinien nach dem Insolvenzverfahren die Schulden wirklich los sind und eine reale Chance eines Neuanfanges haben.

Der in Porto Alegre bekräftigte Vorschlag für eine internationale Schiedskommission sollte aufgegriffen werden. Da sich auch Horst Köhler, der Präsident des IWF, angesichts der argentinischen Krise in diesem Sinne geäußert hat, ist der Augenblick für die Durchsetzung einer entsprechenden internationalen Vereinbarung günstig. Finanzminister Eichel sollte seinen Widerstand gegen die Einführung einer Devisentransaktionsteuer (Tobin-Tax) in Europa aufgeben. Sie ist ein Mittel, die höchsten Wellen auf den Finanzmärkten zu glätten und kann schon mit ganz niedrigem Steuersatz (0,5% oder geringer) einen Entwicklungsfonds bei den Vereinten Nationen füllen. Im nationalen Rahmen ist eine solche Steuer Unsinn, aber Europa könnte durchaus die erste Tobin-Zone werden. Das französische Parlament hat eine solche Steuer schon beschlossen, allerdings mit einem Steuersatz von 0%, der so lange gilt, bis andere Staaten

mitmachen. Der Bundestag könnte einen solchen Beschluß ebenfalls fassen.

Die Bundesregierung sollte sich für eine Umkehrung der Werte bei Welthandelsabkommen massiv einsetzen. Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und ökologische Kriterien, Gesichtspunkte einer nachhaltigen Entwicklung müssen Vorrang vor ökonomischen Kriterien bekommen. Den unterentwickelten Staaten muß der Zugang zum Weltmarkt erleichtert werden ohne dass sie befürchten müssen, dass Güter der entwickelten Welt ihnen die Binnenmärkte für die eigenen Produkte zerstören. Europa und die nichtamerikanischen Staaten müssen Strategien entwickeln, wie sie auch ohne Zustimmung der USA auf diesen Feldern handlungsfähig sein können. Oft genug, dient die Verweigerung der Zustimmung der USA auch als billiger Vorwand für eigenes Wollen. Bei diesen vier Maßnahmen handelt es sich meines Erachtens um Dinge, die über kurz oder lang sowieso realisiert werden, weil der Druck immer größer werden wird. Der Bundeskanzler und die SPD könnten diese Entwicklung zum Wohle der Menschen in der sogenannten dritten Welt beschleunigen und damit zur Sicherheit auch und gerade im eigenen Land viel beitragen. „Jede Zeit erfordert ihre eigenen Antworten“ Jetzt und hier müssen die vier Maßnahmen durchgeführt werden. Andernfalls wird es bald heißen: Chance verpaßt, setzen! spw 2/2002

## Praxismappe

### Spiele für Kinder, Jugendliche und Erwachsene



Diese Praxismappe gehört in jede Institution, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt. Die sehr gute Strukturierung ermöglicht jedem einen schnellen Überblick über die verschiedenen Spielarten, wie z.B. Kennenlernspiele, Bewegungs- u. Kooperationsspiele und Geländespiele, um nur drei der 15 im Buch beschriebenen Arten zu nennen. Somit kann jede/r Spielleiter/in aus einem schier unendlichen Vorrat von Spielvorschlägen schöpfen. Den eigenen Phantasien sind keine Grenzen gesetzt, da die vorgegebenen Spiele immer wieder abgeändert oder verknüpft werden können, und so für die gegebene Situation immer ein passendes Spiel zur Hand ist. Für noch unerfahrenen Spielleiter/innen ist auch gesorgt. Auf den Seiten 9-25 werden detaillierte Hilfestellungen gegeben. Diese wesentliche Arbeitserleichterung ist schon bei vielen Betreuern/innen, Pädagogen/innen und Kindererzieher/innen, kurz allen Personen, denen das pädagogisch sinnvolle Spiel am Herzen liegt, äußerst beliebt. Diese 304 Seiten starke Publikation kostet 12 € plus Versandkosten.



Hiermit bestelle(n) ich/wir

Praxismappen(n) zum Preis

von 12 € plus Versandkosten.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ / Wohnort \_\_\_\_\_

Ihre Bestellung senden Sie bitte an das: Bundesjugendwerk der AWO · Oppelner Str. 130 · 53119 Bonn  
Fax: 0228 / 6685-117 · Fon: 0228 / 6685-286 · awo.bujw@t-online.de



Ausgehend von der Diskussion um die Gründung eines „Netzwerks 2010“ für junge sozialdemokratische FunktionsträgerInnen durch die SPD-Parteiführung im vergangenen Sommer haben wir in spw eine Reihe von Beiträgen veröffentlicht, in denen es um die Frage geht, wie sich der Generationsaufbau in der Sozialdemokratie vollzieht. (Reinhold Rünker/Horst Peter: Wie erneuert sich die SPD im Generationswechsel?, spw 120, S. 53) Wir setzen diese Reihe mit den folgenden Beiträgen von Ulrich Commerçon zur Saar-SPD und Heiko Tammerna/Christoph Meyer zur Bedeutung der politischen Bildung fort.

## „Wer nur von alten Zeiten träumt, wird keine besseren mehr erleben.“

Der Generationswechsel in der Saar-SPD

Von Ulrich Commerçon

Nach dem Ausscheiden der beiden „Altmeister“ Reinhard Klimmt und Oskar Lafontaine aus der aktiven Politik ist an der Saar eine Ära zu Ende gegangen, die ohne jeden Zweifel die bisher erfolgreichste Zeit der saarländischen Sozialdemokratie darstellte.

Gekrönt werden sollte diese Entwicklung, nachdem am 27. September 1998 Helmut Kohl nach sechzehnjähriger Kanzlerschaft abgewählt worden war und die saarländische SPD mit 52,4 Prozent bundesweit mit großem Abstand das beste Ergebnis aller Parteien aller Bundesländer erzielen konnte. Gerhard Schröder wurde Bundeskanzler, der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine Bundesfinanzminister und Reinhard Klimmt endlich Ministerpräsident. Die saarländische SPD war sich gewiss, die nächste Landtagswahl sei bereits gewonnen.

Auch die Landes-CDU glaubte bis im Frühjahr 1999 nicht im Entferntesten daran, die absolute SPD-Mehrheit an der Saar zu brechen. Ihr stellvertretender Landesvorsitzender gab sogar öffentlich bekannt, die CDU müsse sich auf das Jahr 2004, die übernächste Landtagswahl vorbereiten. Jetzt sei nicht der Hauch einer Chance zur Machtübernahme da.

### Der Regierungswechsel

Bekanntermaßen kam alles anders: Die „Saarlandpartei“ (so selbstbewusst die SPD Saar über sich selbst) lag am 5. September 1999 mit 1,1 Prozentpunkten knapp hinter der CDU. Hinzugewonnen hatte niemand: In absoluten Stimmzahlen ausgedrückt verloren die CDU rund 12.000 oder 10 Prozent, die Grünen rund 20.000 oder die Hälfte, aber die SPD rund 90.000 oder mehr als ein Viertel

ihrer Stimmen von 1994.

Es braucht nicht viel Analysefähigkeit, um zu erklären, was an der anderthalb Jahrzehnte lang „roten“ Saar geschah:

Zum einen schlug der *schlechteste Bundestrend seit den fünfziger Jahren* durch. Zwar konnte Reinhard Klimmt mit dem Kampf gegen den Wortbruch der Bundesregierung bei Rente und Vermögensteuer die Hälfte der bei der Kommunal- und Europawahl im Juni des Jahres „Abtrünnigen“ zurückgewinnen. Möglich war dieses Stemma gegen die eigene Bundesregierung nur durch die unbestrittene Glaubwürdigkeit, durch das hohe Ansehen Klimmts und durch einen unglaublich engagierten Wahlkampfeinsatz der gesamten Partei vom Landesvorsitzenden bis zu den Ortsvereinen. Der Wind schien sich noch einmal spürbar zu Gunsten der SPD zu drehen. Die erneute Verteidigung der absoluten Mehrheit schien trotz aller widrigen Umstände zu gelingen.

Andererseits kostete der Rücktritt Lafontaines gerade an der Saar viel Vertrauen. „Enttäuschte Liebe“ beschreibt wohl am besten das Verhältnis vieler ehemaliger Bewunderer des „großen Zampano“ nach dessen verantwortungslosem und selbstsüchtigem Eintritt in den vorzeitigen Ruhestand. Schlimmer noch als der Rücktritt selbst waren jedoch die stets züngelnden Gerüchte und Episoden aus dem „Exil“. Angefangen bei den ersten Auftritten auf dem SPD-Landesparteitag und der Saarbrücker Maikundgebung über die Ankündigung des „Buches der großen Abrechnung



Ulrich Commerçon

mit Schröder“ zur Frankfurter Herbstmesse bis hin zum Züricher Gourmet-Vortrag – wo auch nur sein Name auftauchte, stahl Lafontaine Klimmt die Show und riss Wunden wieder auf.

Gegen den Bundestrend, gegen Gerhard Schröder und gegen Oskar Lafontaine zugleich war die Wahl nicht zu gewinnen. Soweit die kurzfristige Analyse der Gründe des Regierungswechsels.

### Die tieferen Ursachen für den Verlust der Mehrheit

Es gab jedoch nicht nur dumme Zufälle; der Mehrheitsverlust war nicht nur ein Ausrutscher. Langfristig betrachtet liegen Ursachen immer tiefer begründet. Einerseits waren Lafontaine als Mega-Star und Klimmt als Ausputzer so etwas wie die Garantiekarte für den Erfolg der Saar-SPD. Andererseits hatte

sich allerdings die Partei gerade deswegen zu ausschließlich auf dieses Erfolgsduo verlassen. Die in Folge dessen unbewegliche, starre und zum Teil satte Funktionärsebene dahinter

In der Partei ist der personelle Generationswechsel an der Spitze stärker vorangeschritten als in der Fraktion.

war nach dem Verlust der Beiden deshalb zunächst nicht in der Lage, die selbstverständlich an einem Tiefpunkt gelandete Organisation sofort auf die neue Situation umzustellen.

Nach dem unruhlichen Abgang Lafontaines und dem bedauerlichen Karriere-Ende Klimmts ist die Saar-SPD auf den ersten Blick wieder dort angelangt, wo diese beiden von allen unbestritten stärksten Persönlichkeiten der Nachkriegs-SPD an der Saar vor über dreißig Jahren begonnen hatten. Sowohl im Land als auch in der einzigen Großstadt des

Landes befinden sich die Sozialdemokraten in der Opposition.

### Über die Kommunen zurück zur Mehrheitsfähigkeit

Der Weg zurück zur Mehrheitsfähigkeit – so viel ist allen Beteiligten klar – muss über die kommunale Ebene gegangen werden. Dazu ist vor allem zweierlei notwendig: Erstens muss es gelingen, die nach wie vor starke kommunale Basis zu halten und noch aus Regierungszeiten stammende „Sprachlosigkeiten“ zwischen kommunaler und Landesebene zu überwinden. Mit dem ehrgeizig-polarisierenden und selbstbewusst polemisierenden innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Reinhold Jost als neuem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) wurde die dringend überfällige Reorganisation dieser Ebene in Angriff genommen und ist auf dem richtigen Weg. Zum Zweiten muss konkret vor Ort die kommunale Verankerung der Partei teils gehalten, teils zurückgewonnen werden.

### „Leuchtturm“ Saarbrücken

Eine allseits unbestrittene Leuchtturmfunktion kommt dabei der ehemaligen Machtbastion in der Landeshauptstadt Saarbrücken zu. In der einstigen Hochburg, über die bereits zu Anfang der Siebziger Jahre der lange Marsch in die Staatskanzlei in Angriff genommen wurde, hat sich mittlerweile eine schwarz-grüne Koalition etabliert, die allerdings, von personalpolitischer Einigkeit abgesehen, auf tönernen Füßen steht. Auf der Sachebene scheinen zwischen den Koalitionspartnern deutlich weniger Gemeinsamkeiten zu bestehen als sowohl zwischen SPD und in Saarbrücken traditionell linken

Grünen als auch zwischen SPD und traditionell rechter CDU. Die Mitte lässt grüßen.

Dass die Sozialdemokraten in der Landeshauptstadt Saarbrücken sich seit 27 Jahren erstmals in der Opposition befinden, hängt denn auch weniger mit inhaltlichen Fragen zusammen als mit einem in vergangenen Jahren zumindest ungeschickt-arroganten

## Umfragen belegen, dass das Potenzial für sozialdemokratische Wahlsiege an der Saar vorhanden ist.

Umgang der SPD mit den Grünen wie mit „misstratenen Kindern“ zum Einen, einer von drei SPD-Ausreißern im Rat verpatzten Dezentralenwahl zum Zweiten und zum Dritten vor

allem mit den individuellen Karriereinteressen einzelner Akteure in der Grünen-Fraktion.

So wurde der neue grüne Bürgermeister und Umweltdezernent von der schwarz-grünen Ratsmehrheit gewählt, obwohl dieser in der entsprechenden Mitgliederversammlung der Grünen bei der Nominierung gegen eine Fraktionskollegin klar unterlegen war. Diese Wahl wurde also gegen das ausdrückliche Votum der Basis brachial durchgesetzt, nachdem bereits die Abstimmung über die Koalition selbst wenige Monate zuvor nur mit einer hauchdünnen Mehrheit erfolgt war.

In Sachfragen verlässt sich die grüne Fraktion bei zahlreichen Streitfragen mit dem Koalitionspartner auf die Zustimmung der SPD. Begünstigt wird diese von Grund auf labile Koalition lediglich durch die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Hajo Hoffmann seit nunmehr fast drei Jahren mit Ermittlungen verfolgt und Hoffmann sich seit dem Herbst 2001 in einem Strafverfahren vor dem Amtsgericht Saarbrücken gegen den Vorwurf der Untreue zur Wehr setzen muss, weshalb er zeitlich stark beansprucht und in

seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist. Dennoch hat die Direktwahl im letzten Jahr gezeigt, dass die Saarbrücker SPD mehrheitsfähig ist und trotz der Ermittlungen gegen Hoffmann ihren OB erfolgreich im ersten Wahlgang gegen vier Mitbewerber durchsetzen konnte.

Auch in den übrigen Städten und Gemeinden konnte die Saar-SPD manchen Direktwahl-Erfolg für sich verbuchen, musste aber auch Rückschläge einstecken. Eine wie auch immer zu definierende absolute oder auch nur relative kommunalpolitische Dominanz der Union ist jedenfalls bei weitem nicht festzustellen. Auch für die Landesebene bestehen somit sicherlich sozialdemokratische Mehrheitsoptionen.

### Schlüsselrolle für Heiko Maas in Fraktion und Partei

Entscheidend wird in diesem Zusammenhang vor allem die Arbeit der Landtagsfraktion sein. Auf den Landespartei- und Fraktionsvorsitzenden Heiko Maas wird dabei die Schlüsselrolle zukommen, aber auch die übrigen Personen in der Fraktionsspitze sind hier gefragt.

Anfängliche größere Probleme in der internen Kommunikation und Abstimmung der Fraktion konnten zum Teil erfolgreich reduziert werden. Dennoch sind in Einzelfällen gewisse Defizite in der Teamorientierung und Kooperation nur schwer zu leugnen. Dies ist sicherlich einerseits eine Frage des Sich-Einspielens; aber nach personellen Alternativen muss – wie überall sonst – auch hier immer wieder gefragt werden.

Wichtiger wird jedoch die Wirkung der inhaltlichen Arbeit und die Themensetzung in der Landespolitik sein. In der Bildungs- und Familienpolitik wurde von der SPD-Fraktion gemeinsam mit der Partei durch eine insgesamt gut vorbereitete und konsequent geführte Ganztagsschuldebatte erstmals wieder ein großes Thema aktiv besetzt, statt reaktiv vergangene Politik der früheren Landesregierung nur zu verteidigen.

In der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung befindet sich die Fraktion dagegen leider teilweise noch immer in der Defensive, weil bislang keine Richtungsentscheidung getroffen wurde und sie so zumindest gelegentlich in der Öffentlichkeit ein diffuses Bild abgibt. Heiko Maas selbst ist dabei mittlerweile wohl auf einem besseren Weg: Tendierte er anfänglich zu einer gewissen Modernisierer-Beliebigkeit, so bekennt er sich nunmehr zu einer modernen sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Konzeption, die Nachfrage- und vor allem ArbeitnehmerInnen-Orientierung mit einem klaren Bekenntnis zur Notwendigkeit interventionistischer Steuerung verbindet.

Strukturprobleme der Partei

In der Partei ist der personelle Generationswechsel an der Spitze stärker vorangeschritten als in der Fraktion. Allerdings hat der

Reinhard Klimmt



neue Landesgeschäftsführer Stephan Schweitzer mit erheblichen strukturellen Problemen zu kämpfen.

An erster Stelle sind dies die zwar im Bundes-trend liegenden, aber deswegen eben auch entsprechend dramatischen Mitglieder-verluste vor allem aufgrund der Altersstruktur, aber auch durch wellenartige ereignisbezo-gene Austrittsbewegungen.

Trotz des immer noch hohen Mitgliederbe-standes und der bundesweit mit Abstand höchsten Organisationsdichte aller Bezirke hat diese Entwicklung erhebliche Auswir-kungen auf die dringend notwendige Sanie-rung der durch Wahlniederlage, Mitglieder-verluste und hohe Personalkosten stark ver-schuldeten Landespartei.

Daneben haben erhebliche Verschiebungen der internen vertikalen wie horizontalen Machtstrukturen im Landesverband zumin-dest zu vereinzelt Argwohn, wenn nicht zu verschiedensten Verletzungen geführt. Und schließlich darf nicht vergessen werden, dass die Saar-SPD im Generationenaufbau immer noch so etwas wie eine „Lafontaine/Klimmt-Partei“ ist.

#### Die politische Konkurrenz

Während FDP und Grüne ohnehin landesweit al-lein schon durch ihre Abwesenheit im Parlament zu vernachlässigende Größen darzustellen schei-nen, ist landespolitisch derzeit weniger eine klare Dominanz der CDU, aber nicht von ungefähr ein Übergewicht des Ministerpräsidenten zu ver-zeichnen. Dieses wird vor allem häufig lamentie-rend von den GenossInnen an der Basis anklag-ehend bedauert, ist jedoch – vorsichtig formuliert – naturgemäß nicht ganz verwunderlich auf-grund der verfassungspolitischen Bedeutung des Amtes. Rückschlüsse auf konservative Hege-monie lassen sich daraus jedoch kaum schließen, wengleich dies immer wieder gerne in den Ortsvereinen und Unterbezirken bei gleichzeiti-ger Schulzuweisung an die SPD-Landtagsfrakti-on geschieht.

Nicht zuletzt deshalb kommt der Bundes-tagswahl am 22. September auch wesentli-che Bedeutung für die landespolitischen Pers-pektiven zu.

War die Kehrtwende Müllers in Sachen Kandi-datInnen-Präferenz von einem zunächst klaren Bekenntnis zu Merkel hin zur vorauseilen-den Unterwerfung unter Stoiber zunächst strate-gisch motiviert, um nach einer Wahlnie-derlage des Stoiber/Koch-Flügels beim nächsten Mal, also 2006, auf die jungen Softie-Wilden setzen zu können, so scheint ein Erfolg dieses Versuchs im Nachhinein zweifelhaft, weil er damit die Merkel-Anhängerschaft in der CDU zutiefst verletzt hat.

Für den Wahlkampf an der Saar ist Stoiber als Gegner des Steinkohlebergbaus, des Finanzaus-gleichs und vor allem als Befürworter einer Län-derneugliederung jedenfalls klar auch als Gegner des Saarlandes zu identifizieren.

Landespolitische Bedeutung erhält die Bun-destagswahl aber in erster Linie in Hinblick



Heiko Maas

auf die psychologischen Auswirkungen des saarländischen Ergebnisses.

So ist es das erklärte Ziel der Landes-CDU, eines der vier Direktmandate zu erobern und möglichst gut abzuschneiden. Erklärtes Ziel der Saar-SPD dagegen ist, erneut alle Direktmandate zu verteidigen und mit Abstand stärkste Kraft im Land zu werden.

Allein diese unterschiedlichen Zielvorgaben zeigen schon, wie realitätsverschoben teilweise die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte, aber leider vor allem die Wahrnehmung in den eigenen Reihen, also inner-halb der SPD selbst, in Bezug auf die ange-blich unbegrenzte CDU-Dominanz ist. Auch bei der verlorenen Landtagswahl im Sep-tember 1999 hatte die Saar-SPD mit 44,4 Prozent ein Ergebnis erzielt, nach dem sich ausnahmslos *alle* anderen Landesverbände alle Finger schlecken würden. Bei *keiner* Landtagswahl konnte die SPD seitdem einen solch hohen Prozentsatz erreichen, obwohl die allgemeine politische Stimmung nie wieder so schlecht für die SPD war wie zum Zeitpunkt der Saar-Wahl.

Auch diverse Umfragen belegen, dass das Potenzial für sozialdemokratische Wahlsiege an der Saar vorhanden ist.

#### Blick nach vorn

Deshalb hat die Bundestagswahl neben ih-rer eigentlichen übergeordneten Bedeu-tung auch eine besondere Bedeutung für die Zukunft der Saar-SPD. Sollte es nämlich gelingen, die genannten Ziele (stärkste Kraft und alle Wahlkreise) zu erreichen, ist auch die Mär von der angeblichen Unschlagbar-keit der Union bei der Landtagswahl 2004 als solche zu entlarven. Die Chance ist da.

Die Genossen konnten die Saar 1999 zwar zum wiederholten Mal nicht halten. Die CDU erzielte damals trotz, nicht wegen Müller die Mehrheit der Mandate. Und dennoch sind die Aussichten nicht schlecht. Die Erneue-

rung der Fraktion ist mit Heiko Maas als Frak-tionsvorsitzendem, vielen frischen und jun-gen Kräften auf gutem Wege. Gelingen muss es der Saar-SPD aber vor al-lem, nicht immer wieder, ob traurig oder zorn-ig, zurückzublicken, sondern mutig nach vorn, anders ausgedrückt, um Heiko Maas' Lieblingszitat zu bemühen: „*Wer nur von al-ten Zeiten träumt, wird keine besseren mehr erleben.*“

Der Blick richtet sich auf 2004. spw 2/2002

**ISW** institut für sozial-ökologische  
wirtschaftsforschung e.V.

**analysen  
fakten & argumente**



isw-wirtschaftsinfo 33  
zieht Bilanz der wirt-  
schaftlichen und sozialen  
Entwicklung des vergan-  
genen Jahres, geht auf  
die aktuelle Situation  
ein und gibt einen Aus-  
blick auf das laufende  
Jahr.

isw-wirtschaftsinfo 33  
März 2002  
3,00 EUR + Vers.

qualifiziert, unter-  
bezahlt, abrufbar,  
und flexibel:  
Frauenerwerbsarbeit  
in Deutschland

isw-report 50  
März 2002  
2,50 EUR zzgl. Versand

**Frauenerwerbsarbeit  
in Deutschland**



isw-report 50

#### Bestellungen, Gesamtprogramm

isw – institut für sozial-ökologische  
wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München  
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15  
email: isw\_muenchen@t-online.de  
<http://www.isw-muenchen.de>

# Immer wieder sonntags...

## Demokratie braucht parteinahe politische Bildung

Von Heiko Tammerna und Christoph Meyer

Sie darf in keiner politischen „Sonntagsrede“ fehlen, besonders gerne an Wahlsonntagen, wenn wieder einmal Rechtsextreme Erfolge hatten: die Forderung nach mehr und besserer politischer Bildung, gerade doch bei der Jugend, gerade doch auch im Osten... Diesen Kanon stimmen Journalisten, Wissenschaftler und natürlich auch politische Repräsentanten immer wieder sonntags an.

Aber was passiert am Montag? Also: Wie sieht es in der Praxis aus? Ein Blick besonders auf die mit sozialdemokratischen Grundsätzen geführte politische Bildung tut not. Wir wollen als Praktiker der SPD-nahen politischen Bildung in Sachsen und Bayern zeigen, warum es eine Offensive der politischen Bildung und eine Offensive für die politische Bildung geben muss.

Politische Bildung ist die Förderung des Verständnisses politischer Strukturen, Akteure und Prozesse. Sozialdemokratische politische Bildung tut dies orientiert an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie

an den Traditionen der demokratischen ArbeiterInnenbewegung. Als parteinahe politische Bildung hat sie zum Ziel, die Bürgerinnen und Bürger zum Umgang mit Politik, zum eigenen politischen Engagement zu ermutigen und zu befähigen. Unter den Bedingungen von Globalisierung, Individualisierung und Mediendemokratie wird dies zunehmend schwieriger – und gleichzeitig wichtiger.

### Politische Bildung und Partei: gleiche Ziele und gemeinsame Aufgaben

Staat und Gesellschaft in Deutschland haben sich in der Vergangenheit gleichermaßen schwer getan mit der Rolle von Parteien in ihnen. „Ich kenne keine Parteien mehr – ich kenne nur noch Deutsche!“ – dieser Ausspruch von Kaiser Wilhelm II. am Vorabend des Ersten Weltkriegs kennzeichnet das Unbehagen an einer politischen Kultur

des Streits – und es kennzeichnet die Entfremdung zwischen Staat und Parteien. Das Kaiserreich hielt die Parteien von der Regierungsverantwortung fern; und in der Weimarer Republik trug die Sehnsucht nach einer Überwindung des Parteiengezänks zur Aushöhlung der Demokratie und schließlich zum Übergang in die Diktatur bei. Das Bonner Grundgesetz dagegen legte in Artikel 21 fest: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“. Im übrigen habe die innere Ordnung der Parteien eine demokratische zu sein, und die Parteien dürften sich nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. Damit wurde der Rahmen für einen produktiven Streit zwischen verschiedenen Auffassungen auf der Basis der Anerkennung der grundsätzlichen Ordnung des Gemeinwesens gezogen. Kurz gefasst: „Demokratie braucht Partei“ (Müntefering) – und Parteien brauchen Demokratie – nach innen und außen.

Zwei einander verstärkende Tendenzen kennzeichnen heute die Entwicklung der

SPD wie anderer Parteien auch: Mitgliederschwund und wachsende politische Beliebigkeit an der Basis, kurz- und mittelfristige Orientierung der Funktionäre an Wahlerfolgen – die Strategie hat zunehmend das Primat über die Politik. Programmatik, langfristige Orientierung, Traditionen und Grundwerte treten in den Hintergrund, ob gewollt oder nicht: Sie verkommen zu schmückendem Beiwerk in Sonntagsreden oder eben zu abgeleiteten Größen. Damit sind Wahlen zu gewinnen, vielleicht ist dies sogar langfristig erfolgversprechend. Aber die personelle, organisatorische und inhaltliche Basis droht zu erodieren, wenn nicht gegengesteuert wird.

Die Parteien können nur dann bei der Willensbildung des Volkes mitwirken, wenn auch das Volk an der Willensbildung der Parteien mitwirkt. Parteienverdrossenheit, Parteienkritik ist oft ein wertvolles Korrektiv gegen die Ver-

filzung festgefüger Strukturen. Wenn Parteienverdrossenheit aber dazu führt, dass die Parteistrukturen sich von unten auflösen, dann ist das Gift für die Demokratie. Die Flucht in den Konsumismus, in den Rechtsextremismus, in Resignation, gedeiht auf dem Boden einer schwachen Verankerung der parlamentarischen Demokratie.

Die Parteiführung hat dies im Prinzip erkannt. Generalsekretär Franz Müntefering will die SPD „fit machen für das neue Jahrhundert“ Müntefering, Franz: Demokratie braucht Partei. Die Chance der SPD, Beitrag vom 2. April 2000 (<http://www.spd.de/events/demokratie/muntefering.html>)), und benennt hierfür die Handlungsfelder. Alles Felder, in denen die politische Bildung eine zentrale Rolle spielt oder spielen sollte – wie zu zeigen ist.

### „Bindungskraft“: Traditionsarbeit und feste Häuser schaffen Identifikationen

„Die Stärke der Sozialdemokratie war, Menschen an sich zu binden und tief in den gesellschaftlichen Feldern verankert zu sein“, so Müntefering. Die sozialdemokratische Bewegung ist im 19. Jahrhundert aus den Arbeiterbildungsvereinen entstanden. „Wissen ist Macht“ war die populäre Parole der roten Urgroßväter und -mütter. Wo solche Traditionen unter den Bedingungen der Individualisierung ihre Selbstverständlichkeit verlieren, müssen sie um so stärker gepflegt bzw. wieder etabliert werden. Traditionen sind nicht einfach vorhanden, sie werden „erfunden“, auch um der Arbeit in der Gegenwart Orientierung und Geborgenheit zu geben. Diese Tradition kann auf verschiedene Weise gepflegt werden: In der Tradition der festen Häuser und Bildungsstätten, die ihre Geschichte haben, die immer wieder besucht werden, in denen ein Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht. Und in der Tradition der Namensgebung von Bildungsträgern und Häusern nach Persönlichkeiten wie August Bebel, Willi Eichler, Elisabeth Selbert, Gustav Heinemann, Georg von Vollmar, Herbert Wehner. Dabei reicht es künftig nicht aus, einen bedeutenden Namen zu tragen – mit der (öffentlichkeitswirksamen) Beschäftigung mit dem Lebenswerk ihres Namensgebers können Bildungsträger selbst zu ihrer regionalen Verankerung und zur Verankerung sozialdemokratischer Identifikationen beitragen – und damit zur Entwicklung und zum Erhalt von Identität, welche zum sozialen Inhalt von Partei gehört.

Dr. Heiko Tammerna, geb. 1969, Pädagogische Leitung, Georg-von-Vollmar-Akademie e.V., Kochel am See

Dr. Christoph Meyer, geb. 1966, Geschäftsführer Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V., Dresden

**„Dialogkompetenz“: Politische Bildung für alle:**

Parteinehe politische Bildungsarbeit hat – das schreiben Verfassungsgerichtsurteil und Zuwendungsrichtlinien vor – für jedermann zugänglich zu sein. Und das ist gut so. Sie kann Menschen und Gruppen (wieder) gewinnen, die den unmittelbaren Weg zu den Parteien nicht finden. Damit ist keine besonders soziologisch einzuordnende Gruppe gemeint, sondern politische Bildung spricht, gerade wenn sie breitenwirksam ist, Menschen an, die sich normalerweise eher für politisch-inhaltliche Diskussionen und auch stärker für die eigene Weiterqualifizierung interessieren als der Durchschnitt. Und die zu gewinnen oder wenigstens aufgeschlossen für sozialdemokratische Politikansätze zu machen, das ist sicher nicht das Schlechteste.

Die SPD-nahen Akteure der politischen Bildung sind einer der wenigen Orte, an denen aktive Demokraten zusammenkommen können und Netzwerke für demokratisches Engagement entstehen. Ob antirassistische Initiativen, Gewerkschaften, Sozialverbände, Frauen-Netzwerke, Umweltgruppen, Dritte-Welt-Initiativen, Globalisierungskritiker und NGOs neuer Form – sie gehören alle bereits zum Kreis der Kooperationspartner SPD-naher Bildungsarbeit. Damit ergänzen sie die oft schon verloren gegangenen Netzwerke des traditionellen Milieus der Arbeiterbewegung.

Nicht nur in Wahlkampf-Zeiten sollte die Politik die Bedeutung dieser Netzwerke für die Demokratie erkennen. Gerade im Zusammenkommen der so heterogenen Schichten und Milieus unserer Gesellschaft liegt eine wichtige Aufgabe für die parteinahe politische Bildung. Sie zwingt die Bildungsträger geradezu, sich verstärkt in der Öffentlichkeit zu profilieren, mit einer ausgedehnten Presse- und Medienarbeit, breiten Eingangstüren und großen Schaufenstern. Wo es noch nach Behörde und Hinterzimmer riecht, wird es Zeit, die Fenster zu öffnen.

**„Lösungskompetenz“: Kompetenzfeld politische Bildung:**

Vorfeldorganisationen sollten grundsätzlich nicht als bloßes Rekrutierungsfeld betrachtet, sondern vor allem als Kompetenzfeld genutzt werden. Die großen komplizierten Fragen der Bio- und Gentechnik, der EU-Reform oder der Globalisierung werden in der politischen Bildung behandelt. Möglicherweise können hier sogar Lösungsansätze gefunden werden. Aber gerade auch die kleinen Fragen der Kommunalpolitik und der regionalen Strukturpolitik lassen Staatsbürger und Politik in einen Dialog kommen. In diesen großen und kleinen Fragen bekommen die sozialdemokratischen Lernorte ihre eigentliche Bedeutung: Netzwerke für soziale Demokratie zu knüpfen, kritisch an der Zukunft zu arbei-

ten, über den politischen Alltag hinaus quer und voran zu denken: Die für die politische Bildung relevanten Themen sind nicht zu unterscheiden von den für die Politik, für die Partei relevanten Themen. Politische Bildung muss aktiv zur Heranbildung von inhaltlichen, strukturellen und personellen Kompetenzen beitragen.

**„Kommunikationskompetenz“: Politische Bildung und Professionalisierung:**

Im Zeitalter der Dauerkampa sind Managementqualifikationen und Kommunikationskompetenz gefragt. Wo parteinahe politische Bildungsträger den Erwerb dieser Fertigkeiten anbieten, ist die Nachfrage auch aus der Partei gut. Politische Bildung muss nachfrageorientiert arbeiten. Die Angebote an Kommunikationsseminaren sollten – wo nötig – ausgebaut und systematisiert werden. Im Unterschied zu anderen Trägern muss jedoch inhaltlich ein eigenes sozialdemokratisches Profil der Kommunikationsseminare erkennbar sein: Werte wie Demokratie und Solidarität sind praktisch einzuüben, gerade auch in Zeiten der Individualisierung.

**„Digitale Partei“: Die neuen technischen Möglichkeiten mitgestalten:**

Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, dass allein mit Internet-Kommunikation die direkten Lernprozesse mit Erwachsenen ersetzt werden könnten. Schließlich ist ja auch mit der Einführung des Telefons die Brief- und Paketpost nicht abgeschafft worden, im Gegenteil, die Briefkästen sind heute voller denn je. Aber es gibt natürlich Auswirkungen und Um- und Neugestaltungsbedarf. Die politische Bildung muss die Möglichkeiten des Internets nutzen, und sie hat damit begonnen: Auf der Internet-Homepage „Netzwerk-politische-Bildung.de“ sind die der SPD nahestehenden Träger politischer Bildung verlinkt. Aber ein Klick weiter, zu den einzelnen Bildungsträgern, zeigt, wie qualitativ und quantitativ unterschiedlich die Angebote sind. Hier haben viele Träger großen Nachholbedarf. Es muss in nächster Zukunft möglich werden, ALLE Angebote der parteinahen politischen Bildung im Internet zu finden und auf diesem Weg auch zu buchen. Im übrigen hat parteinahe politische Bildung die Aufgabe, für den Umgang mit den neuen Medien zu befähigen und Chancen und Risiken des Internets zu problematisieren.

**„Rekrutierungskompetenz“: Talente qualifizieren:**

Wer „früher“ in die SPD kam, hatte meist schon politische Erfahrungen hinter sich. Er kam vielleicht aus den sozialen Milieus der ArbeiterInnenbewegung und kannte schon das politische Handeln in Streiks und Tarifauseinandersetzungen. Oder sie hatte in der StudentInnen-, Friedens- oder Frauen-

bewegung schon an Demonstrationen und Diskussionen mitgewirkt. Heute, nach dem Niedergang dieser sozialen Massenbewegungen und unter den Bedingungen der Mediendemokratie sieht es anders aus mit den politischen Erfahrungen, die vorausgesetzt werden können. Fernsehen und Internet machen zwar den Zugang zu Informationen und Ideen allgemein, aber die Auseinandersetzung geschieht doch häufig nur am Bildschirm. Fürs Handeln reicht es da oft nicht. Wer heute in die Partei kommt, verfügt oft nicht über Erfahrungen in politischen Konflikten. Er oder sie muss vieles von Grund auf lernen: Grundwissen und grundsätzliche Orientierung, Lösungskompetenz und Kommunikation. Hier sind Angebote der politischen Bildung zu machen; gerade für ehrenamtlich politisch Tätige können die parteinahen Bildungsträger Talentschmieden sein.

**„Partizipationskompetenz“: Methodenvielfalt der politischen Bildung nutzen:**

Die parteinahe politische Bildung bedient sich an vielen Orten moderner didaktischer Methoden. Seit einigen Jahrzehnten schon heisst das Zauberwort „Visualisierung“; die Kartenabfrage mit Moderatorenkoffer und Pinnwand gehört zum Standardrepertoire vieler Seminare – und hat auch teilweise schon Einzug in das Parteileben selbst gehalten. Dabei ist die Methode nicht Selbstzweck, sondern sie dient dem Ziel, möglichst alle Teilnehmenden einzubeziehen und dadurch sowohl die Zusammenarbeit der Gruppe als auch das Ergebnis zu verbessern. Wenn sie nicht professionell und der jeweiligen Situation adäquat eingesetzt wird, dann verfehlt die Methode ihren Zweck. Es gibt viele Wege, die zum Ziel führen – eine Aneignung und Praktizierung der breiten Palette didaktischer Methoden der politischen Bildung durch immer mehr Menschen ist wünschenswert.

Die Aufgaben der politischen Bildung Wir halten als Zwischenergebnis fest: Die parteinahe politische Bildung soll folgende zusammenhängende Aufgaben erfüllen:

- Bindungen an die Grundwerte der Sozialdemokratie schaffen und verfestigen
- Netzwerke in die gesamte Breite der Gesellschaft hinein knüpfen helfen
- sich aktiv mit den zentralen politischen Fragen auseinandersetzen und zu Lösungen beitragen
- politisch Aktiven Kommunikationskompetenz vermitteln
- die Chancen des Internets aktiv nutzen und zum bewussten Umgang mit den neuen Medien befähigen
- politischen Nachwuchs im ehrenamtlichen Bereich qualifizieren
- mit modernen Methoden mehr Menschen einbeziehen.

Wie sieht es aber mit den Möglichkeiten aus, diese Aufgaben zu erfüllen?

### Die bunte Landschaft – parteinahe politische Bildung in Deutschland

Die Homepage des „Netzwerks Politische Bildung“ listet 42 „Einrichtungen“ in allen deutschen Bundesländern auf. Ein zweiter Blick zeigt aber, dass diese der Sozialdemokratie nahestehenden Bildungseinrichtungen höchst unterschiedlich strukturiert sind. Nahezu die Hälfte davon sind zentrale oder regionale Stellen der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., die andere knappe Hälfte sind Einzelträger, ebenfalls meist in der Rechtsform des eingetragenen Vereins. 12 der 42 Einrichtungen verfügen (noch?) über eigene Bildungsstätten, also in diesem Fall Tagungshäuser mit Übernachtungsbetrieb. Die Friedrich-Ebert-Stiftung betreibt nach sechs Schließungen von festen Bildungsstätten nur noch zwei in Nordrhein-Westfalen selbst (Bad Münstereifel, Bergneustadt) und kooperiert mit zwei eigenständigen bayerischen Trägern (Akademie Frankenwarte Würzburg, Georg-von-Vollmar-Akademie München/Kochel). Die anderen acht SPD-nahen Bildungsstätten beschränken sich auf drei in Nordrhein-Westfalen und jeweils eine in Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Brandenburg (eine Jugendbildungsstätte der „Falken“).

Die 30 Bildungsträger ohne feste Lernorte sind höchst unterschiedlich strukturiert und auf- bzw. ausgebaut. Im allgemeinen sind sie auf Länder- bzw. Bezirksebene tätig. Es gibt hauptamtlich besetzte Bildungsträger wie die 14 Regionalbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung, das Heinz-Kühn-Bildungswerk, das Herbert-Wehner-Bildungswerk und das August-Bebel-Institut, und es gibt kleine, ehrenamtlich tätige Vereine ohne nennenswerten Etat wie die Hessische Tribüne und die thüringische August-Bebel-Gesellschaft. Dies führt zu höchst unterschiedlichen Qualitäten und Quantitäten des Angebots an parteinaher politischer Bildung. Defizite sind vor allem in Ostdeutschland (außer Sachsen und Berlin) sowie im hessischen und südwestdeutschen Raum zu konstatieren. Die großen Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern sind dagegen vergleichsweise gut ausgestattet.

### Der Trend zur Podiumsdiskussion – ein Wandel in Form und Zielgruppe

Bei ihrer Größe liegt es auf der Hand, dass der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Analyse große Bedeutung zukommt. Sie setzt spätestens seit der deutschen Einheit 1990 auf Zielgruppen, die für „Multiplikatoren“ in der Mediengesellschaft gehalten werden. Weniger Bildungsurlaube in Akade-

mien für jedermann und jedefrau mit Teilnehmenden aus breiten Schichten des Volkes werden gefördert, sondern vorrangig die abendliche Zusammenkunft von internationaler Prominenz mit „Entscheidungsträgern“ aus Wirtschaft, Kultur und Politik.. Dass diese mit Diskussionen, die nur die TV-Talkshow des Vorabends wiederholen, zu gewinnen sind, gehört zu den Märchen der 90er Jahre. Schon heute ist es überholt und mit ein Grund für das schlechte öffentliche Ansehen der politischen Bildung.

Die Umorientierung in der Zielgruppe war in den 90er Jahren verbunden mit anderen Formen der politischen Bildung. Die Podiumsdiskussion mit sporadischer Beteiligung des Publikums als Stichwortgeber der möglichst prominenten Referenten hatte höheren Wert als die Seminare in traditionsreichen Lernorten, in denen abseits des täglichen Betriebes noch Vertiefung, Kritik und Kennenlernen der Erfahrungen von Teilnehmenden untereinander möglich ist, ein unverzichtbarer Bestandteil des politischen Lernens mit Erwachsenen. Diese Orte wurden nacheinander aufgegeben wie Ahrensburg, Saarbrücken, Freudenstadt und Freudenberg. Hier ist in Regierungszeiten der SPD ein Stück „kulturelle Hegemonie“, vor allem aber auch Kontakt zu wichtigen Stammwählergruppen verloren gegangen.

Im Osten Deutschlands wurden nach 1990 erst gar keine Tagungsstätten mit Übernachtungsbetrieb eingerichtet. Dies ist aber nicht nur auf den mangelnden Willen der Beteiligten zurückzuführen. Vielmehr sind die Grundvoraussetzungen nicht da: Die Sozialdemokratie ist wie Parteien und Poliuiik überhaupt in der Gesellschaft kaum verankert, die Übernachtungspreise in Hotels auf dem freien Markt sind so günstig, dass es eine noch größere Preisspanne zu rein ökonomisch betrachtet teuren Heimvolkshochschulen gibt, und zum Beispiel in Sachsen gibt es kein verbrieftes Recht auf bezahlten Bildungsurlaub wie in SPD-regierten Westländern – schlechte Voraussetzungen für politische Bildung unter der Woche und damit für die Auslastung von Tagungsstätten. Vielerorts macht politische Bildung im Osten Deutschlands aus dieser Not eine Tugend: Sie reagiert flexibel, arbeitet dezentral und an variierenden Orten, eben basisnäher.

Die Umorientierung in der Zielgruppe war in den 90er Jahren verbunden mit anderen Formen der politischen Bildung. Die Podiumsdiskussion mit sporadischer Beteiligung des Publikums als Stichwortgeber der möglichst prominenten Referenten hatte höheren Wert als die Seminare in traditionsreichen Lernorten, in denen abseits des täglichen Betriebes noch Vertiefung, Kritik und Kennenlernen der Erfahrungen von Teilnehmenden untereinander möglich ist, ein unverzichtbarer Bestandteil des politischen Lernens mit Erwachsenen. Diese Orte wurden nacheinander aufgegeben wie Ahrensburg, Saarbrücken, Freudenstadt und Freudenberg. Hier ist in Regierungszeiten der SPD ein Stück „kulturelle Hegemonie“, vor allem aber auch Kontakt zu wichtigen Stammwählergruppen verloren gegangen.

### Problemgebiet Ostdeutschland

Im Osten Deutschlands wurden nach 1990 erst gar keine Tagungsstätten mit Übernachtungsbetrieb eingerichtet. Dies ist aber nicht nur auf den mangelnden Willen der Beteiligten zurückzuführen. Vielmehr sind die Grundvoraussetzungen nicht da: Die Sozialdemokratie ist wie Parteien und Poliuiik überhaupt in der Gesellschaft kaum verankert, die Übernachtungspreise in Hotels auf dem freien Markt sind so günstig, dass es eine noch größere Preisspanne zu rein ökonomisch betrachtet teuren Heimvolkshochschulen gibt, und zum Beispiel in Sachsen gibt es kein verbrieftes Recht auf bezahlten Bildungsurlaub wie in SPD-regierten Westländern – schlechte Voraussetzungen für politische Bildung unter der Woche und damit für die Auslastung von Tagungsstätten. Vielerorts macht politische Bildung im Osten Deutschlands aus dieser Not eine Tugend: Sie reagiert flexibel, arbeitet dezentral und an variierenden Orten, eben basisnäher.

### Der finanzielle Flickenteppich

Parteinahe politische Bildung wird in Deutschland regional und je nach Organisationsform höchst unterschiedlich finanziell ge-

fördert. Von herausragender Bedeutung ist nach wie vor die staatliche Finanzierung, welche sich – grob gesehen – in drei Bereiche unterteilen lässt: „Globalmittel“, Ländermittel und projektgebundene Förderung. Die Friedrich-Ebert-Stiftung erhält dabei den Löwenanteil, da sie als einzige SPD-nahe Organisation über 52 Millionen Mark „Globalmittel“ aus dem Bundeshaushalt allein für die politische Bildung erhält. Außerdem ist sie in einigen Ländern an den Landesmitteln für die politische Bildung beteiligt, vor allem in NRW mit 3,9 Mio. DM, aber auch in Brandenburg mit 416.000 DM oder in Baden-Württemberg mit 369.000 DM. Eine wirksame Förderung für regionale Träger gibt es zudem in Bayern mit insgesamt ca. 6,1 Mio. DM und in Sachsen mit 1,6 Mio. DM, davon gehen ca. 2 Mio. DM bzw. ca. 400.000 DM an sozialdemokratische Bildungsträger. Es gibt allerdings auch Länder wie Hessen, in denen sehr wenig oder Rheinland-Pfalz und Bremen, in denen im Landeshaushalt überhaupt keine Gelder für parteinahe politische Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Regionale und lokale Träger sind also eindeutig im Nachteil. Erhebliche finanzielle Kürzungen von durchschnittlich 20% hat es zudem in den letzten Jahren vor allem bei den ca. 30 Mio. DM Projektmitteln gegeben, die auch eine Vielzahl kleiner Träger über die Bundeszentrale für politische Bildung abrechnen kann.

### Der Spannungsbogen zwischen Einheit und Vielfalt

Politische Bildung findet weitgehend vor Ort statt, dort, wo die Menschen sind, und sie setzt sich notwendigerweise zunächst mit den Problemen vor Ort auseinander. Die regionalen Besonderheiten, ob im Osten, im Westen, im Norden oder Süden, können am besten von verantwortlichen Bildungsträgern vor Ort wahrgenommen, verarbeitet werden und in durchaus unterschiedliche Konzepte einmünden, deren Gemeinsames zielgruppengerechtes Arbeiten für eine politische Bildung im Sinne der sozialen Demokratie ist. Insofern ist es kein Problem, sondern im Gegenteil eine Bereicherung, wenn es viele Bildungseinrichtungen mit unterschiedlichen Strukturen gibt. Es ist auch als positiv zu bewerten, wenn die Angebote unterschiedlich sind (wenngleich es inhaltlich wünschenswert wäre, gemeinsam an Konzepten zu arbeiten). Das vom SPD-Parteivorstand begründete „Netzwerk politische Bildung“ der „sozialdemokratischen Familie“ kann hier ein geeignetes Mittel der gleichberechtigten Vernetzung werden.

Die in der SPD politisch Verantwortlichen sollen dafür sorgen, dass alle Regionen zu einem gleichermaßen vielfältigen und die verschiedenen Interessen abdeckenden Bildungsangebot kommen. Die Angebote der verschiedenen Einrichtungen ergänzen einander und befruchten sich gegenseitig –

Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, dass allein mit Internet-Kommunikation die direkten Lernprozesse mit Erwachsenen ersetzt werden könnten.

der „bunte Flickenteppich“ bietet damit auch Chancen, wenn eine solide finanzielle Basis vorhanden ist. Bei der Mittelverteilung sollte darauf geachtet werden, dass nicht ausgerechnet im Osten Deutschlands das wenigste Geld pro Kopf der Bevölkerung für die politische Bildung ausgegeben wird. Bei Tagungsstätten mit Übernachtungsbetrieb ist über die Prioritäten nachzudenken. Relativ hohen Fixkosten gegenüber steht auch ein hoher, fester ideeller Wert solcher festen Lernorte, die eine hohe Ausstrahlungs- und Bindungskraft entfalten können. Weitere Schließungen sind daher zu vermeiden. Die öffentlichen Mittel für die politische Bildung sind in keinem Fall zu kürzen, sondern sie müssen in den meisten Ländern deutlich erhöht werden. Ausnahmsweise kann Bayern hier einmal Vorbild für die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und Landesregierungen sein. Und bei einer Überarbeitung der Richtlinien für die Mittelvergabe der Bundeszentrale für politische Bildung wäre alles sinnvoll, was den Zielen realistische Bedarfsermittlung, Verteilungsgerechtigkeit und Entbürokratisierung dient.

### Neue Netzwerke für soziale Demokratie

Nicht nur in Ostdeutschland gibt es einen Mangel an Kontinuität und festen zivilgesellschaftlichen Organisationen, ohne die eine Demokratie nicht lebendig sein kann. Wenn erstens Parteipolitik in der Bevölkerung einen immer schwereren Stand hat und gleichzeitig zweitens Parteipolitik unverzichtbarer Bestandteil und Voraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie ist, dann bedeutet das: Die parteinahe politische Bildung muss gestärkt werden. Sie steht selbstbewusst neben anderen Veranstaltern wie Volkshochschulen, Gewerkschaften, Wirtschaft, Kirchen und Verbänden. Sie hat in vielen Fällen ein Profil (wieder-)gewonnen, das nicht verspielt werden darf. Durch kommunale Volkshochschulen und Management-Trainer sind ihre Aufgaben nicht zu ersetzen. Demokratie braucht parteinahe politische Bildung. Schließlich sind politische Absicherungen notwendig. Die gesetzliche Freistellung zum Bildungsurlaub für Arbeitnehmer darf es nicht nur in den Ländern geben, wo sie in den siebziger Jahren dank sozialdemokratischer Reformpolitik erreicht wurde, sondern

sie muss in allen Ländern zum Programm und zur Praxis der Sozialdemokratie werden, auch und gerade im Osten.

### Ergebnis

Der politische Gegner erzeugt Druck auf die Sozialdemokratie, die nicht länger zusehen kann, wie sie hier Boden an CDU/CSU-nahe Veranstalter und die seit 1999 erstmals an Bundesmitteln teilhabende PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung verliert. Über parteinahe politische Bildung ist öffentlich zu reden. Notwendig ist, am Montag nach der Sonntagsrede auch zu handeln, in Programm und Praxis: Wir brauchen eine Offensive für die politische Bildung in Ost und West. **spw 2/2002**

### links:

[www.vollmar-akademie.de](http://www.vollmar-akademie.de)

[www.wehnerwerk.de](http://www.wehnerwerk.de)

[www.netzwerk-politische-bildung.de](http://www.netzwerk-politische-bildung.de)

## Das neue Berlin: Individuell und solidarisch

### Herausforderungen für die Berliner SPD in der kommenden Wahlperiode

Von Björn Böhning und Echart Seidel

Die Berliner SPD hat mit der Entscheidung zu einer rot-roten Koalition den politisch-parlamentarischen Wechsel in der Hauptstadt komplett gemacht. Sie hat die durch den Wahlausgang einzig sinnvolle Reformoption gewählt und den Anspruch formuliert, einen Mentalitätswechsel in der Stadt einzuleiten. Weniger Klarheit besteht derzeit aber noch über Richtung und Inhalt des angestrebten Politikwechsels. Die SPD ist noch nicht in der Lage, eine inhaltliche Reformperspektive für die Stadt zu entwickeln. Der 21. Oktober hat jedoch gezeigt: Eine große Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner will eine neue Politik für die Stadt.

Der SPD werden die meisten Kompetenzen in den gesellschaftlich relevanten Feldern

**Die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen hat für Berlin eine besondere Bedeutung.**

zugetraut. Dieser Erwartungshaltung muss Rechnung getragen werden. Wird sie enttäuscht, kann sich die vorhandene Aufbruchsstimmung schnell in ihr Gegenteil verkehren. Um es ganz deutlich zu machen: Der CDU-Bankenskandal konnte zwar den

Koalitionsbruch letztlich auslösen, eine mittelfristig tragfähige Legitimation muss erst durch die Politik des neuen Senats geliefert werden.

Daher kommt es darauf an, dass die SPD der Stadt eine Modernisierungsperspektive anbietet. Attraktivität wird diese nur erlangen, wenn sie die beiden – wie wir meinen – entscheidenden Lebensansprüche in der Lage ist zu integrieren: Nämlich möglichst viele Möglichkeiten bei der Wahl der individuellen Biografie er-

greifen und frei von Existenzängsten im Ballungsraum Stadt leben zu können.

Solidarität und Individualisierung sind keine Gegensätze: Wir verstehen Politik im allgemeinen als Gestaltungsinstrument und moderne sozialdemokratische Politik im besonderen als Appell an die gestalterischen Fähigkeiten der Menschen. Wir wollen sie einsetzen, um beides zu schaffen: Soziale Sicherheit und die Möglichkeit individueller Selbstverwirklichung. Beides bedingt einander. Diesen Artikel verstehen wir nicht als Ende, sondern als Beginn einer notwendigen und wichtigen Diskussion um eine solidarische und linke Reformperspektive für ganz Berlin.

### 1. Politik ist machbar!

Mit dem „Patentrezept“ der Haushaltskonsolidierung sind die politischen Probleme dieser Stadt allein *nicht* zu lösen. Der Weg des Sparens hat Reformpolitik blockiert und bietet für sich genommen wenig Perspektiven. Haushaltskonsolidierung ist keine Begründung für mangelnde Gestaltungskraft und -wille in der Stadt. Wir müssen heute gestalten, um der Stadt eine wirtschaftliche und

Von Björn Böhning, stellv. Juso-Bundesvorsitzender und Mitglied der spw-Redaktion, Berlin und Echart Seidel, Geschäftsführer der Prüf- und Beratungsstelle für das Gebäudereiniger Handwerk, Berlin

soziale Perspektive zu geben und auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.

Sozialdemokraten geht es daher um einen aktiven Politikbegriff: *Politik ist machbar!*

Mit dem Regierungswechsel ist die Gesamtlethargie der Stadt aufgebrochen worden. Die entscheidende Macht-, Gestaltungs-, und Zukunftsfrage wird es sein, über alle Ebenen hinweg einen Generationenwechsel einzuleiten, dem es gelingt, die alten Westberliner Seilschaften zu sprengen.

Die entscheidende Herausforderung ist nicht weniger, als die dreifache Spaltung der Stadt strukturell zu überwinden: Die Spaltung zwischen Old und New Economy, die Spaltung zwischen Ost und West, sowie die Spaltung zwischen arm und reich.

Obwohl diese dreifache Spaltung die Kreativität der Stadt gehemmt hat, ist die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung Berlins weiter fortgeschritten. Dies sind brachliegende Metropolenpotenziale, die es möglich machen, die Herausforderung anzunehmen:

- Berlin ist reich! Zwar trifft dies nicht auf die Finanzsituation der Stadt zu, aber unverkennbar ist: Berlin besitzt eine wachsende Anziehungskraft auf junge kreative Menschen. Es verfügt über eine einmalige Vielzahl wissenschaftlicher und kultureller Einrichtungen. In keiner anderen Stadt in Deutschland leben derart viele und unterschiedliche Kulturen zusammen. Die neue Politik muss diesen Reichtum für die gesamte Stadt zur Entfaltung bringen und nutzbar machen. Innovation durch Kooperation heißt die dazugehörige Strategie.

- Die Individualisierung macht den Sozialstaat nicht überflüssig. Das Recht und den Anspruch, die eigene Biografie frei wählen zu können, bedingt vielmehr einen starken Sozialstaat. Wir müssen jedoch die Individualisierung der Lebensziele als Herausforderung für die Gemeinschaft begreifen. Die soziale Klammer, die die Stadt zusammen hält, muss erneuert werden. Mit einem Sozialstaat als Partner, der nicht als obrigkeitlich und bevormundend wahrgenommen wird, kann dies gelingen.

2. Berlin kooperativ entwickeln: Regionale Wertschöpfungsbeziehungen intensivieren. Eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadtentwicklung benötigt eine produktive Erwerbsperspektive in der Stadt. Sollen die Menschen dieser Stadt und deren Potenziale für einen solidarischen und individuellen Neuanfang genutzt werden, muss es sozialdemokratischer Politik um die Absicherung, Ermöglichung und Bereitstellung von individuellen Erwerbsbiografien gehen. Das bedeutet, bestehende Wirtschaftsstrukturen und neues Wirtschaften in einen gemeinsa-

men ökonomischen Pfad zu transferieren. In Berlin treffen Regionalisierung und Globalisierung zusammen. Eine wirtschaftliche Entwicklung der Stadt muss beides mitnehmen. Es ist also nicht unmittelbar entscheidend, dass der Daimler-Stern am Potsdamer Platz sich dreht, sondern dass die Austauschbeziehungen zwischen regionaler und exportorientierter Ökonomie stimmen. Um dies anzuregen und letztere in die städtischen Standorte einzugliedern muss in eine hochproduktive und wachsende mittelständische Wirtschaft investiert werden, die als Basis für die Weiterentwicklung von Wirtschaftsklustern dienen kann. Durch mangelnde Flexibilität und innovationshemmende Praxis in den Unternehmensleitungen hat bisher die Gesamtlethargie in der Stadt auch in der Wirtschaft Platz gemacht. Gerade kleine und mittlere Betriebe gelingt es nicht, eine gemeinsame Produktpalette zu entwickeln und am Markt anzubieten, weshalb die zunehmende Konkurrenz aus dem gesamten Bundesgebiet es einfach hat, wirtschaftliche Aufträge in der Stadt zu akquirieren. Zugleich werden wichtige „human resources“ ausreichend nicht für die Entwicklung der Stadt genutzt. Berlin muss die wissenschaftlichen

### Chancen ermöglichen, statt Lebenslagen blockieren, heißt das Gebot der Stunde.

Kreativitätspotenziale stärker in ökonomische und gesellschaftliche Beratungen einbinden.

Die Träger der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin sind derzeit die kleinen und mittleren Unter-

nehmen (KMU). Dies sind nicht nur Betriebe im produzierenden Sektor sondern gerade solche, die in verschiedenen Dienstleistungsbereichen (Medien, Beratungen, Kommunikation) engagiert sind. Diesen mangelt es jedoch an effektiven Kooperationsmöglichkeiten und fehlenden Zulieferbereichen. An dieser Stelle setzt unser Vorschlag für ein „Innovationsprogramm für die mittelständische Wirtschaft“ an. Es wird konzipiert als paralleler Zweischritt:

(1) Grundsätzlich ist ein Paradigmenwechsel von der geldgesteuerten hin zu einer qualifizierenden und professionell beratenden Wirtschaftsförderung einzuleiten. Anhand ausgewählter Wachstumsfelder muss ein Innovationsprogramm bestehende Strukturen konsolidieren und Unternehmensgründungen auch von Arbeitslosen sinnvoll unterstützen.

(2) Eine erneuerte Debatte zu einer Länderfusion muss sich den ökonomischen und gesellschaftlichen Austauschbeziehungen widmen. Leider sind nach wie vor diese Austauschbeziehungen zwischen Berlin und Brandenburg noch unterentwickelt. Der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten ist länderübergreifend erforderlich. Dazu kann ein kommunales Infrastrukturprogramm

(KIP) genutzt werden. Ein solches KIP muss gemeinsam von beiden Ländern ausgestaltet werden und in die Strukturen mit der Hauptstadt eingebunden werden. Sinnvoll wäre zum Beispiel eine regionale Verlängerungen des KIP in die Berliner Kieze hinein, um deren Infrastruktur und den Produktionsfluss zu optimieren. Benötigt werden funktionierende Produktionsstrukturen jenseits der vorhandenen „Filiälökonomie“ als notwendiger Gegenpunkt zu einer unproduktiven und hochsubventionierten Standortpolitik.

### 3. Regionalwirtschaft und Bildungscluster vernetzen

Wirtschaftliche Innovation findet heute im wesentlichen in der Weiterentwicklung der Arbeits- und Kooperationsbeziehungen statt. Diese schlichte Erkenntnis ist für Sozialdemokraten von enormer strategischer Bedeutung. Es kommt zu aller erst auf die Menschen an. Die Politik hat daher die Aufgabe, individuelles Streben nach Perspektive zu einer Gesamtstrategie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu verzahnen. „Wissen“ und die Fähigkeit zur Kooperation sind die hierfür die entscheidenden Bausteine.

In Berlin sind nur wenige Unternehmenszentralen überregional oder weltweit agierender Unternehmen angesiedelt. Dadurch hat die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen für Berlin eine besondere Bedeutung. Es geht daher vorrangig darum, die jeweiligen Spezialisierungen kleiner- und mittlerer Unternehmen optimal zu vernetzen, um diese Unternehmen in die Lage zu versetzen, dem Markt ein hochwertiges Endprodukt anbieten zu können.

Aber gerade mittelständische Unternehmen scheinen durch interne Innovationsblockaden an der Entwicklung gehindert zu sein. Daher gilt es die Metropolenpotenziale zu mobilisieren und gegen interne Verkrustungen der (West-) Berliner Wirtschafts- und Bildungstrusts in Stellung zu bringen.

Wir brauchen in Berlin ein professionelles Wissensmanagement. Berlin bringt gute Voraussetzung mit. An „Wissens erzeugenden“ Einrichtungen – an ihrer Spitze, die Berliner Universitäten und Fachhochschulen – besteht kein Mangel. Worauf es jedoch ankommen wird, ist die Vermittlung und Nutzung des Wissens in der Stadt. Wir setzen daher auf eine Strategie, die die Wissensbasis Berlins stärkt. Ziel ist eine Nutzbarmachung der Informations- und Kommunikationspotenziale für alle wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten in der Stadt.

Die von uns vorgeschlagene Strategie der Professionalisierung des Wissensmanagements besteht aus folgenden Elementen:

- Qualifizierte junge Menschen in der Stadt halten und mit einer Perspektive ausstatten.
- Kommunikative „Räume“ öffnen, die das in Berlin erzeugte Wissen insbesondere für KMU zugänglich und nutzbar machen
- Erzeugen eines „Bildungsklimas“ in der Stadt



Zur Umsetzung dieser Zielsetzungen schlagen wir folgende Projekte vor.

• *Projekt: Berufseinstiegspartnerschaften mit der Berliner Wirtschaft.*

Wir wollen HochschulabsolventInnen als Expertenpool für kleine- und mittlere Unternehmen nutzen. Mit einem zeitlich befristeten öffentlich kofinanzierten Programm kann damit gleichzeitig für viele eine attraktive Berufseinstiegsperspektive geschaffen werden. Die Tätigkeit der ExpertInnen ist an klare strategische Grundentscheidungen zu binden. Vorhandene Wissenschaftseinrichtungen wie z.B. das Wissenschaftszentrum Berlin sind darin zu integrieren.

• *Projekt: Wer weiß was wo*

Kleine und mittlere Unternehmen können nicht alles selbst machen. Sie sind auf die Inanspruchnahme von Leistungen von Außen angewiesen. Wir befürworten, die Vermittlung von Waren- und Beratungsleistungen aus der Region zentral zu bündeln und lokal anzubieten, um so der Stadt als „Marktplatz“ wieder eine zentrale Rolle zuzuweisen.

• *Lebensbegleitendes Lernen*

Eine „Wissengesellschaft“ ist in aller Munde. Bildung und die Fähigkeit, immer wieder neues hinzu zu lernen, entscheidet oftmals über den künftigen Lebensweg. Aber weder in der Politik, noch in der Wirtschaft sind bisher die aus dieser Erkenntnis notwendigen praktischen Konsequenzen gezogen worden. So ist etwa der Weiterbildungsmarkt seit Mitte der 90er Jahre um fast 50% kleiner geworden. Dieser Trend muss jetzt schnellstmöglich umgekehrt werden. Der Berliner Senat ist gefordert, mit allen wirtschaftlichen Akteuren der Stadt, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, ein berufsbegleitendes Weiterbildungskonzept mit entsprechenden Fördermöglichkeiten zu entwickeln. Ziel ist die abgesicherte und flexible Inanspruchnahme von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen durch die Beschäftigten.

#### 4. Soziale Stadt: Kooperativ, dienstleistungsorientiert und produktiv

Gerade auf Berlin wirken neue gesellschaftliche Entwicklungen unmittelbar zurück. So erleben wir nicht nur, dass neues Wirtschaften in der Hauptstadt eine zentrale Stelle einnimmt, sondern auch, dass diese neuen Arbeitsrealitäten Auswirkungen auf die Subjekte und deren Lebensweisen hat. Gerade in den Bereichen der „New Economy“ müssen die Menschen ihre Biografie selbst „in die Hand nehmen“ und ihre Lebensläufe eigenständig – oftmals auch gegen bestehende Restriktionen – sowie unter dem Druck einer ständig geforderten Flexibilisierung gestalten. Gleichzeitig sind aber auch viele Menschen in der Hauptstadt von dieser Entwicklung strukturell und kulturell ausgeschlossen. Politik als machbar zu begreifen heißt hier, neue Sicherheiten zu neuen Angeboten an die Menschen dieser Stadt zu formulie-

ren. Flankierend dazu sind unmittelbar institutionelle Barrieren abzubauen.

Zum Beispiel ist es dem Umstrukturierungsprozess in der Berliner Verwaltung bisher noch nicht gelungen, ein neues (Verwaltungs-) Handeln im Umgang mit den Wünschen der Menschen zu organisieren. Es gilt individuelle Ansprüche der Menschen und Kritik an den Institutionen zusammenzudenken. Verwaltungsreform, allein als Instrument zum Personalabbau zu begreifen, ist gescheitert. Hier ist ein neues Denken von entscheidender Bedeutung: Die alleinig namentliche Umbenennung von Referaten in „Leistungs- und Verantwortungszentren“ (LuV) ändert nicht deren Qualität. Die soziale Stadt, die den Menschen als Partner bei der Lösung individueller Problemlagen gegenüber tritt, muss über eine „Effizienzrevolution“ die Struktur und Leistung der Verwaltung auf die Ansprüche der Menschen zuschneiden. Chancen ermöglichen, statt Lebenslagen blockieren, heißt das Gebot der Stunde.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind zentral für die Verwirklichung von Wahlbiografien. Die flexible und vor allem selbstbestimmte Einteilung von Arbeitszeit auf Tag, Woche und Jahr sowie Modelle wie Jobrotation bzw. Jobsharing und Sabbaticals sind fester Bestandteil für die Verwirklichung von Lebensentwürfen, die die Bedürfnisse an Erwerbsarbeit und Karriere sowie Ansprüche an das außerberufliche Leben befriedigen müssen. Sozialdemokratie muss Flexibilisierung als Chance sehen und sich hierbei konsequent auf die Seite der Menschen stellen, sowie damit die Vorteile der individuellen Zeit- und Arbeitseinteilung mit den Chancen für ein moderneres Arbeiten verbinden.

Verschiedene arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen müssen in die von uns vorgeschlagene regionale Wertschöpfungsstrategie eingebunden werden. Wir wollen möglichst schnell einen langfristigen „Job-Rotation-Vertrag“ zwischen innovativen Unternehmen und Beschäftigungsinitiativen schließen und den Qualifizierungsaspekt von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erhöhen.

Das Konzept der „Job-Points“ (Job Points sind aus dem Arbeitsamt ausgegliederte Vermittlungsagenturen in den Stadtteilen, die alle Dienstleistungen rund um die Arbeitssuche kostenlos anbieten.) kann über eine stärkere Beratungsfunktion und der Erstellung individueller Lebensfahrpläne sinnvoll genutzt werden, arbeitsmarktpolitische Instrumente, soziale Eingliederung und Qualifikation im Praxisalltag der Betriebe zusammenzuführen. Als Gegenleistung erhalten Unternehmen, die sich an diesem Projekt beteiligen, kostenlose, professionelle strategische Unternehmensberatung durch Kommunikationspools.

Um Kompetenzen in der Stadt zu bündeln, sowie die über einen Generationenwechsel auf allen Ebenen einzuleitende Bekämpfung der Gesamtlethargie zu erreichen, formuliert die Sozialdemokratie den jungen Menschen dieser Stadt eine „Garantie Zukunftschancen“. Das Angebot an die junge Generation lautet: „In der deutschen Hauptstadt – der Metropole Berlin – gibt es keinen arbeitslosen Jugendlichen unter 22.“ Jeder Jugendliche bis zum 22. Lebensjahr hat den Anspruch auf Ausbildung, Qualifizierung oder Arbeit. Bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wollen wir das Prinzip der hälftigen Arbeitszeit und hälftigen Qualifizierung bzw. Weiterbildung realisiert sehen.

#### 5. Berlin: Stadt mit Zukunft

Die Berliner Wohnquartiere haben sich in den letzten 10 Jahren sozial homogenisiert, im Verhältnis zueinander jedoch auseinander entwickelt. Die wirtschaftliche Stagnation, verbunden mit einem Strukturbruch, der zum Abbau von zwei Dritteln der in der Stadt vorhandenen Industriearbeitsplätzen geführt hat, hat bestimmte Wohnviertel Berlins besonders betroffen. Die neugewonnene Freiheit derer, die es sich leisten können, vor die Tore der Stadt zu ziehen, hat ihr übriges zur Entmischung vieler Wohnquartiere beigetragen. Die Berliner SPD hat mit der Einführung des Quartiersmanagements in sozial benachteiligten Gebieten politisch auf diese Entwicklung reagiert. Dies ist die richtige Strategie. Es ist aber erforderlich, die



eingesetzten finanziellen Mittel konsequenter, als bisher auf die entscheidenden Ziele zu konzentrieren:

Das Quartiersmanagement hat die Aufgabe, die im Quartier vorhandenen und häufig brachliegenden Erfahrungen, Kompetenzen und Qualifikationen der Menschen zu entwickeln, um sie für die Lösung der drängenden Infrastrukturprobleme im Quartier nutzen zu können. So kann eine soziale Stabilisierung der Lebenslagen er-

reicht werden, die noch über die Beendigung des Programms hinausreicht.

#### 6. Fazit

Die SPD hat Willen zur Macht wiederentdeckt. Was aber fehlt ist ein Programm, wie sie ihre Führungsposition im Berliner Parteigefüge zu nutzen gedenkt. Wir schlagen eine Strategie vor, die primär auf die Entwicklung der in der Stadt vorhandenen Potenziale setzt. Sie ist vor dem Hintergrund leerer Kassen politisch die einzige Chance,

die Stadt wirtschaftlich zu entwickeln und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Gleichzeitig begreift sie die Menschen als handelnde Akteure der Stadt mit denen politischer Gestaltungsanspruch zurückgewonnen werden kann. Für die Berliner Sozialdemokratie ist diese Strategie daher doppelt attraktiv. Es geht schlicht darum, unter der Führung einer sozialdemokratischen Reform- und Gestaltungsperspektive, diese Stadt in die neuen Zeiten zu führen – nicht mehr aber auch nicht weniger. spw 2/2002

## Marx in Soho

### Zur Schauspielproduktion MARX IN SOHO am Staatstheater Kassel

Von *Martina Grohmann*

Karl Marx: ein Name, der klingt und mit dem – wie mit kaum einem anderen – beim bloßen Aussprechen eine Unzahl von Haltungen, Historien, Lebensformen und –gefühlen, Meinungen, Positionen und Biografien mitschwingen. Marx ist zu einer vielstrapazierten Denkfigur geworden, zu einer Projektionsfläche für Generationen und Völker. Daher ist es nur naheliegend, ihn auf die Bühne zu bringen, seine Figur aufzugreifen und für das Theater zu nutzen.

Der Text, der der Inszenierung von Intendant Prof. Dr. Christoph Nix, zugrundeliegt, ist ein Monolog von Howard Zinn. Zinn ist Historiker und Politologe, Professor emeritus an der Boston University. „Marx in Soho“ wurde 1995 am Cloud Street Theatre in Washington D.C. uraufgeführt. Auf der Studiobühne frizz des Staatstheaters Kassel ist das Stück nun in der deutschsprachigen Erstaufführung zu sehen.

Howard Zinn setzt den politischen und historischen Konnotationen einen „anderen“ Blick auf Marx entgegen.

Marx erzählt seinen Mythos selbst. Ist Charakterfigur und ein Held in ganz privater Retrospektive: purer Mensch in gewisser Weise, gleichzeitig jedoch immer die Verstellungen der Biografen und Interpretationen mitliefernd: der Mythos auf das Podest, die Kunstfigur auf die Theaterbühne.

Marx steigt in diesem Text aus seinem Himmel herab in die Gegenwart des ausgehenden 20.

Jahrhunderts, um ins Londoner Soho zurückzukehren, das ihm ein Stück Heimat geworden ist. So bildet auch ein in London gedrehter Film das Intro der Inszenierung: Marx durchwandert gleichermaßen als Tourist eine ihm fremd gewordene Großstadt und begegnet überall seiner eigenen Geschichte, seinem Bild, seinem Namen. Auf der Bühne sehen wir ihn dann in einem Raum, voller Klischees, und assoziierter Symbole, in roter Farbe eingekleidet, in den Aspekten eines alltäglichen Lebens, des Haushalts einfließen, die die Figur in überhöhter Form konkret werden las-

sen, ihr menschliche Züge verleihen: beim Bügeln, Wäsche waschen, Bier trinken.

„Was wäre wenn“, dieser Frage geht der Text nach, wenn er Karl Marx zurückholt zu den irdischen Fragen und ihn mit der Gegenwart konfrontiert. Karl Marx kommentiert den siegreich gebliebenen Kapitalismus, erzählt von seinen Ideen und wie wenig ihn seine Zeit verstanden hat. Vor allem aber rekapituliert er ganz private Episoden: als Ehe-

mann und Vater, der all seine Kraft für das Buch aufwendet, das zu seinem Lebenswerk geworden ist. „Das Kapital“ entsteht zwischen Pfandleihe und dürtigsten Wohnverhältnissen eines Flüchtlingsalltags in Londons Soho. Er erinnert sich an seinen elenden Existenzkampf, an seine Frau, sein Dienstmädchen, seine Töchter, an – nur teils historische – Begegnungen mit Friedrich En-

gels und dem Revolutionär Bakunin. Er quält sich mit seinen Furunkeln. Heiter und unpräzise wird Geschichte in Schlagworten angerissen und aufgearbeitet, die so hautnah in all ihrer Theatralität erfahrbar wird. Karl Marx erscheint als wortreicher Streiter für seine Ideen an gleich zwei Fronten: der Gegenwart und der Vergangenheit. Ein lebenswerter Kauz, der zuletzt mit der Gegenwart ins Gericht geht und dabei Jesus als seinen Zeugen zitiert. Jesus und Marx miteinander so direkt in Verbindung gebracht als zwei Legenden, die ihre gemeinsame Schnittmenge ausstellen, ein Augenzwinkern, mit der er dem Blick der Rezeption begegnet und ihn auf sich selbst zurückwirft.

Ironie ist es auch, wenn Wolfram Mucha, der Darsteller von Karl Marx, ihm so ähnlich sieht, dass er in den Straßen Londons mit ihm „verwechselt“ wurde. Wenn mit Friedrich Schenker, der den Abend mit Musik unterlegt, einer die Bühne betritt, der mit seinem Friedrich Engels-Bart das Gespann komplettiert. Und gerade in der Ähnlichkeit, wird die Vertrautheit der Biografie, der Anekdoten, von denen der Text erzählt, die Thesen, die er zitiert, wird dieser Persönlichkeit ihre Eigenartigkeit zurückgegeben, erkennt man das Klischeebild, das im Postkartenformat zur Irritation und Provokation für die Tradition der Rezeption wird.

Und so stellen sich letztlich die Fragen: Was ist es, was von Marx bleibt? und Was ist aus Marx geworden? Stück und Inszenierung können keine Antwort geben, wollen aber Ansatz bieten, Marx neu zu diskutieren, Resümee zu ziehen unter historische, philosophische und politische Vereinnahmungen und gleichzeitig weiterzudenken. Ein halbnaives, ironisches Innehalten inmitten von Aneignungs- und Abstoßungsprozessen. Zahlreiche Referenzen wurden deshalb eingeladen zu der Reihe „Marx im Gespräch“ und haben sich aus verschiedensten Expertenblickwinkeln dem Thema Marx angenähert, die Diskussionen und Gespräche entfacht haben und die These belegt haben, die der Theaterabend als sein Motto trägt: Marx ist nicht tot. spw 2/2002

**Weitere Vorstellungen im April:**  
12/04, 27/04, 20.30 Uhr im frizz.  
Karten Tel.: 0561 1094 222

**Howard Zinn, Marx in Soho, Dramelett für eine Stimme. Aus dem Amerikanischen von Heide Sommer. Europäische Verlagsanstalt/Rotbuch Verlag, Hamburg 2000.**

Im Anschluss an die Aufführung des Theaterstückes „Marx in Soho“ im Staatstheater Kassel hatte der Intendant Prof. Christian Nix das Publikum zu einer Gesprächsreihe eingeladen, die mit Beiträgen von und über Marx eröffnet wurden. spw dokumentiert in diesem und den nächsten Heften diese einleitenden Beiträge und beginnt mit nachfolgendem Text von spw-Herausgeber Horst Peter.

# Marx im Gespräch

## Der Mensch und die Natur

Von Horst Peter

Nach der aufmerksamen Teilhabe an der Rückkehr von Marx nach Soho stellt sich für mich eine drängende Frage: Warum hatte Marx in dem Stück ein weitgehendes Diskussionsverbot? Etwa, weil er uns nichts mehr zu sagen hat, da ihm und uns das handelnde gesellschaftliche Subjekt verloren gegangen ist, die Arbeiterklasse? Oder etwa, weil er uns zeitnah als fundamentaler Kritiker des Kapitalismus mehr zu sagen hat, als der Gemeinde des neo-liberalen Zeitgeistes genehm sein kann?

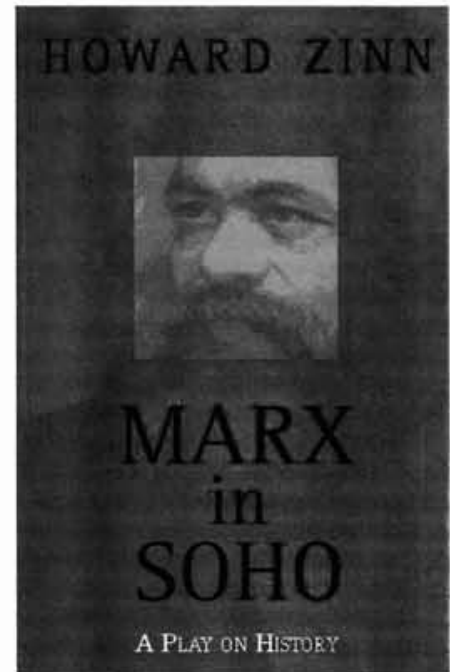
Es lohnt sich dieser Frage nachzugehen. Ich will mit Marx in ein fiktives Gespräch eintreten über das, meines Erachtens, existenzielle Hauptproblem der Menschheit, ob es gelingt mit der Natur so sorgsam umzugehen, dass auch künftige Generationen eine Lebensperspektive haben oder ob der globale Kapitalismus in seinem Streben die Erde insgesamt dem Kapitalverwertungsprinzip zu unterwerfen, die natürlichen Grundlagen seiner Produktivität selbst zerstört. Wenn Marx zu dieser Zukunftsfrage etwas zu sagen hat, lohnt es sich mit ihm ins Gespräch zu kommen. Dabei sind wir auf Originaltexte von Marx angewiesen, auch wenn sie in der ihm eigenen Sprache des 19. Jahrhunderts abgefasst sind und uns die PISA-Studie aktuell mitteilt, dass die deutsche Schule Schwierigkeiten hat, das Verständnis von Texten zu vermitteln – nicht nur ein Problem von Schülerinnen und Schülern, sondern auch von Erwachsenen. Aber das ist eine andere Geschichte.

Fragen wir zunächst, wie Marx das Verhältnis des Menschen zur Natur sieht, stellen wir ihm die Naturfrage: „Das praktische Erzeugen einer gegenständlichen Welt, die Bearbeitung der unorganischen Natur, ist die Bewährung des Menschen als eines bewussten Gattungswesens. Diese Produktion ist sein werktätiges Gattungsleben. Durch sie erscheint die Natur als sein Werk und seine Wirklichkeit“ (Karl Marx, Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, MEW, Ergänzungsband I, S. 516). „Der Mensch lebt von der Natur. Heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozess

bleiben muss, um nicht zu sterben. Dass das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als dass die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur“ (ebenda S. 516 f.). Aha! Für Marx ist die produktive Tätigkeit der Menschen entscheidend zum Menschsein. Die produktive Tätigkeit des Menschen ist die schöpferische Potenz, die mit Hilfe von Wissenschaft und Technik sich selber die Welt aufbaut. Gleichzeitig ist der Mensch als Teil der Natur in die Gesamtnatur eingebunden. Geschichte als Gestaltung der Welt durch den Menschen bleibt immer zugleich Teil der Produktivität der Natur.

Die Produktivität der Natur setzt also der Produktivität der menschlichen Tätigkeit Grenzen. Angesichts der ökologischen Probleme der Industriegesellschaften wie der Zerstörung natürlicher, nicht erneuerbarer Ressourcen, riesiger Abfallberge, des Klimawandels, von Erosionskatastrophen, Wüstenbildung, ökologischem Umkippen von Seen und Flüssen scheinen die Grenzen der gegenwärtig herrschenden Produktionsweise bereits in Sichtweite.

Wieso gehen die Menschen sehenden Auges diesen Weg, wäre die nächste Frage an Karl Marx. „Indem die entfremdete Arbeit dem Menschen erstens die Natur, zweitens sich selbst, seine eigene tätige Funktion, seine Lebenstätigkeit, so entfremdet sie dem Menschen die Gattung; sie macht ihm das Gattungsleben zum Mittel des individuellen Lebens. Die entfremdete Arbeit macht also drittens das Gattungswesen des Menschen, sowohl die Natur als sein geistiges Gattungsvermögen zu einem ihm fremden Wesen, zum Mittel seiner individuellen Existenz. Sie entfremdet dem Menschen seinen eigenen Leib, wie die Natur außer ihm, wie sein geistiges Wesen, sein menschliches Wesen“ (ebenda). Das heißt nichts anderes, als „Sie wissen nicht, was sie tun.“: Die Menschen gestalten die Welt im Stoffwechsel mit der Na-



tur und sehen die Zusammenhänge nicht und auch nicht die Folgen für sich selbst, die Natur und künftige Generationen. Der die menschliche Existenz tragende Naturzusammenhang ist den Menschen verloren gegangen. An die Stelle eines bewussten Gattungslebens in Verantwortung für die gesellschaftlich und im Einklang mit der Natur zu bewältigenden Aufgaben, treten gesellschaftlich-bewusstlos hervorgebrachte Produktions- und Herrschaftsverhältnisse, die Mensch und Natur ihre blinden Entwicklungsgesetze aufdrücken. Für Marx ist der Kapitalismus der Höhepunkt der entfremdeten Produktion und Konsumtion. Deshalb verdient diese Produktion fundamentale Kritik: sie steht der Entfaltung des Menschen im Einklang mit der Natur im Wege.

„Wie also die auf das Kapital gegründete Produktion einerseits die universelle Industrie schafft, andererseits ein System der allgemeinen Exploration der natürlichen und menschlichen Eigenschaften, ein System der allgemeinen Nützlichkeit, als dessen Träger die Wissenschaft selbst so gut erscheint, wie alle physischen und geistigen Eigenschaften, während nichts als An-sich-Höheres, Für-sich-selbst-Berechtigtes, außer diesem Zirkel der gesellschaftlichen Produktion und Austausch erscheint. So schafft das Kapital erst die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft... Die Natur wird erst ein Gegenstand für den Menschen, rein Sache der Nützlichkeit; hört auf als Macht für sich anerkannt zu werden, und die theoretische Erkenntnis ihrer selbstständigen Gesetze erscheint selbst nur als List, um sie den menschlichen Bedürfnissen, sei es als Gegenstand des Konsums, sei es als Mittel der Produktion, zu unterwerfen“ (Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, S. 312). Ganz

Horst Peter, Mitherausgeber der spw und Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung.

## Transformationen des deutschen Industriemodells

Klaus Dörre

### Kampf um Beteiligung

Arbeit, Partizipation  
und industrielle Beziehungen  
im flexiblen Kapitalismus



2002. 439 Seiten  
mit 20 Tabellen.  
Broschiert  
EUR 32,90  
ISBN  
3-531-13658-5

Die industrielle Restrukturierung der 90er Jahre hat sich in Gestalt einer arbeitspolitischen

Pendelbewegung vollzogen. Auf die breite Rezeption und Anwendung partizipativer Managementprinzipien folgte eine regressiv Entwicklung.

Das Pendel kehrt jedoch nicht zu seinem Ausgangspunkt zurück. Direkte Partizipation wird zunehmend als Rationalisierungsressource genutzt, während Humanisierungsversprechen auf der Strecke bleiben.

Der Autor analysiert die Ursachen dieser Entwicklung auf der Grundlage intensiver Fallstudien. Er diskutiert den selektiven Zugriff auf das Partizipationsvermögen von Beschäftigten im Kontext der Herausbildung eines neuen, nachfordristischen Produktionsmodells.

In seinen Schlussfolgerungen plädiert er für eine Politik der Teilhaberechte, die an die Stelle traditioneller Ansätze treten könnte.

Änderungen vorbehalten. Stand: März 2002.  
Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag.

Besuchen Sie unseren Bookshop im  
Internet: [www.westdeutschervlg.de](http://www.westdeutschervlg.de)



Westdeutscher Verlag  
Abraham-Lincoln-Str. 46  
D - 65189 Wiesbaden  
Tel 06 11. 78 78 - 124  
Fax 06 11. 78 78 - 420

schön komplex und kompliziert. Aber es trifft den Kern: Industrie und Wissenschaft sind einerseits die gesellschaftlich produktiven Kräfte, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, andererseits gefährden sie ihre produktive Basis, den Menschen und die Natur, da sie in entfremdeter Form wirken. Im Auftrag der kapitalistischen Akkumulation beuten sie die Menschen wie die Natur aus. „Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben. Jeder Fortschritt in der Steigerung der Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist ist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quelle dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt nur die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Sprungquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 529 f.). Natur und Arbeit sind also die Basis des Reichtums: Sie werden im kapitalistischen Produktionsprozess zwangsläufig untergraben. Das ist der ökologische Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise. „Die Arbeit ist nicht die Quelle allen Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch Wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft“. (Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 15)

Das geht in Richtung der politischen Arbeiterbewegung, die die Natur als Quelle des Reichtums bis heute vernachlässigt und damit die destruktiven Folgen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses nur halb versteht. Ich frage, ob Marx auch die Handlungsorientierungen aus dem ökologischen Krisenmechanismus des Kapitalismus gibt. „Antizipation der Zukunft – wirkliche Antizipation findet überhaupt in der Produktion des Reichtums nur statt in Bezug auf den Arbeiter und die Erde. Bei beiden kann durch vorzeitige Überanstrengung und Erschöpfung, durch Störung des Gleichgewichts zwischen Ausgabe und Einnahme die Zukunft realiter antizipiert und verwüstet werden. Bei beiden geschieht es in der kapitalistischen Produktion“ (Theorie über den Mehrwert, MEW 26/3, S. 303)

Die Lösung ergibt sich aus dem Doppelcharakter von Industrie und Wissenschaft und ihre revolutionäre Aneignung durch die „vereinigten Individuen in Allianz mit der Natur“. „Die positive Aufhebung des Privateigentums als Ursache menschlicher Selbstentfremdung ist die wahrhaftige Auflösung des

Widerstreits zwischen dem Menschen und der Natur und mit dem Menschen.“

Oder noch differenzierter: „Also die Gesellschaft ist die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und der durchgeführte Humanismus der Natur.“

Die Entfremdung haftet also dem Mensch-Natur-Verhältnis nicht naturnotwendig an, sondern ist durch die bewusstlos hervorgebrachte gesellschaftliche Praxis entstanden. Deshalb kann das bewusst und solidarisch handelnde Individuum die gesellschaftliche

### Nur über die Menschen als Teil der Natur kann sich die Natur gegen die Zerstörung zur Wehr setzen.

Praxis bewusst gestalten und die Entfremdung aufheben. In der gesellschaftlich bewusst übernommenen Verantwortung für die gesellschaftliche Praxis durch die freie solidarische Vereinigung der

Individuen begreifen diese ihre produktive Tätigkeit aus dem lebendigen Zusammenhang mit der Natur. Sie treten in eine „bewusste Allianz mit der Natur ein“ (Bloch).

### Welche ist nun die Grundrichtung dieses Gestaltungsprozesses?

„Selbst die ganze Gesellschaft, eine Nation, selbst alle gleichberechtigten Gesellschaften zusammen genommen sind nicht die Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen (Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 784).

Fürwahr ein ökologischer Imperativ zur Lösung der Naturfrage! Er richtet sich an alle Produzierenden: die Lohnarbeiter, die Bauern, die selbstständigen Handwerker, aber insbesondere die Frauen, die mit der Pflege und Erziehung unentbehrliche produktive Tätigkeit ausüben, ausdrücklich nennt Marx auch die Intellektuellen.

Nur über die Menschen als Teil der Natur kann sich die Natur gegen die Zerstörung zur Wehr setzen.

Kommen wir zurück zur Ausgangsfrage: Der ökologische Marx hat uns tatsächlich mehr zu sagen als der neoliberale Zeitgeist trägt: die ökologische Krise gehört untrennbar zur sich globalisierenden kapitalistischen Produktionsweise.

Wir müssen fragen:

- Ist die Naturkrise innerhalb des globalen Industriesystems lösbar?
- Gibt es für eine naturverträgliche Wirtschaftsordnung einen praxisfähigen Entwicklungsweg?
- Ist die Einbeziehung der Natur in das wissenschaftlich-technische Fortschrittsmodell der Moderne realisierbar?

Der ökologische Marx fordert die Politik zum konzeptionellen Handeln heraus!

# Initiative für eine sozialistische Politik in der SPÖ

Ein Interview mit Jürgen Hirsch zum 5jährigen Bestehen der isp

am 02.04.2002

spw: Kannst du uns etwas über die Beweggründe sagen, die euch 1997 veranlasst haben initiativ zu werden?

Hirsch: In der SPÖ hat der politische Kurs seit Franz Vranitzky mit versteckter bis offener Privatisierungsideologie (von Gemeinschaftseigentum) und für Kapitalanleger verstärkt und zu innerparteilicher und innenpolitischer Desorientierung geführt. Und dies hat sich auch in verschlechternden Wahlergebnissen für die SPÖ niedergeschlagen.

Diese, schon langjährige, Unzufriedenheit führte 1997 mehr als 150 SozialistInnen ins „Haus der Begegnung“ in der Otto-Bauer-Gasse. Unterstützt wurden wir von Anfang an von der „mitbestimmung“-zeitschrift für demokratisierung der arbeitswelt.

spw: Wie war damals die Stimmung? Welche Erwartungen und Hoffnungen hattet ihr?

Hirsch: Viele fühlten sich seit langem von der SPÖ politisch allein gelassen und konnten bei diesem Treffen an oft langjährige MitstreiterInnen für die „sozialistische Sache“ sozial und politisch „anknüpfen“.

Sie alle waren gekommen, um einen neuerlich Umbruch, einen gemeinsamen Aufbruch, in kreiskyscher Tradition, mit vielfältigen Anregungen und Diskussionsbeiträgen, zu starten. Deshalb ist auch, auf dieser Konferenz, ein Grundlagenpapier – „Vorwärts zu Taten! Für eine sozialistische Politik der SPÖ“ – erarbeitet und verabschiedet worden. Die Medien haben unsere Aktivitäten begehrlig aufgegriffen und weitervermittelt, weil sie an eine Abspaltung glaubte.

spw: Ihr habt die Ergebnisse Eurer Konferenz auf dem Bundesparteitag in Linz 1997 vorgebracht. Wie lauteten die zentralen Anliegen und Forderungen?

Hirsch: Es ging und geht uns darum, das österreichische Sozialstaatsmodell abzuschwächen und die zunehmenden neoliberalen Tendenzen zurück zu drängen. Ebenso ist uns die Reaktivierung der Gemeinwirtschaft wie auch die verfassungsrechtliche Bewahrung der „immerwährenden Neutralität“ ein großes Anliegen.

Mit dem auf der Konstituierungskonferenz verabschiedeten Papier konnten wir am darauf folgenden Bundesparteitag mit einer größeren Anzahl von GenossInnen Diskussionen führen und erreichen, dass zahlreiche Delegierte – Mitglieder, Funktionäre aber auch Minister der Regierung – diese Diskussion aufgriffen und in Einzelgesprächen und als Delegierte „von oben“ weiter trieben. So konnten wir in Linz mehr als fünfhundert weitere UnterstützerInnen für die *initiative* gewinnen.

spw: Führte euer Forderungskatalog zu der für euch notwendigen Neuorientierung der Politik der SPÖ?

Hirsch: Es ist uns tatsächlich gelungen einen großen Mitglieder- und Sympathisantenkreis aus dem

„individuellen“ politischen Ärgernis“ zu reißend und für die „gemeinschaftliche“ Diskussion zu gewinnen. Viele SPÖ-Mitglieder, Funktionäre und Sympathisanten haben das „linke Bildungs- und Mutmachangebot“ der *initiative* angenommen und mit ihren eigenen – „oft zugeschütteten“ – analytischen Wissen, um eine äußerst Widersprüchliche kapitalistische Gesellschaft, wieder, verknüpft.

Es ist wieder gelungen, Diskussionen, mit den dazu notwendigen linken Inhalten und Vokabular in ihren Bereichen (Sektionen / Abteilungen und Arbeitsgruppen) wieder *links* und nicht „marktgerecht“ zu führen.

1998 machte die ISP Vorschläge zu Teilen des neuen SPÖ-Programmentwurfs. Im Vorfeld

der Programmdiskussion kam es zu einigen Treffen und Diskussionen mit führenden VertreterInnen aus Partei und Gewerkschaft u.a. mit Genossen Klima und Einem. Die uns bekannten, aber uns ungenügenden Vorschläge für das kommende Parteiprogramm wurden von unserer Seite teilweise mit großer Vehemenz abgelehnt und mit eigenen Entwürfen ergänzt. Dabei kam es im Vorfeld mit dem damaligen Bundesgeschäftsführer Andreas Rudas zu hitzigen Diskussionen und Auseinandersetzungen. Und wir konnten auch wieder mit vielen anderen Partei- und Gewerkschaftsgruppierungen gemeinsam an einem linken, sozialistischen Strang ziehen.

spw: In diesen Vorschlägen wird mit Kritik am Kapitalismus und den neoliberalen Umwälzungsprozessen nicht gespart.

Hirsch: Wir versuchten, ein verflachtes, unanalytisches „Papier der schönen Worte“ und „an der neoliberalen hereinbrechenden Realität vorbei“ zu verhindern. Wir versuchten anzuknüpfen an einer weiterentwickelten austro-marxistischen Aufklärung. Unter der Devise: „Sagen was ist“ und „die Utopie nicht aus den Augen verlieren“, in der weiterentwickelten Tradition von Otto-Bauer, Käthe Leichter, Rosa Jochmann, Josef Hindels, Bruno Kreisky und viele andere.

spw: Wurde eure Kritik wirklich ernst genommen? Konnte sie die Programmdiskussion qualitativ beeinflussen?

Hirsch: Da unsere Leute „aus der Mitte der Partei“ kommen und damit sozialdemokratisches bzw. sozialistisches „Urgestein“ repräsentierten, mussten wir als Einzelpersonen wie als Gruppe ernst genommen werden. Wir hatten das Gefühl, und nach dem Programmparteitag die Bestätigung, dass es uns gelungen war in Zusammenarbeit mit anderen Parteigruppierungen vieles, wenn nicht alles, mit theoretischen Vorlagen und Arbeitspapieren und Aktionismus zu verhindern. Wir hatten auf der linken Seite, auch im Vorfeld mit Pressegesprächen und Themenkonferenzen, wieder Diskussionsfläche und Inhalte, die auch auf andere Gruppierung ausstrahlte, dazu gewonnen. Durch unsere eigene vielfältige Struktur, jeder von uns ist in unterschiedlichsten Bereichen tätig, konnten wir optimal, individuell und als Gruppe unsere Inhalte im Namen unterschiedlichster Parteigruppierungen und der *initiative*, einbringen.

Interview mit Jürgen Hirsch, Mitarbeiter der „Initiative für eine sozialistische Politik in der SPÖ“ anlässlich des 5-jährigen Bestehens am 02. April 2002.

Jürgen Hirsch ist Mitarbeiter der Initiative. Das Interview führte Klaus Störch für spw.

spw: Im Februar 2000 kam es zum Machtwechsel in Österreich. Worin liegen deiner Meinung nach die Ursachen für den Regierungswechsel?

Hirsch: Die österreichische „Sozialpartnerschaft“ (aus dem Geist der KZ-Lagerstrasse entstanden) drohte schon seit einigen Jahre das Aus. Die neoliberalen globalen Auswirkungen von Sozialabbau und Privatisierungen etc. drückten schon längere Zeit auf das österreichische System.

Das österreichische System des ökonomisch-sozialen Verteilungskampfes am Verhandlungstisch, von Kreisky als „sublimierter Klassenkampf am runden Tisch“ bezeichnet, hatte sich verabschiedet, nachdem Teile der Industrie unter den neuen Bedingungen „Extraprofit durch Sozialabbau“ zu gewinnen hofften. Die Stimmung innerhalb der Bevölkerung war, obwohl die SPÖ zu jeder Zeit stärkste Partei blieb, nach 51 Jahren Regierungsbeteiligung, davon fast dreißig Jahre führend, einfach politisch verflacht und destabilisiert. Die historischen Erfahrungen (der dreißiger Jahre, des Bürgerkriegs 1934

und die ökonomische Ausstrahlung und sozialen Wirkung des Kapitalismus auf den Faschismus auf die Ziele einer „konservativen (ÖVP) und rechts-nationalen Partei (FPÖ)“, fehlte immer mehr.

spw: Hatte die SPÖ dem Machterhalt Willen zu große Zugeständnisse an die bürgerliche ÖVP gemacht?

Hirsch: In der Tat, und für die Bevölkerung sichtbar, hat in der großen Koalition die SPÖ der ÖVP immer mehr neoliberale Zugeständnisse bei Privatisierung und Sozialabbau gemacht. Die SPÖ hatte sich schon in den letzten Jahren, zu neoliberal entgegenkommend, verbogen. Der Unterschied einer ÖVP/FPÖ-Politik konnte der Bevölkerung nicht mehr deutlich gemacht werden.

spw: Wenn ich mich recht erinnere, dann kam es unter Viktor Klima zu einer regelrechten Privatisierungswelle?

Hirsch: Richtig sichtbar ist dies durch die Privatisierung und Auslagerungen sozialdemokratischer Kernbereiche der verstaatlichten Industrie z.B. Stahl, Kohle, Autobereiche (Steyr-Puch), Banken, Energie, Gesundheit und vieles mehr. Begonnen hatte es schon lange Zeit vorher unter Franz Vranitzky.

Der Zusammenbruch des für Österreich so wichtigen Ostmarktes und der einwirkende globalisierte Standortwettbewerb, bei sich weiter reduzierenden – für den Sozialstaat wichtigen – Steuereinnahmen, hatte einen weiteren großen Anteil an diesem negativen Einschnitt.

spw: Alfred Gusenbauer wurde am 29. April 2000 zum SPÖ-Vorsitzenden gewählt. Steht

Gusenbauer für eine inhaltliche Wende der SPÖ?

Hirsch: Klima wollte nach den Nationalratswahlen vom Februar 2000 fast in Alleinverhandlungen noch mal ein „Stück des (neoliberalen Ausverkauf) Weges“ mit der ÖVP gehen, aber der Gewerkschafter Nürnberger zog zum Glück die „Notbremse“ und brachte die Verhandlungen zum Scheitern.

Bundesgeschäftsführer Andreas Rudas verabschiedete sich (als Anhänger des Blair-Schröder-Kurses), wie auch andere, in die Industrie (zum österreichisch-kanadischen Industriellen Stronach), Klima, der noch Gusenbauer als neuen Bundesgeschäftsführer installierte, trat zurück und ging zu VW nach Argentinien. Damit war die so notwendige Wende zum gerade bestätigten Bundesgeschäftsführer Alfred Gusenbauer als SPÖ-Vorsitzenden klar.

spw: Welchen Anteil hat die ISP?

Hirsch: Viele von uns kennen Alfred Gusenbauer, als Vorsitzender der Sozialistischen Jugend und langjähriger Internationaler Sekretär (der vier Sprachen spricht) aus der politischen Arbeit

jahrzehntelang sehr persönlich. Und wir unterstützten vielfältig in Form von Pressekonferenzen, Zeitungsartikeln sowie Aussendungen und vielen Gesprächen seine Kandidatur.

In dieser kurzen intensiven innerparteilichen Parteisituation war er geradezu ein politischer Glücksfall, der in der Lage ist, dem „Parteikörper“ (Funktionäre, Mitglieder, Sympathisanten, WählerInnen) das notwendige Vertrauen wiederzugeben.

spw: Konnte sich die österreichische Sozialdemokratie in der Opposition wirklich erneuern?

Hirsch: Dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen, denn nach über 50 Jahren Regierungstätigkeit gilt es inhaltliches und in der Form der Auseinandersetzungen zu verändern.

spw: Konnte sie nachhaltige Konzepte und Alternative zur herrschenden ÖVP/FPÖ entwickeln?

Hirsch: Kurz nach Beginn der SPÖ-Opposition wurde von Gusenbauer ausgehend (vom SPÖ-Renner-Institut abgewickelt) das „Netzwerk-Innovation“ ins Leben gerufen und mit den verschiedensten Diskussionen personell verknüpft. Die Erneuerung setzt sich also mit vielerlei Veranstaltungen und Diskussionen – mit vielen Prominenten wie Stiglitz, Susan George (ATTAC), Jose-Maria Figueres (Costa Rica) etc. und weniger Prominenten – als Bildungs-erneuerung durch.

spw: Oder profitiert die SPÖ lediglich von der katastrophalen Vorstellung, die diese Regierung – gerade auch in den letzten Tagen und Wochen aufführt?

Hirsch: Aber natürlich auch dadurch. Aber der enorme Sozialabbau ist für die große Mehrheit, jetzt als Unterschied zur vergangenen SPÖ/ÖVP-Koalition, wieder persönlich negativ „spürbar“. D.h. die Menschen erkennen auch wieder politische und soziale „Unterschiede“. Diese sind in letzten Jahren der Regierungstätigkeit „verschlampt“ worden.

Aber unser Land ist in den letzten zwei Jahren auch derart, siehe EU-Sanktionen und billige Nato-Anpassungsversuche der ÖVP/FPÖ, in einer bisher unbekanntem Art und Weise beschädigt und, durch innenpolitische wie außenpolitische Handlungen, desavouiert worden. Und dies, nachdem Österreich und seine Bürger mit der „aktiven kreiskyschen Neutralitätspolitik“, aber auch mit seinen unzähligen UN-Friedenseinsätzen, äußerst positive Erfahrungen und eine bis dahin unbekanntem weltweite Anerkennung – in allen Ländern, bei oft unterschiedlichsten Position – „abbekommen“ hat.

spw: Die Demoskopien (Gallup) sehen die Sozialdemokraten derzeit bei 37%. Wird die SPÖ bis zu den nächsten Nationalratswahlen, die voraussichtlich im April 2003 stattfinden werden, noch einmal zulegen können?

Hirsch: Die Polarisierungen und auch die Auseinandersetzungen werden noch weiter zunehmen! Denn die Regierungsparteien haben in den letzten zwei Jahren bei wesentlichen Wahlen kräftig verloren.

Und die von FPÖ/ÖVP versuchte Aufkündigung der (zum Glück) verfassungsrechtlich abgesicherten (bei der Bevölkerung mit mehr als 65%, zunehmende Tendenz, gewünschte) „immerwährenden Neutralität“, wird ein Wahlkampfthema sein. Ebenso wird auch die Verteidigung der EU, „nur innerhalb der EU-Grenzen“ und keine Interventions-truppe außerhalb des UN-Rechts, ein Thema sein.

spw: Wird das reichen? Welche ernsthafte Optionen gibt es für die Sozialdemokraten?

Hirsch: Die SPÖ versucht mit den Grünen – die im Völkerrechtsbruch gegen Jugoslawien und beim US-Angriff auf ihre ehemaligen Verbündeten Taliban eine völlig andere Politik als die deutschen Grünen betrieben haben – im Parlament schon jetzt eine konstruktive Arbeitsübereinkunft. Wie dies schon jetzt in Wien, obwohl SPÖ-Alleinregierung, betrieben wird. Im schlimmsten Fall muss auf eine Auswechslung des Vorsitzenden, die ÖVP gesetzt werden...

Dafür zu arbeiten dass sozialer und politischer Widerstand entsteht (wie jetzt mit dem Volksbegehren „Sozialstaat Österreich“), „dass es reicht“, ist sowohl das Ziel der Gesamtpartei als auch speziell der *initiative*.

spw: Hat Alfred Gusenbauer das Zeug zum Bundeskanzler? Oder wird Michael Häupl nach seinem fulminanten Wahlsieg in Wien Gusenbauer herausfordern?

Hirsch: Alfred Gusenbauer hat mehr „Zeug“ dazu als wir für die Partei erhofft haben. Bei unserem letzten ISP-Pressesgespräch wurde er von Erwin Lanc (Innenminister a.D.) „als der klügste Parteivorsitzende seit Kreisky“ bezeichnet. Wir werden die Neukonstituierung der Partei im solidarisch und kritisch begleiten.

Der fulminante Wahlsieg von Michael Häupl, der ein hervorragender Bürgermeister ist, ist die notwendige Grundlage und, wie erst jüngst auf der SPÖ-Tagung bezeichnet wurde, ist das rote Wien das lebendige, für die Bürger sichtbare Gegenmodell zur „unsozialen schwarz-blauen Zerschlagungspolitik“.

Häupl hat die Kandidatur von Gusenbauer unterstützt und wird keinen Machtanspruch – der nicht SPÖ-üblich ist und auch nicht innerparteilich goutiert werden würde – stellen.

spw: Kann es ein rot-grünes Projekt in Österreich überhaupt geben?

Hirsch: Grundsätzlich ja, aber dies wird auch

von der Auseinandersetzung und der inhaltlich notwendigen Überzeugungsarbeit in und mit der Bevölkerung abhängen. Die Grundlagen und politischen Möglichkeiten mit den Grünen, aufgrund der „anderen Politik“ zu den deutschen, unter Van der Bellen ist gegeben.

spw: Sind angesichts der geringen politisch-ökonomischen Handlungsspielräume nur mehr „Variationen der Mitte“ möglich?

Hirsch: Da wird es darauf ankommen wie wir unsere Vorstellungen einer europäischen „SP– links der Mitte“ in einem EU-Projekt, „REPUBLIK SOZIALES EUROPA“- Politik weiter treiben können.

spw: Steht dem nicht die „anti-soziale Politik der sozialdemokratischen Regierungen“ (Bourdieu) in Europa entgegen?

Hirsch: Da ist die vergangene neoliberale Praxis der britischen Sozialdemokraten mit ihrer nur in Feinheiten erkennbaren unterschiedlichen Politik zur vergangenen konservativen, Abschreckung genug um zu erkennen, dass ein anderer Weg beschränkt werden muss. Die Rolle des völkerrechtswidrig-tätigen „US-Hilfsheriffs“, und seiner ökonomisch-sozialen Vorstellungswelt, darf die Sozialdemokratie nicht als die ihre begreifen. Günther Grass hat ja auch zur von ihm abgelehnten Politik Schröders mehr als deutlich negative Worte im Gespräch mit Bourdieu gefunden.

spw: Welche Reformvorhaben müssen die Sozialdemokraten (gemeinsam mit den Grünen) unbedingt auf den Weg bringen?

Hirsch: Bei allen notwendigen Veränderungen müssen wir unterscheiden zwischen denen, die in Österreich alleine veränderbar sind und den Reformvorhaben, die aufgrund einer ruinösen Standortkonkurrenz, wie sie auch zwischen sozialdemokratischen Regierungen geführt werden, negativ auf nationalen Standort wirken.

Die Rückführung des Besteuerungsprinzips auf individuelle Möglichkeit, statt dem Gießkannenprinzip (z.B. beim Kindergeld), und die Streichung der Studien- wie der Ambulanzgebühren ist ebenso notwendig, um die soziale Spaltung zu bekämpfen. Da gilt es

negative Auswirkungen der Altersarbeitslosigkeit wie auch Maßnahmen gegen Steuerhinterziehungen zu treffen. Ebenso wird eine weitere Reduzierung der Verteidigungsausgaben (rundum sind Nato-Staaten und die neutrale Schweiz) möglich sein. Die Einführung eines reduzierten Arbeitszeitmodells sollte mit allen EU-Partnern

wie auch die Tobin-Spekulationssteuer auf den Weg gebracht werden. Und vieles mehr...

Die SPÖ, und wir im speziellen, setzt mehr darauf Infrastruktureinrichtungen zu kommunalisieren, die Grünen setzen mehr auf strengere Rahmengesetze und Selbstverwaltung/Privatisierungen.

spw: Wo liegen heute die größten Differenzen zwischen ISP und SPÖ?

Die gibt es sicherlich bei in Bereichen so notwendigen Utopie und Taktik die, an den „realen gesellschaftlichen Macht- und Umsetzungsmöglichkeiten“ anstoßen. Uns geht es darum, die bestmögliche, notwendige ökonomische Teilhabe für die Mehrheit der Bürger und vielfältige soziale Infrastruktur – wie Bildung, Kultur, Energie, Soziale und

medizinische Versorgung, Pensionen etc. – zu sichern. Gleichberechtigt und solidarisch.

spw: Wie ist die Haltung der ISP zur Frage der Neutralität vor dem Hintergrund der Ereignisse vom 11. September 2001?

Hirsch: Hier ist die Haltung der ISP wie der SPÖ, wie auch mit der zunehmenden Mehrheit der Bevölkerung, fast deckungsgleich. Wir halten die Attentate vom 11. September 2001 für eine kriminelle, terroristische Attacke, die mit rechtsstaatlichen Mitteln zu ahnden gewesen wäre.

Die Vorgänge sind Fazit einer über 500-jährigen chaotischen und zerstörerischen, ja in großen Teilen selbst terroristischen US-Politik. Eine Politik, die sich an der höchsten wirtschaftlichen Rendite ausrichtet, vorbei an Menschenrechten, jeglicher sozialer Ethik und dem Völkerrecht.

Da die immerwährende Neutralität verfassungsrechtlich (mit Zweidrittelmehrheit) abgesichert ist, ist eine Veränderung zu einer Teilnahme an einer Nato- oder EU-Interventionsarmee außerhalb des EU-Gebietes, und außerhalb UN-Rechts, nicht möglich. Auch dieser Faktor wird bei den nächsten Wahlen positiv – für die SPÖ und Grünen – eine entscheidende Rolle spielen.

spw: Lieber Jürgen, wir danken dir für das Gespräch. Dir und der ISP wünschen wir für die politische Arbeit in der Zukunft viel Erfolg. spw 2/2002

Die Mitarbeiter der initiative: bruno aigner, oswald bazant, lisbeth csuvala, leo gabriel, werner j. grüner, claudia groiss, alfred heinrich, jürgen hirsch, reimar holzinger, ursula knittler-lux, alfred kohlbacher, peter kreisky, silvio lehmann, peter ulrich lehner, peter lhotzky, bruno lizska, wilfried leisch, thomas mann, helga/theo maier, traudl mayer, eva mühlhofer-gurion, gerda neudecker, roman roscher, rudi schmid, ernst schwarz, peter stania, werner thum, franz winterer, gerti worel...



## Wie die Kultur zum Bauern kommt

*Pierre Bourdieu: Wie die Kultur zum Bauern kommt. Über Bildung, Schule und Kultur. Hamburg: VSA (Schriften zur Politik und Kultur 4), 2001. 207 S., 18,90 Euro*

Als sich das bestimmte nicht erzkonservative Kursbuch im März des Jahres 2000 wortreich um die „neuen Eliten“ kümmerte, durfte auch der Soziologe Heinz Bude einen Text beisteuern. Davon, dass man „durch Talent, Engagement und Initiative“ in solcherlei gesellschaftliche Höhen aufgenommen würde, schwafelte er. Von irgendwie demokratischen Zugang war die klingelnde Rede – westerwellisch gesprochen, haben die, die viel leisten, viel Recht auf Zugehörigkeit zur Elite. So konnte kaum deutlicher der Unterschied im grundsätzlichen Verständnis von Gesellschaft, Herrschaft und ganz besonders der Idee der Soziologie zu den Schriften Pierre Bourdieus heraustreten. Hier trennen sich Wissenschaftswelten und offenbart sich Zeitgeistiges. Auf der einen Seite nett anzusehende, gefällig schreibende und letztlich unbegründete Sozialdeskription; dem gegenüber gesetzt eine Soziologie, die sich selbst mit einem kritischen und widerständischen Aufbegehren versieht. Bourdieu hatte sich zeitlebens gegen solch ein Eliteverständnis durch die Untersuchung von Unterdrückungs- und Herrschaftsmechanismen gewehrt, hatte die Vielschichtigkeit der Abhängigkeit und zuletzt die versteckte und durchaus budesche Propaganda der autoritären Führungszirkel angegriffen. Wessen Eltern den Eliten angehören, hat die meisten Chancen ihr wieder anzugehören.

Pierre Bourdieu, der am 24. Januar verstarb, hatte sich noch in seiner letzten Rede auch um eine „engagierte Wissenschaft“ bemüht. Eine Wissenschaft mit kritischem Sinn und mit dem Interesse der Veränderung statt der blossen Legitimation. Von zentraler Aufmerksamkeit war für Bourdieu dabei auch der Komplex der Bildung – als institutionalisierte Ordnungsfunktion der Gesellschaft und untrennbar davon als soziales Feld. Noch zum Ende des letzten Jahres waren seine bildungstheoretische Schriften und Interviews erschienen und hatten damit ungewollt der PISA-Debatte eine entscheidende Dimension (zurück)gegeben. War bei der ideologieunverdächtigen Erhebung herausgekommen, dass sich der bildungsbürgerliche Anspruch Deutschlands als „Dichter und Denker“-Nation aufgrund veralteter Bildungsformen und -systeme nicht mehr mit der Realität deckt, so kann man bei Bourdieu grundsätzlicheres lesen.

Die Aufsätze und Interviews umfassen die Spanne eines Forscherlebens, von 1966 bis 2000 reichen die Veröffentlichungsdaten und zeichnen sich gerade vor den derzeitigen Debatten durch ihre Aktualität aus. Es zeigt sich:

Wir waren schon mal erheblich weiter! Der Tenor der Arbeit erschließt sich durch einen zeitlich gemeinten Rückschritt wissenschaftlicher Erkenntnisse – Bourdieu bewegt sich in einem Diskurs, in dem Intelligenz und bildungstechnische Leistungsvoraussetzung noch als gesellschaftliche Konstruktion verstanden wird. In Deutschland durften zeitgleich zweifelhafte Experten wie Roman Herzog über ihnen offensichtlich Unbekanntes reden; noch heute schillert durch alle politischen Lager das Gerede der „Begabung“ als grundlegende Disposition für Bildungsreformen. Genau dies wird von Bourdieu kraftvoll als Ideologie gekennzeichnet. Die Begabungsideologie hat dabei mehrere Dimensionen: Bourdieu stellt fest, dass ein Verständnis von Begabung als gewissermaßen naturgegebene Grundlage zur bildungstechnischen Ausrichtung des Schul- und Gesellschaftssystems eine herrschende Klasse und ihren Anspruch selbst reproduziert. So „bietet sich nicht nur der Elite die Möglichkeit, sich in ihrem Dasein gerechtfertigt zu sehen, sie trägt auch dazu bei, den Angehörigen der benachteiligten Klassen das Schicksal, das ihnen die Gesellschaft beschieden hat, als unentrinnbar erscheinen zu lassen.“ Das aus preussischer Zeit stammende dreigliedrige Schulsystem wies einst die Aristokraten, die Bürger und die breite Volksmasse in ihre gesellschaftlich getrennten Funktionen ein. Heute bilden Kinder aus Familien, in denen ein Elternteil eine Hochschulreife aufweisen kann, mehr als die Hälfte der Studierenden. Kinder, deren Eltern zur Hauptschule gingen, studieren nur noch zu 20 Prozent.

Es sind also institutionelle Rahmenbedingungen wie die Schule, die in Deutschland auf das klassen-, bzw. milieuspezifisch angeeignete kulturelle Kapital durch ihre starre Differenzierung zurückgreift, die die gesellschaftliche Konstruktion vorwegnehmen. Mit Bourdieu kann gesagt werden, dass sie „der Perpetuierung der kulturellen Privilegien“ dienen und sich in ihrer Erstarrung auf das formale Gleichheitspostulat als rückständig entkleiden. Dagegen wird von der Bundesbildungsministerin über Böllstiftung bis zur taz oftmals einen schwermeligen und versteckten Begabungsbegriff gesetzt. Irgendwie zustande gekommene „Unterschiedlichkeit“ müsse berücksichtigt werden.

Die hierzulande vorrangig unter dem Finanzierungsvorbehalt mehr exekutierte denn durchdachte Bildungspolitik erscheint fade bis kontraproduktiv. Kein grundsätzlicher Entwurf, nirgends; kein Interesse an sozialpolitischer Kritik oder wissenschaftlichen Analysen, die den Begabungsdiskurs durchbrechen könnten. So wird zumeist den ArbeitgeberInnenverbänden das Wort geredet.

In einem der Haupttexte („die konservative Schule“) erläutert Bourdieu, wie das Bildungssystem von Grund auf diejenigen, die aus ihrem sozialem Hintergrund nicht zu den kulturell Privilegierten gehören, in mehrfacher Wei-

se benachteiligt werden. Es stand in den siebziger und achtziger Jahren zumindest im Zentrum wissenschaftlichen Interesses herauszufinden, inwiefern Benachteiligungen bei den familiengebundenen Übertragungsweisen von sogenannt zweckfreier Bildung wie Sprache, kulturellem Bewusstsein und Ethos durch Veränderungen im sozialen Umfeld kompensiert werden können. Wenn heute in der Nachfolge einer Neoliberalisierung gesellschaftlichen Verständnisses und der gleichzeitigen Annahme von vorgegebenen Begabungsunterschieden das unmittelbare Leistungskriterium gegenüber den aufgestellten (und auf hohes kulturelles Kapital bezogenen) Wissensstandards blind für Sozialisationsprozesse geworden ist, erreicht die Bildungssystematik eine einfache Wirkungsweise: Scheinbar neutral geht die Schule von nicht deklarierten bildungsbürgerlichen Werten aus und funktioniert als wichtige Segregationsmechanik für die Einteilung in gesellschaftliche Schichtungen. Indem MigrantInnenkinder sich an den gleichen deutsch-bildungsbürgerlichen Wissensstandards messen lassen müssen, werden ihnen Zugänge verwehrt und gleichzeitig simpel konstatiert, dass eben Begabungsunterschiede vorhanden seien. Ob gut in Mathe oder nicht, wer sich bei Goethe nicht so gut auskennt wird eben zumeist Packer.

Vor etlichen Jahren hatte Michel Foucault zudem diese Sozialdisziplinierung und hierarchische Einordnungsfunktion mit einer wissensbezogenen Dimension verknüpft. So geht er auf die Produktion von Wissen ein, indem er feststellte, dass sich im zentralen Moment der schulischen oder universitären Prüfung ein Mechanismus etabliert habe, „der eine bestimmte Form der Machtausübung mit einem bestimmten Typ der Wissensformierung kombiniert.“

Alleine der auch von Edelgard Bulmahn gerne verwendete Begriff der „Chancengerechtigkeit“ zeigt in seiner Distanz zu einer Postulierung vom Anspruch auf „Gleichheit“ eine Abkehr von tiefergehenden bildungspolitischen Ideen. Alleine ihre fortgesetzten Unverschämtheiten bezüglich irgendwelcher „Bummelstudenten“ zeigt die Gründlichkeit ihrer intellektuellen Kapitulation vor Bude und Westerwelle. Der Leistungsbegriff, der mitschwingt, wenn von eben dieser formalen Gerechtigkeit gesprochen wird, verrät die Blindheit gegenüber einer milieuspezifisch hereditären Weitergabe von kulturellen Privilegien. Ungerechte gesellschaftliche Verteilung von kulturellem Kapital wird nicht durch normiert-egalitäre Leistungsabfrage ausgeglichen.

Dem erheblichen Druckschmerz, der durch Bourdieus wissenschaftlichen Finger in der politischen Wundstelle verursacht wird, kann nur entgehen, wer sich weiterhin diese Blindheit verordnet und über alle systemische Bedingungen „nichts neu, aber vieles besser“ machen will. Dann muss Bourdieu politisch folgenlos bleiben.

(Lennart Laberenz, Berlin)



## Für eine europäische soziale Bewegung

Pierre Bourdieu, *Gegenfeuer 2 – Für eine europäische soziale Bewegung*, UVK Verlagsanstalt m.b.H., Konstanz 2001, 126 Seiten, 15,80 DM.

Pierre Bourdieu, der französische Soziologe und Ethnologe, zählt(e) zu den herausragenden Vertretern der zeitgenössischen Sozialtheorie. In seiner über dreißig Jahre währenden Forschungstätigkeit hat er ein Werk von erstaunlichem Umfang vorgelegt, das auch in seiner thematischen Vielfalt beeindruckend ist. Sein internationales Renoméé begründete er mit seinem *opus magnum* über die Sozialstruktur Frankreichs: „Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“ (1979). In diesem umfangreichen Werk thematisierte Bourdieu den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Positionen, klassenspezifischen Geschmacksdispositionen und den sich in Lebensstilformen ausdrückenden Strategien symbolischer Unterscheidung. Daneben beschäftigte er sich mit dem Handwerk des Soziologen, mit seiner eigenen Stellung im „sozialen Raum“ der Wissenschaftler und Intellektuellen.

In seinem bereits 1991 erschienen Buch „Der Intellektuelle und die Macht“ beschreibt Bourdieu die Rolle des kritischen Intellektuellen in der Gesellschaft. Unbeschadet der Autonomie von Wissenschaft und Kunst, kann der Intellektuelle seine Reputation und seine wissenschaftliche oder künstlerische Kompetenz bei Problemstellungen im Bereich von Politik und Ökonomie einsetzen. Vor diesem Hintergrund erscheint der Intellektuelle als bi-dimensionales Wesen. „Um den Namen Intellektueller zu verdienen, muss ein Kulturproduzent zwei Voraussetzungen erfüllen: zum einen muss er intellektuell autonom, d.h. von religiösen, politischen, ökonomischen Mächten unabhängigen Welt (einem Feld) angehören und deren besondere Gesetze respektieren; zum anderen muss er in einer politischen Aktion, die in jedem Fall außerhalb des intellektuellen Feldes im engeren Sinne stattfindet, seine spezifische Kompetenz und Autorität einbringen, die er innerhalb des intellektuellen Feldes erworben hat.“ (luM, S. 42 ff.)

Unter dem Begriff „Realpolitik der Vernunft“ hat Bourdieu die politischen Aufgaben und Pflichten des Intellektuellen inhaltlich näher begründet. Sie zielt auf die politische Verteidigung der Vernunft. Dies ist gleichsam die Matrix auf der das politische Engagement des kritischen Intellektuellen zu begreifen ist.

Bourdieu hat sich immer wieder einge-mischt. Als kompetenter Bildungssoziologe erarbeitete er in den 80er Jahren gemeinsam mit Kollegen *Vorschläge für das Bildungswesen der Zukunft*, war Gründer der

Kulturzeitschrift *Liber. Revue européen de livres* und schließlich neben Jaques Derrida Mitinitiator des im November 1993 gegründeten „Schriftsteller-parlaments“, das man als politisches Repräsentationsorgan einer „Republik der Künstler und Wissenschaftler“ betrachten kann.

Heute gilt Bourdieu als einer der exponiertesten Gegner des Turbokapitalismus. Mit den Waffen der Kritik, kämpft er gegen den Neoliberalismus, die Folgen einer einseitigen Globalisierung zugunsten des Finanzkapitals und für den Aufbau einer neuen sozialen Bewegung. Als theoretisches Rüstzeug dient die gemeinsam mit Franz Schultheis herausgegebene Schriftenreihe mit dem programmatischen Titel „*raisons d'agir*“, die fast zeitgleich in Frankreich und der Bundesrepublik veröffentlicht wird.

Nach Bourdieus „Gegenfeuer – Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion“ von 1998, erschien soeben „Gegenfeuer 2 – Für eine europäische soziale Bewegung“, eine Sammlung von wichtigen Aufsätzen, Reden und Vorträgen aus den letzten zwei Jahren. In diesen Beiträgen unternimmt er erneut den anspruchsvollen Versuch einer systematischen Analyse der „neuen Weltordnung“, ihren Mechanismen und der Politiken, die sie lenken. Nur wer diesen Prozess durchschaut, kann zu einer neuen Sicht politischen Handelns kommen; nur eine europäische soziale Bewegung, so Bourdieu, ist in der Lage den ökonomischen Kräften, die heute die Welt regieren, die Stirn zu bieten.

Damit knüpft Bourdieu an eine Tradition an, die sich im wissenschaftlichen Feld des 19. Jahrhunderts herausgebildet hat, und gekennzeichnet war durch die Weigerung, die Welt den vermeintlichen „Naturgesetzen“ der Wirtschaft zu überlassen. Auf diesem Hintergrund begründet Bourdieu „neuartige Kooperationsweisen zwischen Wissenschaftlern und sozialen Bewegungen, welche die strikte Trennung beider überwinden würde, ohne jedoch dem Gedanken einer ‚Fusion‘ zu erliegen, sich aber auch jeder Form der Instrumentalisierung verweigern würde (...)“ (S.10).

Besonders kritisch setzt sich Bourdieu mit den so genannten Reformen der Sozialdemokratie auseinander, die in vielen europäischen Ländern die Regierungsverantwortung übernommen haben. Die Chance, eine gemeinsame europäische Sozialpolitik zu formulieren, wurde vertan. Im Namen von Geldstabilität und Haushaltskonsolidierung beteiligen sich die Sozialdemokraten am Ausverkauf der sozialen Errungenschaften der letzten zweihundert Jahre. Die Sozialdemokraten, so Bourdieu, haben nicht einmal versucht die politischen Handlungsmöglichkeiten in den Bereichen der Steuergesetzgebung, der Beschäftigungspolitik, Handel, Arbeitsrecht, Bildungspolitik oder im sozialen Wohnungsbau auszuloten.



Pierre Bourdieu

Eine sozialdemokratische Allianz in Europa Sorge sich vielmehr um das reibungslose Funktionieren der Finanzmärkte, statt deren bessere Kontrolle z.B. durch die Einführung einer Tobin-Steuer oder den Aufbau eines Währungssystems, das die Stabilität zwischen den nationalen Volkswirtschaften, zu gewährleisten.

Hinter den meisten sozialdemokratischen Reformen, so Bourdieu weiter, verbergen sich letztendlich restaurative Umbauschritte, die sich weit treffender als neoliberale oder neokonservative „Gegenreform“ bezeichnen lassen. Damit werden die kollektiven Strukturen in Frage gestellt, für die die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung über hundert Jahre lang gekämpft haben (vgl. Riesters Rentenreform).

Im Namen der Globalisierung, der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Standortsicherung wird die fortschreitende Demontage des Sozialstaates billigend in Kauf genommen. Das Programm, diktiert von den Wirtschaftsunternehmen, ist seit den 70er Jahren unverändert geblieben: Rücknahme staatlicher Intervention, Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, Steuererleichterung für die Unternehmen. Auf dem Hintergrund dieser Entwicklungstendenzen kommt Bourdieu zu der provozierenden Schlussfolgerung: „Indem sich sozialdemokratisch geführte Regierungen so gut wie nichts im Sinne der politischen Ziele unternehmen, die sie sich auf die Fahnen geschrieben haben, und dies obwohl alle Voraussetzungen für deren tatsächliche Umsetzung gegeben wären, verraten sie unmissverständlich, das sie diese Politik eigentlich gar nicht wollen“ (S.18).

Das der Neoliberalismus seinen Siegeszug antreten konnte und heute fast die letzte Faser der Gesellschaft durchdrungen hat, so dass sich jede inhaltliche Diskussion oder Infragestellung zu verbieten scheint, ist nach der Auffassung Bourdieus kein Zufall, sondern vielmehr das Resultat „eines ungeheuren Arbeitsaufwandes, der in regelrechten Produktions-, Verbreitungs- und Interventionsunternehmen gebündelt und organisiert wird“ (S.8). Hier befindet sich eines der

„Kampffelder“, auf denen um die Wahrung aber auch um die Veränderung der Kräfteverhältnisse gerungen wird. Hier schlägt die Stunde des kritischen Intellektuellen; seine Einmischung ist unabdingbar.

Die Politik entfernt sich gleichzeitig immer weiter von den Bürgern. Europa ist kaum mehr als die Europäische Zentralbank (EZB), eine einheitliche Währung und die Herrschaft des zügellosen Wettbewerbs. Dem stellt Bourdieu die offene Vision eines politischen und sozialen Europas entgegen. Ein politisches und demokratisches Europa hat die schwierige Aufgabe, sich gegen die undemokratischen Strukturen in den Institutionen durchzusetzen: Gegen eine Zentralbank, die sich jeder demokratischen Kontrolle entzieht, gegen eine Europäische Kommission, die ein einsames Machtpotenzial auf sich vereinigt und weder dem Europäischen Ministerrat noch dem Europäischen Parlament

Rechenschaft abgeben muss. Das Europäische Parlament, so Bourdieu weiter, ist gegenüber den „pressure-groups“ eine nahezu hilflose Institution, der es zudem an Legitimität fehlt, die ihr einzig durch allgemeine Wahlen durch die Bürgerinnen und Bürger Europas verschafft werden kann.

Mit der kleinen Sammlung von Aufsätzen und Reden mit dem Ziel des Aufbaus einer neuen sozialen Bewegung belegt Bourdieu eindrucksvoll seine These, dass es keine wirkliche Demokratie ohne eine wahre kritische Gegenmacht gibt.

Mögen auch manche seiner herzerfrischend polemisch und bewusst polarisierend vorgebrachten Argumente gegen die Auswirkungen eines globalisierten Kapitalismus und den fortschreitenden Neoliberalismus zum Widerspruch herausfordern, lassen auch einige seiner Thesen die „Sorgfaltspflicht“ des Wissenschaftlers vermissen, und bleibt auch

seine Vision eines demokratischen und sozialen Europa seltsam abstrakt, so macht er doch unmissverständlich deutlich, „dass es keine Sozialpolitik ohne eine soziale Bewegung gibt, und dass es nicht, wie man uns heute glauben machen will, der Markt ist, der die Marktwirtschaft ‚zivilisiert‘ und damit maßgeblich zu ihrer heutigen Effizienz beigetragen hat, sondern die soziale Bewegung“ (S. 19). Eine Tatsache, die man nicht oft genug wiederholen kann.

Pierre Bourdieu verstarb am 23.01.2002 an den Folgen eines Krebsleidens. Er war ein kritischer Intellektueller, der den Machtlosen und Unterdrückten zur Sprache verhalf und sich für soziale Gerechtigkeit in der Welt einsetzte. Die demokratische Linke wird ihre Arbeit für eine andere, gerechtere Welt in seinem Sinne fortführen.

Klaus Störch, Flörsheim am Main (D) und Damüls (A) spw 2/2002

## Macht und Geld

Ernest Mandel: „Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie“ Neuer ISP-Verlag Köln 2000, 319 S

Das 20. Jahrhundert wurde vom Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus beherrscht. Mit dem Bankrott der Sowjetunion und angesichts der ungeheuren kaum verwischten Blutspur, die sich zwischen den Ruinen des „sozialistischen Lagers“ hinzieht, scheint auch das sozialistische Projekt im Westen erledigt. Nicht nur die SPD hat ihre schon halb im Dunst versunkenen antikapitalistischen Ziele endgültig aufgegeben.

Aber war womöglich der „real existierende“ nichts als eine Karikatur von Sozialismus? Ernest Mandel gehörte ein halbes Jahrhundert lang zu den Anklägern der bürokratischen Diktaturen der Sorte Breshnew oder Honecker. Sein Buch „Macht und Geld“ unternimmt eine Kritik des „sowjetischen Modells“ vom einem weit linken Standpunkt aus.

Mandel, 1923 in Deutschland geboren, jüdischer Herkunft, war während des Zweiten Weltkriegs in der belgischen Widerstandsbewegung aktiv. Später arbeitete er in den Gewerkschaften und wurde schließlich Professor für Ökonomie in Brüssel. Seine politischen und sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen erschienen in vielen Sprachen. Er engagierte sich in der internationalen trotzkistischen Bewegung, die heute nur noch in Frankreich größere Bedeutung hat. Mandel starb 1995. „Macht und Geld“ ist sein letztes Buch.

Mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand eine Schicht professioneller Organisatoren. Viele dieser Parteifunktionäre, Parlamentarier oder Gewerkschaftssekretäre blickten bald auf die „Volksmassen“ herab, in deren Auftrag sie handeln sollten. Die Eigeninter-

sen des Apparats gewannen, wie Mandel zeigt, immer größeres Gewicht. Gleichzeitig überzog bei Mitgliedern und Wählern der Linken ein fast naives Vertrauen gegenüber den eigenen Repräsentanten.

August Bebel, Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und verblüffenderweise auch Wladimir Iljitsch Lenin kritisierten schon früh diese bürokratischen Tendenzen. Die radikalen Strömungen, die nach 1900 in der europäischen Sozialdemokratie entstanden – etwa die russischen Bolschewiki –, griffen die Kritik auf, verfielen jedoch rasch ebenso in der Falle bürokratischer „Stellvertreterpolitik“.

Besonders ausführlich setzt Mandel sich mit der Geschichte der Sowjetunion auseinander. In der Oktoberrevolution von 1917 hatten die Bolschewiki um Lenin und Trotzki das Ende von politischer Unterdrückung und sozialer Ungleichheit proklamiert. Aber schon wenige Monate später waren fast alle anderen Parteien verboten, es entstand ein durch Terror gesichertes System unkontrollierter Macht.

In den Anfangsjahren blieben immerhin unter den hunderttausenden Mitgliedern der regierenden Partei – Arbeitern, Kleinbauern und wenigen Intellektuellen – kontroverse Diskussionen und Abstimmungen selbstverständlich. Fatalerweise rechtfertigt Mandel diese gleichsam selbstkritische Diktatur einer „Avantgarde der Arbeiterklasse“ weitgehend – der schwächste Punkt seines Buches. Bis etwa 1925 wurde allerdings die Opposition innerhalb der Kommunistischen Partei ausgeschaltet, schließlich konzentrierte alle Macht sich beim Zentralkomitee.

Abgeordnete, Distrikt-Kommissare oder Kolchos-Vorsitzende wurden nur noch formal gewählt, tatsächlich aber von oben bestimmt. Voraussetzung der bürokratischen Entwicklung war Mandel zufolge auch die zunehmende politische Passivität der „einfachen“ Kommunisten. Weithin herrschte gegenüber



Ernest Mandel

der Führung – meist ehemaligen Fabrikarbeitern – eine Haltung, „Es sind welche von uns“. In die Partei – und damit in die Leitungspositionen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft und des Militärs – drängten außerdem nach dem Sieg der „Roten“ viele mehr oder weniger unpolitische Karrieristen. Die Elite eignete sich – erst verschämt, dann immer unbefangener – eindrucksvolle materielle Privilegien an. Zu den wenigen, die – inkonsequent und viel zu spät – diese Entwicklung von links kritisierten, gehörte Lew Trotzki, auf den Mandel sich häufig bezieht. In der Stalin-Zeit – von Ende der zwanziger bis Anfang der fünfziger Jahre – folgte die Herrschaft eines halben Dutzends Politbüromitglieder um den „genialen Führer der Völker“. Auch danach, in der „berechenbaren“ Diktatur der Ära Chruschtschow-Breshnew, ging es nur um die Sicherung der Macht der bürokratischen Schicht vom ZK-Sekretär bis zum Fabrikdirektor in der Provinzstadt. Das Buch hebt

hervor, dass die zentrale Planung der Wirtschaft sich allein nach ihren Interessen richtete. Und doch wiederholte die Propaganda unermüdlich Phrasen von Gleichheit und Freiheit. Die Folge war die Diskreditierung aller sozialistischen Vorstellungen in der Bevölkerung. Den Einsturz des sowjetischen Systems führt Mandel auch auf die wirtschaftliche Stagnation zurück. Die „Planung durch Befehl“ verhinderte eine Produktivitätssteigerung. Angesichts der industriellen Schwäche war der Weltmachtanspruch nicht mehr durchzuhalten. Der Versuch einer Reform „von oben“ in

der Gorbatschow-Jahren scheiterte. Ist nach dem Konkurs der autoritären Linken wieder eine Diskussion über „wirklichen“ Sozialismus möglich? Gibt es doch eine gesellschaftliche Alternative zu der vielfachen Ineffizienz des Kapitalismus, zur chronischen sozialen Unsicherheit, zu einer fremdbestimmten Arbeitswelt, zur Konzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen? Mandel sieht das Ende des bürokratischen Sozialismus als Chance für ein neues antikapitalistisches Projekt. Er plädiert für eine strikte Kontrolle jeder staatlichen Macht, für eine demokratisch geplante, nicht mehr am Rendite-

denken einer Minderheit orientierte Wirtschaftsentwicklung – auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Großunternehmen. Lächerliche Illusionen in einer Zeit, wo der Kapitalismus unvergänglich geworden scheint?

Auch wenn Ernest Mandels Buch „Macht und Geld“ nicht den Rang seiner großen Arbeiten wie „Marxistische Wirtschaftstheorie“ oder „Der Spätkapitalismus“ erreicht – es ist lesenswert, weil es eine differenzierte Erklärung für die historische Katastrophe des Staatssozialismus liefert.

(Winfried Roth, Berlin)

spw 2/2002

# spw

intern

Rechtzeitig zum Wahkampf wird es neue Bücher im spw-Verlagsprogramm geben. Auf der Rückseite dieser spw-Ausgabe finden sich vier neue Titel, die im Mai erscheinen werden. Dabei handelt es sich zunächst um drei zusammen gehörende Titel, die sich an ausgewählten Politikfeldern um eine Bilanz der rot-grünen Bundesregierung bemühen:

- *Jobs, Jobs, Jobs. Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?* Mit Beiträgen u. a. von Andrea Nahles, Benjamin Mikfeld, Edelbert Richter, Otmar Schreiner, Klaus Wieseühgel.
  - *Jenseits des Sparzwangs. Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik* Mit Beiträgen u. a. von Detlev von Larcher, Jan Priewe, Claus Möller, Rudolf Hickel, Hilmar Höhn
  - *Nachhaltigkeit als Gestaltungsprinzip. Ökologisch-soziale Reformpolitik für das 21. Jahrhundert:* Mit Beiträgen u. a. von Ursula Burchardt, Stefan Goch, Klaus Moegling, Ernst-Dieter Rossmann, Edgar Göll
- Alle Titel sollen im Mai 2002 erscheinen, haben einen Umfang von ca. 120 S. und kosten 9,90 Euro.

In wie weit das Konzept einer auf Nachhaltigkeit angelegte Mobilität beschäftigungspolitisch erfolgreich sein kann, analysieren:

- Ulrike Hensel und Joachim Schuster, *Mehr Beschäftigung durch nachhaltige Mobilität?*

Auch dieses Buch wird im Mai erscheinen, hat einen Umfang von ca. 120 S., 9,90 Euro. Bestellungen für beide Titel über unsere website [www.spw.de](http://www.spw.de) oder per Fax (Vorlage auf der Rückseite dieses Heftes).

Aus beruflichen Gründen hat sich unser langjähriges Redaktionsmitglied Barbara König entschieden, ihre Mitarbeit bei uns zu beenden. Wir bedauern ihre Entscheidung, bedanken uns für ihre Arbeit und wünschen alles Gute.

Hingewiesen werden soll an dieser Stelle außerdem auf die Frühjahrstagung, die am 27./28. April in der Nähe von Kassel stattfinden wird.

Wir wollen die Theoriediskussion unserer Jahrestagung von Dortmund 2001 fortsetzen und am Samstagnachmittag fragen, ob und in wie weit „Nachhaltigkeit“ ein Konzept für ökologisch-soziale Reformpolitik über eine Parteikonstellation hinaus darstellen kann.

Wir freuen uns auf Anmeldungen auch aus Reihen unserer LeserInnen, Infos und Anmeldungen bei Reinhold Rünker, Tel. 02175/ 88 44 37, eMail [verlag@spw.de](mailto:verlag@spw.de).

Reinhold Rünker

## Einladung zur Frühjahrstagung

### 27./28. April 2002

In: Tagungsstätte des Pädagogischen Instituts Nordhessen, – Reinhardswaldschule – Rothwestener Str. 2-14, 34233 Fulda, [www.rws-help.de](http://www.rws-help.de)

Samstag, 27. April:

Ab 9.30 Uhr

„Zur Kritik der politischen Ökonomie des flexiblen Kapitalismus“

Fortsetzung der Diskussionen der spw-Jahrestagung 2001 (vgl. spw-Heft 123)

Einführung: Horst Peter, Mitherausgeber der spw und Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung

Mittagspause

Ab 14.00 Uhr

„Nachhaltigkeit als Gestaltungsprinzip – Ökologisch-soziale Reformpolitik für das 21. Jahrhundert“

Diskussion mit

- Andrea Nahles MdB
- Heinz Putzhammer, DGB-Bundesvorstand (angefragt)
- Prof. Karl-Hermann Tjaden

Sonntag, 28. April:

ab 9.30 Uhr

Vereins- und Gesellschaftsangelegenheiten

Veranstalter:

Verein zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung,

spw Verlag/Redaktion GmbH

Anmeldung und Infos bei Reinhold Rünker, c/o logo office, Uferstraße 20, 42799 Leichlingen, per eMail: [reinhold@ruenker.de](mailto:reinhold@ruenker.de)

# 2002 ist wieder Wahljahr!

Was hat die rot-grüne Bundesregierung geschafft? Was ist aus dem rot-grünen Reformprojekt von 1998 geworden? Welche Perspektiven gibt es über den Wahltag hinaus? In drei aktuellen Büchern, die im Mai 2002 erscheinen werden, ziehen spw-AutorInnen Bilanz:

*Jobs, Jobs, Jobs. Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?*

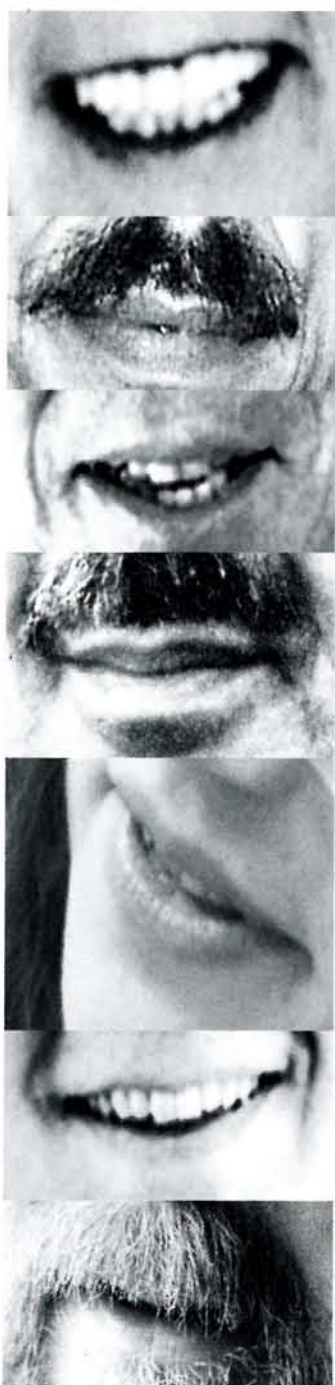
Mit Beiträgen u. a. von Andrea Nahles, Benjamin Mikfeld, Edelbert Richter, Otmar Schreiner, Klaus WieseHügel. ca. 120 S., 9,90 Euro

*Jenseits des Sparzwangs. Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik*

Mit Beiträgen u. a. von Detlev von Larcher, Jan Priewe, Claus Möller, Rudolf Hickel, Hilmar Höhn, ca. 120 S., 9,90 Euro

*Nachhaltigkeit als Gestaltungsprinzip. Ökologisch-soziale Reformpolitik für das 21. Jahrhundert*

Mit Beiträgen u. a. von Ursula Burchardt, Klaus Moegling, Michael Müller, Ernst-Dieter Rossmann, Edgar Göll, ca. 120 S., 9,90 Euro



## Sie haben die Wahl – bestellen Sie jetzt:

Titel	Stück	Preis	Gesamt
<i>Jobs, Jobs, Jobs. Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?</i>	_____	9,90 Euro	_____
<i>Jenseits des Sparzwangs. Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik</i>	_____	9,90 Euro	_____
<i>Nachhaltigkeit als Gestaltungsprinzip</i>	_____	9,90 Euro	_____
Ebenfalls neu im Verlagsprogramm: <i>Ulrike Hensel/Joachim Schuster:</i> Mehr Beschäftigung durch nachhaltige Mobilität? ca. 120 S., erscheint im Mai 2002			
	_____	9,90 Euro	_____
Gesamt:			_____

Und was die SPD-Linke vor und nach dem Bundestagswahlkampf diskutiert, erfahren Sie in spw!

- Bitte schicken Sie mir ein spw-Probeheft
- Ich abonniere spw für mindestens 12 Monate
  - Normalabo 34 Euro     Bei Bankeinzug 32 Euro
  - Auslandsabo 37 Euro

Absender/Lieferadresse:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Vertrauensgarantie: Diese Bestellung kann ich innerhalb von zwei Wochen (Poststempel) widerrufen. Hiermit bestätige ich, daß ich über mein Widerrufsrecht informiert wurde. Ich bin einverstanden, dass die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich bezahle per Bankeinzug von meinem Konto:

Konto \_\_\_\_\_

Bank \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellungen an: spw-Verlag – Postfach 12 03 33 – 44 293 Dortmund oder Fax 02 31 – 40 24 16